

Beschlussbuch

Juso-Bundeskongress 2011

„Gerecht für alle“

*25. -27.November in der Musik- und Kongreßhalle
Lübeck*



Inhaltsverzeichnis

A1 Gerecht für alle.....	4
B13 Generation unter Druck – Übergänge in den Arbeitsmarkt gestalten	24
B14 Keine Verlängerung der „Vermittlungsgutscheine“. BA stärken!.....	27
C1 Noten abschaffen – Bewertung gerecht gestalten!	29
C2 Privatschulen überwinden!.....	31
C4 Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft	33
C8 Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich	38
C10 Qualität der Wissenschaft politisch unterstützen	39
C11 Herzlichen Glückwunsch – 40 Jahre BAföG	40
C14 Umdenken bei der Hochschulfinanzierung	42
D2 Dresden Nazifrei unterstützen! - Nazis blockieren! - Zivilgesellschaft stärken!.....	45
D3 Kein Platz für Faschismus bei den Jusos und in der SPD	49
E1 Hoch die Internationale Solidarität!	53
E4 Neue Wege beschreiten – Die Bundeswehr abschaffen!.....	70
F2 Gleichstellung – Wider den Rollback	83
E5 Offenes Europa statt Zäune und Abfangboote: Für eine fortschrittliche europäische Migrations- und Asylpolitik.....	89
G1 Gerecht für alle. Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung.....	101
G8 Pflege solidarisch gestalten!.....	115
G13 Ersthelferversorgung am Unfallort verbessern.....	123
I1 Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit überwinden	125
K1 Linke Wirtschaftspolitik.....	131
K2 Europa gerecht für alle. Die Zukunft des Euroraums solidarisch gestalten.....	141
K3 Öffentliche Investitionen: Wir wissen, was wir tun.....	150
M1 Chancengleichheit und Teilhabe – Integrationspolitik bei den Jusos.....	157
M5 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) – Für einen menschenwürdigen Umgang mit AsylbewerberInnen	169

N7 CCS- und CCR verhindern einen nachhaltig orientierten ökologischen Fortschritt.....	172
O1 Die SPD: Programmatischer, Offener, Weiblicher, Jünger	175
S2 Abschaffung der Maklerprovision für Wohnungssuchende	192
S3 Gleiches Recht für Alle!	193
V4 Verkehrslärm.....	201
INI 1 SPD konsequent erneuern – für einen Politikwechsel.....	203
INI 2 Nazi-Verbrechen aufklären, Nazis bekämpfen!.....	206
INI 3 Solidaritätserklärung.....	210
INI 4 Wir fordern: Traineestellen der Bundestagsfraktion angemessen vergüten!.....	211
INI 5 „Staatstrojaner abschaffen – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen – Grundrecht auf digitale Privatsphäre gewährleisten“	212

A1 Gerecht für alle

Bundesvorstand

Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2011 – 2013

Wir erleben eine Zeit der Umbrüche und der Widersprüche. Die Welt und Europa stecken in einer Krise, die noch längst nicht überwunden ist. Der Siegeszug des Neoliberalismus ist obwohl er als Ideologie in Bedrängnis geraten ist, in der tatsächlichen Politik hingegen keineswegs gestoppt. Unsere Gesellschaft spaltet sich immer deutlicher. Viele werden ausgegrenzt. Viele haben sich auch zurückgezogen und den innerlichen Abschied von der Demokratie und der Politik genommen. Einige, weil sie es sich leisten können, andere, weil sie den Glauben an die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse verloren haben. Das betrifft auch und gerade junge Menschen. Trotz aller Lippenbekenntnisse sind wir von gleichen Chancen für alle noch weit entfernt. Diese Gesellschaft lässt viele junge Menschen auf der Strecke zurück. Und die, die von Haus aus reich an Chancen sind, gehen häufig lieber ihren eigenen Weg, anstatt andere mitzunehmen.

Wir leben in Zeiten, in denen Alternativen gefragt sind. Wenn der Finanzmarktkapitalismus sein Scheitern offenbart, wenn sich immer mehr Menschen aus unserer Gemeinschaft verabschieden, wenn junge Menschen den Glauben an solidarische Lösungen verlieren, dann reicht es nicht aus, die gleiche Politik mit anderen Nuancen zu machen. Dann muss man klare Alternativen benennen. Wir Jusos bekennen uns zur Idee des Demokratischen Sozialismus, zur Idee einer Gesellschaft, in der alle Menschen frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

Wir wollen diese Gesellschaft verändern. Wir wissen: Die Welt wird nicht automatisch gerechter, wenn die SPD in der Regierung ist. Sondern, wenn wir es schaffen für unsere Idee der Gerechtigkeit gesellschaftliche Bündnisse und Mehrheiten zu schmieden. Viele sind in anderen Organisationen und Bündnissen aktiv und teilen dieselben Grundwerte wie wir. Wir wollen deshalb möglichst viele mitnehmen und gemeinsam mit ihnen für einen echten Politikwechsel kämpfen. Das gilt für uns vor der Wahl wie nach der Wahl.

I Die Herausforderungen unserer Zeit

Wir haben es derzeit mit drei großen Herausforderungen zu tun: Die größte Wirtschafts- und Finanzkrise ist keineswegs vorüber, sondern wir stecken mittendrin. Wir erkennen Anzeichen einer

Erosion unserer Demokratie und zugleich eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft. Und wir haben es mit einem tiefen Vertrauensverlust junger Menschen in die Sozialdemokratie zu tun.

1. Von der Finanz- zur Eurokrise

Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise war vor allem durch drei Ursachen bedingt. Durch die globale Umverteilung von unten nach oben ist viel überschüssiges Kapital gebildet worden, dem eine weltweit sinkende Massennachfrage gegenüber stand. Durch die Deregulierung der Finanzmärkte wurden Anlagemöglichkeiten geschaffen, die immer riskanter wurden und keinen oder kaum realwirtschaftlichen Bezug mehr hatten. Und durch die enormen Ungleichgewichte im Außenhandel war das wirtschaftliche Wachstum sowohl der Überschuss- als auch der Defizitländer gleichsam labil und für den Übersprung der Krise auf die Weltwirtschaft anfällig.

Das Eingreifen der Staaten in der Krise hat den Kollaps verhindern können. Das zeigt auf der einen Seite, dass der Staat noch immer ein handlungsfähiger Akteur sein kann. Auf der anderen Seite aber handelte es sich bei diesem Eingreifen nicht um ein Aufbrechen der kapitalistischen Strukturen, sondern um die Sicherung sowohl des Systems als auch der maßgeblichen Profiteure des Finanzmarktregimes. So wirksam die Bekämpfung der Krisensymptome gewesen sein mögen, so wenig hat sich aber an den Rahmenbedingungen geändert. Weder wurden die Finanzmärkte konsequent reguliert, noch ist eine Bekämpfung der globalen Ungleichheit und der Ungleichgewichte in Sicht. Dies zeigt, dass die neoliberale Hegemonie nicht gebrochen ist. Schlimmer noch: Die Gelder, die die Staaten in der Krise in die Hand genommen haben, verbleiben als Staatsschulden der Allgemeinheit, während von einer stärkeren Beteiligung der Verursacher an der Krise abgesehen wird. Wenn heute von der Euro-Krise gesprochen wird, dann mögen einige der aufgeworfenen Probleme, wie die Staatsschulden in Griechenland zum Teil hausgemacht sein. Doch die anderen sogenannten Krisenländer hatten vor der Finanzmarktkrise weder eine hohe Staatsverschuldung noch ein hohes öffentliches Haushaltsdefizit, sondern teilweise sogar Staatsüberschüsse – bei einer zunehmenden Verschuldung des privaten Sektors. Wenn aber nun die Misswirtschaft der Staaten als Ursache benannt wird, verschleiert dies die wirklichen Gründe. Es war die Finanzkrise und die neoliberale Ideologie des schlanken Staates mit einem Wettlauf um die günstigsten Steuern, die hauptsächlich zur Handlungsunfähigkeit beigetragen haben. Die Rezepte der Staatengemeinschaft gegen diese Krise sind altbekannt: Durch horrende Sparmaßnahmen und Sozialkürzungen sollen die Staaten gerettet werden – sie werden aber nur immer stärker in den Strudel gerissen, alle Wachstumsimpulse werden abgewürgt. Mit diesem Programm werden klare Interessen vertreten: Zentral ist nicht ein besseres Leben für viele Menschen, sondern die Sicherung der Kapitaleigner.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die globale Klimakrise fast vollständig aus dem öffentlichen Bewusstsein gerückt. Dabei sind die Probleme alles andere als gelöst: Wenn es nicht in

den kommenden Jahren gelingt, den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren, steht uns ein weltweiter Klimakollaps mit gravierenden Folgen bevor. Der Kapitalismus wird dieses Problem nicht beseitigen – er ist durch seine Profitlogik und damit seine auf kurzfristige Zeiträume orientierten Zyklen auch hier eine der Ursachen. Lässt man dem Spiel freien Lauf, dann werden wie üblich die Profite privatisiert, während die Kosten verallgemeinert werden. Die bisherigen Schritte der internationalen Staatengemeinschaft dazu sind unbefriedigend. Es reicht weder aus, allein nationalstaatliche Schritte zu gehen, noch die Verantwortung auf die internationale Ebene zu schieben. Hinter der Klimafrage stehen weltweite Verteilungskonflikte, die überwunden werden müssen. Dabei spielt auch die veränderte Staatenordnung eine Rolle, die sich etwa in den G20 zeigt. Durch den Aufstieg der Schwellenländer und das wachsende Selbstbewusstsein regionaler Hegemonialstaaten sehen die kapitalistischen Kernstaaten der Nordhalbkugel ihre Vorherrschaft in Gefahr und müssen andere Interessen integrieren.

2. Gesellschaftliche Spaltung und die Krise der Demokratie

In einer Zeit, in der sich demokratische Umwälzungen weltweit ausbreiten, nimmt die Demokratie in Deutschland als Folge der gesellschaftlichen Spaltung Schaden. Im Zuge der ökonomischen Entwicklungen und politischer Entscheidungen geht es heute einem großen Teil der Bevölkerung in diesem Land schlechter als noch vor 15 Jahren. Die Reallöhne sind gesunken, atypische und prekäre Beschäftigung hat sich massiv ausgeweitet, Sozialleistungen wurden gekürzt und staatliche Leistungen gestrichen. Das ist die empirisch messbare Seite. Hinzu kommt ein bis in die Mittelschicht reichendes Gefühl der zunehmenden Ungerechtigkeit und Unsicherheit, egal, ob es individuell zutreffen mag oder nicht. Gab es früher den gesellschaftlichen Konsens, dass die, die Vollzeit erwerbstätig sind, von ihrer Arbeit leben können und Chancen auf den Aufstieg haben, gilt dieser heute schon längst nicht mehr. Und war es früher eine Selbstverständlichkeit, dass es eine angemessene soziale Absicherung für die großen Lebensrisiken gibt, wurde auch dies mehr und mehr eingeschränkt. Trotz einer formalen theoretischen Zustimmung als beste Staatsform sind die Erosionen des Vertrauens in die Demokratie und damit in die Politik unverkennbar. Immer weniger Menschen glauben, dass Politik überhaupt noch in der Lage ist, gesellschaftliche Zustände zu verändern. War das Vertrauen in politische Parteien immer schon eingeschränkt, ist es heute auf einem historischen Tiefstand. Das Gefühl „Wir hier unten – ihr da oben“ nimmt zu. Das zeigt sich in durchschnittlich niedrigerer Wahlbeteiligung als noch vor zehn Jahren, das zeigt sich in Protesten gegen einzelne Projekte, das zeigt sich aber auch in der zunehmenden Einschätzung, die Demokratie sei nicht in der Lage, die Probleme der Menschen zu lösen. Die schlimmste Ausprägung dieses Vertrauensverlustes ist die Zunahme rassistischer, chauvinistischer und antisemitischer Einstellungen. Rund ein Viertel aller Menschen muss als ausländerfeindlich bezeichnet werden, immerhin noch ein Fünftel teilt chauvinistische Ansichten. Das

1 alles sind Denkweisen, die schon immer latent vorhanden waren. Das Problem sind eben nicht nur die
2 Nazis, sondern auch die an den Stammtischen weit verbreiteten alltagsrassistischen Einstellungen.
3 Wenn wir Jusos über die Probleme unserer Demokratie diskutieren, dann reicht es für uns nicht aus,
4 nur über neue oder andere Beteiligungsverfahren und einem mehr an direkter Demokratie zu
5 sprechen. Natürlich können mehr direkte Entscheidungen der Menschen zu einer Wiederbelebung
6 der demokratischen Kultur führen. Allerdings gibt es auch bei direkter Demokratie und
7 Bürgerbegehren ungleiche Beteiligungschancen. Dies muss kritisch ausgewertet werden. Wir müssen
8 aber auch Antworten auf drei andere Fragen geben.

9 Erstens muss es uns darum gehen, was heute überhaupt noch demokratisch entschieden werden kann.
10 Die Politik hat selbst dazu beigetragen, dass durch Privatisierungen, Steuersenkungen und damit
11 verbundenem staatlichem Leistungsabbau die Spielräume für demokratische Entscheidungen geringer
12 geworden sind. Zudem haben sie jahrelang selbst im Chor mit vielen anderen predigt, dass die Politik
13 gar nicht mehr die Möglichkeit hat, Entscheidungen zu treffen, sondern diese quasi von höheren
14 Mächten alternativlos vorgegeben sind. Wenn wir Jusos über Demokratie sprechen, dann muss es uns
15 auch immer um diese materielle Seite gehen, dann müssen wir mehr Demokratie auch als Weg
16 verstehen, unsere Idee des Demokratischen Sozialismus zu verwirklichen.

17 Zweitens muss es uns aber auch um die Frage der Teilhabe gehen. Für uns Jusos und die meisten
18 Menschen ist für die gesellschaftliche Integration Erwerbsarbeit zentral. Viele Menschen haben sich
19 aus der Gesellschaft verabschiedet und nehmen auch an unserer Demokratie nicht (mehr) teil. Das ist
20 auf der einen Seite eine soziale Spaltung. Rund ein Zehntel unserer Gesellschaft gehört zum
21 abgehängten Prekariat. Viele dieser Menschen leben in Armut, haben keine Arbeit, sind verschuldet
22 und haben kaum Bildungschancen. Etliche sehen für sich keine Perspektiven und haben das Vertrauen
23 in die Veränderbarkeit von gesellschaftlichen Zuständen verloren. Für ein reiches Land ist das ein
24 Skandal. Auf der anderen Seite erleben wir aber auch immer wieder andere Ausschlussmechanismen.
25 Auch wenn wir in unserem Kampf für Gleichstellung in den letzten 150 Jahren ein Stück voran
26 gekommen sind, ist die Gleichheit von Frau und Mann noch längst nicht erreicht. Frauen verdienen
27 noch immer durchschnittlich weniger, haben geringere Aufstiegschancen und sind in den
28 gesellschaftlichen Entscheidungspositionen unterrepräsentiert.

29 Dazu gehört auch, dass wir endlich eine fortschrittliche Debatte über die Einwanderungsgesellschaft
30 führen. Noch immer ist nicht einmal Konsens, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, das
31 Zielgesellschaft von vielen Millionen Neuzugewanderten ist und auch in Zukunft bleiben soll. Dabei
32 ist diese Land inzwischen weit mehr, nämlich eine Einwanderungsgesellschaft in dem Sinne, dass aus
33 MigrantInnen Niedergelassene geworden sind, die selbst und deren Nachfahren in dieser Gesellschaft
34 ihren Lebensmittelpunkt haben und diese Gesellschaft vielfältiger machen. JedeR fünfte EinwohnerIn
35 Deutschlands hat einen Migrationshintergrund, bei Kindern unter drei Jahren sogar jedes dritte. Viele

1 Menschen mit Migrationshintergrund gehören heute der zweiten oder dritten Generation ehemaliger
2 ArbeitsmigrantInnen- oder Flüchtlingsfamilien an, sie haben keine Migrationserfahrung und für sie
3 ist die „Heimat“ ihrer (Groß)Eltern nur noch ein unbekannter Ort. Sie alle begehren Teilhabe und
4 Anerkennung, aber werden oftmals diskriminiert und ausgeschlossen, ob im Bildungssystem, auf dem
5 Arbeitsmarkt oder beim Zugang zu Leitungsfunktionen. Die politische Teilhabe von Menschen mit
6 Migrationshintergrund ist durch formelle und informelle Hürden eingeschränkt. Sie finden eine
7 Gesellschaft vor, die ihnen oftmals nicht die Möglichkeit einräumt, sie politisch gestalten zu dürfen.
8 Jedoch werden oft gerade nicht die Institutionen und Praktiken der Mehrheitsgesellschaft in Frage
9 gestellt, die die gemeinsame Teilhabe aller Menschen hemmen, sondern die Menschen mit
10 Migrationshintergrund und ihre vermeintliche „Integrationsverweigerung“ selbst. Oft werden dabei
11 soziale Probleme, die unabhängig von der Frage des Migrationshintergrundes existieren, ethnifiziert
12 und kulturalisiert. Dadurch erhöhen anhand von Identitäten ausgetragene Konflikte zunehmend die
13 Komplexität sozialer Kämpfe.

15 Und drittens begreifen wir Demokratie nie nur als ein Konvolut von Normen, Dokumenten und
16 Verfahren, sondern als lebendigen Prozess der Auseinandersetzung um die gemeinschaftliche
17 Veränderung der Gesellschaft. Demokratie ist eine Lebensmaxime und berührt alle gesellschaftlichen
18 Teilbereiche. Weder ist sie auf den Plenarsaal beschränkt, noch macht sie vor dem Werkstor oder der
19 Schultür halt. Wer die Demokratie durch Kontrolle und Überwachung, durch Einhegung der
20 Zivilgesellschaft und Ausgrenzung und Kriminalisierung von KritikerInnen gegenwärtiger
21 Verhältnisse zu verteidigen vorgibt, trägt sie tatsächlich zu Grabe. Unsere Demokratie ist eine
22 zivilgesellschaftliche, die neben parteipolitischer und parlamentarischer Arbeit auch aus Bündnissen
23 auf der Straße erwächst. Auch ziviler Ungehorsam kann ein Mittel der Demokratie sein. Unsere
24 Demokratie trägt nicht nur Nadelstreifen, sondern auch Kapuzenpulli.

26 3. Eine Generation in Unsicherheit

27 Alle diese Entwicklungen haben auch konkrete Auswirkungen auf junge Menschen. Dabei gibt es
28 nicht ‚die‘ Jugend oder ‚die‘ junge Generation, genauso wenig wie es die mittlere oder die ältere
29 Generation gibt. Auch bei jungen Menschen gibt es ärmere und reichere, unterschiedliche
30 Wertorientierungen und verschiedene Lebensstile. Was aber für alle gilt, ist, dass sich die Phase der
31 Jugend immer weiter verlängert hat. Mag es in früheren Zeiten für die meisten noch einen klaren und
32 frühen Schritt von der Jugend ins Erwachsenenleben gegeben haben, sind die Übergänge inzwischen
33 fließend. Das liegt auch an veränderten Bildungs- und Erwerbsbiographien. Natürlich gibt es noch die
34 ‚klassischen‘ Wege. Für andere gilt aber: Heute eine Ausbildung zu machen, bedeutet noch lange
35 nicht, morgen kein Studium aufzunehmen und zwischenzeitlich erwerbstätig zu sein. Einen ersten Job

1 zu haben bedeutet noch lange nicht, eine gesicherte Anstellung fürs Leben zu haben. Und eine
2 Familie lässt sich auch während der Studien- oder Ausbildungsphase gründen. Ob man sich
3 jugendlich oder erwachsen fühlt, ist eine Frage der Einstellung und keine des Lebensalters mehr.

4 Junge Menschen sind heute mit drei miteinander verwobenen Entwicklungen konfrontiert:
5 Unsicherheit, Leistungsdruck und zumindest die Angst vor Ausgrenzung und Abstieg. Die Sorge um
6 die eigene ökonomische Zukunft ist nicht ohne Grund das Top-Thema junger Menschen. Bereits die
7 Schulphase ist immer wieder von der Unsicherheit und der Angst vor dem Abstieg in eine andere
8 Schulform geprägt. Nach dem Schulabschluss ist für viele längst nicht klar, wie es weiter gehen soll.
9 Die Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz gestaltet sich zumindest schwierig, teilweise
10 auch als unlösbares Problem, die Beschränkung zu den Masterstudienplätzen baut nun eine weitere
11 Hürde auf. Und auch nach der Ausbildung erhalten viele – quer durch alle Bildungsschichten – nicht
12 gleich den Berufseinstieg, den sie wünschen. Unbezahlte Praktika, befristete und andere prekäre
13 Beschäftigungsverhältnisse sind eher die Regel als die Ausnahme. Die Zahl der psychischen
14 Erkrankungen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Viele haben Angst vor sozialem
15 Abstieg und Ausgrenzung. Für einige ist diese aber bereits in ihrer Jugend bittere Realität. Und der
16 soziale Aufstieg ist nicht zuletzt aufgrund des deutschen Schulsystems noch immer immens schwer,
17 kann von vielen nicht erreicht werden und wird mit Resignation beantwortet.

18 Junge Menschen gehen mit diesen Problemen ganz unterschiedlich um, es gibt aber zwei
19 übergreifende Trends: Auf der einen Seite schwindet die Bereitschaft zur Mitarbeit, zum anderen der
20 Glaube an kollektive Lösungen gesellschaftlicher Probleme. Junge Menschen sind aber nicht
21 unpolitisch, in den vergangenen Jahren hat das Interesse an politischen Themen sogar eher
22 zugenommen. Viele sind auch im weitesten Sinne politisch engagiert, doch in den seltensten Fällen in
23 einer Partei. Aber viele junge Menschen sind für uns Jusos erreichbar, sie teilen unsere Ziele und
24 Werte. Sie ordnen sich selbst im politischen Spektrum eher links ein und halten unsere ‚klassischen‘
25 Themen wie Bildung, Arbeit und soziale Sicherheit für enorm wichtig. Gleichzeitig treten aber auch
26 neue Themen hinzu. Die Frage des Datenschutzes stellt sich im digitalen Zeitalter neu. Gleiches gilt
27 für den Zugang zum Netz und der drohenden digitalen Spaltung. Dabei hat die Diskussion über
28 Netzpolitik in den letzten zwei Jahren zur Herausbildung von ExpertInnengruppen geführt, die
29 männlich dominiert und gleichstellungspolitisch meist blind ist, jedoch eine bisher inaktive Gruppe
30 aktiviert und politisiert hat. Auch für uns gilt es nun eine kontinuierliche Befassung mit
31 entsprechenden politischen Themen umzusetzen und die Diskussion zu verstetigen. Die diskutierten
32 Themen und Fragen sind keine, die sich rein auf Fragen des Netzes beschränken. Vielmehr bedeutet
33 die zunehmende Digitalisierung und Durchdringung der Gesellschaft mit modernen Informations-
34 und Kommunikationstechnologien einen Wandel, der bestehende Gesellschaftsbilder,
35 Wertvorstellungen und etablierte Abläufe und Verfahren ins Wanken bringt. Es gibt keine

1 Lebensbereiche mehr, die nicht von diesem gesellschaftlichen Wandel durchdrungen sind. Allein mit
2 dem Begriff der Netzpolitik wird deutlich, dass Fragen der ‚Digitalen Revolution‘ für junge Menschen
3 an Bedeutung gewonnen haben. Die etablierten Parteien – inklusive der SPD – haben in den
4 vergangenen Jahren einen erheblichen Vertrauensverlust in diesem Politikfeld erfahren müssen.
5 Oftmals wirken sie unfähig, die aufgeworfenen Fragen auch nur zu verstehen.

6 Das alles ist für uns Chance und Herausforderung zugleich. Wir müssen es schaffen, eine neue
7 gesellschaftliche Koalition zu schmieden. Wir machen Politik mit und für WeltverbessererInnen. Wir
8 kümmern uns um diejenigen, die sozial abgehängt sind. Aber wir müssen auch diejenigen ins Boot
9 holen, die sich emanzipieren und ihren eigenen Weg gehen wollen und für die ‚neue‘ Themen eine
10 hohe Bedeutung haben. Das bedeutet nicht, der Individualisierung das Wort zu reden. Sondern
11 unseren Begriff der Freiheit, die auch immer Freiheit von materiellen Zwängen ist, mit Leben zu
12 füllen.

13 II Jusos und die SPD

14 Die SPD befindet sich immer noch im Erneuerungsprozess – auch wenn dieser Prozess immer mehr
15 in den Hintergrund und tatsächliche und scheinbare Wahlerfolge in den Vordergrund rücken. Im
16 Erneuerungsprozess gehen einige Entscheidungen in die richtige Richtung. Doch es fehlt noch immer
17 eine klare Linie. Wichtige Entscheidungen stehen noch aus. Deshalb ist für uns der Bundesparteitag
18 2011 eine wichtige Wegmarke. Viel Hoffnung wurde von unserer Seite in den Erneuerungsprozess
19 gelegt, doch gerade was demokratische Verfahren betrifft wurden wir an vielen Punkten enttäuscht.
20 Zum Beispiel lagen viele grundlegende Anträge erst kurz vor dem Antragsschluss vor. Eine echte
21 Diskussion wird so schwierig. Wir Jusos haben immer zu Recht eine inhaltliche, personelle und
22 organisatorische Erneuerung eingefordert. Wir brauchen Fortschritte in allen Bereichen. Es gibt eine
23 inhaltliche Erneuerung an bestimmten Punkten, doch diese werden in vielen Fällen nicht vom
24 Spitzenpersonal mitgetragen.

25 Der Erneuerungsprozess ist mit dem Parteitag im Dezember nicht abgeschlossen. Es bleiben immer
26 noch inhaltliche Fragen offen, die beantwortet werden müssen. Und um die strategische Erneuerung
27 wird weiter gekämpft. Sehen wir uns weiter als linke Volkspartei oder konzentrieren wir uns auf einige
28 Kernmilieus. So kritisch der Begriff „linke Volkspartei“ in der Geschichte der SPD oftmals war, so
29 wichtig bleibt für uns das Bekenntnis, dass die SPD für große Teile der Gesellschaft kämpft und zwar
30 für die Unter- und die Mittelschicht. Es reicht eben nicht sich auf den Facharbeiter und eine Mitte
31 der Gesellschaft zu stützen. Wir brauchen dieses gesellschaftliche Bündnis zwischen Unter- und
32 Mittelschicht.

33 Die SPD sieht sich wieder im Aufwind. Doch von der offensichtlichen Schwäche von Schwarz-Gelb
34 profitieren wir zu wenig. Es gelingt uns selten, deutlich zu machen, dass die SPD alternative
35 Lösungsvorschläge hat. Oftmals kommen wir in der öffentlichen Diskussion nicht vor. Zu groß ist das

1 Misstrauen. Auf vielen Feldern sind wir nicht sprachfähig und es gibt keinen Konsens innerhalb der
2 Partei. Auf diese Schwäche mit einer Ausrichtung auf Personen zu antworten ist der falsche Weg. Wir
3 müssen Alternativen erarbeiten und uns Stück für Stück das Vertrauen der Bevölkerung als Partei
4 zurück erkämpfen.

5 Wir Jusos haben in den vergangenen Jahren ein erfolgreiches Stück Wegstrecke zurückgelegt.
6 Entgegen dem Trend haben wir unsere Mitgliederzahl stabil halten können. Offensichtlich ist ein
7 eigenständiger linker Jugendverband attraktiv für junge Menschen. Im Zuge der Parteireform waren
8 wir Jusos an vielen Stellen Vorbild für unsere Partei. Wir gehen auf junge Menschen zu und halten die
9 Hürden für die Mitarbeit zu gering wie möglich. Wir passen unsere Arbeitsstrukturen immer wieder
10 neuen Herausforderungen an. Der Juso-Bundesverband hat in den vergangenen Jahren mit den
11 Basiskongressen ein neues Format etabliert, bei dem möglichst viele Mitglieder mitdiskutieren
12 können. Wir haben im inhaltlichen und organisatorischen Reformprozess unserer Partei viele Akzente
13 setzen können. Und wir haben unsere Bündnisarbeit fortlaufend verbessert. Darauf ruhen wir uns aber
14 nicht aus. Auch wir müssen unsere Arbeitsweise fortlaufend verändern und unsere Strukturen auf den
15 Prüfstand stellen. Wir müssen die Kommunikation mit unseren Mitgliedern verbessern und mehr
16 Partizipationsmöglichkeiten schaffen. Wir müssen stärker gemeinsam an einem Strang ziehen und
17 kampagnenfähiger werden. Und wir müssen unsere Bildungsarbeit immer wieder dem Bedarf unserer
18 Mitglieder anpassen. Dabei ist es vor allem wichtig, unsere Angebote in enger Absprache mit den
19 Landesverbänden und Bezirken zu entwickeln.

21 III Unsere Kampagne 2011 -2013

22 Wir Jusos wollen diese Gesellschaft verändern und das Leben für viele besser machen. Dazu müssen
23 wir Antworten auf die genannten Herausforderungen geben und konkrete Reformprojekte benennen,
24 die uns unserem Ziel näherbringen. Wir wollen unsere Reformprojekte auch Wirklichkeit werden
25 lassen. Deshalb werden wir uns auch in den Bundestagswahlkampf 2013 mit unseren Inhalten
26 einmischen und wollen erneut den Jugendwahlkampf organisieren. Ein Wahlerfolg der SPD ist für
27 uns aber kein Selbstzweck. Diese Welt und diese Gesellschaft werden nicht automatisch gerechter,
28 wenn die SPD regiert. Sondern nur, wenn wir auch gesellschaftliche Mehrheiten für unsere
29 Vorschläge organisieren. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit anderen in die Erstellung des SPD
30 Wahlprogramms einbringen und danach an unseren erarbeiteten Forderungen festhalten und sie im
31 Bündnis mit anderen einfordern.

32 Wir werden unsere inhaltlichen Schwerpunkte in drei Projektgruppen erarbeiten, die zwei bis dreimal
33 jährlich tagen. Jeder Landesverband und Bezirk entsendet eineN DelegierteN in jede dieser
34 Projektgruppen. Anders als bislang müssen die Landesverbände und Bezirke niemanden dauerhaft
35 entsenden, sondern können von Fall zu Fall neu entscheiden, wer teilnehmen soll. Der

1 Bundesvorstand benennt pro Projektgruppe ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten mitarbeiten
2 sollen. Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit
3 einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projekts leisten können. Alle Projektgruppen haben
4 folgende Aufgaben:

5 Sie arbeiten zu den Themen vorhandene Positionierungen der Jusos auf und machen Vorschläge zur
6 Weiterentwicklung.

7 Sie bereiten den Basiskongress im Frühjahr 2012, den wir als öffentlichen Start unserer Kampagne
8 verstehen, inhaltlich mit vor. Die Ergebnisse des Basiskongresses fließen in die weitere Arbeit ein.

9 Sie bereiten eine verbandsöffentliche Fachkonferenz im Sommer/Herbst 2012 vor, in der die Themen
10 der Projektgruppe vertieft werden.

11 Sie legen dem Bundeskongress 2012 einen Leitantrag vor, in dem die Ergebnisse der
12 Projektgruppenarbeit enthalten sind und konkrete Anforderungen an das Wahlprogramm der SPD
13 formuliert werden.

14 Sie beteiligen sich an der inhaltlichen Vorbereitung von Wahlwerkstätten, die wir im Frühjahr 2013 in
15 Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken organisieren wollen.

16 Sie beteiligen sich an der inhaltlichen Vorbereitung des internationalen Arbeiterjugendtreffens im Jahr
17 2013, das wir gemeinsam mit den Falken organisieren.

18 Um die Rückkopplung mit den Landesverbänden und Bezirken zu verbessern, wird sich künftig der
19 Bundesausschuss (ergänzt um die Landes- und Bezirksvorsitzenden) jeweils im Anschluss an die
20 Sitzungen der Projektgruppen im Rahmen eines Verbandstages treffen.

21 Wir organisieren unsere Arbeit in folgenden drei Projekten:

23 1. Eine neue Weltwirtschaftsordnung

24 Die ökonomische Basis ist die Grundlage für die Verhältnisse in denen wir arbeiten und leben. Sie ist
25 der wichtigste Ansatzpunkt zur Umsetzung unserer politischen Vorstellungen. Wir beschränken uns
26 dabei nicht nur auf die Alltagspolitik und mittelfristige Projekte, sondern denken auch immer die
27 Systemfrage mit. Dafür muss als Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise ein neues Leitbild für eine
28 gerechtere Weltordnung in sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung entwerfen und
29 damit ein Gegenmodell zur neoliberalen Hegemonie aufstellen. Es muss darum gehen, die
30 Finanzmärkte sinnvoll zu regulieren, Umverteilung – hierzulande wie global – zu organisieren und die
31 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu reduzieren. Damit verbunden müssen auch Strategien zur
32 Entwicklung von Binnen- und Exportmärkten sein. Wir müssen dabei herausarbeiten, welche
33 konkreten Auswirkungen die Krise auf das Leben vieler Menschen hatte, wir müssen die Folgen der
34 Krise thematisieren und dabei auch die Geschlechterperspektive einbeziehen. Wir brauchen aber auch

1 Antworten, wie wir vor dem Hintergrund der Klimakrise ein neues Prosperitätsmodell für
2 Deutschland und Europa entwickeln wollen. Dabei müssen wir einen ebenen-übergreifenden Ansatz
3 anwenden und unsere Konzepte von der Kommune über Land, Bund, Europa und global aufeinander
4 abstimmen. Konkret geht es um folgende Fragestellungen:

5 Wie stellen wir dem internationalen Finanzkapitalismus wirksame demokratische Institutionen
6 entgegen? Auf welchen Ebenen muss was konkret geregelt werden?

7 Wie sorgen wir weltweit für mehr Gerechtigkeit, wie bekämpfen wir vor allem die sich immer weiter
8 öffnende Schere zwischen Arm und Reich?

9 Wie stellen wir uns eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik vor? Wie soll
10 die Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung genau aussehen?

11 Was tun wir gegen die weltweite Klimakrise? Wie bereiten wir uns auf die anstehenden
12 internationalen Verhandlungen in den kommenden beiden Jahren vor und welche Positionen wollen
13 wir Jusos in die Debatte einbringen? Was tun wir gegen die weltweite Klimakrise? Welchen Einfluss
14 haben die Konferenzen Rio + 20 und UN-Klimakonferenz in Durban?

15 Wie kann ein nachhaltiges Wachstumsmodell für Deutschland und Europa aussehen? Welche
16 Perspektiven sehen wir für die Industriepolitik?

18 2. Mehr Demokratie und Teilhabe

19 Wir Jusos müssen die großen demokratischen Fragen unserer Zeit beantworten: die Ermöglichung der
20 gesellschaftlichen Teilhabe aller, die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die demokratische
21 Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft in unserem Land und die weltweite Demokratisierung.
22 Demokratie ist für uns nie allein eine Sache von staatlichen Institutionen und Verfahren, sondern
23 muss immer sowohl materiell betrachtet als auch zivilgesellschaftlich gelebt werden. Teilhabe für alle
24 kann nur dann gelingen, wenn nicht die Anpassung einer Minderheit an die von ihnen nicht
25 hinreichend mitgestalteten Normen einer Mehrheitsgesellschaft verlangt wird, sondern sich
26 Gesellschaft *insgesamt* verändert und der neuen Vielfalt all ihrer Mitglieder anpasst. Wir wollen mehr
27 Demokratie für alle wagen – hier und weltweit. Dazu müssen wir uns folgenden Fragen widmen:

28 Wie schaffen wir die Voraussetzungen für weitergehende Demokratisierung der Gesellschaft? Welche
29 Rolle sollen direktdemokratische Verfahren dabei spielen?

30 Wie bewerten wir die neuen Formen zivilgesellschaftlicher Demokratie- und Protestkultur? Wo sehen
31 wir PartnerInnen in diesen Bewegungen? Unter welchen Umständen ist ziviler Ungehorsam für uns
32 legitim?

33 Wie gehen wir weltweit mit der Demokratie um und wie können wir Demokratisierungsbewegungen
34 unterstützen?

1 Mit welchen Formen gesellschaftlicher Spaltung sind wir heute konfrontiert und wie können wir sie
2 überwinden? Welche Rolle spielen materielle und nicht-materielle Aspekte bei der Ermöglichung von
3 Teilhabe? Wie gehen wir mit Konflikten um, die anhand von Identitäten wie Herkunft, sexueller
4 Orientierung, Geschlecht oder Religion spalten?

5 Welche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verhindern heute die gleichberechtigte
6 Teilhabe aller Menschen in unserem Land. Wie stellen wir Jusos uns Antidiskriminierungsarbeit und
7 -politik vor?

8 Wie muss ein Bildungssystem aussehen, das Menschen mit Migrationshintergrund Zugangs- und
9 Aufstiegschancen sichert, und wie gelingt eine bessere Teilhabe von Menschen mit
10 Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt?

11 Wie steigern wir die politische Partizipation von bisher nicht hinreichend repräsentierten Gruppen,
12 vor allem Menschen mit Migrationshintergrund?

14 3. Mehr Möglichkeiten für alle

15 Wir Jusos werden den Anliegen der jüngeren Generation Gehör verschaffen. Junge Menschen stehen
16 unter enormen Druck. Aber sie wollen ihr Leben selbst gestalten und die Freiheit haben, sich
17 entscheiden zu können, was sie tun möchten und was nicht. Wir werden deshalb ein Leitbild für eine
18 Gesellschaft erarbeiten, in der alle jungen Menschen die Freiheit haben, ihren Lebensweg so zu
19 organisieren, wie sie es möchten. Dabei wissen wir, dass es wirkliche Freiheit nur geben kann, wenn
20 gleichzeitig die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.
21 Wir wenden uns gegen die pseudo-liberale Vorstellung, die unter Freiheit nur eine formale rechtliche
22 Gleichheit und die Abwesenheit von Regulierung versteht. Wir wollen stattdessen, dass ein einmal
23 eingeschlagener Weg nicht in der Sackgasse mündet. Wenn wir über ein solches Leitbild sprechen,
24 dann handelt es sich um einen Gesamtansatz, der nicht bei einzelnen Politikfeldern stehen bleibt. Wir
25 wollen uns konkret mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

26 Wie organisieren wir ein Bildungssystem, das qualitativ hochwertig ist, niemanden zurücklässt und
27 wirkliche Durchlässigkeit gewährleistet?

28 Wie schaffen wir genügend gute Ausbildungsplätze, wie soll die berufliche Bildung aus unserer Sicht
29 organisiert sein und wie gehen wir mit dem Übergangssystem um? Wie muss die berufliche
30 Weiterbildung aus unserer Sicht organisiert werden? Wie sorgen wir für einen guten Berufseinstieg,
31 der nicht in der Prekarität endet?

32 Was können wir von den sozialen Jugendprotesten in Europa und weltweit lernen?

33 Was müssen wir an unseren sozialen Sicherungssystemen ändern, um auch alternative
34 Erwerbsbiographien zu ermöglichen?

Wie unterstützen wir junge Menschen bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensentwürfe?
Für welche Formen von Partnerschaft müssen die rechtlichen Bedingungen verbessert werden? Wie unterstützen wir junge Menschen, die Kinder haben wollen besser? Wie schaffen wir mehr Freiräume für Privates (Lebensarbeitszeit)?

Wie erreichen wir wirkliche Gleichstellung auch für junge Frauen? Was muss die Politik konkret tun, um Chancengleichheit im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zu fördern?

Wie können wir Engagement von jungen Menschen besser unterstützen? An welchen Stellen benötigen sie eine bessere Förderung, sei es beim gesellschaftlichen Engagement während Schule, Ausbildung und Studium, sei es im Rahmen eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres?

IV Gesellschaft verändern heißt Bündnisse schließen

Wir Jusos sind kein Wahlkampfverein für die SPD. Uns geht es darum, das Leben für viele Menschen besser zu machen. Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein. Neben unserer Arbeit in der SPD haben wir im Rahmen unserer Doppelstrategie auch immer Bündnisarbeit gemacht. Wer diese Gesellschaft verändern möchte, macht das am besten gemeinsam mit anderen. Denn wir wissen: Parlamentarische Mehrheiten mögen eine notwendige Bedingung für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse sein. Die hinreichende Bedingung aber ist die Organisation von gesellschaftlichen Mehrheiten für unsere Projekte. Wir Jusos wollen deshalb an unserer Bündnisarbeit festhalten und sie ausbauen. Wir verstehen Bündnisarbeit als Querschnittsaufgabe für alle Arbeitsbereiche. Wir wollen auf Veranstaltungen des Bundesverbandes Bündnispartner in unsere Arbeit einbinden. Wir wollen uns in allen Arbeitsbereichen an Kampagnen unserer Partner beteiligen und gehen offen auf sie zu. Bündnisarbeit heißt dabei für uns auch immer, dass man nicht immer alle Positionen von befreundeten Organisationen teilen muss. Das können wir aushalten und das sehen wir auch als Chance.

Deshalb werden wir auch das erfolgreich gestartete „Änder das!“-Bündnis mit der DGB Jugend, den Falken, der Grünen Jugend, dem AWO Jugendwerk, der Naturfreundejugend, der BUND Jugend und dem Bund der Alevitischen Jugendlichen fortsetzen. Wir wollen dieses Bündnis nach Möglichkeit erweitern und zu einer Plattform ausbauen, die 2013 einen echten Politikwechsel aus Perspektive der jüngeren Generation einfordert. Um an unseren gemeinsamen Forderungen zu arbeiten, werden wir uns auch im Sommer 2012 an einer größeren Veranstaltung des Bündnisses beteiligen.

V Weitere Arbeitsbereiche

1. Feministische Arbeit bei den Jusos

Die erfolgreiche Arbeit der Netzwerkstelle Feminismus soll weitergeführt werden. Die Netzwerkstelle ist für alle Interessierten offen. Sie trifft sich mindestens einmal im Jahr. Ziel der Netzwerkstelle ist es, die Arbeit der Bezirke und Landesverbände sichtbar zu machen und ihren Austausch untereinander zu gewährleisten. Aktuelle feministische Themen sollen dort diskutiert und Ideen für Projekte entwickelt werden. Dabei werden wir uns mit folgenden Themen auseinandersetzen:

Feminismus weiterentwickeln: Feminismus hat sich in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Nicht nur, aber auch die Möglichkeiten der neuen Medien haben dazu entscheidend beigetragen. Wir wollen uns mit diesen Entwicklungen in einem jungsozialistischen Sinne auseinandersetzen.

Teilhabe für alle gewährleisten: Anstatt den bestehenden Trend zu einem „Elitenfeminismus“, der mehr Teilhabe für einige wenige, gut ausgebildete junge Frauen fordert, müssen wir Antworten darauf finden, wie wir mehr Gleichstellung für alle Frauen erreichen können. Ein selbstbestimmtes Leben von Frauen muss unser Ziel sein. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist zentral für die Gleichstellung der Geschlechter insgesamt.

Feminismus in einer heterogenen Gesellschaft: Frauen mit Migrationshintergrund sind nicht nur von Sexismus betroffen, sondern auch von Ausgrenzung und Rassismus. Junge Frauen haben andere Lebenslagen und Probleme als ältere, arme Frauen andere als materiell abgesicherte. Diese Unterschiede zwischen Frauen, die auch zu unterschiedlichen Formen der Diskriminierung führen, wollen wir in den Blick nehmen und passende politische Antworten für mehr Gleichstellung finden.

Echte Partnerschaftlichkeit umsetzen: In vielen Diskussionen hat sich der Begriff „Partnerschaftlichkeit“ als Ziel der Gleichstellungspolitik etabliert. Für uns gilt es nun, diesen mit Leben zu füllen.

Die Bündnisarbeit soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Hierfür wollen wir die neuen feministischen Bewegungen ebenso einbeziehen, wie traditionelle Partnerorganisationen und Gewerkschaften. Einladungen zu Veranstaltungen gehören für uns ebenso zur Zusammenarbeit dazu wie gemeinsame Workshops und ein inhaltlicher Austausch. Die Zusammenarbeit mit der ASF soll weiter ausgebaut werden. Auch am Bar-Camp der Partei wollen wir uns weiterhin beteiligen. Im Rahmen des Bündnisses „Änder das“ wollen wir ein Seminar gemeinsam mit der Grünen Jugend und ggf. anderen zu feministischen Schwerpunktthemen der jeweiligen Verbände anbieten.

Unsere Materialien und Aktionselemente zum Thema Feminismus wollen wir erweitern. Unser Ziel ist es, Jutos für die feministische Arbeit zu interessieren, zu sensibilisieren und Forderungen nach außen sichtbar zu machen.

2. Internationale Arbeit

1 Die Diskussion von internationalen Themen soll künftig als Querschnittsthema in allen 3
2 Projektgruppen integriert sein. Der Bundesvorstand ist dafür verantwortlich auf Bundesebene
3 internationale Themen zu bearbeiten, die internationalen Projekte durchzuführen sowie unsere
4 inhaltliche und organisatorische Arbeit innerhalb der ECOSY, des DNK und der IUSY zu gestalten.
5 Das WBC als Juso Projekt ist ebenfalls vom Bundesvorstand aktiv zu begleiten.

6 Das Willy-Brandt-Center in Jerusalem nimmt für die Jusos eine zentrale Rolle ein. Die Arbeit des
7 Fördervereins wird vom Bundesvorstand aktiv begleitet. Die Zusammenarbeit mit unseren Partnern
8 vor Ort ist regelmäßig im Bundesvorstand zu thematisieren. Der Bundesvorstand erarbeitet ein
9 Konzept, wie interessierte Jusos in die Arbeit des Fördervereins stärker eingebunden werden können.
10 Darüber hinaus sollen es Seminarangebot geben für Interessierte des Verbandes zum Thema „Der
11 Konflikt im Nahen Osten“ sowie für Jusos, die das WBC besucht haben und an weiteren
12 Informationen interessiert sind.

13 Wir intensivieren den bilateralen Kontakt zu unseren PartnerInnen in Brasilien und Chile um die
14 regionale Entwicklung Lateinamerikas politisch zu untersuchen. In Chile stehen dabei die sozialen
15 Kämpfe um Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge im Vordergrund, in Brasilien interessiert
16 besonders die Veränderung der globalen Macht- und Tauschbeziehungen durch den Aufstieg der
17 Schwellenländer. Mit unseren Partnerorganisationen in Nordafrika und den Philippinen analysieren
18 wir die weltweiten Perspektiven des demokratischen Wandels. Gerade die Revolutionen und
19 Demokratisierungsprozesse in den arabischen Ländern stehen erst am Anfang, ihr positiver Ausgang
20 ist ebenso möglich wie das Umschlagen in bewaffnete Konflikte und Bürgerkriege. Zudem werden die
21 Partnerschaften und Austausche der Bezirke und Landesverbände weiterhin aktiv vom Bundesverband
22 unterstützt.

23 Als Jusos bringen wir im Verband der Jungen Europäischen Sozialisten unsere Positionen für ein
24 friedliches, soziales und demokratisches Europa ein. Die Arbeit in der ECOSY ist eine Gelegenheit
25 für uns, uns Europaweit mit SozialistInnen und SozialdemokratInnen auszutauschen und für ein
26 gemeinsames linkes Projekt in Europa Verbündete in unserer Generation zu finden. Gleichzeitig
27 bringen wir über die ECOSY unsere Positionen in die Debatten der SPE und der S&D Fraktion im
28 Europäischen Parlament aktiv ein. Wir wollen die ECOSY noch stärker dabei unterstützen im
29 Europäischen Diskurs Debatten zu prägen. Besonders am Herzen liegt uns in den kommenden zwei
30 Jahren noch einmal die Kampagne für das Soziale Europa als Alternative zur reinen Wirtschaftsunion.
31 ECOSY ist ein Dachverband. Dennoch wollen wir, dass ECOSY auch für die Basis der Jusos
32 erfahrbar ist, weshalb wir auch weiterhin Mitgliederaktivitäten wie die die ECOSY Summercamps in
33 der Arbeit unseres Verbandes verankern wollen.

34 Wir möchten in der IUSY erreichen, dass sich die Organisation inhaltlich und programmatisch
35 weiterentwickelt. Das „Global Manifesto“ ist dazu ein erster Schritt und muss ausgebaut werden. Den

1 Reformprozess in der SI wollen wir zusammen mit der IUSY vorantreiben. Wir unterstützen aktiv den
2 Prozess der IUSY, demokratische Bewegungen in der Welt zu unterstützen. Die Arbeit der IUSY soll
3 im Juso-Verband sichtbar sein.

4 Die BKI hat die Aufgabe alle international Interessierten im Verband zu vernetzen und ihren
5 Austausch zu gewährleisten. Internationale Themen und Projekte der Untergliederungen sollen
6 vorgestellt und diskutiert werden. Darüber hinaus sollen die Arbeit in der ECOSY, IUSY und im
7 WBC sowie die bilateralen Austausche durch die BKI vorbereitet und begleitet werden. Aktuelle
8 internationale tagespolitische Themen sollen ebenso bearbeitet werden, wie die Frage der Rolle der
9 Jusos und Partei im internationalen Bereich.

10 Die BKI tagt an mindestens zwei Terminen im Jahr ein ganzes Wochenende lang. Sie organisiert
11 wenn möglich eine thematische Fachkonferenz pro Jahr. Zusätzlich soll es jeweils ein Treffen
12 derjenigen Mitglieder der BKI, die auch in den Projekten arbeiten, am Rande der Verbandstage
13 geben. Die Delegation zur BKI orientiert sich an derjenigen der Projekte. Landesverbände und
14 Bezirke delegieren je eine Person, vorzugsweise die jeweilige Leitung der Landesarbeitskreise bzw. -
15 kommissionen Internationales oder Europa. Hinzu kommen ExpertInnen, die vom Bundesvorstand
16 benannt werden. Sie wird durch eine hauptamtliche Internationale Sekretariatsstelle im Bundesbüro
17 unterstützt.

18 Die Außen- und Europapolitik der SPD in der Vergangenheit nicht hinreichend programmatisch
19 akzentuiert. Wir müssen in Hinblick auf die Entwicklung des Bundestagswahlprogrammes 2013
20 wesentliche Programmbausteine entwickeln, die ein klares Profil der SPD in der internationalen und
21 europäischen Politik darstellen. Wie sieht sozialdemokratische Friedenspolitik unserer Ansicht nach
22 heute aus? Welche Position nimmt die SPD gegenüber aktuellen Konflikten ein? Welche europäische
23 Vision hat die SPD? Welche Rolle sieht die SPD für Deutschland in einer zunehmenden multipolaren
24 Welt vor

26 3. Antifaschistische Arbeit bei den Jusos

27 Wir Jusos kämpfen entschlossen und konsequent gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus,
28 Nationalismus, Homophobie und jede andere Form von Menschenfeindlichkeit. Wir wollen in einer
29 Gesellschaft leben, in der diese Einstellungen geächtet und marginalisiert werden. Deshalb wollen wir
30 selbst präventiv dazu beitragen, diesen menschenfeindlichen Einstellungsmustern entsprechende
31 Argumentationsweisen entgegenzusetzen. Politisch setzen wir uns dafür ein, dass Projekte gegen diese
32 Einstellungsmuster finanziell gefördert werden. Die Kürzungen, die durch die Bekämpfung
33 vermeintlichen „Linksextremismus“ entstanden sind, müssen rückgängig gemacht werden, stattdessen
34 muss die Förderung dringend ausgeweitet werden. Den Extremismusbegriff, der solchen
35 Maßnahmen zugrunde liegt, lehnen wir ab und unterstützen daher auch die Bemühungen um die

1 Abschaffung der sog. „Demokratieerklärung“ (Extremismusklausel), durch die zivilgesellschaftliches
2 Engagement gegen Rechts unter Generalverdacht gestellt wird. Wir wollen weiterhin auch alle
3 rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Nazis zu bekämpfen. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung
4 von antifaschistischem und antirassistischem Engagement. Leider ist der Kampf gegen Rechts auch in
5 der SPD nicht gewonnen. Die menschenverachtenden Thesen des Rechtspopulismus werden von
6 einem Teil der SPD-Mitglieder akzeptiert oder sogar unterstützt. Hiergegen müssen wir
7 Aufklärungsarbeit leisten und dem Rassismus die Grundlage entziehen.

8 Konkret bedeutet dies für die Arbeit im Juso-Bundesverband: Wir wollen weiterhin für
9 antifaschistische Projekte mobilisieren und gemeinsam mit anderen Organisationen gegen Nazis
10 protestieren. Dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den
11 größten Naziaufmarsch zu verhindern. Wir werden auch zukünftig als Jusos unseren Beitrag dazu
12 leisten, den Nazis nicht die Straße zu überlassen und uns innerhalb des Bündnisses engagieren und
13 breit gegen den Aufmarsch mobilisieren. Wir werden aber auch an anderen Stellen, an denen
14 Naziaufmärsche von überregionaler Bedeutung geplant bei der Mobilisierung dagegen unterstützen.
15 Dafür richten wir einen Fonds ein, durch den die Unterbezirke unterstützt werden, wenn die für
16 Aktivitäten gegen Nazis Materialien oder Veranstaltungen organisieren. Damit unterstreichen wir vor
17 dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Rechtsextremismus und –terrorismus unsere
18 ungebrochene antifaschistische Kampfbereitschaft.

19 Gerade bei der antifaschistischen Arbeit sind die Vernetzung der Antifa-Verantwortlichen der
20 Landesverbände und Bezirke, sowie der Austausch mit Bündnispartnern von besonderer Bedeutung.
21 Dies erfolgt über die Netzwerkstelle Antifa, sie dient zur Koordinierung der verschiedenen Aktionen
22 und zum Informationsaustausch untereinander.

23 Außerdem wollen wir auch die Vernetzung mit Antifa-Aktiven aus anderen Mitgliedsverbänden von
24 ECOSY und IUSY vorantreiben. Hierbei werden wir die Kooperation mit der SJÖ ausbauen.

26 4. Juso-SchülerInnen

27 Die Juso-SchülerInnen kämpfen für ein gerechtes Bildungssystem. Um das zu erreichen muss das
28 gegliederte Schulsystem abgeschafft und Gemeinschaftsschulen eingeführt werden. Wir brauchen
29 Schulen, die Werte fördern und Schülerinnen und Schülern Spaß am lebenslangen Lernen vermitteln,
30 das über stures Auswendiglernen weit hinausgeht und somit Lebenskompetenz bedeuten soll. Es geht
31 um inklusive Ganztags-Gemeinschaftsschulen, in denen bereits in der Idee Chancengleichheit
32 gedacht und in der Umsetzung praktisch erlebbar wird.

33 Die erfolgreiche Arbeit der Juso SchülerInnen muss fortgeführt werden. Dafür wird eine JSG
34 Bundeskoordination, bestehend aus gleichberechtigten Sprechern und Sprecherinnen, eingesetzt. Sie
35 wird die Interessen der Juso-SchülerInnen vertreten, die Arbeit der Juso-SchülerInnen vernetzen,

1 beim Aufbau neuer SchülerInnen-Gruppen unterstützen und Workshops, Seminare und Kongresse
2 auf Bundesebene vorbereiten. Einmal jährlich findet der JSG Kongress statt. Auch in der kommenden
3 Amtszeit, muss die Vernetzung eine große Rolle einnehmen. Deshalb sollen bei Veranstaltungen des
4 Juso Bundesverbandes, wenn sinnvoll, auch ein Treffen der Juso-SchülerInnen stattfinden. Um die
5 inhaltliche Arbeit zu stärken werden auf Bundesebene inhaltliche Kongresse angeboten, die auch offen
6 sind für nicht Juso-Mitglieder. Auf den Großveranstaltungen (Camps, Linkskongresse) des Juso
7 Bundesverbands bieten die Juso-SchülerInnen Workshops an.

8 Um den Aufbau von Juso-SchülerInnen-Gruppen zu unterstützen entwickelt die JSG
9 Bundeskoordination Veranstaltungsformate, die vor Ort verwendet werden können. Es soll auch eine
10 schriftliche Hilfestellung zur JSG Arbeit geben. Die Öffentlichkeitsarbeit soll weiter verstärkt werden,
11 der Vorstellungsflyer, die Homepage, die Facebook Page und der youtube channel sollen fortgeführt
12 werden. Es soll weiter Artikel in allen Juso-Publikationen zum Thema Bildung und Schule geben.
13 Neu soll es einen offenen Newsletter für alle Juso-SchülerInnen geben.

14 15 5. Netzpolitik

16 Die sog. „digitale Revolution“ ist insbesondere bei jungen Menschen in immer mehr Lebensbereichen
17 präsent. Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist es daher unsere Aufgabe, die Konturen
18 jungsozialistischer Politik einer solidarischen digitalen Gesellschaft sichtbar zu machen. Netzpolitik
19 darf sich nicht nur darauf beschränken, aktuelle Entwicklungen und Themen zu begleiten und sich
20 dazu zu positionieren. Diese Gesellschaft muss gestaltet werden und dazu bedarf es Visionen und
21 Idealen, die sich an unseren Grundwerten orientieren. Für diese Gestaltung müssen wir die Relevanz
22 netzpolitischer Fragen in anderen Politikfeldern deutlich machen. Dazu gehören insbesondere
23 Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir werden deshalb für die kommenden beiden Jahre eine
24 Netzwerkstelle einrichten, die vom Bundesvorstand geleitet wird. Bis zu zweimal jährlich wird es
25 zudem ein Treffen der netzpolitisch Aktiven geben. Wir werden uns dabei mit folgenden
26 Themenkomplexen auseinandersetzen:

27 Die digitale Gesellschaft ist ungleich! Die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ist abhängig von
28 Bildung und ökonomischen Ressourcen. Wie wir mit staatlichem Handeln die Teilhabemöglichkeiten
29 sicherstellen und ausbauen, ist essentiell für die solidarische Gestaltung der digitalen Gesellschaft. Die
30 zentrale Frage lautet also: Wie wollen wir die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft sichern?

31 Auch die Reproduktion von Geschlechterungleichheit findet in der digitalen Sphäre ihre Fortsetzung.
32 ProduzentInnen und KonsumentInnen von digitalen Angeboten sind vornehmlich männlich. Der
33 Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter ist auch eine Auseinandersetzung die wir online
34 führen müssen.

Die Nutzung des Internets und die damit einhergehenden Risiken gerade für unerfahrene NutzerInnen, insbesondere bei Fragen des Datenschutzes beim alltäglichen Umgang, müssen durch sinnvolle Rahmenbedingungen möglichst weit begrenzt werden und den Betroffenen möglichst nahe gebracht werden. Diese zumeist gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen an aktuelle Bedürfnisse und Entwicklungen angepasst werden.

In der digitalen Sphäre entstehen neue Formen von Arbeit und Ökonomie. Wie können wir in diesem Zustand die soziale Absicherung für Selbstständige gestalten und wie können wir abhängig Beschäftigte vor der unzumutbaren Vermischung von Arbeit und Privatem schützen? Und wie gelingt es uns schließlich, die Interessen von NutzerInnen (möglichst einfacher Zugang zu Inhalten), sowie AnbieterInnen und AutorInnen (insbesondere bei Fragen des Urheberrechts) gerecht gegeneinander auszugleichen?

Transparenz und Offenheit und nicht Geheimniskrämerei und Entmündigung werden zu den bestimmenden Faktoren im Verhältnis zwischen Staat und BürgerIn. Wie wollen wir diese Offenheit ermöglichen und unterstützen?

6. Verbandsschule

Politische Bildung ist Träger von Werten und Traditionen, vermittelt inhaltliche Grundlagen und spielt bei der Schaffung von Partizipation und innerverbandlicher Demokratie eine ganz entscheidende Rolle. Dabei vermitteln wir als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Verband nicht nur Kompetenzen sondern auch Werte für unterschiedliche Zielgruppen unseres Verbands. Das Ziel der Bildungsarbeit ist der Generationenaufbau von links. Die Aufgabe des Bundesverbandes besteht darin, qualifizierte Angebote zu schaffen, die in den Landesverbänden nicht in Gänze geleistet werden können und der Koordinierung des Austausches zwischen den Landesverbänden und Bezirken. Der Bedarf nach Bildungsangebot ist nach wie vor vorhanden und auch der Anspruch an Folgeveranstaltungen. Dem wollen wir Rechnung tragen und das Angebot den Bedürfnissen des Verbandes entsprechend weiterentwickeln. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, die Angebote und Bewerbungsverfahren an den jeweiligen Zielgruppen zu orientieren.

Die Modulreihe „Politdiplom“ hat sich bewährt und wird 2012 mit einem weiteren Durchgang fortgesetzt. Sie bietet eine fortschrittliche Verbindung von theoretischen und organisatorischen Kompetenzen in Form einer Grundlagenschulung. Gerade auf die Themen Gleichstellung und Anforderungen für die Arbeit vor Ort soll noch intensiver eingegangen werden.

In diesem Jahr wurde erstmals die Herbstakademie durchgeführt. Sie richtet sich an FunktionärInnen, um zentrale Themenfelder der Juso-Arbeit bei einem viertägigen Seminar intensiv zu behandeln und Platz für Diskussionen und Theorieschulungen bieten, die in der Alltagsarbeit oft zu kurz kommen. In der Wahlperiode sollen mindestens zwei Vergleichbare Angebote gemacht werden.

1 Zusammen mit der AsF und der FES wird eine Seminarreihe für Funktionärinnen angeboten. Mit
2 diesem Funktionärinnenprogramm sollen Frauen bewusst für eine Laufbahn in der Politik begeistern
3 werden. Das Programm soll bewusst patriarchalen Strukturen in Verband, Partei und Gesellschaft
4 entgegenwirken. Daneben sollen die erfolgreichen Neumitgliederseminare für Frauen fortgeführt
5 werden. Die Seminare können auch an andere Veranstaltungen angedockt werden.

6 Die Vernetzung der innerverbandlichen Bildungsarbeit erfolgt über das Bildungs-Wiki und
7 mindestens ein Treffen der Bildungsverantwortlichen in der Wahlperiode. Gerade das Wiki
8 funktioniert nur, wenn sich die Landesverbände und Bezirke an dem Projekt beteiligen.

9 10 7. Ab in die Öffentlichkeit

11 Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit verfolgen wir auch künftig zwei Ziele: Wir wollen auf der einen
12 Seite unsere Mitglieder über die Aktivitäten des Bundesverbandes bestmöglich informieren und
13 Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen. Auf der anderen Seite wollen wir aber stärker noch als bisher
14 auch junge Menschen von uns, unserer Arbeit und unseren Themen überzeugen. Das bedeutet für uns
15 konkret:

16 Wir werden unser Verbandsmagazin ‚Update‘ reformieren. Zukünftig soll es in höherer Auflage und in
17 einem anderen Format erscheinen. Das Update dient weiterhin zur Information unserer Mitglieder,
18 kann in Zukunft aber auch als Werbematerial für die Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke vor
19 Ort dienen. Darüber hinaus werden wir unseren Bestand an Informationsmaterialien kontinuierlich
20 aktualisieren und ausbauen. Wir halten am bewährten Konzept der Argumente-Hefte fest. Sie dienen
21 dazu, Interessierten innerhalb und außerhalb des Verbandes einen tieferen Einblick in ein Leitthema
22 zu ermöglichen. Wir wollen die Argumente-Hefte aber künftig stärker an den Themen unserer
23 Kampagne orientieren. Jede Projektgruppe wird mindestens ein Heft mitgestalten.

24 Wir Jusos nutzen konsequent die Möglichkeiten des Web. Wir werden unsere Homepage aber künftig
25 stärker für Nicht-Mitglieder optimieren und Module entwickeln, die für sie auch einen praktischen
26 Mehrwert haben. Unsere thematisch orientierten Newsletter behalten wir bei. Ebenso werden wir
27 auch künftig die sozialen Netzwerke als Kommunikationsmöglichkeit stark nutzen. Dazu gehört auch,
28 dass wir unsere Veranstaltungen und Aktionen mit Bildern und Filmen dokumentieren. Wir wollen
29 auch den unteren Gliederungen stärker die Möglichkeit geben, Bilder und Filme über eigene
30 Aktionen zu veröffentlichen. Wir wollen deutlich machen: Wir sind ein aktiver Verband!

31 Wir wollen die Möglichkeiten des Internet auch nutzen, um bessere Beteiligungsmöglichkeiten und
32 mehr Transparenz bereitstellen zu können. Wir werden darüber hinaus mit dem Juso-
33 Bundesausschuss beraten, auf welchen Wegen wir eine verbesserte Kommunikation mit unseren
34 Mitgliedern sicherstellen können.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

8. Partei- und Verbandsreform

Die SPD hat in diesem Jahr ihre organisatorische Parteireform auf den Weg gebracht. Erklärtes Ziel ist es aber nicht, den Reformprozess mit dem Bundesparteitag zu beenden, sondern ihn in den kommenden beiden Jahren fortzusetzen. Wir Jusos werden diesen Prozess weiterhin konstruktiv kritisch begleiten. Unsere Prinzipien dabei bleiben: Wir wollen eine starke Mitglieder- und Programmpartei, wir wollen mehr innerparteiliche Demokratie und wir wollen eine Partei, in der auch junge Menschen gerne mitarbeiten möchten.

Wir Jusos haben in der Vergangenheit unsere Arbeitsweise laufend weiterentwickelt und müssen sie auch zukünftig immer wieder neu auf den Prüfstand stellen. Mit der eingeschlagenen Parteireform konnten wir Verbesserungen für uns durchsetzen. Damit wollen aber auch wir uns nicht bequem zurücklehnen, sondern die kommenden Monate dazu nutzen, unsere eigenen Strukturen und Prozesse zu prüfen und zu verbessern. Wir wollen einen Verband, in der es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten gibt und in dem Strukturen die Arbeit fördern und nicht behindern. Deshalb wird im ersten Schritt eine Potentialanalyse des Verbandes erstellt. Auf dieser Grundlage werden wir einen Prozess organisieren, in dessen Rahmen konkrete Vorschläge unter breiter Beteiligung der Unterbezirke und Kreisverbände sowie des Bundesausschusses diskutiert werden können. Die Abstimmung über diese konkreten Änderungsvorschläge erfolgt auf dem Juso-Bundeskongress 2012.

VI Wir wollen gerecht verändern

Für uns Jusos ist klar: Wir wollen mehr Gerechtigkeit für alle. Wir wollen nicht nur darüber reden, sondern diese Gesellschaft konkret verändern. Wir wollen ein besseres und stärkeres Europa und eine gerechtere Weltordnung als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir wollen eine Demokratie und Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können. Wir wollen Zukunftschancen und mehr Freiheit für alle jungen Menschen. Wir werden uns Nazis weiterhin konsequent in den Weg stellen. Wir wollen unserem Anspruch als internationalistischer Verband weiterhin gerecht werden. Und wir hören erst auf zu kämpfen, wenn Gleichstellung nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität verwirklicht ist. Das alles sind große Aufgaben. Aber wir stehen mit unseren Ideen nicht allein. Und wir sind ein großer Verband. Wir werden uns in den nächsten beiden Jahren diesen Aufgaben widmen und dafür sorgen, dass das Leben für viele Menschen besser wird. Gemeinsam sind wir stark.

B13 Generation unter Druck – Übergänge in den Arbeitsmarkt gestalten

LV Thüringen

Die Lage ist prekär – wir sind längst nicht über den Berg!

In die aktuellen Debatten um die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik hat vor allem eines Einzug gehalten: Leiharbeit. Zwar lässt der Diskurs erkennen, dass sich Debatten um Sozialschmarotzer inzwischen tatsächlich überholt haben, einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik gibt es allerdings nach wie vor nicht. Vielmehr werden nach wie vor bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders hohe Chancen bei der gelingenden Arbeitsmarktintegration zugeschrieben. Gerade für jüngere Beschäftigte und Erwerbslose wird ein überwiegend positives Bild gezeichnet. Weniger Schüler_innen drängen auf den Ausbildungsmarkt, in einigen Teilen Deutschlands gibt es sogar mehr Ausbildungsplätze als potentielle Auszubildende. Mit mehr Qualifizierung soll denen, die es über den ersten Bildungsweg nicht schaffen später in den Arbeitsmarkt begleitet werden. Fachkräftemangel und demografischer Wandel werden damit nicht nur zum Retter des Arbeitsmarktes gemacht, sie verschleiern auch, dass es junge Menschen gibt, die von diesen Veränderungen nicht profitieren.

Dass die Integrationschancen für junge Menschen nicht die besten sind, zeigt ein Blick auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation. Der Anteil der Berufseinsteiger_innen mit befristeten Arbeitsverträgen ist überdurchschnittlich und steigt stetig, in der Leiharbeit sind junge Menschen ebenfalls deutlich stärker repräsentiert als andere Altersgruppen und Praktika auch nach dem Berufsabschluss sind heute keine Seltenheit mehr. Umso schwerer ist der Arbeitsmarktsituation aber für diejenigen, die weniger gute Ausgangschancen mitbringen.

Bildung ist längst nicht mehr der Schlüssel zum gesellschaftlichen Aufstieg. Selbst gut ausgebildete junge Menschen haben heute keine sicheren Chancen mehr auf den Traumjob. Befristungsketten, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung oder Praktika stehen bei dem Weg in den Arbeitsmarkt auf der Tagesordnung. Für uns Jusos ist dieser Zustand unhaltbar. Wir wollen uns einsetzen für eine Gesellschaft, in der jede_r die Chance auf einen guten Arbeitsplatz hat.

Jung, dynamisch, schwer vermittelbar

Längst nicht alle jungen Menschen sind bestens auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet. Nicht nur, weil eine sichere Integration häufig nur eine langfristige Perspektive ist, sondern weil multiple Problemlagen – fernab fehlender oder ungeeigneter Qualifikation – wie Sucht, Schulden, Gewalterfahrungen, soziale Herkunft, Gesundheit oder Straffälligkeit die Konzentration auf Erwerbsarbeit schwierig machen.

Die Antwort auf diese Gruppe ist das mit den Hartz-Reformen eingeführte „Fordern und Fördern“. Qualifikation, Weiterbildung und soziale Begleitung sollen durch staatlichen Druck ergänzt werden. Wer als nicht arbeitswillig eingestuft wird sanktioniert, jeder noch so schlechte Job gilt als zumutbar. Unter dem Vorwand, junge Menschen sollen sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten werden sie besonders gefordert.

Diesen Anforderungen der Arbeitsverwaltung stehen wenige wirkliche Arbeitsmarktchancen gegenüber und auch die Möglichkeiten der Arbeitsverwaltung den Jugendlichen bei der Begleitung in den Arbeitsmarkt beschränkt. Eine Maßnahme folgt der anderen, um zu verhindern, dass sie weiter in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Nicht nur die Qualität dieser Maßnahmen, auch ihr Vermittlungserfolg ist zweifelhaft. Die tatsächlichen Probleme der Zielgruppe bearbeiten sie nicht.

Vor diesem Hintergrund läuft der staatlich ausgeübte Druck nicht selten ins Leere. Häufig haben diese Jugendlichen mit dem System der staatlichen Regelförderung abgeschlossen, da sie sie bereits mehrfach erfolglos in Anspruch genommen haben. Sie fühlen sich vom System Arbeitsmarktpolitik enttäuscht und nicht verstanden. Das Ergebnis ist eine Häufung vom Misserfolgserlebnissen, die sich nicht selten nahtlos an die Schulzeit anreihet. Der Verlauf ihrer Biografien bringt sie immer weiter vom ersten Arbeitsmarkt weg.

Die Anforderungen junger Menschen beim Übergang in den Arbeitsmarkt sind vielfältig. Druck und steigende Leistungsanforderung seitens staatlicher Institutionen lösen nicht den Anspruch junge Menschen in das Erwerbsleben zu begleiten; sie schlagen fehl. Es ist auch unsere Aufgabe, gerade für diese jungen Menschen eine Antwort und eine Perspektive für gesellschaftliche Integration zu formulieren.

Wir brauchen Perspektiven

Eine Veränderung der Förderung junger Menschen bedeutet vor allem eine Veränderung der Förderpraxis in der Arbeitsverwaltung. Will sie den Ansprüchen der Jugendlichen gerecht werden, heißt dies in erster Linie sich auf ihre Perspektive und Anforderung einzulassen. Standardmaßnahmen für Bewerbungstrainings werden diesen Anspruch nicht einlösen können. Vielmehr geht es darum tatsächlich die Problemlagen jeder_s Einzelnen zu identifizieren und entsprechend darauf zu reagieren. Eine stärkere soziale Unterstützung ist in diesem Zusammenhang unabdingbar. Erst wenn die sozialen Problemlagen des jungen Menschen gelöst sind, kann er sich vollständig seiner beruflichen Integration widmen.

Um dies zu erreichen muss die Durchführung von Integrationsmaßnahmen weg von einem starren System der festen Kurse, mit fixierten Lerninhalten und Quoten seitens der Jobcenter. Darüber hinaus müssen die Projektziele der SBG-II-Maßnahmen an die regionalen Arbeitsmarktbedingungen angepasst werden. Nicht zuletzt müssen auch immer wieder angewandte Geschlechterstereotype bei der Berufswahl hinterfragt werden: jungen Frauen und Männern müssen Alternativen zu etablierten

1 Rollenvorstellungen angeboten bekommen anstatt diese in geschlechtertypische Maßnahmen zu
2 vermitteln.

3 Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die auch diejenigen in den Mittelpunkt stellt, die
4 gesellschaftlicher Unterstützung und Solidarität besonders benötigen. Maßnahmen zur beruflichen
5 Integration müssen den individuellen Bedürfnissen entsprechen um erfolgreich zu sein. Wir setzen
6 uns dafür ein, dass jede_r eine echte Chance am Arbeitsmarkt bekommt.

7

B14 Keine Verlängerung der „Vermittlungsgutscheine“. BA stärken!

BZ Hessen-Süd

Antragstext:

Die SPD Bundesfraktion wird aufgefordert sich gegen die Verlängerung der „Vermittlungsgutscheine“ oder deren Übernahme in das Regelinstrumentarium einzusetzen. Zusätzlich soll aktiv gegen die Kürzungen in der Bundesagentur für Arbeit vorgegangen werden.

Begründung:

Seit einigen Jahren gibt es nun Vermittlungsgutscheine, die durch Arbeitsagenturen und Jobcentern verteilt werden. Diese können die Vermittlungsgutscheine an Arbeitssuchende ausgeben, womit man sich bei den privaten Arbeitsvermittlungen einen Arbeitsplatz sozusagen „erkaufen“ kann. Dabei bekommen die privaten Arbeitsvermittlungen eine Vergütung von 2000-2500€. Eine erste Rate in Höhe von 1 000 Euro wird nach einer sechswöchigen und der Restbetrag nach einer sechsmonatigen Dauer des Beschäftigungsverhältnisses an die Vermittler gezahlt. Die Form der Vermittlungsgutscheine läuft zum 31. Dezember 2011 aus.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat zuletzt eine sehr interessante und ausführliche Studie zum Vermittlungsgutschein veröffentlicht.

Daraus resultierend konnte von 2004-2007 jährlich ca. 60.000 Arbeitssuchende vermittelt werden. Das sind weniger als 10 Prozent der ausgegebenen Vermittlungsgutscheine. Eine Beschäftigung wird oft ohne seine Nutzung aufgenommen. Inhaber von Gutscheinen waren eher Arbeitslose mit besseren Beschäftigungschancen. Diese Positivauswahl hat sich zwischen 2004 und 2007 verstärkt.

Die geringe Einlösungsquote der Vermittlungsgutscheine von 7 bis 9 Prozent erklärt die Studie folgendermaßen:

„Arbeitslosengeld-II-Empfänger haben dieselben Chancen auf einen Job mit Einlösung des Gutscheins wie andere Arbeitslose. Sie bleiben nach der Einlösung jedoch mit geringerer Wahrscheinlichkeit für mindestens ein halbes Jahr beschäftigt.

Aufseiten der privaten Arbeitsvermittlungen bestehen Selektionsmechanismen, die systematisch zum Ausschluss bzw. zur Aufwandsminimierung für manche Gruppen von Arbeitslosen führen. Viele Gutscheininhaber suchen sich deshalb selbst eine Stelle oder finden sie mit Unterstützung der Arbeitsagentur oder Grundsicherungsstelle. Ihre Zahl übersteigt zu jeder Zeit die Zahl derjenigen, die mit Einlösung des Gutscheins einen neuen Job finden.“

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19

Wie oben schon erwähnt gibt es große Unterschiede zwischen ausgegebenen und genutzten Vermittlungsgutscheinen. Beachtenswert ist zudem die Analyse aus dem Bericht, dass „benachteiligte“ Gruppen trotz erhöhtem finanziellen Anreiz unterdurchschnittlich von Vermittlungsgutscheinen profitieren. Sie werden kaum durch private Anbieter vermittelt.

Der Bericht stellt darüber hinaus fest, dass die Verbleibdauer im Betrieb von mit Vermittlungsgutschein vermittelten Personen geringer ist als die von Personen, die ohne Gutschein vermittelt wurden. Dieser Sachverhalt legt Mitnahmeeffekte und Missbrauch nahe (auch der Spiegel in seiner Ausgabe 01/2011 „Die Hartz-Fabrik: Das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit brummt.“ Kritisierte diese Praktiken).

Aber bevor die Regierung und im speziellen Frau von der Leyen daraus lernt und entsprechende Maßnahmen einleitet, verschlimmert sie die Problematik. Die Bundesagentur für Arbeit erhält drastische Kürzungen und die privaten Arbeitsvermittlungen sollen ausgebaut werden. Dadurch resultieren nicht nur weitaus höhere Ausgaben, sondern man vernichtet auch Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und weiterhin in den Unternehmen, die deren hochqualifizierte und auf das Unternehmen geschnittene Personalabteilung einfach fallen lassen.

Die Frage lautet daher - Wie wollen wir den Staat in Zukunft sehen? Als Versorger oder Zuschauer?

C1 Noten abschaffen – Bewertung gerecht gestalten!

Juso-SchülerInnen über Bundesvorstand

Kein Schubladendenken

In Deutschland werden die SchülerInnen anhand eines Zahlen- und Punktespektrums von 1-6 bzw. 0-15 bewertet. Durch diese Notengebung werden SchülerInnen in Schubladen gesteckt. Hieraus ergeben sich zahlreiche Probleme. Zum Einen werden die Ziffernnoten den individuellen Stärken und Schwächen der SchülerInnen nicht gerecht. Zum Anderen geben sie kein aussagekräftiges Bild über die Leistungen und Bemühungen der SchülerInnen wieder. Es ist nicht möglich, die Hintergründe für die Vergabe der Noten zu erkennen. Des Weiteren stellen Noten ein Druckmittel dar. Es entsteht ein Lernen um der Noten willen, anstatt eines Lernens um des Verständnisses willen. Bei schlechten Noten führt dieses Bewertungssystem zu Frustrationen.

In einigen Bundesländern ist es Gang und Gebe, dass Noten für Sozialverhalten und Leistungsbereitschaft vergeben werden. Auch diese Noten werden häufig dazu verwendet, Druck auf die SchülerInnen auszuüben. Es gibt außerdem keine objektiven Bewertungskriterien für diese Form von Noten.

Was tun?

Um diese Missstände zu beseitigen fordern wir Juso-SchülerInnen das jetzige Notensystem durch ein neues, individuelleres System zu ersetzen.

Eine Möglichkeit wäre es anstelle von Zahlen individuelle Fließtexte von den LehrerInnen erstellen zu lassen. Durch diese Texte werden die LehrerInnen dazu verpflichtet sich intensiver mit den Stärken und Schwächen der SchülerInnen auseinanderzusetzen. Zudem werden so genannte Portfolios erstellt. Diese stellen eine Sammlung verschiedener erbrachter Leistungen in der Schule dar und ermöglichen es den SchülerInnen gemeinsam mit den LehrerInnen ihre Fortschritte aufzuzeigen. Die individuellen Texte zeigen den SchülerInnen, wie sie effektiv Defizite aufarbeiten können. Hier muss ein gezielter, ausgebauter und hochwertiger Förderunterricht angeboten werden, der konkret auf die SchülerInnen eingeht. Das Bewertungssystem soll durch Selbstreflexion- und Selbstbewertungsmethoden ergänzt werden. Diese Methoden sind der Wertung der Lehrer_innenbewertung und der Portfolios gleichrangig.

Der lange Marsch

Diese Forderungen können nur sinnvoll umgesetzt werden, wenn einige Vorleistungen erfüllt sind.

Zu den individuellen Berichten fordern wir Verantwortliche für die einzelnen Jahrgänge der Schulen, die die von den KollegInnen verfassten Berichte auf ihre Individualität hin überprüfen, damit ebenso

1 nichtssagende Floskeln keine Chance haben und die Individualität der Berichte gesichert ist. Damit
2 die LehrerInnen besser auf die einzelnen SchülerInnen eingehen können, müssen kleinere Klassen mit
3 einer maximalen Größe von 15 SchülerInnen geschaffen werden. Auch muss den LehrerInnen mehr
4 Zeit für die intensivere Befassung mit den SchülerInnen eingeräumt werden, um Individualität zu
5 gewährleisten. Wir fordern daher die Pflichtstundenzahl der LehrerInnen zu senken. Hierfür ist es
6 unabdingbar, dass mehr Lehrkräfte eingestellt werden. In der Aus- und Fortbildung der LehrerInnen
7 muss besonderer Wert auf eine pädagogische und methodische Ausbildung gelegt werden, damit die
8 Lehrkräfte den neuen Herausforderungen gewachsen sind. Weiterhin ist für Hochschulen ein
9 Regelwerk einzuführen, welches die Hochschulzugangsberechtigung anhand der neu eingeführten
10 Bewertungsmaßstäbe festlegt.

11 Hierfür muss mehr in das Schulsystem investiert werden. Der Parteivorstand geht mit seinem
12 Steuerkonzept zwar in die richtige Richtung, dennoch muss hier konsequenter gedacht und gehandelt
13 werden, denn nur durch gute Bildung gibt es gesellschaftlichen Wohlstand!

14

C2 Privatschulen überwinden!

Juso-SchülerInnen über Bundesvorstand

Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

Wir Juso-Schülerinnen fordern schon lange die eine Schule für Alle. Dem jedoch steht seit Jahrzehnten eine stetig ansteigende Zahl von SchülerInnen, die eine Privatschule besuchen entgegen. Unser Ziel ist die beste Schule als reguläres, staatliches Angebot.

Von 1992-1993 bei 445.609 PrivatschülerInnen stieg die Zahl bis 2009/10 auf 704.632. Das zeigt zum einen, dass immer mehr Menschen Alternativen zum katastrophalen staatlichen Schulsystem suchen, und ist zum anderen ein Beleg für die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft.

Statistiken zeigen nämlich, dass an Privatschulen überdurchschnittlich Kinder aus AkademikerInnenfamilien, beziehungsweise bildungsnahen Haushalten und finanziell privilegierten Milieus vertreten sind. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung besuchen 11,6% Kinder aus einkommensstarken Haushalten (das sind laut der Studie 150% des Medians) eine Privatschule, während der Gesamtanteil der PrivatschülerInnen nur bei 7,8% liegt. Von allen SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind nur 4% auf einer Privatschule, bei jenen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 9%. Privatschulen stellen somit eine Gefahr für das Gelingen des Projektes Gemeinschaftsschule dar, weil sie als eine Art Exil für Bessergestellte fungieren.

Besonders kritisch sehen wir Privatschulen in kirchlicher bzw. religiöser Trägerschaft. Es darf nicht sein, dass aufgrund des religiösen Glaubens der Eltern Kindern allgemeines Wissen vorenthalten wird und z.B. im Biologieunterricht die Evolutionslehre nicht gelehrt wird. Allgemein gültige und bewiesene wissenschaftliche Erkenntnisse müssen allgemeines Lehrgut werden und an allen Schulen zwingend zum Lehrplan gehören.

Das Miteinander unterschiedlicher Milieus ist essentiell für die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Nur wenn Kinder sowohl aus bildungsfernen, als auch bildungsnahen, sowohl mit, als auch ohne Migrationshintergrund, sowohl aus einkommensschwachen, als auch einkommensstarken Haushalten gemeinsam in einer Schule lernen, kann sich die Idee der Gemeinschaftsschule entfalten, bei der Schwächere von Stärkeren, und Stärkere von Schwächeren profitieren.

Für mehr Vielfalt an unseren Schulen!

1 Privatschulen verletzen oftmals den Grundsatz der Gebührenfreiheit, der für den gesamten
2 Bildungsbereich gelten sollte, weil Bildung unserer Auffassung nach keine Frage des Geldbeutels sein
3 darf, sondern ein Menschenrecht ist. Wer im Bildungsbereich nach sozialen Faktoren selektiert,
4 schwächt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, indem er den Aufstiegsglauben vieler Milieus
5 zerstört und eine freie und selbstbestimmte Zukunft dieser Menschen konterkariert.

6
7 Unser Bildungssystem weist eine Fülle von Defiziten auf, und das nicht erst seit gestern. Deshalb
8 erscheinen Privatschulen aktuell für viele Eltern noch als eine pädagogische Alternative im Sinne
9 besserer Bildung ihrer Kinder. Um Privatschulen überflüssig zu machen, müssen wir das staatliche
10 System erheblich verbessern. Dafür wäre es notwendig, bewährte alternative pädagogische Konzepte
11 von Privatschulen in staatliche Schulen zu integrieren, die zur Verbesserung des Bildungsangebots an
12 staatlichen Schulen beitragen könnten, und von ihnen zu lernen. Außerdem muss die dauerhafte
13 Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungssektors beendet werden. Das bedeutet für uns eine
14 deutliche Erhöhung des Bildungsetats!

15 Sprich: Privatschulen weg, gutes staatliches Schulsystem her!

16
17 Kurz: Damit die Privatschulen langfristig überflüssig werden, brauchen wir höhere Investitionen in
18 Bildung –Investition in Schule ist immer auch Investition in Zukunft!

C4 Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft

LV NRW

Wir erleben gegenwärtig einen Wandel der Medien und des Umgangs mit Medien, der uns gesellschaftlich vor neue Herausforderungen stellt. Mit der Digitalisierung dringen die neuen Medien in immer neue Bereiche des Lebens ein und werden allgegenwärtig. Gleichzeitig verändern sich die klassischen Medien, um auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Insbesondere die so genannten ‚neuen‘ Medien entwickeln im Zuge dieser Veränderungen Formen und Inhalte, die in ihrem Umfang und in ihrer Qualität völlig neu sind und einen veränderten Umgang mit ihnen erfordern. In den vergangenen Jahren und Monaten ist uns an vielen Stellen vor Augen geführt worden, dass der kompetente Umgang mit Medien keine Selbstverständlichkeit ist und eine Verbesserung dieser Situation in vielen Bereichen der digitalen Gesellschaft die Selbstbestimmung der Menschen stärken kann. Nur kompetente MediennutzerInnen können sinnvoll vor Gefahren geschützt werden und gleichzeitig die Chancen dieses Medienwandels ergreifen.

Datenschutzskandale weisen nicht nur auf Mängel auf Seiten der Unternehmen und Anbieter hin, sondern zeugen auch von einem sehr sorglosen Umgang mit persönlichen Daten in digitalen Medien.

Die Debatte rund um die gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) hat gezeigt, dass verschiedene Generationen die Risiko- und Gefährdungspotentiale digitaler Medien unterschiedlich bewerten.

Abmahnungen und Abzocke im Internet vergegenwärtigen uns, dass etablierte Muster der Einschätzung von vertrauenswürdigen Partnern in neuen Kommunikationstechnologien nicht funktionieren.

Phänomene wie Cyber-Mobbing und die naive Präsentation persönlicher Daten und Informationen zeigen, dass das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit unter Druck gerät und die Reichweite individueller Handlungen nicht immer korrekt eingeschätzt wird.

Der lässige Umgang mit Quellen und der Bezug von Informationen und decken ein mangelndes Verständnis für die Qualität und Relevanz von (vermeintlichen) Fakten auf.

Demokratische Beteiligung über digitale Verfahren wie Online-Votings, Diskussionsforen oder OpenData-Initiativen können nur genutzt werden, wenn Unsicherheiten und Ängste durch Wissen abgebaut werden können.

Wir streben daher eine umfassende Auseinandersetzung in der Gesellschaft mit Fragen der Medienkompetenz an. In allen Generationen und gesellschaftlichen Schichten kann durch eine verbesserte Medienkompetenz ein sicherer, souveräner und selbstbestimmter Umgang mit Medien

erreicht werden, der die Menschen zu kompetenten NutzerInnen der gesellschaftlich verbreiteten Technologien macht.

Unser Verständnis von Medienkompetenz greift dabei auf einen breiten Medienbegriff zurück und unterscheidet nicht zwischen vermeintlich klassischen und neuen Medien. Medien durchdringen unser Leben on- und offline und stellen uns vor große Herausforderungen. Medienkompetenz ist in unserem Verständnis eine vielschichtige Kompetenz, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt. Medienkompetenz zielt dabei gleichermaßen auf Inhalt und Technik der Medien ab. Wir unterscheiden dabei vier Ebenen:

1) Was sind Medien, was tun sie und welche Zugangsmöglichkeiten gibt es?

2) Wie erhält man durch Medien Informationen, worin unterscheiden sich verschiedene Medien(typen), wer macht Medien und warum?

3) Medienkritik und Medienreflexion, Medien hinterfragen und bewerten

4) Medien gestalten

Vermittlung von Medienkompetenz als gesellschaftliche Aufgabe

Zentral für die Vermittlung von Medienkompetenz ist das Ziel, Kindern und Jugendlichen Sicherheit in der Nutzung und im Umgang mit Medien zu vermitteln und sie so zu souveränen AnwenderInnen nach ihren eigenen Bedarfen zu machen. Zentrale Voraussetzung für den kompetenten Umgang mit Medien ist ihre unmittelbare Erfahrbarkeit. Broschüren und andere Werbematerialien können nicht das Vermitteln, was ein Austesten und Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten in geschützten Umgebungen und unter fachkundiger Begleitung ermöglicht.

ErzieherInnen in Kindergärten und Kindertagesstätten müssen für Fragen der Kinder und Eltern zu Medien und Mediennutzung ansprechbar sein. Bereits kleine Kinder müssen die Möglichkeit haben, mit erfahrenen ErzieherInnen über ihre Medienerfahrung zu sprechen und Eltern müssen kompetente Ansprech-partnerInnen bei Unklarheiten zur Mediennutzung ihrer Kinder haben. Um dies auch nachhaltig zu gewährleisten müssen entsprechende Elemente in die bereits jetzt sehr gute Ausbildung der ErzieherInnen aufgenommen werden. Kindergärten und Kindertagesstätten sind ein Ort in dem Medienkontakt spielerisch vermittelt werden muss, um Kindern diese Bereiche erfahrbar zu machen – ohne bereits Medienkompetenz im engeren Sinne zu vermitteln zu müssen.

LehrerInnen müssen den jeweiligen Alters- und Lernniveaus angemessene Lern- und Erfahrungsangebote mit verschiedenen Medien machen. Medienkompetenz muss ein wichtiger Baustein schulischer Bildung werden, um Kindern das Hineinwachsen in eine von Medien geprägte Gesellschaft zu erleichtern. Wir streben eine Weiterentwicklung des klassischerweise vor allem

1 technisch geprägten Informatik-Unterrichts zu einem Medien-Unterricht, der technische und
2 inhaltliche Fragen und Diskussionen verbindet. In Berufsschulen und in der betrieblichen Ausbildung
3 müssen die geschaffenen Grundlagen dann berufs- und anforderungsspezifisch weiterentwickelt
4 werden. Die technische Ausstattung von Schulen muss so aufgestellt werden, dass Medien- und
5 Informatikunterricht für alle SchülerInnen zur Regel wird und nicht kleinen Gruppen mit
6 Vorkenntnissen und/oder Spezialinteressen vorbehalten bleibt. Medien müssen durch alle Alters- und
7 Schulstufen hindurch ein kontinuierlicher Bestandteil des Unterrichts sein. Dazu müssen auch
8 Computer und entsprechende Software zu Lehrmitteln erklärt und in Lehrpläne eingebaut werden,
9 um eine Finanzierung über die Landeshaushalte sicherzustellen und die Ausstattung von Schulen
10 nicht von der Haushaltslage der Kommunen abhängig zu machen.

11
12 Schulische Maßnahmen sind ein zentraler Bestandteil der Förderung von Medienkompetenz, sind
13 aber strukturell an bildungspolitische Anforderungen gebunden. Daher müssen in der
14 außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls entsprechende Angebote geschaffen werden.
15 Kinder- und Jugendliche müssen Gelegenheit haben, sich unter kompetenter Begleitung im Netz
16 auszuprobieren und bei Unsicherheiten AnsprechpartnerInnen haben und Hilfestellung bekommen.
17 Hierzu notwendige Qualifikations- und Qualitätsrichtlinien müssen in Zusammenarbeit mit den
18 Trägern der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden. Über die
19 Landesjugendämter könnten solche Fortbildungen organisiert werden, entsprechende Möglichkeiten
20 sind zu prüfen.

21
22 In der LehrerInnen-Ausbildung an Universitäten muss die Vermittlung von Medienkompetenz im
23 pädagogischen Begleitstudium institutionalisiert werden. Die Verankerung von
24 Medienkompetenzbildung im den gesetzlichen Grundlagen der LehrerInnenbildung und den
25 Prüfungsordnungen ihrer Studiengänge ist dafür unerlässlich. Medien sind für angehende
26 LehrerInnen nicht nur Werkzeug sondern auch Unterrichtsinhalt und sie müssen beide Seiten der
27 Nutzung an ihre zukünftigen SchülerInnen weitergeben können. Je nach Status und Form der
28 Medienkompetenzbildung in Schulen ist die Einrichtung eines Ergänzungsfaches Medienkompetenz
29 zu prüfen und Weiterbildungsangebote oder Aufbaustudiengänge für bereits tätige LehrerInnen sind
30 einzurichten. In Studienfächern jenseits der LehrerInnenausbildung müssen insbesondere Fragen der
31 Informationsbeschaffung und Medienreflexion intensiv diskutiert werden, um einen
32 eigenverantwortlichen Umgang mit Wissen und Informationen zu erreichen. Bücher und gedruckte
33 Materialien sind nicht mehr die alleinige Quelle für Informationen und Hintergründe. Digitale
34 Medien nehmen hier in allen Disziplinen eine zentrale Rolle ein. Die Einschätzung der Qualität von

1 Informationen und die Weiterverarbeitung von technisch flüchtigen Quellen müssen in allen
2 Studienfächern erlernt werden.

3
4 Medienkompetenz muss auch durch die Wahl der Lehrmittel vermittelt werden. Wo möglich (und
5 fachgerecht) müssen verstärkt frei zugängliche Materialien verwendet werden (Open Educational
6 Ressources). Im informationstechnischen Unterricht sollte wo möglich, freie Software verwendet
7 werden.

8
9 Auch jenseits von Schule, Ausbildung und Hochschule müssen bessere Angebote zur
10 Medienkompetenz entstehen. In Volkshochschulen und öffentlichen Bibliotheken ist eine
11 hervorragende Infrastruktur vorhanden, um allen Generationen und gesellschaftlichen Schichten
12 entsprechende Angebote zu machen. Das betrifft vor allem Angebote an Eltern und Großeltern, um
13 diese selbst zu kompetenten NutzerInnen zu machen, damit sie ihren Kindern und Enkeln auf
14 Augenhöhe begegnen können. Nicht zuletzt müssen auch EntscheidungsträgerInnen aus Politik und
15 Verwaltung Anlaufstellen haben, um sich mit neuen Entwicklungen in der Mediennutzung und im
16 Medienangebot auseinander zu setzen, so dass sie jederzeit Gelegenheit haben, die digitale und
17 digitalisierte Alltagswelt von Kindern und Jugendlichen aus deren Perspektive zu erfahren. Nur
18 kompetente NutzerInnen können auch kompetente EntscheiderInnen sein.

19 Medienkompetenz kann aber nur durch aktive Nutzung auch in demokratische und kulturelle
20 Teilhabe münden. Bürgerinitiativen in diesem Bereich und insbesondere Bürgermedien müssen aktiv
21 gefördert und ihnen in der Medienlandschaft genügend Raum geben werden. Über entsprechend
22 unterstützte und niedrigschwellige Angebote kann hier Teilhabe gesichert werden. Die notwendige
23 Infrastruktur und Rahmenbedingungen müssen von Bund und Ländern gestaltet werden, um auch
24 außerschulische Medienkompetenzförderung nicht von den kommunalen Haushalten abhängig zu
25 machen.

26
27 Die vermittelten Inhalte in allen Bereichen Medienkompetenz sind regelmäßig zu überprüfen und
28 weiterzuentwickeln, da der technischen Wandel regelmäßig neue Fragen und Debatten zu Tage
29 bringt. Medienkompetenz und Medienbildung kann nie auf gesichertes Wissen zurückgreifen,
30 sondern ist mit einem sich ständigen wandelnden Phänomen befasst.

31
32 Medienkompetenz ist kulturelle Kompetenz. Damit Kinder und Jugendliche sich in der digitalen
33 Gesellschaft als mündige BürgerInnen bewegen und an Arbeit, Bildung, Politik, Kultur und
34 Gesellschaft teilhaben zu können, müssen entsprechende Grundlagen vor Ort geschaffen werden.

- 1 Medienkompetenz kann Eigenverantwortung stärken und die staatliche Aufgabe vom utopischen Ziel
- 2 des absoluten Schutzes hin zu einem angemessenen Risikomanagement verändern.
- 3

C8 Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich

LV Brandenburg

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Die Jusos setzen sich für eine allgemeine Kindergartenpflicht für Kinder zwischen 3-6 Jahren ein. Die Kindergartenplätze müssen für jedes Kind kostenfrei sein. Außerdem fordern wir ein kostenfreies, gesundes Mittagessen.

Antragsbegründung:

Laut der Verordnung zur Durchführung der Sprachstandsfeststellung und kompensatorischen Sprachförderung vom August 2009 sind Kinder verpflichtet, an dem Verfahren zur Sprachstandsfeststellung teilzunehmen, wenn sie für das folgende Schuljahr in der Schule angemeldet werden müssen und ihre Wohnung oder ihr gewöhnlicher Aufenthaltsort sich bis zum 31. Oktober im Jahr vor der Einschulung im Land Brandenburg befindet. Die Sprachstandsfeststellung findet im Jahr vor der Einschulung statt. Wird ein Sprachförderbedarf festgestellt, muss das Kind an einem Sprachförderkurs in einer Kindertagesstätte teilnehmen. Leider zeigt sich in der Praxis, dass auf Grund einer fehlenden Kita- bzw. Schulpflicht immer wieder Kinder durch das Raster dieser Sprachtests bzw. Sprachförderung fallen und somit teilweise Sprachrückstände bei der Einschulung aufweisen. Solche Unterschiede in der frühkindlichen Entwicklung und Bildung sollten verhindert werden, um jedem Kind die gleichen Startmöglichkeiten zur Einschulung mitzugeben. Hierdurch soll verhindert werden, dass einzelne Kinder unter ihren Sprachrückständen leiden und somit schon beim Schuleintritt eine Ungleichheit bei den Bildungschancen besteht. Als positive Effekte am Besuch der Kita sind vor allem soziale Integration sowie das Erlernen von sozialen Kompetenzen (wie zum Beispiel den Umgang mit Konflikten) anzuführen. Weiterhin werden die Kinder im Bereich der elementaren Bildung gefördert. Dazu gehören Aussprache, Grundverständnis für Zahlen sowie motorische Abläufe. Das Ideal der Chancengleichheit ist anzustreben!

C10 Qualität der Wissenschaft politisch unterstützen

LV Sachsen-Anhalt

Die Jusos/die SPD bekennen/bekannt sich zur Unabhängigkeit der Wissenschaft und werden/wird dies in ihrem politischen Handeln unterstützen. Insbesondere wird das *Thesenpapier der Gäste des 4. Berliner Wissenschaftsgesprächs der Robert Bosch Stiftung* vom 25. November 2009 zur Wahrung von Integrität und Qualität der Wissenschaft begrüßt. Folgende Punkte des Papiers bedürfen dabei politischer Zuarbeit, für die sich die Jusos/die SPD einsetzen werden/wird:

„*Grundsätzlicher Erkenntnisgewinn braucht dauerhafte Grundfinanzierung*“: Auch akademischen Einrichtungen muss ein angemessener Umgang mit finanziellen Mitteln zugetraut werden. Politischen Erwartungen nach finanziellen Gewinnen und einer Ausrichtung an hauptsächlich ökonomischen Kriterien ist aber eine klare Absage zu erteilen.

„*Mehr Gewicht legen auf inhaltliche Beurteilung von wissenschaftlichen Leistungen*“: Qualität von Konzepten und Projekten und nicht ausschließlich rein quantitative Kriterien müssen als Indikatoren bei der Vergabe von Forschungsmitteln stärker berücksichtigt werden.

„*Gute Forschung braucht Zeit*“: Die akademischen Einrichtungen müssen die finanziellen Möglichkeiten haben, Projekt- und Arbeitsvertragslaufzeiten auch nach dem Forschungsinhalt und nicht nur nach dem Umfang des Budgets bestimmen zu können.

Begründung:

Wissenschaft und Forschung sind die Motoren der gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land und legen die Grundlage für den wichtigsten uns noch verbleibenden Rohstoff: Bildung und die damit verbundene Innovationsfähigkeit. Richten wir Wissenschaft und Forschung zu sehr an wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Interessen aus, was die Entwicklungen der vergangenen Jahre vermuten lassen, droht eine Drosselung dieser Motoren, die Deutschland im internationalen Wettbewerb ins Abseits zu drängen droht. Die Politik ist deshalb in der Pflicht, der Wissenschaft ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und sie nicht aus finanzpolitischer Perspektive unter dem Deckmantel der Effizienzsteigerung in ein ökonomielastiges Korsett zu zwingen. Mit dem *Thesenpapier der Gäste des 4. Berliner Wissenschaftsgesprächs der Robert Bosch Stiftung* vom 25. November 2009 hat die Wissenschaft selbstständig Verbesserungsbedarf von eigener Seite angemeldet. Die Politik sollte darauf eingehen und ihren Teil dazu beitragen.

C11 Herzlichen Glückwunsch – 40 Jahre BAföG

BZ Hessen-Nord

Bundesweit erhalten 29% der Studierenden Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). 1971 wurde unter der Kanzlerschaft Willy Brandts das BAföG eingeführt, um mehr Menschen die Chance zu geben zu studieren. Innerhalb der letzten 40 Jahre entwickelte sich das BAföG zu einer wahren (sozialdemokratischen) Erfolgsgeschichte.

Doch in der Gesellschaft der letzten 40 Jahre hat sich viel verändert. Viel mehr Menschen studieren und finanzieren ihr Studium aus unterschiedlichsten Quellen. Ein Großteil ist abhängig von den Eltern und erfährt durch sie finanzielle Unterstützung. Andere gehen neben dem Studium oder der Ausbildung arbeiten. Ein kleinerer Teil verschuldet sich mit so genannten Studienkrediten.

Wir müssen die Instrumente der Studienfinanzierung der Realität anpassen. Daher fordern wir:

das BAföG muss erhalten bleiben

Die BAföG-Zahlungen ermöglichen vielen Menschen erst die finanzielle Grundlage für weitergehende Bildung wie ein Studium. Es garantiert somit Chancengleichheit zu ermöglichen. Daher stehen wir zum BAföG als wichtigste Finanzierungssäule für Studierende.

Das BAföG muss angemessen erhöht werden

Die Erhöhung der Förderung muss an die Inflation gekoppelt werden. Das BAföG wurde teilweise mehrere Jahre nicht erhöht. Die Ansprüche waren damit nicht mehr ausreichend. Das muss verhindert werden.

Für ein Eltern-unabhängiges BAföG

Die Chance vieler Menschen auf ein Studium hängt sehr oft von der Finanzierungsbereitschaft der Eltern ab. Um unser Ziel der Chancengleichheit zu erreichen, müssen wir garantieren, dass unabhängig von der Zahlungsbereitschaft der Eltern ein Studium möglich ist. Vor allem überschuldete Eltern können ihre Kinder nicht immer adäquat finanzieren. Aus unserer Sicht darf ein Studium nicht vom Willen der Eltern abhängen.

BAföG flexibilisieren

Das BAföG muss an die Anforderung der Gesellschaft angepasst werden. Die wesentlich berufsorientierte Studienstruktur Bachelor und Master erfordern Veränderungen. So muss die Altersgrenze (30 Jahre) abgeschafft werden sowie die Förderung von Teilzeitstudierenden ermöglicht werden. Wir fordern eine verstärkte Anerkennung studentischer, ehrenamtlicher Tätigkeit. Aus

1 diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement bei der Studienförderung
2 durch das BAföG anerkannt wird und in bezug auf die Förderungshöchstdauer angerechnet werden
3 kann.

5 Das BAföG ist kein Kredit

6 Unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls wurden 50% der BAföG-Zahlung in einen zinslosen Kredit
7 umgewandelt, der zurückgezahlt werden muss. In manchen Fällen starteten Studierende mit über
8 20.000€ Schulden in ihren Beruf. Das lehnen wir ab. Das BAföG ist eine Förderungsleistung und
9 kein Kredit.

11 BAföG statt Deutschlandstipendium

12 2% aller Studierenden in Deutschland erhalten ein Stipendium. Das ist äußerst wenig und somit keine
13 Säule für die Finanzierung des Studiums. Wir fordern eine Konzentration auf das BAföG, statt neue,
14 unsinnige Stipendiensysteme -wie z.B. das Deutschlandstipendium- zu entwickeln. Soziale
15 Gerechtigkeit, statt ausgrenzendes Leistungsprinzip!

17 BAföG ist mehr als eine Studienförderung

18 Auch angehende Meister/innen und Schüler/innen oder Teilnehmer/innen an Ausbildung außerhalb
19 der teilstaatlichen Berufsausbildung wie z.B. Ergo- und Physiotherapeut/innen können bisher unter
20 bestimmten Bedingungen BAföG erhalten. Die bisherige Auswertung war ein richtiger Schritt, muss
21 aber nach den oben genannten Forderungen weiter ausgebaut werden.

22 Das BAföG ist klar eine Erfolgsgeschichte. Damit es das auch bleibt braucht es Reformen, die es
23 anzupacken gilt.

C14 Umdenken bei der Hochschulfinanzierung

LO Bremen

Die Juros fordern eine Verbesserung der Hochschulfinanzierung durch

Aufhebung des Kooperationsverbots und Beteiligung des Bundes an der öffentlichen Finanzierung der Hochschulen,

Zurückdrängung von (privaten und öffentlichen) Drittmitteln für die Forschung durch weitgehende öffentliche Ausfinanzierung und

langfristige Überwindung von privaten Drittmitteln für die Lehre (z.B. in Art von Stiftungsprofessuren).

Durch eine Abschaffung des Kooperationsverbots wird der Weg geebnet für eine (Mit-) Finanzierung der Hochschulen durch den Bund, welche im Gegensatz zu kurz- bis mittelfristigen Projektfinanzspritzen à la Hochschulpakt oder Exzellenzinitiative zu einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen und damit der wirklichen Unabhängigkeit von Forschung und Lehre sorgen kann.

Warum eine andere Hochschulfinanzierung?

Die Hochschulen in Deutschland leiden an chronischer Unterfinanzierung. Durch kurz- und mittelfristige Finanzspritzen durch Hochschulpakt und Exzellenzinitiativen mag sich diese Situation an einzelnen Hochschulen durch zusätzliche Mittel des Bundes verbessert haben, jedoch kommen vor allem letztere Gelder meist nur bei den Hochschulen an, die sowieso schon über einen gewissen Ruf verfügen. Was wir benötigen, ist eine Aufstockung der Mittel in der gesamten Breite der Hochschullandschaft. Jede Förderung (welche nicht unter Einbringung zusätzlicher Gelder, sondern oftmals lediglich durch Umverteilung der vorhandenen Gelder stattfindet) einzelner "exzellenter" Hochschulen schafft ein noch stärkeres Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Standorten.

Aufhebung des Kooperationsverbots

Seit der Föderalismusreform I, welche im Jahr 2006 in Kraft getreten ist, wurde das sogenannte "Kooperationsverbot" im Grundgesetz festgeschrieben. Die Aufgabenteilung der Länder (Art. 104a) wird beschränkt durch die Befristung der projektgebundenen Mittelvergabe durch den Bund (Art. 104b Abs. 2 Satz 2), was im politischen Diskurs als allgemeines Kooperationsverbot aufgefasst wird, da es dauerhafte Finanzierung von Länderaufgaben, wie bspw. der Bildung und der Hochschulen, durch den Bund unterbindet. Durch den Art. 91b hat die Regierung es geschafft, die Schuldenbremse für kurz- und mittelfristige Programme, wie die angesprochene Exzellenzinitiative und den

Hochschulpakt zu umgehen und die zeitlich begrenzte Förderung von "Wissenschaft und Forschung" (die Lehre wird nicht explizit erwähnt) zu ermöglichen.

Das Kooperationsverbot stellt somit eine Hürde für die dauerhafte Ausfinanzierung der Hochschulen durch den Bund dar. Eine solche Finanzierung ist aus mehreren Gründen besonders notwendig, da (a) die Länder nicht in der Lage sind, die Hochschulen voll auszufinanzieren, (b) durch Studiengebühren und standortbedingte Unterschiede in den wissenschaftlichen Schwerpunkten eine zum Teil sehr starke Zu- und Abwanderung von Studierenden zwischen den Ländern stattfindet, welche nur durch eine regionsübergreifende Finanzierung und Bildungsplanung handhabbar wäre. Hiermit geht die alte Forderung einher, dass das Geld den Studierenden folgen soll und nicht umgekehrt.

Zurückdrängung von (privaten und öffentlichen) Drittmitteln

Der Wettkampf um Drittmittel schafft ein akademisches Klima des Wissenskonsums, in welchem akademisches Wissen produziert und konsumiert werden kann. Nicht selten werden WissenschaftlerInnen bei ihrer Einstellung oder Berufung besonders nach ihren bisher eingeworbenen Drittmitteln ausgewählt. Bekannte Hochschulrankings, wie beispielsweise das CHE, benutzen die Höhe von Drittmitteln als Kennzeichen für die "Qualität" einer Hochschule. Dabei handelt es sich im Kern bei der privaten Drittmittelvergabe um nichts anderes als um Sponsoring von Wissensproduzenten. Um besonders viele Drittmittel einzuwerben, muss man demnach die Gunst der Vergabestellen oder Unternehmen gewinnen, was auch dazu führt, dass kritische Themen einem immer breiter werdenden akademischen Mainstream weichen müssen.

Die Autonomie der Hochschulen wird auch durch die öffentlichen Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft gewährleistet. Wir wollen aber die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich erhöhen, um die stark gestiegene Abhängigkeit von Drittmitteln zu reduzieren. Zudem muss bei der Berufung von Professor/innen darauf hingewirkt werden, dass Lehre eine gleichwertige Rolle spielt wie Forschungsgelder. So wird langfristig die Abhängigkeit von Drittmitteln von unten nach oben zurückgedrängt.

Langfristige Überwindung von privaten Drittmitteln für die Lehre

Die öffentliche Vergabe von Drittmitteln für die Forschung scheint jedoch das kleinere Übel zu sein, wenn man sich den immer stärker werdenden Bereich der privaten Finanzierung der Lehre anschaut. Professuren und Lehrstühle, welche durch Unternehmen finanziert werden, sind nicht zu akzeptieren, da sie einen klaren Eingriff in die Autonomie der Hochschulen darstellen. Hier geben profitorientierte Betriebe Geld an öffentliche Einrichtungen und können dadurch indirekt (durch Lehrstuhlname, etc.) Einfluss auf Studium und Lehre nehmen. Eine wirklich emanzipatorisch-akademische Ausbildung zeichnet sich jedoch gerade durch die Freiheit von solchen Einflussnahmen aus. Die Bildung kritischer Menschen, die sich in ihrer Erkenntnis- und Meinungsbildung nicht dem politischen,

- 1 wirtschaftlichen oder kulturellen Mainstream beugen, stellt den ursprünglichen Auftrag der
- 2 Hochschulen dar.
- 3

D2 Dresden Nazifrei unterstützen! - Nazis blockieren! - Zivilgesellschaft stärken!

LV Sachsen

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Dresden Nazifrei unterstützen! - Nazis blockieren! - Zivilgesellschaft stärken!

Wir Jusos verstehen uns als Teil des Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ und werden uns auch 2012 wieder personell und finanziell an der Kampagne beteiligen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten setzen wir uns in der SPD und gegenüber weiteren Partnern wie Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Unterstützung von „Dresden Nazifrei!“ ein.

Nach 2010 ist es uns 2011 im Rahmen des Bündnisses „Dresden Nazifrei!“ gemeinsam mit unseren PartnerInnen aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, anderen Parteien und Jugendverbänden sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen erneut gelungen, Europas größten Naziaufmarsch in Dresden zu verhindern. Grundlage für diesen Erfolg war der klar formulierte und transparente Aktionskonsens. Mittels massenhaften Menschenblockaden wollten wir solidarisch mit allen die unsere Ziele teilten die Demonstration der Nazis verhindern, ohne das von unseren Aktionen Eskalation ausgehen sollte. Unser koordiniertes Vorgehen und die Entschlossenheit tausender AktivistInnen, viele von Ihnen Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet, ermöglichten es uns, dies am Tag selbst in die Tat umzusetzen. Erst durch die Blockaden von „Dresden Nazifrei!“ ist es gelungen, die Dynamik rechter Aufmärsche in Dresden zu brechen – wir werden deshalb an der Aktionsform der massenhaften Menschenblockaden festhalten.

Mit den erfolgreichen Blockaden von „Dresden Nazifrei!“ haben wir alle darüber hinaus ein bundesweites Referenzobjekt für den Umgang mit Neonaziaufmärschen geschaffen. Viele lokale Bündnisse haben seitdem Teile des Aufrufs übernommen und den Mut gefunden, von der Aktionsform friedlicher Massenblockaden Gebrauch zu machen. Vielfach konnten dafür auch neue Bündnispartner gewonnen und viele Bürgerinnen und Bürger aktiviert werden. Für uns steht daher fest, dass dem Aufmarsch in Dresden weiterhin besondere Bedeutung zukommt, der wir mit unserer Mitarbeit im Bündnis gerecht werden wollen. Aber Nazis gibt es nicht nur in Dresden. Wir werden darüber hinaus im Rahmen unserer organisatorischen Möglichkeiten überall dort aktiv werden, wo Nazievents mit überregionaler Bedeutung durchgeführt werden sollen.

1
2 Auch nach einem neuerlichen Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches die Hürden
3 für die Erfüllung des Straftatbestands der Nötigung durch Blockaden erhöhte, bleibt die Aktionsform
4 der Blockade Bestandteil juristischer Diskussionen und Auseinandersetzungen. Für uns steht indes
5 fest, dass Blockaden ein legitimes Mittel zivilen Ungehorsams gegen Neonazi-Aufmärsche sein
6 können. Die Wahl der Mittel bedarf in jedem Einzelfall einer gesonderten Begründung vor dem
7 Hintergrund unverrückbarer universeller Normen. Für uns bleibt dabei klar, dass angesichts des
8 nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs der daraus folgende kategorische Imperativ gilt, „Denken
9 und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches Geschehe“¹.
10 Wir werden deshalb nicht tatenlos zusehen, wenn Neonazis die Grundlagen unserer demokratischen
11 Gesellschaft bedrohen und die Errichtung eines autoritären Führerstaates befördern wollen. Dem
12 Versuch, die Meinungsfreiheit zu missbrauchen um ihre Abschaffung zu fordern, werden wir auch
13 künftig ein deutliches „Wehret den Anfängen!“ entgegensetzen.

14
15 Damit erteilen wir nicht nur neonazistischen Bestrebungen eine klare Absage, sondern treten offensiv
16 für eine demokratische Gesellschaft ein und senden all jenen ein deutliches Zeichen unserer
17 Solidarität, die sich von Neonazis bedroht fühlen müssen. Gleichzeitig zielt die Wirkung unseres
18 Protestes über den konkreten Ort und die konkrete Zeit des Aufmarschs hinaus. Blockaden
19 neonazistischer Demonstration sind Teil unseres Bestrebens, klare Schranken dafür zu setzen, was
20 legitimer Weise an menschenfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen in unserer
21 Gesellschaft vertreten werden kann. Darüber hinaus nehmen wir der bundesweiten rechten Szene
22 zentrale Events zur internen Vernetzung, gegenseitigen Bestärkung und außenwirksamen
23 Selbstdarstellung. Wir wollen nicht, dass Neonazis ungehindert Demonstrationen durchführen
24 können, die ihnen zur Nachwuchsrekrutierung dienen und ihnen helfen, organisierter und
25 selbstbewusster den Alltag in ihren Herkunftsstädten und -gemeinden zu prägen.

26
27 Ziviler Ungehorsam bleibt für uns immer eine individuelle Gewissensentscheidung jedes/r Einzelnen.
28 Diese bedarf schwerwiegender Gründe. Wir engagieren uns in Bündnissen um Bürgerinnen und
29 Bürgern einen organisatorischen Rahmen zur Verfügung zu stellen, in dem sie ihrer individuellen
30 Gewissensentscheidung zur Beteiligung an Aktionen zivilen Ungehorsams öffentlichkeitswirksam
31 Ausdruck verleihen können. Diese Bündnisarbeit ist eine Voraussetzung, die erfolgreiche Aktionen
32 zivilen Ungehorsams überhaupt erst ermöglicht. Wir wollen nicht unvorbereitet in Aktionen zivilen

¹Theodor W. Adorno, Negative Dialektik. Frankfurt am Main, 1966

Ungehorsams gehen. Daher wollen wir uns in Blockadetrainings auf diese Aktionen vorbereiten, um einer Eskalation präventiv entgegenzuwirken.

Wir Jusos wenden uns gegen die Diskreditierung und Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements und die in Teilen vollkommen unverhältnismäßigen Reaktionen auf Aktionen zivilen Ungehorsams. Wir stellen uns solidarisch an die Seite der Betroffenen. Bürgerrechte sind für uns nicht verhandelbar. Die vielfach rechtswidrigen Ermittlungsmethoden im Nachgang der Dresdner Blockaden zeigen einmal mehr, wie wichtig das Entstehen für politische Grund- und Freiheitsrechte ist. Auch im Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ werden wir deshalb gemeinsam mit den Betroffenen juristisch und politisch gegen die Repression vorgehen. Die durch Staatsanwaltschaft und Polizei ergriffenen Maßnahmen sind nicht in allen Fällen das suggerierte wertneutrale Verwaltungshandeln, für das sie ausgegeben werden. Vielmehr verstehen wir sie vielfach als Teil der politischen Auseinandersetzung um die Legitimität von Blockaden und zivilen Ungehorsam.

Gleichzeitig hat sich auch die Intensität der Debatte über die Legitimität von Blockaden und anderen Formen zivilen Ungehorsams erhöht, was nicht zuletzt am repressiven staatlichen Umgang mit derartigen Aktionen deutlich wird. Neben „S 21“ und „Castor Schottern!“ stand dabei im vergangenen Jahr insbesondere „Dresden Nazifrei!“ im Fokus einer bundesweiten Auseinandersetzung, in der wesentliche und grundsätzliche Fragen unseres Demokratieverständnisses verhandelt werden. Es geht dabei um die Frage, ob sich Demokratie in der Akzeptanz repräsentativ-demokratischer Prozeduren und abstrakter juristischer Normen erschöpft, oder ob diese durch Bürgerengagement und eine aktive Zivilgesellschaft ergänzt werden müssen. Dazu gehört auch die Frage, ob die Bürger in erster Linie auf die Werte und Normen des Grundgesetzes oder auf Gefolgschaft gegenüber dem Staat verpflichtet sind. Für uns ist dabei klar, dass eine aktive Zivilgesellschaft die bessere Versicherung gegen antidemokratische Bestrebungen ist als ein ausgebauter Polizeiapparat.

Gemeinsam ist allen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, dass die beteiligten Menschen die Verantwortung für sich und ihre Gesellschaft nicht delegieren möchten, sondern selbst unmittelbar aktiv werden, um an gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren und diese mitzubestimmen. Häufig werden auf diesem Weg viele Menschen politisiert und befähigt, sich Angebote zur selbstbestimmten politischen Teilhabe zu erschließen. Gerade im Kontext von Antinaziprotessen gelingt es dabei regelmäßig, viele junge Menschen zu aktivieren und zum Einsatz für die Grundwerte ihrer Gesellschaft zu bewegen. Wir Jusos halten den aktiven Einsatz der BürgerInnen für ihre Gesellschaft für einen wichtigen Wert und sind deshalb Teil von Bewegungsprozessen. Durch unsere politische Verortung kann es uns dabei gelingen, höhere Legitimität für Anliegen von außerparlamentarischen

1 Bewegungen zu generieren. Mit unseren ausgebauten Organisationsstrukturen können wir zudem
2 wichtiges Know-How in Bündnisprozesse einbringen, zur weiteren Vernetzung beitragen und eine
3 wichtige Stütze sein, um Bündnisarbeit auf Dauer zu stellen.

4
5 Im Sinne der Doppelstrategie setzen wir uns außerdem dafür ein, dass die SPD als Bürgerrechts- und
6 Freiheitspartei Argumente und Inhalte außerparlamentarischer Bewegungen aufnimmt und
7 bürgerschaftliches Engagement ernst nimmt und unterstützt. Für Sozialdemokratinnen und
8 Sozialdemokraten muss klar sein, dass ein demokratischer Rechtsstaat auf Proteste seiner Bürger
9 andere Antworten als Tonfa, Pfefferspray und Wasserwerfer finden muss. Wir fordern die Mitglieder
10 der SPD und ihre Mandatsträger_innen nachdrücklich auf, das Bündnis „Dresden Nazifrei!“ öffentlich
11 und aktiv zu unterstützen.

12
13 Der bundesweite Diskurs über die Legitimität der durch „Dresden Nazifrei!“ angestoßenen Prozesse
14 ist für uns zusätzliche Motivation, das Bündnis weiter aktiv mitzutragen. Die erreichten Erfolge im
15 Kampf gegen den z.Z. bundesweit bedeutsamsten Event der rechten Szene werden wir durch
16 kontinuierliche Weiterarbeit sichern. Gemeinsam werden wir uns auch weiterhin gegen die
17 Kriminalisierung unseres legitimen Protestes wenden und für unsere Bürgerrechte kämpfen. Deshalb
18 heißt es für uns auch nächstes Jahr: Let's do it again! Nazis in Dresden blockieren – gemeinsam,
19 solidarisch und entschlossen!

D3 Kein Platz für Faschismus bei den Jusos und in der SPD

LV NRW

Die Jusos fordern den SPD-Parteivorstand sowie den Parteirat auf, einen Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen der SPD-Mitgliedschaft und der „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenverein in Deutschland e.V.“ (ADÜTF), der ATB und der ATIB, auch genannt „Ülkücü“ („Idealisten“) oder „Bozkurt“ („Graue Wölfe“) zu fassen.

Begründung:

Der Einfluss extrem rechter und ultranationalistisch-islamischer türkischer Organisationen ist in den vergangenen Jahren bundesweit gewachsen.

In Deutschland sind unter anderem *ADÜTF* (Föderation der Idealistenvereine in Europa), *ATB* (Europäisch-Türkische Einheit) und *ATIB* (Türkisch Islamische Union Europa) aktiv. Ein Teil ihres Erfolgskonzepts ist, dass die lokalen Mitgliedsvereine häufig als türkische Selbsthilfeorganisationen etablieren konnten. Sie haben Einfluss auf Kultur- und Elternvereine, Fußballclubs und Moscheen – und damit auf das soziale Leben der türkischsprachigen Bevölkerung in Deutschland. Dass die Vereine von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte akzeptiert werden, ist eine wichtige Basis für diesen Erfolg. Gleichzeitig verbreiten die Gruppen nationalistische Ideologien und schüren auch Konflikte mit ethnischen Minderheiten. Es handelt sich um eine neue Form von Rechtsextremismus, nämlich den „ethnischen Nationalismus“.

Die „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“, nachfolgend nur noch als *Ülkücü* bezeichnet, sind eine Gruppierung türkischer NationalistInnen die sich für die „besonders türkischen Eigenschaften“ der Tüorkinnen und Törken einsetzen, ihre Verbreitung fördern wollen und in letzter Konsequenz für ein Großtürkisches Reich, das fiktive Reich „Turan“ eintreten. „Turan“ erstreckt sich vom Balkan bis zur „Behringstraße“. Dieses Ziel findet sich auch in den Symbolen der Bewegung wieder; die rote Flagge mit den drei Halbmonden steht hierbei für die Eroberung der drei islamischen Kontinente (Afrika, Europa und Asien). Bei der Verfolgung des Ziels schrecken sie weder vor Gewalt noch Volksverhetzungen zurück.

Der Gründer der Organisation, Alperlan Türkes, konzentrierte sich in den 60er Jahren hauptsächlich darauf für sich und seine Ziele zu werben. Mit der Gründung von Kommandolagern, den „Grauen Wölfen“, wurde Jugendlichen eine politische, wie auch militärische Ausbildung vermittelt und schließlich die Partei MHP gegründet. In Hochzeiten hatten diese Lager um die 100.000 Mitglieder.

1 Wie in allen Teilen Europas und weltweit, erstarkte 1968 die Linke-Bewegung. Gegen diese
2 Bewegung führten die „Grauen Wölfe“ zunehmend Gewaltaktionen durch. Zu den verfolgten
3 gehörten neben Jüdinnen und Juden, Christinnen und Christen, Linken, Kommunistinnen und
4 ChristInnen, sowie Kurdinnen und Kurden auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

5 Der Verfassungsschutz NRW's erläutert in einer Publikation „Türkischer Extremismus“, dass die
6 Ülkücü-Bewegung auch in Deutschland mit ca. 7000 Mitgliedern vertreten ist und ihr Verhalten sich
7 der Deutschen Neonazistische Szene im Bezug auf den Nationalsozialismus ähnelt. Tausende weitere
8 besuchen die Einrichtungen, Moscheen, Sportvereine, Kulturvereine der Bewegung.

9 Die Ülkücü zeichnen sich dabei intern durch eine strenge Hierarchie aus, die einem Führerkult
10 gleicht, wobei ihre Organisation faschistoide Züge annimmt. Bei einer Moscheeeinweihung 1995 in
11 Berlin überreichten die Ülkücü türkische Ausgaben von Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“, wie das
12 *Zentrum Demokratische Kultur in ihrem Bericht* „Demokratiegefährdende Phänomene in Kreuzberg und
13 Möglichkeiten der Intervention - ein Problemaufriss“ hinweist. Dergleichen wiederholte und
14 wiederholt sich regelmäßig in der Türkei wie hierzulande, somit ist davon auszugehen, dass die
15 Ülkücü Sympathien für den Nationalsozialismus empfinden und offen dazu stehen. Der Gründer der
16 Bewegung und „ewiger Führer“ Alperslan Türkes sieht sich in direkter Nachfolge zu Adolf Hitler.

17 Darüber hinaus weisen die Ülkücü ein hohes Maß an türkischem Nationalismus auf, was bei weitem
18 das Niveau des Patriotismus verlassen hat, da sie glauben, das Türkische Volk und seine
19 Eigenschaften, welche sie selbst definieren, das höchste zu erreichende Gut sei und stehe deshalb auf
20 natürlicher Weise über andere Völker. Die Verbreitung des Türkischen sowie die Errichtung eines
21 imperialen Panturkistischen Großreiches, sind erklärtes Ziel. Dies untermauern sie mit einem sehr
22 martialischen Schwur, der besonders in seiner Endung den Imperialismus dieser Organisation
23 verdeutlicht, aber auch die rassistische ideologische Richtung aufzeigt:

25 *„Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge*

26 *Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein*

27 *Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen*

28 *Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen*

29 *Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut*

30 *Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist*

31 *Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken,*

32 *wir werden siegen, siegen, siegen*

33 *Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen“*

1 Alles Vorgenannte allein würde schon die Erkenntnis rechtfertigen, dass die Ülkücü gegen den
2 Prozess der Integration der türkischen Minderheit in Deutschland in die Gesamtdeutsche Gesellschaft
3 hetzen, sich dazu antidemokratisch gebären, doch der Verfassungsschutz weist darüberhinaus noch auf
4 die hohe Gewaltbereitschaft, die unter ihren Mitgliedern herrscht, hin.

5
6 *„Ihre Ideologie lebt wesentlich von Feindbildern. "Innere" und "Äußere" Feinde werden permanent*
7 *thematisiert. Am Beispiel des Kurdenkonflikts wird den Verschwörungstheorien entsprechend ein Komplott der*
8 *ausländischen Feinde beschrieben. Dabei wird eine Kollaboration zwischen Kurden und Israel (den Juden)*
9 *behauptet. Ebenso wird die gesamte Entwicklung im Nordirak mit Verschwörungstheorien erklärt.*
10 *Bezüglich der Kurden beschreibt die Bewegung die kombinierten Gefahren des Kommunismus, Separatismus*
11 *und Zionismus. Anhand dieses Konfliktes kann sie alle möglichen Feindbilder, von den Griechen bis zu den*
12 *Amerikanern auflisten und Ängste in der Bevölkerung über Bedrohungsszenarien und verschiedene*
13 *Variationen der Verschwörungstheorien wachrufen. Vor diesem Hintergrund bietet die Bewegung der Grauen*
14 *Wölfe, mit ihrer ethnisch (rassistisch)-nationalistisch orientierten, stark islamisch gefärbten Ideologie, mit*
15 *ihrer Gewaltbereitschaft und den am Führerprinzip ausgerichteten totalitären Strukturen Nährboden auch*
16 *für islamistisch geprägte extremistischen Bewegungen.“*

17
18 Betroffen sind davon alle, die als Feindbild für die Ülkücü erhalten. Immer wieder finden sich
19 verdeckte, oder sogar offene Aufrufe zur Gewalt an Andersdenkenden.

20 Wir als SozialdemokratInnen und JungsozialistInnen dürfen nicht zulassen, dass Menschen, welche
21 eine rassistische und faschistoide Ideologie verfolgen sich in etablierten Organisationen unter dem
22 Deckmantel der Seriosität niederlassen.

23 Mit aller Härte gehen die Ülkücü dabei gegen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor, stören
24 aber auch in Deutschland Linksdenkende Türkinnen und Türken bei Veranstaltungen. In der Türkei
25 führen ihre Hetzen zu teils blutigen Auseinandersetzungen mit Toten während in Deutschland das
26 Verhalten der Organisation den Separatismus fördert.

27 Bei der SPD und den Jusos werden wir niemals akzeptieren, dass gegen Andersdenkende oder
28 KurdInnen, ArmenierInnen, Juden und Jüdinnen, AmerikanerInnen, Homosexuelle und
29 Linksdenkende gehetzt wird.

30 Der Versuch der Türkischen Nazis die CDU, aber auch die SPD zu unterlaufen geht an einigen
31 Stellen auf. Das deutsch-türkische-Forum (DTF) der CDU ist bereits in der Presse gewesen wegen
32 einiger Mitglieder aus dem türkischen rechtsextremen Spektrum.

33 Wir als Jusos sagen deshalb, dass solch eine Organisation niemals mit der Mitgliedschaft in der SPD
34 vereinbar sein kann, denn wer SPD-Mitglied werden will und ist, ist sich bewusst, dass sich die SPD

1 für ein Deutschland der Völkerverständigung mit Vielfalt und Toleranz einsetzt. Volksverhetzungen
2 ganz gleich gegen welche Ethnien oder Glaubensgemeinschaften, Übergriffe gegen Linksdenkende
3 und Homosexuelle und Imperialistische Wunschvorstellungen längst vergangener Epochen werden bei
4 der SPD nicht toleriert. Eine gutgemeinte Offenheit für Migrantenorganisationen wie den Ülkücü ist
5 hier an der falschen Stelle.

6 Für die Jusos gilt: Wir dulden keinen Rassismus, Nationalismus oder Faschismus egal welcher
7 Couleur er ist! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

8

E1 Hoch die Internationale Solidarität!

Bundesvorstand

1. Entstehung und Entwicklung der Entwicklungspolitik in Deutschland

Die Idee einer, im weitesten Sinne als Entwicklungszusammenarbeit zu definierenden, internationalen Anstrengung zur Modernisierung großer Teile als rückschrittlich betrachteter Regionen der Erde, entstand nach dem Zweiten Weltkrieg als Mittel der US-amerikanischen Außenpolitik zur Sicherung der eigenen internationalen Interessen und Stabilisierung der weltweiten Sicherheitslage.

Deutschland folgte Anfang der 1960er Jahre. Damals wurde angenommen, dass sich Wohlstand allein durch trickle-down Effekte und Anbindung an die Weltwirtschafts- und Finanzstrukturen einstellen würde. Übersehen wurden dabei nicht nur regionale und kulturelle Unterschiede, sondern auch der ungleiche Zugang zu Ressourcen und Bildung. Diese Politik muss heute als gescheitert angesehen werden, denn sie führte höchstens lokal zu Erfolgen, großteils sogar zur Armutsausbreitung und als Gegenstück dazu zu Wohlstandszuwachs in den Geberländern.

Als Gegenreaktion zu diesem alten Leitbild von Entwicklung entwickelte sich eine kapitalismuskritische Idee, die auf Umverteilung in der postkolonialen Zeit setzte. Die ökonomisch-globale Schwerpunktsetzung verschob sich zugunsten einer sozial-individuellen. Der Schwerpunkt lag auf der Versorgungsgewährleistung mit Nahrung, Unterkunft, Gesundheit, Bildung und politischer Teilhabe. Durch die Ölkrisen, welche zu starker Verschuldung vieler Entwicklungsländer führten, als auch durch Faktoren wie die Ausbreitung von AIDS und zunehmender Umweltzerstörung, verschärfte sich die Situation in weiten Teilen der Welt noch weiter und gipfelte in zahlreichen Staatskrisen südamerikanischer und afrikanischer Länder, so dass Entwicklungszusammenarbeit über Jahre hinweg erfolglos blieb.

Ab 1992 erfolgte Entwicklungspolitik zunehmend unter zumindest theoretischer Beachtung der sozialen und politischen Situation eines Landes, sowie Achtung der Menschenrechte und der Rolle der Frau. Nachhaltigkeit, Dezentralisierung und good governance gelten als die zentralen Begriffe und Entwicklungszusammenarbeit soll vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein. Ein ideologisches Gesamtkonzept fehlt, so dass Ansätze und Leitbilder der letzten Jahrzehnte oft miteinander verknüpft oder parallel betrieben werden. Dem bereits 1970 formulierten und 2005 von der EU neu bekräftigten

Ziel Gelder in Höhe von 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe bereitzustellen, hinkt man immer noch eklatant hinterher: Deutschland erreichte 2010 gerade einmal 0,38 %. Im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise und Einsparungspolitik leidet auch gerade der Etat für Entwicklungszusammenarbeit, ohne Hoffnung auf baldige Kehrtwende. Doch selbst bei dem Geld, welches tatsächlich aufgewendet wird, kann die Verwendung kritisiert werden. Von politischer Seite erscheint die Arbeit des BMZ als hätte es die letzten 50 Jahre nicht gegeben: Wirtschaftszusammenarbeit steht wieder im Fokus.

2. Was bedeutet Entwicklung für uns?

Als internationalistischer Jugendverband wollen wir nicht nur die Gesellschaft in Deutschland verändern. Unsere Vorstellungen der Selbstbestimmung (Emanzipation) der Menschen gelten weltweit. Jeder Mensch soll in Würde leben und sein Leben selbst gestalten können. Deshalb kämpfen wir für eine sozialistische, demokratische und feministische Gesellschaft. In der kapitalistischen Gesellschaft in der wir heute leben, ist dieses Ziel nicht zu verwirklichen. Damit geht es uns nicht um Mildtätigkeit, sondern dass wir ein gutes Leben für alle fordern und dafür kämpfen. Es reicht uns eben nicht wenn jeder am Tag eine Schüssel Reis zum Essen bekommt. Das spiegelt sich auch in unserem Ansatz an Entwicklungspolitik wieder:

Demokratisierung

Wer die Selbstbestimmung der Menschen fordert, muss auch die Demokratisierung der Entwicklungspolitik fordern. Das bedeutet, dass Ungleichgewichte in Partnerschaften abgebaut werden müssen. So müssen zum Beispiel die Geberländer gemeinsam mit den Entwicklungsländern über die Mittelverwendung entscheiden. Auch die Kontrolle über die Verwendung muss gemeinsam erfolgen. Hier spielen aus unserer Sicht internationale Institutionen wie die UN Organisationen eine wichtige Rolle. Die Mitbestimmung endet allerdings nicht bei der Beteiligung der Staatsregierungen, auch die betroffenen Menschen der Projekte vor Ort müssen diese mit gestalten können. Wenn wir davon ausgehen, dass Entwicklungspolitik ein gemeinsames Projekt aller Länder ist, dann müssen gemeinsame Entscheidungen von allen mitgetragen werden.

Auch muss Entwicklungspolitik darauf hinwirken, dass Staaten wieder mehr Gestaltungsmacht bekommen. Sei es, sie zu unterstützen auf einen Weg zu einem stabilen Haushalt oder beim Aufbau von demokratischen Strukturen. Dabei ist Demokratiepolitik auch immer Sozialpolitik. Korruption lässt sich zum Beispiel nicht ohne ein wirksames Sozialversicherungssystem bekämpfen.

1
2 Demokratisierung bedeutet aber auch, dass es keinen finalen Entwicklungspfad gibt. Das bedeutet, es
3 gibt viele Wege zum Ziel und das Ziel ist nicht von vornherein festgelegt. Die Menschen müssen in
4 der jeweiligen Situation selbst entscheiden, was sie wollen, wo sie Schwerpunkte setzen. Das Ziel wird
5 immer wieder neu definiert. Es gibt keinen Zielpunkt, an dem wir das Projekt für erledigt erklären.

6
7 Gerechtigkeit:

8 Entwicklungspolitik beschränkt sich aus unserer Sicht nicht auf den Bau von Krankenhäusern und
9 Brunnen. Wir brauchen eine weltweite Umverteilung von Vermögen, um Gerechtigkeit zu
10 verwirklichen. Dies muss sich in der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik wieder
11 spiegeln. Wir brauchen eine Industrialisierung der Entwicklungsländer, denn die bisherige
12 internationale Arbeitsteilung (Rohstofflieferanten und Produzenten) führt zu Abhängigkeiten und zu
13 Ungleichheiten zwischen den Ländern. Gleichzeitig kämpfen wir für eine Demokratisierung der
14 Wirtschaft weltweit. Grundsätzlich muss die Wirtschaft der Allgemeinheit dienen. In diesem Sinne
15 findet Entwicklungspolitik in allen Politikfeldern statt.

16 Gleichzeitig darf Entwicklungspolitik nicht nur ein Reperaturbetrieb sein.
17 Entwicklungspolitik muss die Strukturen grundlegend verändern und nicht nur von Notlage zu
18 Notlage hetzen.

19
20 Gerechtigkeit bedeutet auch, dass wir uns Interessenskonflikten aktiv stellen. Zum Beispiel zwischen
21 dem Recht eines jeden auf Elektrizität und dem Bau von Großstaudämmen. Dass wir versuchen
22 Alternativen zu entwickeln und so den Slogan eines nachhaltigen Fortschritts und Wachstums mit
23 Leben zu füllen. Eine Umweltpolitik, darf zu keinem Fortschrittsverzicht von Entwicklungsländern
24 führen. Und Wachstum darf nicht die Lebensgrundlagen von Menschen zerstören.

25
26 Entwicklungspolitik soll die Menschen stärken, es geht nicht nur darum, Notlagen zu überwinden.
27 Das Ziel ist es, dass jeder Mensch selbstbestimmt sein Leben gestalten kann. Dafür braucht es unter
28 anderem finanzielle Sicherheit, den Zugang zu Daseinsvorsorge, aber auch eine emanzipatorische
29 Bildungspolitik, die Menschen zum kritischen Denken erzieht.

30
31
32 3. Außenhandel, Freihandel und Ökonomie

33 Entwicklungspolitik wird zu einem nicht unerheblichen Teil durch handels- und finanzpolitische
34 Maßnahmen bestimmt. Ausgangssituation ist dabei immer noch ein eklatantes Ungleichgewicht von

wirtschaftlicher Stärke und damit verbunden technischen, wissenschaftlichen und finanziellen Mitteln, die zu einem für die Entwicklungsländer negativen Machtgefälle führt. Auswirkungen zeigt dies zum Beispiel bei der fortschreitenden Freihandelspolitik, die inzwischen oft nicht mehr nur von der Welthandelsorganisation WTO, binational zum Beispiel von Deutschland, sondern zwischen Freihandelszonen und einem Drittstaat ausgehandelt werden, wie die zahlreichen Handels- oder Kooperationsabkommen der EU deutlich zeigen. Die Verhandlungsspielräume der Akteure und Aktrizen, gerade, wenn es sich nicht um Länder mit vergleichbarer Wirtschaftsleistung handelt, werden dadurch noch weiter minimiert. Auch wenn kein Land zum Abschluss eines Freihandelsabkommens gezwungen ist, erscheint ein solches auf den ersten Blick attraktiv. Tatsächlich fallen dadurch Zölle und nichttariffäre Handelsbeschränkungen. Die Folge sind wechselseitige Export- und Importsteigerungen und verstärkter Kapitalfluss. Dies kann zu positiven Auswirkungen nicht nur auf die Wirtschaften, sondern auch auf die Arbeitsmarktsituation und damit zur finanziellen Besserstellung der Bevölkerung führen. Je größer jedoch die strukturelle Ungleichheit zwischen den beiden Ökonomien ist, desto wahrscheinlicher ist auch das Risiko, dass Vorteile des Abkommens nur für die entwickeltere Wirtschaft bestehen. Betriebe, gerade kleiner- und mittelständischer Art, können sich nicht gegen die vielfältig besser ausgestattete ausländische Konkurrenz wehren. Großunternehmen, die sich behaupten können, mehren vor allem das Vermögen von Eliten oder ausländischer Investoren und nicht der breiten Bevölkerungsschicht. Sie sind es aber oft gerade, die an dem Abschluss von Handelsabkommen maßgeblich beteiligt sein. Statt Angleichung der Lebensverhältnisse werden strukturellen Nachteile und Abhängigkeiten weiter verfestigt.

Erschwerend hinzu kommt die spezielle Behandlung der Landwirtschaft, welche oftmals den einzigen Teilwirtschaftsbereich darstellt, in dem Produkte der Entwicklungsländer tatsächlich konkurrenzfähig sind. In Abkommen wird der Sektor aber zumeist ausgenommen oder durch hohe interne und Export-Subventionen der EU oder anderer Industrieländer künstlich besser gestellt. Die Agrarsubventionen führen aber nicht nur zu einer Gleichstellung der Marktpreise landwirtschaftlicher Produkte in den unterschiedlichen Ländern, sondern drücken den Preis der europäischen im Endeffekt sogar unter den Erzeugerpreis in den Entwicklungsländern, welche selbst zur Unterlassung sämtlicher Subventionen eigener Produkte verpflichtet werden. Zu spüren bekommen das vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen. Das Ergebnis dieser Politik sind eine eigentlich unrentable und kostenintensive Agrarwirtschaft in den Industriestaaten und die Zerstörung vital wichtiger Landwirtschaft, so wie Importabhängigkeit der Entwicklungsländer.

Aktuelle Handelspolitik stellt sich damit mehr als protektionistische Maßnahme dar, die eine tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern nur als oberflächlichen

Deckmantel benutzt. Durch die Verhinderung von wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit steht sie im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit.

Wir Jusos fordern daher:

ein radikales Umdenken im Bereich der Handelsleitlinien. Nachhaltigkeitsaspekte und soziale Auswirkungen auf die Gesellschaft durch Handelsabkommen müssen offen thematisiert und Lösungsmöglichkeiten zu beidseitigem Vorteil Grundlage der Abkommen werden. Dazu gehört es den Entwicklungsländern gleiche Rechte zuzugestehen, wie sie sich auch Deutschland oder die EU herausnimmt. Entwicklungsländer müssen in der Lage sein, ihre Wirtschaftspolitik aktiv selbst zu gestalten und nicht nach Interessen anderer auszurichten. Das beinhaltet auch die Möglichkeit, Exportbeschränkungen oder Importkontingente festzulegen.

Wir fordern außerdem den Abbau von europäischen Subventionen landwirtschaftlicher Produkte, um Entwicklungsländern eine realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor zu schaffen und damit die Versorgungssicherheit im jeweiligen Land zu sichern, als auch die Möglichkeit, effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

Süd-Süd-Kooperationen untereinander können eine Alternative zu stark strukturell unterschiedlichen Handelskooperationen zum gegenseitigen Nutzen und breiter Wohlfahrtsförderung sein.

Eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Förderung von Entwicklungsländern können Direktinvestitionen sein. Jedoch entfällt nur ein Bruchteil der weltweit eingesetzten Direktinvestitionen auf Entwicklungsländer. Um das Risiko von finanziellen Verlusten gering zu halten, werden Investitionen meist an den Abschluss von Investitionsschutzabkommen (Bilateral Investment Treaties) gekoppelt. Da gerade die ärmeren Regionen der Welt Finanzspritzen aus dem Ausland dringend benötigen, werden die Konditionen der Schutzabkommen meist von den Geberländern bestimmt. Da Kapital und damit die Möglichkeit Direktinvestitionen zu tätigen zugunsten weniger verteilt ist, die Notwendigkeit von Finanzhilfen aber in vielen Ländern besteht, kommt es zu race to the bottom Effekten zum weiteren Nachteil der Entwicklungsländer. Investitionen führen zwar tatsächlich zu einem kurzfristigen Finanzauffluss und auch können Technik und Wissenstransfer für das Empfängerland von Vorteil sein. Mittel- und langfristig fließen Gewinne jedoch meist wieder aus dem Land ab. Hochproblematisch ist außerdem, dass für die Investitionen das jeweilige Rechtssystem nicht gilt, sondern die im Vertrag ausgehandelten Grundlagen, so wie die Möglichkeit des Investors das Empfängerland vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Daraus folgt, um Schadensersatzforderungen zu entgehen, die Verengung nationaler Handlungsspielräume. Durch die Verträge wird außerdem ein Umgehen nationaler Schutzrechte, gerade im Bereich Umwelt und Arbeitsbedingungen, ermöglicht. Dies hat nicht nur fatale Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Natur des Empfängerlandes, sondern

1 kann auch zum Abbau von Standards in der gesamten Region führen, um konkurrenzfähig zu werden.
2 Am Markt treffen sich dann im Endeffekt die bereits grundsätzlich strukturell bessergestellten
3 ausländischen Unternehmen, die weiter bevorteilt werden, auf einheimische Betriebe. Insgesamt lässt
4 sich so feststellen, dass Direktinvestitionen Vorteile für beide Seiten erbringen können, wenn die
5 Rahmenbedingungen nicht zu einseitiger Bevorteilung führen. Vermögensanlagen im Ausland sollten
6 daher Teil einer breit aufgestellten Entwicklungspolitik sein, soweit sie den beiderseitigen Nutzen
7 deutlich vor einseitiger Vorteilsnahme des Geberlandes stellen. Gerade um fragile Staatsgewalt und
8 instabile politische Verhältnisse nicht weiter zu erschüttern, muss auch bei
9 Investitionsschutzabkommen die staatliche Handlungsfähigkeit geschützt und aufrecht erhalten
10 werden. In keinem Fall darf durch diese Abkommen eine Unterwanderung der in
11 Entwicklungsländern sowieso schon oft minimalistisch ausgestalteter Arbeitnehmer- und
12 Umweltschutz unterwandert werden. Direktinvestitionen haben einen großen Einfluss auf die
13 Situation im Empfängerland und müssen daher in die Zielrichtungen von
14 Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Nur durch einen solch breiten Ansatz kann
15 Entwicklungspolitik tatsächlich Erfolge erzielen.

17 5. Entwicklungspolitik und Klimawandel

18 Der Klimawandel und die mit ihm einhergehend Erderwärmung bedrohen zunehmend das Leben, die
19 Gesundheit und die Existenzgrundlage von Millionen Menschen des globalen Südens. Der Umgang
20 mit den Folgen des Klimawandels für Menschen und Umwelt ist eine der drängenden
21 Zukunftsaufgaben für die internationale Gemeinschaft. Besonders an die
22 Entwicklungszusammenarbeit stellen sich neuen Herausforderungen.

24 Vor diesem Hintergrund ist essentiell, zum einen die Emission von Treibhausgasen einzudämmen
25 und zum anderen eine Anpassung an veränderte Umweltbedingungen vorzunehmen.

27 Obwohl für den bisherigen Klimawandel vor allem die Industrieländer verantwortlich sind, befindet
28 sich der Großteil der am härtesten betroffenen Länder in der so genannten Dritten Welt. Zwar sind
29 auch Auswirkungen der Erderwärmung in Mitteleuropa und Nordamerika zu erwarten und zum Teil
30 bereits zu spüren, doch die Intensität ist geringer und die sozialen Auswirkungen aufgrund der
31 besseren wirtschaftlichen Lage und Infrastruktur besser zu beherrschen. Es ist daher folgerichtig und
32 nur gerecht, dass auf den letzten UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen und Cancun die
33 Einrichtung eines Anpassungsfonds beschlossen wurde.

1 Genauso wie der Klimawandel eine Bedrohung für die Entwicklung darstellt, kann auch die
2 Einschränkung der nutzbaren Energieressourcen für die armen Länder ein Hindernis darstellen. Auch
3 hier ergriff die internationale Gemeinschaft bereits Maßnahmen, z.B. mit dem grünen Klimafonds
4 oder Geldern für Klimaschutz. Ein wichtiger Schritt in diesem Sinne ist die Entkoppelung von
5 Wachstum und Ressourcenverbrauch, insbesondere fossiler.

7 Angesichts der Endlichkeit der Erdölvorkommen dieser Erde und als Maßnahme gegen den
8 Klimawandel gibt es Bestrebungen den motorisierten Verkehr mittels Aggrotreibstoffen weniger
9 klimaschädlich und unabhängig von fossilen Brennstoffen zu gestalten. Im Bereich der
10 Energiepflanzen sind große Zuwächse in den Anbauflächen zu verzeichnen. Oftmals handelt es sich
11 dabei um neu entstehende Felder, die vorherige natürliche Landnutzungen verdrängen oder die Äcker
12 von Kleinbauern zusammenlegen. In vielen Fällen werden auch die Wohnorte indigener
13 Bevölkerungen zerstört oder durch große Feldflächen zerschnitten und den Menschen der Zugang
14 zum Lebensnotwendigen erschwert.

15 Damit sind die Aggrotreibstoffe ein Grund für die Preissteigerungen von Lebensmitteln. In den
16 Industrieländern konnten diese größtenteils abgefangen werden. Menschen in Entwicklungsländern,
17 die den größten Teil ihrer finanziellen Mittel für Lebensmittel ausgeben, können dies nicht. Auch
18 politische Lösungen wie Subventionen oder Ausfuhrzölle stehen diesen Ländern oft nicht zur
19 Verfügung beziehungsweise werden durch das Weltwirtschaftssystem und internationale
20 Finanzverpflichtungen unterbunden.

22 Daher fordern wir Jusos

23 dass die Industrieländer mehr Mittel als bisher für Maßnahmen der Klimaanpassung zur Verfügung
24 stellen

25 dass verbindliche und ambitioniertere Reduktionsziele für Klimagase auf internationaler Ebene
26 festgelegt werden

27 Klimaflüchtlinge aufgenommen werden

28 Sparsamere Motorisierung und alternative Antriebsformen sind ein Ausweg, um Mobilität auch
29 weiterhin sicher zu stellen. Es darf dabei keine Konkurrenz zwischen Energiepflanzen und
30 Nahrungsmitteln geben.

31 Entwicklungsländern muss im Fall von negativen Auswirkungen der Lebensmittelpreise auf die
32 Ernährung ihrer Bevölkerung die Möglichkeit eingeräumt werden, für die jeweilige Dauer gezielte
33 Schutzmaßnahmen (zum Beispiel Exportkontingente und Importbeschränkungen) einzuleiten.

34 Technologietransfer für einen nachhaltigen und ökologischen Weg zum Wohlstand .

6. Armut bekämpfen

Die Definition von Armut ist keine statistische, sondern eine politische Frage. Über die Frage wer ist arm, hält eine Gesellschaft fest, was für ein Leben in Würde notwendig ist. Geht es nur um das reine Überleben oder hat jeder Mensch das Recht auf Zugang zu Kultur, Bildung, Gesundheitseinrichtungen und einer Wohnung mit sanitären Einrichtungen. Oder hat er das Recht auf viel mehr?

In Deutschland wird die Armut meistens relativ erhoben. Das heißt, als arm gilt, wessen Lebensstandard erheblich unter dem des Durchschnitts liegt. Die UNO und die Weltbank arbeiten mit dem Konzept der absoluten Armut. Als absolut arm galt, wer weniger als einen US Dollar pro Tag zur Verfügung hat. 2008 hat die Weltbank ihre Statistik überarbeitet. Die Schwelle für extreme Armut liegt nun bei 1,25 US Dollar am Tag. Diese Form der Definition hat natürlich erhebliche Schwächen. Sie bildet nicht die Kaufkraft ab. Es bleibt unklar, was man sich für einen Dollar am Tag kaufen kann. Und sie sagt nichts darüber aus ob die Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheitseinrichtungen oder zu sauberem Trinkwasser haben.

Im September 2000 einigten sich 189 Staaten auf die Millenniumserklärung. Der Beginn des neuen Millenniums wurde zum Anlass genommen, globale Probleme gemeinsam in Angriff zu nehmen. Das große gemeinsame Ziel ist es, die Armut zu bekämpfen. 2001 wurden auf Grundlage der Millenniumserklärung konkrete Ziele formuliert, die bis 2015 erreicht werden sollen, die Millennium Development Goals (MDG). Auf acht MDGs haben sich die Staaten geeinigt: die Bekämpfung von Armut und Hunger, Bildung für alle, Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Gesundheit von Müttern und Kindern stärken, HIV/AIDS bekämpfen, ökologische Nachhaltigkeit und hinter dem Begriff der global partnership versteckt sich die Finanzierungsfrage.

Für jedes MDG wurden Teilziele definiert, um die Fortschritte messbar zu machen. Für das MDG „Armut und Hunger zu bekämpfen“ gibt es drei Teilziele.

Teilziel 1: Zwischen 1990 und 2015 die Anzahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, zu halbieren. 1990 waren dies 30% der Weltbevölkerung.

Teilziel 2: Zwischen 1990 und 2015 die Anzahl an Menschen die hungern zu halbieren.

Teilziel 3: Vollbeschäftigung in guter Arbeit für alle erreichen, auch für Frauen und Jugendliche.

Wie weit sind die Staaten mit ihren Versprechungen gekommen?
Nachdem die Weltbank ihre Zahlen neu berechnet hat, geht man heute davon aus, dass 1,4 Milliarden Menschen von weniger als 1,25 US Dollar pro Tag leben müssen. Damit weichen die Zahlen deutlich von den 2005 Veröffentlichten ab. Damals lag die Zahl bei 879 Millionen (bei einer Grenze von einem US Dollar pro Tag), das Ziel, die extreme Armut zu halbieren, rückte in greifbare Nähe. Mit der neuen und wesentlich ehrlicheren Berechnung, gibt es einen Rückgang von 1,8 Milliarden Menschen in extremer Armut auf 1,4 Milliarden. Damit liegt noch ein langer Weg vor den Staaten dieses Ziel zu erreichen. Vor allem berücksichtigen diese Zahlen noch nicht die Preisexplosionen bei den Grundnahrungsmitteln und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Studien gehen davon aus, dass 2009 die Zahl der Menschen in extremer Armut um 55 bis 90 Millionen Menschen höher liegen wird, als dies bisher erwartet wurde. Dennoch geht die UN davon aus 2015 das Teilziel zu erreichen, dass „nur“ noch 15% der Weltbevölkerung in extremer Armut leben.

Wirft man einen zweiten Blick auf die Statistik, dann zeigt es sich, wie wichtig es ist die Höhe der Armutsgrenze in Frage zu stellen. Setzt man die Grenze auf 2 Dollar pro Tag fest, dann leben insgesamt 2,6 Milliarden Menschen in Armut.

2009 hatten 62% aller Männer und Frauen in den Entwicklungsländern eine Beschäftigung, hierzu zählt auch eine Beschäftigung im informellen Sektor. 1990 waren es 63%. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat ihre Spuren hinterlassen. Besonders betroffen waren alle asiatischen Länder, während in Afrika die Zahlen sogar leicht angestiegen sind.

Problematisch bleibt der unterschiedliche Zugang zum Arbeitsmarkt. 2007 hatten 77% der Männer und 49% der Frauen in den Entwicklungsländern eine Beschäftigung. In vielen Regionen sind die Unterschiede noch größer. Gleichzeitig führt die Aufnahme von Arbeit in vielen Fällen nicht zu einem Ausbruch aus der Armut. 31% Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (2005) mussten von weniger als 1,25 US Dollar pro Tag leben. 2008 waren es noch 26%. Im MDG Bericht 2011 weist die UN darauf hin, dass vor allem Frauen die Verlierer der Finanzmarktkrise sind. Sie konnten von der wirtschaftlichen Erholung in den Entwicklungsländern nicht profitieren. Prekäre und informelle Beschäftigungsverhältnisse haben im Zuge der Krise zugenommen. 60% aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen waren 2009 im informellen Sektor beschäftigt, sei es als „Solo-Selbstständige“ oder mithelfende Familienangehörige ohne eigenes Einkommen. Sowohl vom Ziel der Vollbeschäftigung, als auch vom Ziel der Guten Arbeit sind wir weit entfernt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Ärmsten der Welt besonders hart getroffen.

1 Bei der Bekämpfung von Hunger wurden kaum Fortschritte erzielt. Zwar sank die Prozentzahl der
2 unterernährten Menschen von 1990 bis 2007 von 20% auf 16%. Doch wirft man einen Blick auf die
3 absoluten Zahlen, so zeigt sich dass diese gestiegen sind. 1990 waren 817 Millionen Menschen
4 unterernährt, 2007 waren es 830 Millionen. Auf Grund der extrem gestiegenen Preise für
5 Grundnahrungsmittel in Folge der Finanzmarktkrise ist davon auszugehen, dass heute noch mehr
6 Menschen unterernährt sind. Die FAO schätzt die Zahl der unterernährten Menschen in 2009 auf
7 eine Milliarde.

9 Der MDG Report 2011 hat auch Erfolge zu verzeichnen. Die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter 5
10 ist von 12,4 Millionen in 1990 auf 8,1 Millionen in 2009 gefallen. Immer weniger Menschen
11 infizieren sich mit HIV seit 1997. Es waren 2009 aber noch 2,6 Millionen Menschen. Durch eine
12 bessere Finanzierung und Kontrolle konnten die Todesfälle bei Malaria um 20% gesenkt werden.

13 Dennoch profitieren nicht alle von den positiven Entwicklungen. Es gibt große Unterschiede in der
14 Entwicklung auf dem Land und in den Städten. Und die Mitglieder der Gesellschaft, die am
15 verletzlichsten sind, sei es auf Grund des Geschlechts, des Alters, der Ethnie oder einer Behinderung,
16 sind oftmals ausgeschlossen von Verbesserungen. Die größten Fortschritte machen diejenigen, die an
17 der Armutsgrenze leben, für die ärmsten Kinder zum Beispiel gibt es die geringsten Verbesserungen.
18 In vielen Ländern ist die Ungleichverteilung von Reichtum noch gestiegen.
19 Kaum Fortschritte gibt es bei den sanitären Einrichtungen. 2,6 Milliarden Menschen haben keinen
20 Zugang zu Toiletten. Vor allem im südlichen Asien gibt es hier kaum Fortschritte. Am Weltwassertag
21 (22. März 2011) erklärte der UN Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass im letzten Jahrzehnt die Zahl
22 der Stadtbewohner, die zuhause oder in ihrer direkten Umgebung kein Leitungswasser haben, um 114
23 Millionen gestiegen ist.

25 Ein Blick auf die MDGs zeigt, dass die Ärmsten der Armen die Verlierer bei der Wirtschafts- und
26 Finanzmarktkrise sind. Sie werden in den informellen Sektor auf dem Arbeitsmarkt zurückgedrängt
27 oder müssen Arbeit zu Hungerlöhnen akzeptieren. Der Kampf gegen den Hunger scheinen wir gerade
28 wieder zu verlieren. Die Spaltung in dieser Welt nimmt trotz der teilweise positiven Erfolge immer
29 weiter zu.

31 Wir Jusos fordern:

32 Das Versprechen im 21. Jahrhundert Armut ernsthaft zu bekämpfen und zu beenden, muss wieder auf
33 die politische Tagesordnung genommen werden. Die MDGs finden sich in der allgemeinen

1 Berichterstattung kaum noch wieder und auch in unserer Partei wird dieser Frage nicht der
2 Stellenwert eingeräumt, den sie verdient.

3 Eine wirkliche Regulierung der Finanzmärkte. Dies gilt vor allem für die Rohstoff- und
4 Lebensmittelmärkte. Genauso wichtig ist es aber, die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten. Wenn
5 wir die Millennium Development Goals erreichen wollen, dann brauchen wir mehr Mittel. Die
6 Einführung einer Finanztransaktionssteuer könnte hier zu mehr Gerechtigkeit führen. Sie darf nicht
7 nur dazu genutzt werden, die Haushaltslöcher in den Industrieländern zu füllen.

8 Um die finanzielle Handlungsfähigkeit von Entwicklungsländern zu stärken, brauchen sie unsere
9 Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Steuersystemen. Dieser Punkt wird in der
10 Entwicklungsarbeit und der Arbeit der Weltbank und des IWF kaum berücksichtigt. Vor allem muss
11 es darum gehen, Steuersysteme so zu gestalten, dass jeder seinen gerechten Anteil zahlt. Vor allem die
12 Vermögenden in diesen Ländern müssen ihren Beitrag zahlen. Die Umverteilung von Reichtum ist
13 auch in den Entwicklungsländern selbst ein wichtiger Schritt.

14 Wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern wird nur gelingen, wenn wir
15 Entwicklungsländer nicht auf die Rolle der Rohstofflieferanten reduzieren. Die von der EU
16 verabschiedete Rohstoffinitiative nimmt aber auch noch auf diesem Feld Entwicklungsländern
17 Spielräume Entwicklung zu forcieren. Die Außenpolitik der EU muss sich grundlegend ändern. Wir
18 fordern als ersten Schritt eine Rücknahme der Rohstoffinitiative und eine Reform der Gemeinsamen
19 Agrarpolitik der EU. Ziel der Agrarpolitik muss die Ernährungssicherheit weltweit sein.

20 Investitionen in Infrastruktur müssen gestärkt werden. Der IWF muss von der jahrelangen
21 praktizierten Privatisierungspolitik Abstand nehmen. Es kann nicht sein, dass Kredite nur vergeben
22 werden, wenn Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden. Vor allem das zunehmende
23 Gefälle zwischen den Städten und dem ländlichen Raum muss angegangen werden.
24 Infrastrukturmaßnahmen, wie der Bau von Gesundheitszentren werden von den MDGs nur indirekt
25 erfasst. Hier muss die UN einen größeren Fokus darauf legen.

26 Im Bereich der Beschäftigung müssen Frauen deutlich mehr in den Vordergrund rücken. Gute Arbeit
27 ist für nur sehr wenige Realität. Hier ist die von der ILO verabschiedete Konvention zum Schutz von
28 Hausangestellten ein wichtiger Schritt. Diese muss von möglichst vielen Staaten unterzeichnet
29 werden. Aber es müssen weitere Bereiche folgen. Die meisten Frauen sind nach wie vor mithelfende
30 Familienangehörige ohne eigenes Einkommen. Sie benötigen dringend mehr Rechte. Gesetzliche
31 Diskriminierung, vor allem im Erbrecht, müssen abgebaut werden. Auch hier kann eine ILO
32 Konvention ein erster Schritt sein.

33 Die Formalisierung von Beschäftigung muss ein Schwerpunkt werden. Beschäftigte im informellen
34 Sektor haben keine Sicherheiten, können kein Entgelt einklagen und jeder Krankheitstag ist für sie ein

1 hohes Risiko, noch tiefer in die Armut abzurutschen. Die in den Entwicklungsländern zunehmende
2 Scheinselbstständigkeit (Kurzeitverträge) muss genauso bekämpft werden.

3 Im Kampf gegen Hunger muss die FAO (Food and Agricultural Organisation der UN) finanziell
4 besser ausgestattet werden, um alle Soforthilfeprogramme umsetzen zu können. Im Kampf gegen
5 Hunger darf es nicht zu einer Prioritätensetzung kommen. Gleichzeitig zeigt der Kampf gegen
6 Hunger, wie wichtig der Aufbau eines Sozialsystems ist. Denn auch in vielen Schwellenländern
7 hungern Menschen, ein Beispiel dafür ist Indien, hier waren 2010 24,1% der Menschen von Hunger
8 betroffen. Indien könnte es sich leisten, dass niemand in diesem Land hungern muss.

10 7. Genderfragen

11 Der Großteil der bestehenden Entwicklungstheorien klammert den Aspekt der
12 Geschlechterverhältnisse aus, obwohl diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung von
13 Staaten und Regionen haben. Patriarchale Strukturen in einer Gesellschaft sind wie Korruption und
14 Klientelismus ein Entwicklungshindernis.

15 Tradierte Rollenbilder, die auch in den Köpfen des Nordens noch nicht überwunden sind, verursachen
16 eine gesellschaftliche Arbeitsteilung, die den Frauen den privaten und unbezahlten Bereich zuordnet.
17 Die Folge ist eine Trennung des privaten und öffentlichen Raums. Daher wird der öffentliche Raum
18 nur von Männern gestaltet. Frauen und ihre spezifischen Bedürfnisse und Ideen bleiben unsichtbar.
19 Dies spiegelt sich auch in der wirtschaftlichen Situation wieder. Erschwerend hinzu kommt, dass
20 selbst Beschäftigungen, die andernorts gegen Entgelt verrichtet werden, gerade in der Landwirtschaft,
21 als typische unbezahlte Frauenaufgaben aufgefasst und dadurch dem Sektor der Lebensgrundlage
22 sichernden Erwerbstätigkeit entzogen werden. Der gering ausgeprägte formelle Sektor wird von
23 Männern dominiert, während der informelle Sektor vorwiegend durch Frauen bestimmt wird. Daher
24 gehen Maßnahmen, die sich nur auf den formellen Sektor konzentrieren an den Frauen vorbei.

26 Bereits in den 70ern erkannte die internationale Gemeinschaft diese Probleme und versuchte, mit
27 verschiedenen Methoden eine geschlechtergerechte Entwicklungspolitik zu etablieren. Durch die
28 neoliberalen Reformen der 90er wurden viele Errungenschaften der vorangegangenen Jahrzehnte
29 zunichte gemacht. Ein Blick auf die Lage vor Ort zeigt, dass die gravierenden sozialen Probleme in
30 den Entwicklungsländern zum Entstehen basisdemokratischer Frauengruppen geführt haben. Dies
31 darf nicht dazu führen, dass die Verantwortung zur Lösung der Probleme auf diese Selbsthilfegruppen
32 abgewälzt wird.

1 Frauen sind oft Opfer von Gewalt. Diese Aussage trifft auf die ganze Welt zu, aber in besonderer
2 Härte auf die Länder des Südens. Vor allem in afrikanischen Entwicklungsländern werden junge
3 Frauen beschnitten oder dem sogenannten breast ironing unterzogen. Hier darf sich die internationale
4 Gemeinschaft nicht auf kulturelle Unterschiede berufen, sondern muss das Menschenrecht auf
5 körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung als dominierende Grundlage ihrer Maßnahmen
6 verwenden. Erst Anfang dieses Jahrtausends gelang es der internationalen Gemeinschaft eine
7 verbindliche Definition für Menschenhandel zu finden. Da besonders Frauen Opfer von
8 Menschenhandel werden, sollte die Strafverfolgung und der Umgang mit den Betroffenen gender-
9 sensibel erfolgen. Das zuständige Personal sollte entsprechend geschult sein.

11 Im Bereich der Bildung werden Mädchen und Frauen häufig strukturell diskriminiert. Fast
12 Zweidrittel aller Analphabeten weltweit sind Frauen. Dabei hat sich gezeigt, dass sich für Kinder
13 Wissen und Bildungsgrad der Mutter deutlich positiver auf ihre Entwicklung und Lebensweg
14 auswirkt, als der ihres Vaters. Ohne eine gewisse Grundbildung ist sozialer Aufstieg, gesellschaftlicher
15 Einfluss und politische Teilhabe unmöglich. Entwicklungspolitik muss gerade auch im
16 Bildungsbereich Mädchen und Frauen gezielt fördern.

18 Die Hälfte der Menschen, die migrieren um Arbeit zu finden, sind Frauen. Oftmals sind das
19 diejenigen, welche in ihren Herkunftsländern eine gewisse Ausbildung erfahren haben, dann aber in
20 den Zielländern in den frauentypischen Niedriglohnsektoren eingestellt werden. Der Umgang mit
21 Arbeitsmigrant_innen ist bisher nicht gender-sensibel.

23 Besonderen Gefahren sind offen homosexuell lebende Menschen ausgesetzt. In vielen Ländern des
24 Südens ist das Ausleben ihrer sexuellen Orientierung strafbar, führt zur gesellschaftlichen Isolation
25 und wird teilweise mit dem Tode geahndet. Eine Mehrheit von reaktionären Staaten hat bewirkt, dass
26 die Hinrichtung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität nicht mehr von der UNO verurteilt
27 wurde. Menschen, die aufgrund dieser Verfolgungen in den Norden geflüchtet sind, müssen sich
28 teilweise einem erniedrigenden Test unterziehen lassen oder ihre sexuelle Orientierung wird von
29 Behörden in Zweifel gezogen.

31 Die Zusammenlegung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen in Deutschland
32 brachte einen großen Rückschritt mit sich. Der Vorstand des neuen Verbandes besteht ausschließlich
33 aus Männern und vor allem die Abteilungen unter weiblicher Leitung wurden abgebaut.

1 Daher fordern wir Jusos:

2 Gute Entwicklung bedarf gleicher Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen und
3 politischen Leben. Die entwicklungspolitischen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland
4 müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Eine paritätische Besetzung der Vorstände und
5 Abteilungsleitungen ist unabdingbar.

6 Geschlechtergerechte Entwicklungspolitik muss sich auch dem informellen Sektor zuwenden, in dem
7 vor allem Frauen arbeiten. Eine reine Fokussierung auf den formellen Sektor bevorzugt einseitig
8 Männer.

9 Gender Mainstreaming muss überall angewandt werden. Alle Maßnahmen und Projekte müssen vor
10 Anwendung auf ihre Folgen für das Verhältnis von Männern und Frauen geprüft werden.

11 Die Menschenrechte müssen der Maßstab sein, an dem sich das Handeln der Weltgemeinschaft
12 orientiert. Angeblich kulturell bedingte menschenverachtende Praktiken sollten geahndet und
13 unterbunden werden.

14 Bildungsangebote müssen gezielt für Mädchen und Frauen entwickelt und durchgeführt werden, um
15 die strukturelle Benachteiligung zu überwinden.

16 Wir Jusos stehen für ein Asylrecht für alle. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung
17 fliehen müssten, dürfen nicht zusätzlichen rassistischen und homophoben Zumutungen ausgesetzt
18 werden. Hier müssen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Behörden sensibilisiert werden.

19 20 8. Entwicklungspolitik unter schwarz-gelb

21 Fassungslos waren viele als bekannt wurde, dass gerade Dirk Niebel das Bundesministerium für
22 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übernehmen sollte. Denn vor der Wahl wollte
23 Niebel das Ministerium noch abschaffen. Heute steht das Ministerium noch, doch einiges hat sich
24 geändert. Dies machte schon der Koalitionsvertrag deutlich:

25 *Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen besser aufeinander*
26 *aufbauen und optimal ineinander greifen. Entwicklungspolitische Entscheidungen müssen die Interessen der*
27 *deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes,*
28 *angemessen berücksichtigen. Bei Auftragsvergabe sollen die Auslandshandelskammern über die Aufträge der*
29 *Entwicklungsorganisationen rechtzeitig informiert*
30 *werden.*

31 *(Zitat Koalitionsvertrag)*

1 Kurz gefasst soll deutsche Entwicklungspolitik deutschen Interessen dienen. Dies bekam vor kurzem
2 auch der „globale Fond zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria“ zu spüren. Der globale
3 Fond ist eine private Organisation die Spenden sowohl bei Regierungen als auch bei Privatpersonen
4 (Bill Gates) einsammelt. Die Verteilung erfolgt über lokale Strukturen in den Entwicklungsländern.
5 Als der globale Fond selbst aufdeckte, dass ein kleiner Teil seiner Mittel vor Ort veruntreut wurde,
6 nahm dies Niebel zum Anlass die Zahlungen der Bundesregierung zu stoppen. Dabei geht es in
7 diesem Konflikt nicht um die Korruption - die vom Fond selbst aufgedeckt wurde- , sondern dass über
8 das multilaterale Konstrukt der deutsche Beitrag nicht mehr klar erkennbar ist. Steuergelder sollen nur
9 direkt ausgegeben werden. Nur wenn erkennbar ist was Deutschland macht, könne Deutschland
10 davon profitieren. Diese Erfahrung mussten auch andere Projekte machen.

11
12 Im Haushalt des BMZ finden sich auch Projekte, die nicht dem Bereich der Entwicklungspolitik
13 zuzuordnen sind. Damit sind vor allem Projekte wie diese gemeint: Siemens darf in Vietnam eine U-
14 Bahn bauen, weil Deutschland die Differenz zwischen dem billigsten Angebot und dem Angebot von
15 Siemens zahlt (86 Millionen Euro) oder die 48 Millionen, die das BMZ zahlt, damit eine große Werft
16 eine Fähre im Wert von 100 Millionen liefern darf. Alles Mittel, die offiziell als Entwicklungshilfe
17 deklariert sind.

18
19 Auch vom Ziel 0,7% des BIP für entwicklungspolitische Zusammenarbeit auszugeben, ist die
20 Bundesregierung weit entfernt. Zwar wird der Haushalt um 113 Millionen erhöht, nachdem er
21 allerdings vorher gekürzt wurde. Und für die folgenden Jahre sind schon Kürzungen angekündigt.
22 Dabei hatte Deutschland im Zuge der Verhandlungen rund um die Millenium Devolopment Goals
23 versprochen, dieses Ziel bis 2015 zu erreichen. Wirklicher Kampfeswille für seinen Haushalt war bei
24 Niebel nicht zu erkennen.

25
26 Wenn man sich die Politik Niebels ansieht, dann kann mit Recht die Frage gestellt werden, wie viel
27 entwicklungspolitische Zusammenarbeit, wie wir sie uns vorstellen, findet im BMZ eigentlich noch
28 statt.

29
30 Viel Leidenschaft hat Niebel allerdings bei der Personalpolitik im BMZ an den Tag gelegt. So hat er
31 Parteifreunde und alte Bekannte mit Jobs versorgt. Die FDP sieht in diesem Ministerium nur einen
32 Selbstbedienungsladen.

1 Das größte Projekt von Niebel ist allerdings die Zusammenlegung der GTZ (Deutsche Gesellschaft
2 für Technische Zusammenarbeit), dem DED (Deutschen Entwicklungsdienst) und Inwent
3 (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs gGmbH) zur GIZ (Deutsche Gesellschaft für
4 Internationale Zusammenarbeit). Damit werden alle staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen zu
5 einem Unternehmen zusammengefasst, dass zu 100% dem Staat gehört. Weltweit wird die GIZ über
6 17.000 Beschäftigte haben.

7 Ziel ist es Doppelstrukturen abzubauen und Gelder in Millionenhöhe einzusparen. Auch soll die
8 Zersplitterung der Strukturen in der Entwicklungspolitik aufgehoben werden. Deutschland soll mit
9 einer Stimme sprechen, deshalb soll es auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt
10 geben.

11
12 Auch in der GIZ ist die neue Entwicklungspolitik der FDP spürbar. Public-private Partnership soll
13 eine wichtige Rolle spielen. Vor allem der deutsche Mittelstand soll endlich von der deutschen
14 Entwicklungspolitik profitieren. Die Ziele der GIZ haben nichts mit Idealismus zu tun, sondern es
15 geht darum, den Umsatz zu steigern. Das Ziel ist die Weltmarktführerschaft auf dem Markt der
16 Entwicklungshilfe. Diese politische Einstellung findet sich auch in den Strukturen wieder. Weshalb
17 man zwar die Zusammenlegung positiv bewerten kann, aber die Umsetzung kritisch sehen muss.

18
19 Daher fordern wir Jusos:

20 Wir brauchen eine grundsätzliche Diskussion über die Aufgaben von Entwicklungspolitik. Es geht
21 nicht um Charity oder um die Unterstützung der deutschen Wirtschaft. Sondern, dass aus unserer
22 Sicht jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Würde hat. Dieses Recht müssen wir gemeinsam
23 durchsetzen.

24 Es dürfen keine Aufträge von deutschen Unternehmen mit Geldern aus dem Etat für
25 entwicklungspolitische Zusammenarbeit gesichert werden, die keinen Mehrwert für die
26 Entwicklungsländer haben, der begründet warum gerade diese deutsche Firma den Auftrag
27 bekommen sollte.

28 Wir brauchen multilaterale Projekte in der Entwicklungspolitik, vor allem müssen lokale Strukturen
29 mit einbezogen werden und zwar nicht nur in der Beraterfunktion. Es darf in der Entwicklungspolitik
30 nicht um einen Beliebtheitscontest gehen, sondern Aufgaben müssen definiert und gemeinsam
31 angegangen werden.

32 Bis 2015 muss Deutschland endlich das Ziel, 0,7% des BIP für entwicklungspolitische
33 Zusammenarbeit auszugeben, erreichen. Vor allem, da wir dieses Ziel 1970 zugesagt haben.

1 Das GIZ muss sich dem Ziel nicht nur rhetorisch verpflichten Entwicklung weltweit zu fördern.
2 Unternehmenspolitische Umsatz- und Renditeziele dürfen nicht im Mittelpunkt einer
3 gemeinnützigen Organisation stehen. Hilfe muss dort erfolgen wo sie gebraucht wird und nicht dort
4 wo es Gelder dafür gibt. Dafür muss sich natürlich auch vor allem Politik des BMZ ändern, da die
5 GIZ nur Auftragnehmer ist.

6

E4 Neue Wege beschreiten – Die Bundeswehr abschaffen!

LV Berlin

Die Bundeswehr im fundamentalen Wandel

Die Wehrpflicht ist nicht abgeschafft – sie ist ausgesetzt. Aus antimilitaristischer Perspektive ergeben sich dadurch neue Herausforderungen, um weiterhin gegen eine Militarisierung von Politik und Gesellschaft vorzugehen. Aktuelle Debatten um akute Nachwuchssorgen bei der Freiwilligenarmee Bundeswehr und die gleichzeitige Intensivierung von Werbemaßnahmen geben einen Vorgeschmack auf die Folgen der umfassendsten Umstrukturierung und Neuausrichtung des deutschen Militärapparates seit Bestehen der Bundeswehr. Das Aussetzen der Wehrpflicht steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bundeswehrreform und kann nicht ohne diese verstanden werden.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ist ein Stück denkwürdiger bundesdeutscher Geschichte zu Ende gegangen. De facto gehören Musterung, Einberufung und die verpflichtende Ausbildung an der Waffe für junge Männer der Vergangenheit an – genauso wie die Verweigerung, der Zivildienst und die scheinbar ewigen Debatten um Wehrgerechtigkeit und den Sinn und Unsinn von Zwangsdiensten. Es bleiben Probleme zur Legitimation der Bundeswehr, insbesondere bei Auslandseinsätzen, der Pluralisierung von globalen Sicherheitsbedrohungen und die Frage, ob und inwieweit militärische Gewalt als politisches Instrument zur Lösung von Konfliktsituationen weltweit gerechtfertigt sein kann.

Umso mehr bedarf es einer kritischen Analyse der Neuausrichtung der Bundeswehr, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der zukünftigen Rolle des Militärs in einer Zeit der intensiven Globalisierung.

Analyse

Die Neuausrichtung der Bundeswehr: Transformation einer Verteidigungsarmee in eine flexible Interventionsarmee

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist eine grundlegende Reform der Bundeswehr, die über bloße Strukturänderungen hinausgeht, notwendig geworden – soweit sind sich Politik und Militärs einig. Längst hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass keine singuläre Reform ausreicht, um den Veränderungsbedarf zu decken. Im Anschluss an die Empfehlungen der sogenannten „Weizsäcker-Kommission“ für eine Neustrukturierung der Streitkräfte im Jahr 2000 und den Bedingungen des

1 „Kriegs gegen den Terror“ befindet sich die Bundeswehr offiziell in einem ständigen
2 Transformationsprozess.

3 Die derzeitige, noch vom ehemaligen Bundesminister für Verteidigung zu Guttenberg angestoßene
4 Neuausrichtung der Bundeswehr ist der militärischen Erkenntnis geschuldet, dass die bisherigen
5 Strukturen der Bundeswehr, inklusive der Wehrpflicht, nicht dem von politischer Seite geforderten
6 Anforderungsprofil einer global einsetzbaren Einsatzarmee entsprechen. Die sicherheitspolitischen
7 Zielsetzungen Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung haben praktisch die vom
8 Grundgesetz geforderte Landesverteidigung abgelöst.

9 Tatsächlich stößt die Bundeswehr derzeit aber mit maximal 7000 Soldat_innen im Einsatz
10 personaltechnisch an ihre Grenzen. Gleichzeitig sorgen in Deutschland 250 000 Soldat_innen an fast
11 400 Standorten für „Präsenz in der Fläche“. Mit den aktuellen Reformbemühungen soll die
12 Bundeswehr konsequent auf Auslandseinsätze und deren spezifische Herausforderungen an
13 Verwaltung, Material und Personal getrimmt werden. Dabei sollen nicht nur Bürokratie abgebaut,
14 Standorte geschlossen und die Zahl der Soldat_innen auf maximal 185 000 reduziert werden, sondern
15 ebenfalls die Einsatzbereitschaft erhöht und die Nachwuchsgewinnung verstärkt werden.

16 „Vom Einsatz her denken“: Unter diesem Ansatz stehen alle derzeit geplanten Maßnahmen, die
17 Bundeswehr in eine global einsetzbare Interventionsarmee zu transformieren. Dabei sollte nicht
18 vergessen werden, dass dieser grundlegende Wandel maßgeblich von der Politik initiiert worden ist
19 und auch weiterhin getragen und forciert wird.

21 Militarisierung der Außenpolitik

23 Für die Durchsetzung der Interessen Deutschlands als „starke Nation in der Mitte Europas“ wird die
24 Bundeswehr – mit einem breiten politischen Konsens – als „unentbehrliches Instrument“ der Außen-
25 und Sicherheitspolitik und als Grundlage des nationalen „Selbstbehauptungswillens“ verstanden.
26 Während Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr noch vage von der Landesverteidigung als
27 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO geprägt sind, wird beispielsweise der Zugang zu einem
28 „freien und ungehinderten Welthandel“ unverhohlen zu den deutschen Sicherheitsinteressen gezählt,
29 welche notfalls militärisch durchzusetzen und zu wahren seien.

30 Die zur Doktrin mutierte Erkenntnis, dass „Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt“
31 werde, markiert den vorläufigen Höhepunkt dieses Paradigmenwechsels in der deutschen Außen- und
32 Sicherheitspolitik. Die Rechtmäßigkeit von sogenannten „out-of-area“-Einsätzen der Bundeswehr ist
33 dabei bereits 1994 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden.

1 Die NATO – Allianz im Wandel oder ohne Zukunft?

2
3 Die Bundeswehr ist weiterhin fest in bestehende NATO-Strukturen integriert. Doch wie die
4 Wehrpflicht kann auch die NATO als Relikt des Kalten Krieges bezeichnet werden. Die NATO gab
5 in den letzten Jahren ein ambivalentes Bild ab: Zum einen ist die NATO immer noch ein
6 handlungsfähige Organisation, mit deren Hilfe sich der Westen seine militärischen wie
7 wirtschaftlichen Interessen durchsetzen kann. Zum anderen offenbaren sowohl die Mitgliedsstaaten
8 mit ihren mitunter divergierenden Interessen und Entscheidungen ein tief greifendes Zerwürfnis. Die
9 NATO hat ihren bisherigen Zusammenhalt verloren. Davon zeugen nicht nur unklare Zielsetzungen
10 und fehlende Lösungskonzepte auf neue Sicherheitsbedrohungen, sondern auch ein weiterhin
11 ungeklärtes Verhältnis zu Russland.

12 Längst verfolgen die USA die Strategie einer globalen Sicherheitsarchitektur jenseits des alten
13 Konstrukts NATO, um Demokratie, Menschenrechte und offene Marktwirtschaften selbst in
14 entfernteste Erdteile exportieren zu können.

15 Daher steht für uns fest: Die NATO muss langfristig überwunden werden.

16
17 Militarisierung der EU

18
19 Auch die Europäische Union erfährt eine beachtliche Militarisierung ihrer Strukturen und Politiken.
20 Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist integraler Bestandteil der
21 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Militärische Kooperationen zwischen
22 EU-Ländern, die Europäische Verteidigungsagentur und die Grenzschutzagentur FRONTEX sind
23 Ausdruck des Bestrebens, der EU eine starke militärische Handlungsoption und eine eigene Armee
24 zur Verfügung zu stellen. Schon seit langem kann die EU unabhängig von der NATO bei
25 internationalen Krisen und Konfliktsituationen militärisch eingreifen. Der Vertrag von Lissabon
26 enthält gar eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaaten, ihre „militärischen Fähigkeiten
27 schrittweise zu verbessern“ (Art. 28(3)).

28
29 Aufrüstung und Waffenexporte

30
31 Die deutsche Rüstungsindustrie konnte ihre Exporte in den letzten fünf Jahren um 70 Prozent
32 steigern, sodass die Bundesrepublik zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur geworden ist. Wie
33 skrupellos nach Profiten gegiert wird, hat erst wieder der intransparente Leopard-Deal mit Saudi-
34 Arabien vor Augen geführt. Heute sind die Verteidigungsausgaben der drittgrößte Posten nach

1 Arbeit/Soziales und der Bundesschuld. Im Vergleich zu Bereich Bildung umfasst er heute das
2 Dreifache. Allein in den letzten Jahren hätten für die 243 NH90-Hubschrauber 1654 Grundschulen
3 (mit Sporthalle), für die A400-Transportflugzeuge 572 Berufsschulen, für die acht U212-U-Boote
4 1666 Kindergärten und für die drei F124-Fregatten 236 Studierendenwohnheime (à 200 Plätzen)
5 gebaut werden können.

6 7 Militarisierung der Gesellschaft 8

9 Die Aussetzung der Wehrpflicht ist zweifelsfrei ein wichtiger Schritt, der Militarisierung der
10 Gesellschaft zu begegnen. Der Verbreitung militaristischer Einstellungen und vergleichbaren
11 Gedankenguts ist damit aber keineswegs ein Riegel vorgeschoben: Vielmehr ist die Gefahr eines
12 undemokratischen Militärapparats, der viel zitierte „Staat im Staate“, fehlende gesellschaftliche
13 Kontrolle und mangelnde Reflektion über die Bundeswehr mit der Aussetzung der Wehrpflicht eher
14 gestiegen.

15 Vielfach sind wir uns nur unzureichend bewusst, wie stark die Bundeswehr in unserem Alltag präsent
16 ist und wie stark sie Diskurse in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit bestimmt: Für viele ist sie
17 in Form ihrer Wehrdienstzeit ein Teil ihres Lebensweges gewesen, sie tritt fast täglich in den
18 (Nachrichten-) Medien im Zuge der Kriegsberichterstattung in Erscheinung, für viele ist die Kaserne
19 ein Bestandteil ihres Wohnortes, die Bundeswehr ein „sicherer“ lokaler Arbeitgeber,
20 Bundeswehrangehörige gehen regelmäßig in Schulen, es finden öffentliche Gelöbnisse statt, sie macht
21 einen Teil des politischen Zeremoniells in der Bundesrepublik aus und nicht zuletzt kooperiert sie mit
22 Hochschulen. Dort erhofft sie sich zusammen mit der Rüstungsindustrie „nützliches“ Know-How und
23 qualifizierten Nachwuchs zu finden. Die Bundeswehr hat sich in die Lebenswirklichkeit unserer
24 Gesellschaft hinein gedrängt.

25 Der Führungsstab der Bundeswehr hat dabei im Auge, gerade für junge Menschen so attraktiv wie
26 möglich zu erscheinen. Angesichts der häufig prekären Arbeits- und Ausbildungsmarktsituation
27 erliegen ihr viele junge Erwachsene. Auch die abschreckende Wirkung der Studiengebühren und die
28 Angst vor einer ungewissen Zukunft treiben Menschen in ihre Arme und ihr vermeintlich attraktives
29 Studienangebot.

30 An den Standorten Hamburg und München werden fern von dem, was wir uns als selbstbestimmtes
31 Studium vorstellen, ihre Nachwuchskräfte herangezogen. Erschreckend waren die Zahlen, die von
32 dem wenig kritischen bundeswehreigenen Sozialforschungsinstituts nach langem Zurückhalten
33 vorgelegt wurden: Ungefähr achtzig Prozent stimmten einer der sechs Positionen der „Neuen
34 Rechten“ voll und ganz zu. Solche Entwicklungen gefährden partiell unsere Demokratie.

Die Grundprobleme hinter den nationalen Armeen

Das stehende Herr bildet einen essentiellen Bestandteil des Nationalstaats. Es wird bis heute als gängiges Mittel der Außenpolitik angesehen und genutzt – auch wenn hin und wieder die Sprachregelung eine andere ist. Die Zahlreichen Auslandseinsätze der Bundesrepublik (Afghanistan, Horn von Afrika etc.) dokumentieren die Militarisierung der Außenpolitik. Hinter militärischen Einsätzen stehen auch klare nationale und wirtschaftliche Interessen. Nicht selten werden humanitäre Ziele vorgeschoben und wirtschaftliche Absichten wie die Rohstoffsicherung bestritten, wobei die Europäische Union heute schon damit beginnt, diese Kriegsgründe als legitim zu erklären. Wir lehnen Kriege ab, die dazu dienen sollen, nationale und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen! Von Verteidigungskriegen kann schon lange keine Rede mehr sein. Gerade am Beispiel des Kampfes gegen den Terrorismus wird ersichtlich, wie stark zivile Mittel und Wege vernachlässigt werden und ein erfolgloser Kampf mit Waffen ausgetragen wird. Bis zum heutigen Tag gehört die militärische Option zum Standardrepertoire der nationalstaatlichen Planspiele. Die Bundesrepublik kündigt sogar ganz offen an, sich noch häufiger an militärischen Operationen beteiligen zu wollen, um an Einfluss zu gewinnen. Diese Konkurrenz, bei der sich selbst innerhalb von Bündnissen Nationalstaaten immer wieder in den Vordergrund schieben wollen, muss beendet werden. Wir fordern eine internationale partnerschaftliche Kooperation ein, die darauf zielt, Institutionen zu schaffen und zu stärken, in denen nationalstaatliche Interessen zurücktreten. Das Nationalstaats-Konzept, was auf der Abgrenzung und Konkurrenz beruht, um eine Gemeinschaftsidentifikation zu schaffen, steht der friedlichen Konfliktlösung im Weg. Das Militär bildet einen Grundstein des Nationalstaates. Wir fordern entsprechend unseres internationalistischen Verständnisses Alternativen zur nationalen Armee umzusetzen!

Unser Weg zu einer langfristigen Abschaffung der Bundeswehr

Für neue Wege im Umgang mit dem Militär

Die Analyse der jüngsten Entwicklungen zeigt eins deutlich: Die Bundeswehr muss dringend reformiert werden, was auch kaum ein politischer Akteur mehr bestreitet. Die Legitimationskrise als Verteidigungsarmee lässt sich nicht mehr wegdiskutieren. Die handwerklich und konzeptionell schlechte Reform, die von der schwarz-gelben Bundesregierung gerade versucht wird, potenziert das Problem der Militarisierung in unterschiedlichsten Sphären noch weiter. Der sich langsam formierende Protest – zum Beispiel gegen die Bundeswehr an Schulen – spricht eine deutliche Sprache. Leider trägt die SPD-Fraktion die „Reform“ in weiten Teilen mit und beschränkt sich auf

1 Detailkritik. Von Seiten der Grünen und Der Linken kommt zwar Kritik, aber ohne ein
2 zukunftsweisendes Konzept dahinter. Eine solche Reform muss jedoch als letzliches Ziel haben, die
3 Bundeswehr überflüssig zu machen. Wir sind folglich als antimilitaristischer Verband gefragt, deutlich
4 zu machen, dass das Thema nicht länger ignoriert werden darf – also es weder als bloße als
5 verwaltungstechnische Umstrukturierung abgetan werden kann noch nur antimilitaristische
6 Traditionspflege betrieben werden kann! Wir fordern neue, weitreichende Pläne!

7
8 Sofortige Maßnahmen

9 Die Gesellschaft konsequent entmilitarisieren

10
11 Das Militär kann niemals losgelöst von der Gesamtgesellschaft betrachtet werden. Auf der einen Seite
12 trägt das Militär eigene Prinzipien in die zivile Gesellschaft, auf der anderen Seite darf sich das Militär
13 nicht von der Gesellschaft abkoppeln, sodass das politische Primat verloren geht.

14 Die Bundeswehr ist wie jeder größere militärische Verband autoritär mit einer strengen Hierarchie
15 organisiert, die auf die gezielte Gewaltanwendung bis hin zum Töten ausgerichtet ist. Um eine
16 entsprechend motivierte Truppe zu erhalten, ist es aus Sicht der Militärs notwendig, diese Grundsätze
17 durchgehend positiv zu konnotieren. Der Raum für Kritik wird dabei erheblich reduziert – teilweise
18 bis zur de facto Auflösung. In einer gänzlich militarisierten Gesellschaft würde schließlich die
19 militärische Gefolgschaft zum allumfassenden Ideal. An der deutschen Geschichte lassen sich die
20 dramatischen Auswirkungen – zum Beispiel im wilhelminischen Kaiserreich und der NS-Diktatur –
21 studieren. Sobald Militär stilisiert wird, widerspricht das unserer Vorstellung einer pluralistischen,
22 toleranten und demokratischen Gesellschaft. Unsere klare Forderung lautet deshalb, das Militärische
23 so eng wie nur irgendwie möglich auf sein Aufgabenbereich zu beschränken, d.h.

24
25 Es dürfen keinerlei öffentliche Bundeswehrveranstaltungen stattfinden, bei denen sie für sich einseitig
26 werben kann. Öffentliche Gelöbnisse, Messeauftritte oder Militärshows jeglicher Art lehnen wir ab.
27 Sie dienen als Bühne, um sich mit erheblichem Werbepotenzial einseitig zu präsentieren. Vielfach ist
28 noch nicht einmal ein Protest dagegen erlaubt. Beispielsweise versucht die Bundeswehr Jahr für Jahr
29 den Gedenktag zum 20. Juli 1944 für sich zu vereinnahmen, indem sie vor dem Bundestag
30 aufmarschiert. Es ist wichtig, an die militärischen Widerstandskämpfer wie Graf Schenk von
31 Stauffenberg, die doch noch ihre Verantwortung erkannten und mit dem Hitler-Attentat den Krieg
32 stoppen wollten, zu erinnern. Aber eine Heroisierung und Glorifizierung, wie sie in den letzten Jahren
33 betrieben wird, blendet die Hintergründe gänzlich aus, dient der Geschichtsklitterung der
34 Bürgerlichen und hilft dabei sogar Schuld zu relativieren. Mit dem Versuch sich auch noch in die
35 Kontinuität des militärischen Widerstands zu stellen, überspielt die Bundeswehr ihre personellen

1 und strukturellen Kontinuitäten zur Wehrmacht. Für uns sind solche Aufmärsche vor dem Bundestag
2 oder andernorts nicht hinnehmbar!

3
4 Das Militär darf nicht zu einem Bestandteil ziviler Einrichtungen und Räume werden. Die
5 Institutionen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland soll die Bundeswehr
6 kontrollieren. Rituale wie der Zapfenstreich verletzen das Trennungsgebot. Ohnehin muss das
7 öffentliche Zurschaustellung von militärischer Symbolik so weit wie möglich eingeschränkt werden –
8 weder in der Kleinstadt vor der örtlichen Kaserne oder in Form von Uniformen außerhalb des
9 Dienstes. Neben der symbolischen Ebene nimmt in diversen Institutionen des militärische Einfluss
10 zu. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Zivilklauseln beispielsweise an Hochschulen ein, die
11 es ausschließen, dass Rüstungsforschung betrieben wird und somit die Bundeswehr als Geldgeber
12 diktieren kann. Stattdessen müssen gerade kritische Projekte gegenüber der Bundeswehr gefördert
13 werden, da sie über einen finanziellen und institutionellen Vorteil verfügt.

14
15 Ein besonders sensible Sphäre, die mehr und mehr in den Blick der Bundeswehr rückt und
16 momentan zur Nachwuchswerbung sehr offensiv angegangen wird, sind Bildungseinrichtungen. Wir
17 sprechen uns gegen jedwede Werbemaßnahme der Bundeswehr aus, die sich an Jugendliche richtet.
18 Ob sie nun in der Schule oder über Medien erfolgt, ist dabei unerheblich. Die Botschaft, dass
19 Soldat_in ein ganz normaler Beruf sei, was undifferenziert von pädagogisch geschulten Jungoffizieren
20 oder durch eine ausgefeilte Marketingkampagne suggeriert wird, soll zur Gewöhnung an Militär
21 beitragen und damit Kritik erschweren. Vor allem der Veranstaltungsort Schule legitimieren das
22 Anliegen der Bundeswehr so indirekt. Dabei widersprechen diese Aktivitäten ganz klar dem
23 Bildungsauftrag von Schulen, der schließlich die Erziehung zu gewaltfreien Konfliktlösung und
24 Frieden vorsieht. Deshalb muss es einen Schulunterricht geben, der vielmehr die kritische
25 Auseinandersetzung fördert! Daher fordern wir eine Aufhebung jeglicher Kooperationsvereinbarungen
26 zwischen der Bundeswehr und den Schulministerien der Bundesländer.

27
28 Alle diese ersten Schritte sollen dazu beitragen, dass die Welle der Militarisierung sich nicht weiter
29 ausbreiten kann und zurückgedrängt wird. In den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene
30 ist ein zügiges Handeln gefragt. Der militärische Bereich muss aus dem zivilen herausgehalten werden.
31 Dabei muss definiert und überdacht werden, was zum militärischen Bereich, also zu den politisch
32 verordnenden Aufgaben, zählt. So wird heute noch regelmäßig die Bundeswehr zu
33 Katastropheneinsätzen wie dem Deichbau bei Hochwasser gerufen. Da die Truppenzahl reduziert
34 wird und nicht mehr flächendeckend Bundeswehrstandorte vorgesehen sind, muss damit begonnen
35 werden, zukünftig sicherzustellen, dass das Technische Hilfswerk (THW) und die Feuerwehr auch in

angespannten Lagen ohne Bundeswehreinheiten handlungsfähig bleiben. Auch wenn die Bundeswehr nicht mehr zur Verteidigung des Bundesgebiets eingesetzt werden muss, sondern einem neuen Sicherheitsverständnis folgt, darf sie keinesfalls für polizeiliches Aufgaben im Inneren herangezogen werden. Wir geben allen immer wieder erhobenen Forderungen nach Bundeswehreinsätzen im Inneren eine klare Absage! Terroristische Bedrohungen mit militärischen Einheiten verringern zu wollen, ist unsinnig und höchstgefährlich. Dabei würde Freiheit geopfert und durch vermeintlich effizientere autoritäre Strukturen aus dem militärischen Arsenal ersetzt werden. Eine Kultur der Angst würde geschürt! Nie wieder darf Militär als gezieltes Instrument zur Absicherung von Herrschaft eingesetzt werden können!

Mittelfristige Maßnahmen

Das Militär bestmöglich kontrollieren – Militär neu denken

Das Militär darf sich nicht von der Gesamtgesellschaft entkoppeln und somit wieder zu eine Gefahr für das Gemeinwesen zu werden. Aus der Geschichte lässt sich diese Lehre ziehen: Im wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik agierte die Reichswehr zeitweise als „Staat im Staate“. Das bisherige Gegenmittel hieß Wehrpflicht mit dem „Staatsbürger in Uniform“, also dem Leitbild der „Inneren Führung“. Das moderne Massenheer sollte über die Wehrpflicht in vielen Ländern mit der zivilen Gesellschaft verkoppelt werden. Doch schon seit der Endphase des Kalten Krieges, als die Armee und die Wehrpflicht Schritt für Schritt schrumpfen konnten, kann längst kein gesellschaftlicher Querschnitt mehr gewährleistet werden. Auch am Ende der Wehrpflichtzeit in Deutschland war bereits der Charakter einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee erreicht. Die Wehrpflicht ist wie in vielen anderen Ländern längst kein probates Mittel mehr und ein Zurück ist weder militärisch noch gesamtgesellschaftlich wünschenswert. Wenn es um die an sich richtigen Idee der „Inneren Führung“ geht, wird aber nur allzu leicht vergessen, dass sie in der Praxis viele Grenzen hat: Das Prinzipien wie Befehl und Gehorsam bestehen weiterhin – lediglich bei eindeutig nicht gerechtfertigten Anweisungen kann ohne Konsequenzen verweigert werden. Es handelt sich also mehr um ein theoretisches Konstrukt. Die Grundrechte von Soldat_innen bleiben eingeschränkt und Streiks sind folgerichtig ausgeschlossen. Gerade Wehrpflichtige haben sehr selten den Wehrbeauftragten kontaktiert. Wir sind der Auffassung, dass die bisherigen Kontrollmechanismen unzureichend sind. Vorfälle in den Auslandseinsätzen (Totenkopf-Skandal und Bombennacht von Kundus), auf der Gorch Fock, in deutschen Kasernen (makabere Kriegsspiele und Misshandlungen) oder selbst die politischen Einstellungen in den Bundeswehruniversitäten stehen für höchst problematische Entwicklungen in den letzten Jahren. Die vielen Rücktritte von Verteidigungsministern belegen die dauerhaften Probleme. Bisher existieren keine Konzepte, die sicherstellen könnten, dass eine nationale

1 Armee nicht zum Problem für das Gemeinwesen wird, weil es sich entkoppelt. Vom Militär geht
2 immer ein potenzielles Risiko aus. Für die Übergangszeit, also bis Alternativen zum nationalen
3 stehenden Militärverbänden gefunden wurden, müssen folgende Schritte konsequent umgesetzt
4 werden:

5
6 Das Militär, so auch die Bundeswehr, muss einer engen politischen Kontrolle unterliegen. Der
7 Terminus „Parlamentsarmee“ wird in Deutschland häufig bemüht. Es ist dem Bundestag aber nur
8 schwer möglich den Bundeswehr-Komplex zu überblicken. Zusammen mit dem Wehrbeauftragten
9 muss ein ständiger Kontrollausschuss eingesetzt werden. Der Verteidigungsausschuss reicht trotz
10 seiner Untersuchungsausschussfunktion für diese Aufgabe allein nicht aus.

11
12 Innerhalb der Bundeswehrverwaltung, auch im Verteidigungsministerium, muss weiterhin
13 gewährleistet sein, dass es nicht eine Befehlskette gibt, sondern alle entscheidenden Stufen mindestens
14 doppelt ausgelegt sind. So kann eine gegenseitige Kontrolle stattfinden. Wir lehnen das Vorhaben der
15 schwarz-gelben Bundesregierung ab, aus Finanz- und Effizienzgründen dieses Prinzip abzuschaffen.
16 Der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Wehrbeauftragte des Bundestags sind als
17 Beschwerde- und Kontrollinstanzen nicht ausreichend. Um eine zuverlässige und für alle SoldatInnen
18 gut und schnell erreichbare Kontroll- und Beschwerdeinstanz zu schaffen, fordern wir die Einrichtung
19 von Ombudsstellen. Diese sollen an allen Standorten der Bundeswehr eingerichtet werden und
20 außerhalb der Befehlskette stehen. Sie müssen umfassende Ermittlungsrechte haben, um
21 Verfehlungen und Missstände konsequent verfolgen und abstellen zu können. Außerdem muss
22 versucht werden, die „Innere Führung“ als Konzept so weit wie möglich auszubauen. Zum Beispiel
23 muss es möglich werden, jederzeit aus der Bundeswehr auszusteigen, ohne als Deserteur zu gelten.
24 Genauso muss eine freie Meinungsäußerung auch für Soldat_innen uneingeschränkt gegeben sein.

25
26 Von politischer Seite müssen klare Vorgaben gemacht werden: Es besteht die berechtigte
27 Befürchtung, dass Personen mangels anderer beruflicher Aussichten den Weg zur Bundeswehr finden
28 und so die Armee zu einem Ort der sozialen Ausgrenzung wird. Folglich sollten politische Vorgaben
29 nur über eine Mindesttruppenstärke zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben getroffen werden.
30 Darüber hinaus sollten jedoch physische und psychische Mindeststandards – angelehnt an die
31 Auswahlverfahren für den polizeilichen Dienst – für die konkrete Truppenstärke der Bundeswehr
32 ausschlaggebend sein.

33 Wir fordern Programme ein, die gegen die zweifellos vorhandenen nationalistischen, rassistischen,
34 antisemitischen, xenophoben, geschichtsrevisionistischen, homophoben und sexistischen Tendenzen in
35 der Bundeswehr arbeiten können. Aufgrund diverser Vorfälle, die teilweise jährlich im Bericht des

Wehrbeauftragten aufgelistet sind, wird in der Bundeswehr sehr darauf geachtet, dass solche Einstellungen und Verhaltensweisen systematisch gelehrt werden, statt ihnen entgegen zu treten. Immer noch sind Soldatinnen mit massiven Problemen konfrontiert. Programme und Schulungen sind dringend notwendig!

Zukünftig wird es für die Bundeswehr nicht mehr nötig sein, flächendeckend im Bundesgebiet präsent zu sein. Außerdem kann die Kasernierung zurück gebaut werden, weil die bisherigen Szenarien der Landesverteidigung hinfällig geworden sind. Die Bundeswehr braucht keine Sonderrechtszonen mehr. Es sollte daneben nicht mehr jeder Standort über ein Depot an scharfen Waffen verfügen. Ohnehin wird die Anzahl der Standorte weiterhin verringert werden müssen. Das ganze Bild und das Selbstverständnis der Streitkräfte müssen sich deutlich wandeln. Es wird auch kein Weg daran vorbeiführen, einige Versorgungs- und Infrastrukturleistungen nicht mehr selbst bereitzustellen. Die Aufgaben, die unverzichtbar sind, aber nicht explizit militärisch sind, sollten nach Möglichkeit von Zivilangestellten ausgefüllt werden. Der Status des/der Soldat_in sollte auf eine möglichst kleine Gruppe begrenzt werden! Gerade der Übergang vom Soldat_in-Sein zum zivilen Berufstätigkeit muss erleichtert werden.

Die Bundeswehr umfasst heute ca. 250000 Soldat_innen, wovon 7000 gleichzeitig in „out-of-area“-Einsätze geschickt werden können bzw. befinden. Selbst offiziellen Stellen des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr bestätigen, dass 150000 Soldat_innen für die gegenwärtigen Aufgaben reichen würden. Folgerichtig muss es zu einem zügigen Rückbau kommen. Nachdem Umbau der gesamten Gestalt der Bundeswehr sollte die Gesamtzahl noch deutlich niedriger liegen. Schlussendlich hängt die Zahl nicht von fixen Vorgaben ab, sondern von der Bereitschaft und den Anforderungen an den Bewerber_innen-Kreis. Die Bundeswehr sollte in einem für Frieden engagierten Land nicht den drittgrößte Haushaltsposten mit ca. 30 Mrd. € einnehmen!

Militär im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen braucht ein neues Selbstverständnis: Nicht nationale und nicht wirtschaftliche Interessen dürften die Einsätze der Bundeswehr leiten. Wenn sie den Frieden als Ziel vor Augen hat, müssen die Zuständigen eingestehen, dass Militär immer ein Teil des Problems ist. Folgerichtig müsste das eigene Ziel der Bundeswehr sein, dazu beizutragen, überflüssig zu werden!

Da aufgrund der sicherheitspolitischen Gegebenheiten nur ein Rückbau der Bundeswehr vernünftig ist, müssen deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden, für Regionen und ehemalige

Soldat_innen frühzeitig Alternativen zu finden. Zahlreiche Standorte müssen geschlossen werden. Dringend müssen Investitionsprogramme aufgelegt werden, um die betroffene Regionen zu fördern, aber auch den Übergang ins zivile Berufsleben für ehemalige Soldat_innen zu erleichtern. Langfristig werden dies aber nachhaltigere Ausgaben sein, als weiterhin Geld in Wehrtechnik zu stecken. Die Bundesrepublik Deutschland trägt Verantwortung für alle Rüstungsproduktion, die auf ihrem Territorium oder mit ihrer Hilfe betrieben wird. Der drittgrößte Waffenexporteur, die Bundesrepublik Deutschland, hat jüngst mit der geplanten Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien wieder ihren verantwortungslosen Umgang offenbart. Anscheinend gibt es keine signifikanten Grenzen bei der Lizenzvergabe für Rüstungsproduktion und -export. Eine wirkliche Kontrolle findet nicht statt! Der Aufrüstung muss sofort Einhalt geboten werden! Stattdessen muss weltweit abgerüstet werden, solange für ein Land keine existenzielle Bedrohung besteht. Die Bundesrepublik und Europa müssen folgerichtig unverzüglich abrüsten! Nicht länger darf mit Krieg und Streben von Menschen nach einer perfiden kapitalistischen Logik Gewinne erzielt werden!

Trotz aller Maßnahmen, um das Militär zu kontrollieren, es abzurüsten und die Auswirkungen auf die Gesellschaft einzudämmen, bleiben die Ursachen bestehen, die das Militär immer noch zu einem häufig genutzten Instrument machen. Deshalb muss jetzt damit begonnen werden, ganz neue Wege zu bestreiten!

Langfristige Maßnahmen

Regionale Armeeverbände können höchstens ein Zwischenschritt sein

Eine Option sich von nationalen Armeen zu lösen, bestünde darin regionale Armeeverbände aufzubauen. Es gibt schon lange Pläne, eine europäische Armee zu schaffen, um die Kräfte zu bündeln und sich auf eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verständigen. Eine begleitende EU-Truppe zu den einzelnen nationalen Streitkräften würde die Probleme nicht lösen, sondern lediglich die Möglichkeit einer militarisierten Außenpolitik für die EU-Staaten vergrößern. Alle nationalen Armeen in Europa durch ein europäisches Militär zu ersetzen, wäre hingegen ein Schritt in die richtige Richtung, weil so alle europäischen Staaten zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit verpflichtet würden und nationalstaatliche Interessen zurücktreten müssten. Jedoch neigt heute die Europäische Union (EU) schon dazu, die gleichen Fehler wie die klassischen Nationalstaaten zu begehen: Sie versuchen ihre Stärke gegen andere Regionen und internationale Akteure mit dem militärischen Potenzial auszuspielen. Genauso betreiben multinationale Konzerne wie EADS auf europäischer Ebene eine enorme Militärrüstung und exportieren weltweit. Ein Schlüsselthema auf europäischer Ebene ist stets die Energiesicherheit – nicht selten tauchen dabei militärische Gedankenspiele auf. Alle Streitkräfte Europas zu einer Armee zu vereinen, wäre ein Zwischenschritt,

1 aber nicht unser Ziel! Eine Bedingung für diesen Schritt ist die vollständige Kontrolle einer solchen
2 Armee durch das Europäische Parlament. Zudem muss bei der Zusammenlegung zu einer
3 europäischen Armee eine spürbare Abrüstung stattfinden.

4
5 Wann wird Militär noch gebraucht?

6
7 Eine Alternative wäre die konsequente Abschaffung aller Armeen – weltweit! Dem halten wir
8 entgegen, dass es Verhältnisse geben kann, indem ein Gewalteinsatz unausweichlich wäre. Die
9 Gefahren einer ausschließlichen Appeasement-Politik oder eines Wegschauens im Falle eines
10 (drohenden) Genozids wie in Ruanda sind aus der Geschichte hinlänglich bekannt. Deshalb müssen
11 wir uns bewusst sein, dass es immer wieder zu Grenzfällen kommen kann. Es erfordert einen
12 politischen Verständigungsprozess über die Fälle, die ein Eingreifen erfordern. Als Grundlage muss
13 nach unserem Verständnis die UN-Charta dienen. Die Vereinten Nationen (UNO) müssen für diese
14 Aufgabe ausgebaut werden. Bündnisse wie die NATO sind nicht dazu in der Lage, sicher zu
15 garantieren, nicht selbst zum Aggressor zu werden, weil sie selbst ein Teil der weltweiten
16 Ungleichverteilung ist. Es müssen die Maßgaben des Kapitels VII. der UN-Charta gelten.
17 „Peacekeeping“, „Peacemaking“ und „Peace enforcement“ im Sinne der UN-Charta müssen weiterhin
18 möglich sein. Daneben bleibt es eine Herausforderung für die Weltgemeinschaft als auch mit
19 polizeilichen Maßnahmen für Einzelstaaten, das Aufkommen von privaten Armeeverbänden zu
20 unterbinden. Außerdem ist es einigen Staaten, die – im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland –
21 existenziell bedroht werden, noch nicht möglich auf ihr Militär zu verzichten.

22
23 Der Weg zu einer Welt ohne nationale Armeen

24
25 Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort damit zu beginnen, die Militarisierung im Inneren und
26 Äußeren zu stoppen und ihr entgegen zu arbeiten! Gerade in der Außenpolitik müssen endlich
27 Diplomatie und die Entwicklungszusammenarbeit in den Mittelpunkt gestellt werden. Die
28 Konfliktursachen müssen weltweit bekämpft werden, was nur über einen Wandel des
29 Weltwirtschaftssystems und der gegenseitigen Beziehungen in der Realität werden kann. Die
30 militärische Option darf der Bundesrepublik nicht mehr zur Verfügung stehen. Mit der Umsetzung
31 der beschriebenen Maßnahmen wird es langfristig möglich sein, die Bundeswehr abzuschaffen. Die
32 internationale Verantwortung muss die deutsche Gesellschaft über ihre zivilen Außen- und
33 Entwicklungspolitik gerecht werden. Ein kleineres militärisches Kontingent sollte den Vereinten
34 Nationen (UNO) zukünftig zur Verfügung gestellt werden. Dies muss allerdings von einem Umbau
35 der Entscheidungsgremien begleitet werden, damit eine tatsächliche Handlungsfähigkeit im Krisenfall

1 besteht. Die Demokratisierung des UN-Sicherheitsrates ist dafür ebenso unumgänglich. Alle
2 Kommandogewalt gibt die Bundesrepublik Deutschland dazu ab und übernimmt nur ihre
3 Finanzierung. Die Soldat_innen unterliegen nicht mehr der deutschen Befehlsgewalt. Dieser Schritt
4 sollte innerhalb der nächsten dreißig Jahre vollzogen sein. Damit würde die Bundeswehr aufhören zu
5 existieren. Bisher hält die Bundesrepublik 1000 Soldat_innen in Form eines „Standby Arrangements“
6 für UN-Einsätze vor – für die NATO gar 5000. Jedoch sind die Zusagen an die UNO für die
7 Mitgliedsstaaten nicht bindend, was bereits Einsätze der UN-Friedenstruppen scheitern ließ.
8 Unabhängig davon muss sich ein Wandel innerhalb der UN vollziehen: Die Entscheidungsgremien
9 müssen reformiert und innerhalb dieses Prozesses demokratisch legitimiert werden. Projekte wie das
10 UN-Parlament müssen wieder auf die Tagesordnung. Mehr Kraft muss auf die internationale
11 Konfliktlösung gerichtet werden. Wir brauchen die UN als starkes kollektives Sicherheitssystem,
12 sodass Systeme kollektiver Selbstverteidigung wie das der NATO überflüssig werden. Für
13 unausweichliche Fälle eines militärischen Eingreifens muss bei Abschaffung der Bundeswehr neben
14 den bisherigen sogenannten Blauhelmskräften – wie ursprünglich 1949 geplant – ein eigener
15 Militärverband aufgebaut werden – ähnlich wie es Roméo Dallaire nach dem missglückten Ruanda-
16 Einsatz forderte. Dieser Weg ermöglicht eine Welt ohne nationale Armeen! Dass dies möglich ist,
17 auch zunächst als Sonderweg, haben die Beispiele Costa Ricas und des NATO-Mitglieds Island
18 gezeigt.

19
20 Uns geht es um eine wirkliche Alternative. Die Zustände in der Welt und der Bundesrepublik
21 Deutschland zeigt, dass neue Wege längst überfällig sind. Längst ist die Militarisierung in unserem
22 Alltag angekommen und die Bundeswehr sowie die deutsche Rüstung schüren gewaltsame Konflikte.
23 Wir fordern eine neue Politik ein, die sich auf Zusammenarbeit stützt und die Konfliktursachen
24 angeht. Die militärische Option steht dem heute allzu oft im Weg. Als antimilitaristischer Verband
25 fordern wir deshalb konsequent die Abschaffung der Bundeswehr!

F2 Gleichstellung – Wider den Rollback

LV Bayern

1. Analyse

In den letzten Jahren hat Frauenpolitik kaum noch stattgefunden. Seit der Frauenministerin Renate Schmidt konzentriert sich die Politik fast ausschließlich auf die Familienpolitik, die vielfach mit Frauenpolitik gleichgesetzt wird. Mit den Frauenministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder hat sich dies jeweils nochmals verschärft. Ein wichtiger Erfolg der Frauenbewegung, nämlich genau die Trennung von Frauen- und Familienpolitik – und damit die Abkehr davon, Frauen nur auf die Rolle als Hausfrau und Mutter zu reduzieren – wird damit zurückgedreht.

Die Gleichsetzung von Frauen- mit Familienpolitik suggeriert, Frauen könnten nur dann ein erfülltes Leben führen, wenn sie Kinder bekommen. Von Konservativen, aber teilweise auch in der SPD wird dies auch ganz offen so formuliert. Dass auch Frauen das Recht auf Lebensentwürfe haben, in denen Kinder nicht vorkommen, wird nicht (mehr) zugestanden oder zumindest ausgeblendet. Gegenüber dem traditionellen konservativen Verständnis, dass Frauen nur in der Mutterrolle glücklich werden können, gibt es nur einen (allerdings wesentlichen) Fortschritt: Frauen wird nun zugestanden, dass sie neben (!) der Familie nun auch einem Beruf nachgehen dürfen. Deshalb wird Wert auf den Ausbau von Kinderbetreuung gelegt.

Der Fokus der frauenpolitischen Diskussionen alleine auf die Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindern erhöht den gesellschaftlichen Druck auf Frauen: Familienarbeit (nicht nur mit Kindern) ist nach wie vor Frauensache. Dies zeigt sich auch darin, dass die Diskussion um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor Männer nicht in den Blick nimmt. Dass zu Kindern auch Väter gehören, die an der Familienarbeit beteiligt werden müssen, scheint weitgehend ausgeblendet. Von Frauen wird nun erwartet, beides, Familien- und Erwerbsarbeit, leisten zu können.

Diese erhöhten Erwartungen erhöhen auch die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns an der doppelten Anforderung. Dieses Scheitern wird als individuelles Versagen interpretiert – sowohl von der Gesellschaft als auch häufig von den Betroffenen selbst. Und sie wird auch beantwortet damit, dass eine Frau, die Beruf und Familie nicht zusammenbringe, sich dann eben auf die Familie zurückziehen solle – schließlich stünde ihr der Mann als Ernährer zur Verfügung, Erwerbsarbeit diene ja nur der zusätzlichen Selbstverwirklichung und sei verzichtbar. Auch diese These stößt bei Frauen, die an der Doppelbelastung scheitern, auf erstaunliche Akzeptanz.

Das konservative Frauenbild ist so zwar leicht modernisiert worden (um die Zulässigkeit der Berufstätigkeit), besteht aber ansonsten fort und stößt wieder auf immer größere Akzeptanz; Lebensentwürfe von Frauen, in denen Kinder nicht vorkommen, entsprechend auf immer größere

1 Ablehnung. Auch nicht heterosexuelle Lebensentwürfe werden immer noch gesellschaftlich
2 diskriminiert.

3 Das Zurückdrehen errungener Fortschritte in der Frauenpolitik zeigt sich noch in einem weiteren
4 Feld. Die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen wird in der öffentlichen Debatte zunehmend
5 mit dem Verweis darauf relativiert, dass Männer mittlerweile deutlich stärker benachteiligt seien als
6 Frauen. Auch bei Linken verfängt gerade dieser Aspekt. Empirisch untermauert werden soll das
7 Argument damit, dass Frauen mittlerweile die besseren (Hoch-)Schulabschlüsse und mittlerweile auch
8 Berufsabschlüsse aufweisen. Aus dem Blick gerät, dass dies a) teilweise auch an überlieferten
9 Rollenbildern liegt (nämlich z.B. der Zuschreibung von „fleißig“ an Frauen), b) in der Forschung
10 bisher keine belegte Erklärung existiert, dass dies auf Diskriminierungen im Bildungssystem
11 zurückzuführen ist und c), dass sich diese „Diskriminierung“ (so man unbedingt dieses Wort wählen
12 will) außerhalb des Bildungssystems zum Beispiel im Erwerbsleben nicht fortsetzt, sondern im
13 Gegenteil umkehrt.

14 Mit dem Verweis auf die Bildungsabschlüsse wird versucht zu konstruieren, dass sich die
15 gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen absehbar von selbst auflösen werde und Frauenpolitik
16 daher überflüssig sei. Diese These ist durchaus auch bei jungen Frauen populär. Empirisch belegt ist
17 sie aber nicht.

18 Die Arbeit gegen gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen wird so systematisch diskreditiert.
19 Stattdessen wird versucht, eine gesellschaftliche Benachteiligung von Männern zu konstruieren. Auch
20 diese lässt sich empirisch nicht belegen, bildet aber die Grundlage für zahlreiche Initiativen zur
21 „Jungenarbeit“, für die Ablehnung von Mechanismen wie der Quote und von Frauenpolitik insgesamt.
22 Natürlich muss feministische Politik auch bei Männern ansetzen, dies haben Linke immer vertreten.
23 Dabei geht es aber darum, Frauenpolitik zu ergänzen. Die männlichen Rollenerwartungen sollen
24 aufgelöst und es soll auch Männern ermöglicht werden, sich „unmännlich“ zu verhalten – sei es, indem
25 sie sich bei der Familienarbeit engagieren, sei es, indem sie „Frauenberufe“ ergreifen oder nur, indem
26 sie das männliche Bild des „einsamen Helden“ nicht akzeptieren. Das, was aktuell unter „Jungenarbeit“
27 verstanden wird, verfolgt diese Ziele aber nicht sondern ist im Gegenteil ein Versuch, Frauenpolitik zu
28 ersetzen.

29
30 Die politische Linke diskutiert im Bereich der Frauenpolitik (zumindest im linken Mainstream) fast
31 ausschließlich über Erwerbsarbeit. Dabei geht es wesentlich darum, wie es Frauen ermöglicht werden
32 kann, sich in der männlichen (Erwerbs-)Gesellschaft durchzusetzen. Weitere Themen, die für die
33 Durchsetzung der Gleichstellung zentral sind, werden ausgeklammert. Die Linke scheint vergessen zu
34 haben, dass eine gerechte Gesellschaft mehr ist, als nur den beruflichen Erfolg von Frauen zu
35 ermöglichen, und dies noch dazu durch möglichst optimale Integration in die männlich dominierten

Strukturen. Feminisierung bedeutet unter anderem auch, die männlich dominierten Vorstellungen – in der Erwerbsarbeit u.a. permanente Leistungsbereitschaft, Erfolg durch Härte, das Verfolgen eigener Interessen statt denen der Gesellschaft – zu überwinden und durch ein sozialer orientiertes Gesellschaftsbild zu ersetzen – und dies eben nicht nur im Erwerbsleben, sondern insgesamt in der Gesellschaft. Darum muss sich die Linke wieder kümmern. Dies erfordert ausdrücklich, auch die Männer in den Blick zu nehmen und ihnen ebenso zu ermöglichen, ihr Rollenbild zu verlassen, ohne Diskriminierung befürchten zu müssen.

Die Linke muss wieder ein umfassendes Verständnis von Frauenpolitik entwickeln, das über die Erwerbsarbeit hinausgreift. Natürlich ist Erwerbsarbeit ein zentrales Thema, das Frauenpolitik in den Blick nehmen muss. Die Teilhabe am Erwerbsleben entscheidet wesentlich über gesellschaftlichen Status und Akzeptanz, Erwerbsarbeit ist zentral für die Selbstverwirklichung von Menschen. Wenn Politik aber suggeriert, Gleichstellung in der Gesellschaft sei unmittelbar über Gleichstellung im Erwerbsleben zu erreichen, provoziert sie das Scheitern von Gleichstellungspolitik. Denn dann bleibt es bei der Doppelbelastung von Frauen mit Erwerbs- und Familienarbeit, bei der Diskriminierung in anderen gesellschaftlichen Feldern und den strikten Rollenzuschreibungen. Gerade die Überforderung von Frauen durch die Doppelbelastung beantworten Frauen aber immer stärker auch mit Rückzug und der Ablehnung von Frauenpolitik. Statt die gesellschaftlichen Strukturen in den Blick zu nehmen, die verantwortlich sind, wird der Rückzug in die Familie positiv besetzt. Damit wird der Rollback in der Frauenpolitik gerade erst ermöglicht.

Wir Jusos wissen, dass das zugeschriebene Geschlecht heutzutage noch immer einen Einfluss auf die Lebensrealität hat, der sich nicht leugnen lässt, gleichwohl konstatieren wir aber auch, dass das Denken im Gegensatzpaar Mann/Frau fatale Konsequenzen hat. Allzu leicht verfängt man in dem Automatismus, die Differenzierung in der Form zu betreiben, dass Erwartungen an Geschlechterrollen die Folge sind. Dem Individuum gerecht zu werden, bleibt damit unmöglich und in einem weitaus größeren Maße wird die Heterogenität der Gesellschaft, in der wir leben, vernachlässigt.

2. Bildung, Erziehung und Bewusstseinsbildung

Der Kampf gegen Geschlechter-Stereotypen und für die Gleichstellung muss in der Bildung und Erziehung beginnen. Erzieherinnen und Erzieher genauso wie Lehrerinnen und Lehrer müssen daher in ihrer Ausbildung für die Gender-Fragen sensibilisiert werden und pädagogische Konzepte lernen, mit denen diese thematisiert werden können. Gender-Fragen müssen wesentlicher Inhalt der Erziehungs- und Lehrpläne wie der Unterrichtskonzepte werden.

Gerade in Fächern, die stark von Geschlechter-Stereotypen geprägt sind – Mathematik und Naturwissenschaften/Technik als typische „Männer“- , Sprachen, Kunst und Musik als typische

1 „Frauen“-Fächer, müssen Unterrichts-Methoden zum Tragen kommen, die diese Rollenzuweisungen
2 aufbrechen. Dazu kann es auch gehören, vorübergehend die Koedukation aufzuheben.

3 Wir sprechen uns ausdrücklich dagegen aus, im frühkindlichen und im Primärbereich des
4 Bildungswesens Männerquoten festzulegen. Es spricht nichts dagegen, Männer verstärkt zu
5 ermutigen, pädagogische Berufe auch in diesem Bereich zu ergreifen. Es gibt aber keine fundierten
6 Argumente dafür, dass der hohe Frauenanteil an diesen Berufsgruppen für den schlechteren
7 Schulerfolg von Männern verantwortlich ist. Daher werden Quotierungen das Problem nicht lösen.
8 Erfahrungen zeigen auch, dass bei einer besseren Bezahlung der Berufe im frühkindlichen und
9 Primärbereich der Männeranteil „von selbst“ steigt. Eine solche bessere Bezahlung und auch
10 Ausbildung ist auch wegen der hohen pädagogischen Verantwortung angemessen.

11 Die unterschwellige Festsetzung von „Frauen“- und „Männer“-Fächern in der Schule setzt sich auch
12 bei der Ausbildungs- und Studienwahl fort. Während Männer häufiger technische Berufe oder
13 Studienfächer ergreifen, zieht es Frauen häufig in den sozialen Bereich. Die (auch implizite)
14 Thematisierung solcher Stereotypen im Unterricht ist ein Weg, dies aufzubrechen. Notwendig ist aber
15 auch, die Berufs- und Studienberatung zu sensibilisieren und die Ausbildung an Berufs- und
16 Hochschule zu verändern. Denn gerade hier wird Frauen in Männerberufen häufig sehr direkt
17 mitgeteilt, dass das gewählte Fach „nichts für Frauen“ sei (gleiches findet auch umgekehrt statt, wenn
18 auch in geringerem Umfang). Solche offenen Diskriminierungen dürfen nicht mehr stattfinden und
19 müssen entsprechend sanktioniert werden.

20 Um die Zuweisung von „Frauen“- und „Männer“-Fächern an den Hochschulen aufzubrechen,
21 sprechen wir uns auch für die Quotierung der Personalstellen in der Hochschul-Hierarchie aus. Diese
22 Quoten müssen fakultäts- oder fachspezifisch sowie für alle Qualifikationsstufen einzeln gelten, nicht
23 nur hochschulweit. Nur dann kann sichergestellt werden, dass die Rollenzuweisungen tatsächlich
24 aufgebrochen werden. Daneben müssen Auswahlverfahren für Qualifikationsstellen wie für
25 Professuren transparent gestaltet und die Frauenbeauftragten beteiligt und mit einem Vetorecht
26 ausgestattet werden, wenn gegen Gleichstellungsvorgaben verstoßen wird.

27 Überprüft müssen auch die hochschuleigenen Zulassungsverfahren, die nicht ausschließlich an die
28 Note der Hochschulzugangsberechtigung anknüpfen. Auch hier besteht ein wesentliches Einfallstor
29 für geschlechtsspezifische Diskriminierung. Entsprechend sind die Frauenbeauftragten in die
30 Zulassungsverfahren einzubeziehen. Um dies wahrnehmen zu können, müssen die Frauenbeauftragten
31 erheblich besser mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet werden.

32 33 3. Erwerbsarbeit

1 Gleichstellung in der Erwerbsarbeit zu erreichen, bleibt zentral für die Durchsetzung von
2 Gleichstellung insgesamt. Leider ist es auch während der rot-grünen Bundesregierung nicht gelungen,
3 hier wesentliche, gesetzlich verankerte Fortschritte zu erreichen.

4 Es bleibt bei unserer Forderung, für die Privatwirtschaft ein Gleichstellungsgesetz zu schaffen sowie
5 die Gleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder (vor allem in Bayern) auszubauen. Die Stellung
6 der Frauenbeauftragten muss geschaffen bzw. verstärkt werden, und sie muss mit einem Vetorecht bei
7 Stellenbesetzungen ausgestattet werden. Verstöße gegen die Grundsätze der Gleichstellung im Betrieb
8 müssen mit erheblichen Sanktionen belegt und zumindest bei einer entsprechenden Stellungnahme
9 der Frauenbeauftragten mit einer Beweislastumkehr versehen sein.

10 Ein Gleichstellungsgesetz muss auch die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen beseitigen,
11 soweit sie auf unterschiedliche Einstufung gleichwertiger Tätigkeiten zurückzuführen sind. Der
12 Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss gesetzlich gelten. Damit dies von den
13 Betroffenen selbst und den Gewerkschaften überprüft werden kann, müssen Unternehmen die
14 Gehaltsgruppen und die zentralen Einstufungsmerkmale innerbetrieblich sowie gegenüber den
15 Gewerkschaften offenlegen. Neben dem Lohn müssen auch für weitere Merkmale (wie z.B.
16 Befristungen, Zuschläge, Qualifizierungsmaßnahmen) die Gleichbehandlung gerichtlich überprüfbar
17 festgeschrieben werden.

18 Wir fordern, für Führungsgremien in großen Unternehmen eine verbindliche Quotenvorgabe von 40
19 Prozent zu erlassen, die mindestens für Vorstand und Aufsichtsrat (bzw. analoge Gremien bei anderen
20 Rechtsformen) gelten muss. Das Nicht-Einhalten der Vorgabe muss deutlich mit Sanktionen belegt
21 sein.

22 Frauen sind überproportional häufig in Mini- und Midijobs, in Niedriglohnbereichen sowie anderen
23 prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Deshalb sind die Einführung eines gesetzlichen
24 Mindestlohns sowie die strikte Regulierung prekärer Beschäftigung auch gleichstellungspolitisch
25 notwendig. Minijobs sollen nur noch in eng umrissenen Grenzen zulässig sein, entsprechend den 1999
26 eingeführten und im Zuge der Hartz-Gesetzgebung wieder aufgehobenen Regelungen.

28 **4. Familienarbeit**

29 Wir wollen eine gleichmäßige Aufteilung der Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und die
30 Ermöglichung vielfältiger Lebensentwürfe auch jenseits des traditionellen, überkommenen
31 Familienbildes. Dazu ist zunächst Bewusstseinsbildung, beginnend im Bildungssystem, notwendig.

32 Im Bereich der Kindererziehung ist die Teilung der Familienarbeit durch eine verpflichtende hälftige
33 Teilung der Elternzeit sicherzustellen. Wir sprechen uns strikt gegen die Einführung eines
34 „Erziehungsgehaltes“ aus. Im Gegenteil fordern wir eine Professionalisierung der Erziehungsarbeit

1 durch ganztägige, verpflichtende und kostenlose Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Dies dient
2 nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, sondern stellt auch eine
3 frühe Förderung junger Menschen sicher.

4 Wir sprechen uns nach wie vor für die Abschaffung des Ehegattensplittings und andere
5 steuerrechtlicher Vorschriften aus, die die historische Alleinverdienerehe subventionieren.

6 In den letzten Jahren ist das Thema der Pflege von Familienangehörigen stärker in den Fokus der
7 Politik gerückt. Auch hier wird vor allem Frauen die Aufgabe zugeschrieben, sich um pflegebedürftige
8 Verwandte zu kümmern. Formal beziehen sich die vorgeschlagenen Gesetze zwar auch auf Männer,
9 die begleitende Kommunikation stellt aber fast ausschließlich auf Frauen und deren Verpflichtung zu
10 interfamiliärer Solidarität ab.

11 Es kann nicht sein, dass die in den letzten Jahren errungenen – sowieso nicht sonderlich großen –
12 Erfolge bei der Teilung der Erziehungsarbeit nun dadurch zunichte gemacht werden, dass bei Frauen
13 die Erziehungs- nun durch kostenlose Pflegearbeit ersetzt wird. Wir sprechen uns grundsätzlich für
14 professionelle Pflegedienstleistungen und eine entsprechende Ausstattung der sozialen
15 Pflegeversicherung aus. Die notwendigen Pflegeleistungen dürfen nicht Familienangehörige
16 aufgebürdet werden

18 **5. Gesellschaftliche Gleichstellung**

19 Auch für die weitere gesellschaftliche Gleichstellung ist vor allem Bewusstseinsbildung notwendig, die
20 Politik beeinflussen muss, aber nicht vorschreiben kann. Es ist aber Aufgabe von Politik, den
21 gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, wie Geschlechterstereotype z.B. in Medien transportiert
22 werden. Ebenso ist die vorhandene Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft anzusprechen.

23 Ein zentrales Thema bleibt der Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie. Wir sprechen uns für
24 den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und anderen Institutionen aus, die
25 der Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Das Gewaltschutzgesetz war ein Erfolg, muss aber wo
26 notwendig verbessert werden. Es ist auch Aufgabe der Politik, der zu beobachtenden Verharmlosung
27 von sexueller Gewalt (und insbesondere der völlig überzogenen Diskussion um Männer als Opfer von
28 Vergewaltigungsvorwürfen) entgegenzutreten.

30 **6. Gleichstellung in SPD & Jusos**

31 Für den Bereich der politischen Partizipation fordern wir die verbindliche Festlegung von
32 Quotenvorgaben für Parteigremien und für Wahllisten; das Nicht-Einhalten von Quotenvorgaben
33 muss ein Grund sein, Wahllisten abzulehnen. Die SPD selbst muss konsequenter als bisher die
34 Einhaltung der Quotierung und vor allem des Reißverschlusses bei Wahlen beachten.

E5 Offenes Europa statt Zäune und Abfangboote: Für eine fortschrittliche europäische Migrations- und Asylpolitik

Bundesvorstand

*„Full respect and promotion of fundamental rights, belongs to the value “Humanity”.
It is the most important corner stone of modern European border management.“*

FRONTEX General Report 2008, S. 5

– Schlaglichter auf die humanitäre Situation an Europas Außengrenzen

An den Grenzen der Europäischen Union ist die humanitäre Katastrophe zur alltäglichen Realität geworden. Fast 18.000 Tote entlang der europäischen Grenzen hat die italienische NGO Fortress Europe seit 1988 gezählt. Dieses Jahr hat das Sterben seinen Höhepunkt erreicht. Denn gerade nach Umwälzung in den arabischen Ländern machen sich die Menschen aus oder über die nordafrikanischen Ländern verstärkt auf den Weg über das Mittelmeer nach Europa. Viele bezahlen diesen Weg mit dem Leben. Die Liste der untragbaren Zustände an Europas Außengrenzen ist aber noch länger.

Beispiel Lampedusa, Italien: Aufgrund seiner geographischen Lage und der unzureichenden Unterstützung durch die italienische Regierung können die MigrantInnen und Flüchtlinge auf dieser italienischen Mittelmeerinsel nicht ausreichend versorgt werden. Trotz der organisierten Überführungen nach Sizilien und auf die italienische Halbinsel wurde eine kritische Grenze erreicht, als Ende März 2011 die Lebensmittelvorräte ausgingen. Einige Tage später ereignete sich das Drama um den Schiffbruch eines jener überfüllten Flüchtlingsboote im italienischen Küstengewässer, bei dem 250 Menschen ums Leben kamen. Mittlerweile kommt es gar zu Ausschreitungen und Gewalt gegen die Flüchtlinge.

Beispiel Evros, Griechenland. An der türkisch-griechischen Land- und Flussgrenze im Evros-Gebiet, werden durch griechische Behörden mit Unterstützung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX aufgegriffene Personen in Flüchtlingslager an der Grenze gebracht und bis zu sechs Monate inhaftiert. Die humanitären Zustände dort sind menschenunwürdig und beschämend. Sie sind so katastrophal, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Abschiebungen dorthin untersagt hat. Wen die griechische Regierung aus rechtlichen Gründen nicht abschiebt entlässt sie mit einem Ausweisungsbescheid, der die Ausreise binnen eines Monats vorschreibt. Viele MigrantInnen ziehen daher als Illegalisierte weiter nach Westen. Schon heute leben im Großraum Athen Schätzungen zufolge mehr als eine Million Illegalisierte im rechtlosen Zustand.

Beispiel Ceuta und Melilla, Spanien. Die spanischen Exklaven an der nordafrikanischen Seite der Straße von Gibraltar sind immer wieder Anlaufpunkte für MigrantInnen gerade aus westafrikanischen

1 Staaten. Unbesehen ihres möglichen Flüchtlingsstatus werden sie von Soldaten und meterhohen
2 Stacheldrahtzäunen an der Einreise in die zum spanischen Staatsgebiet zugehörigen Städte gehindert.
3 Beim Versuch die Zäune in einer kollektiven Aktion zu überwinden starben 2005 mindestens vierzehn
4 Menschen, einige davon als Folge von Schussverletzungen durch spanische und marokkanische
5 Grenzbeamte.

6 Anstatt diese und weitere schlimmste Menschenrechtsverletzungen in gemeinsamer Anstrengung
7 abzuwenden, schottet sich die Europäische Union immer mehr ab. An der östlichen Grenze entsteht
8 eine moderne Grenzanlage, im Süden ist die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX im Einsatz. Die
9 Außengrenzen werden immer gefestigter, die EU immer schwerer erreichbar, gerade auch für die
10 Menschen im Süden. Viele von Ihnen begeben sich auf den oft lebensgefährlichen Weg über immer
11 riskantere Routen über das Mittelmeer, weil die EU die legalen Einreisemöglichkeiten drastisch
12 eingeschränkt hat. Von den Sonntagsreden, in denen europäischen Regierungsspitzen den Menschen
13 Nordafrikas Unterstützung bei ihren demokratischen Umwälzungen versprochen haben, ist dann
14 nichts mehr zu hören.

15 Diese wiederholte Verletzung von Menschenrechten oder das Verwehren des Zugangs zu
16 international verbindlich vereinbartem Flüchtlingsschutz sind keine Einzelfälle. Sie sind nicht auf das
17 Versagen Einzelner zurückzuführen, oder auf Willkür, oder allein auf die Überforderung der Staaten
18 an den Rändern der EU, sondern hat auch systematische politische Ursachen. Die Selbstverortung der
19 EU als Wertegemeinschaft mit humanitären Grundsätzen wird zum Hohn, wenn die Staats- und
20 RegierungschefInnen eine solche humanitäre Katastrophe vor Europas Küste und innerhalb der
21 Flüchtlingsballungspunkte in der EU einfach geschehen lassen. Es ist höchste Zeit zu handeln.

22 **Kein Mensch ist illegal – auf dem Weg zu einer globalen Bewegungsfreiheit**

23 Nicht jeder Mensch, der seine Heimat verlässt, flieht. Viele Menschen reisen freiwillig aus, um an
24 einem anderen Ort zu arbeiten, zu lernen oder bei ihrer Familie zu sein (Migration). Andere jedoch
25 sind durch Krieg, Hunger, Armut, Naturzerstörungen oder Klimafolgen sowie aufgrund politischer,
26 religiöser oder geschlechtsspezifischer Verfolgung gezwungen, ihrem bisherigen Lebensmittelpunkt
27 den Rücken zu kehren (Flucht). Da es kaum legale Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen aus
28 nicht OECD-Staaten in die EU gibt, nehmen viele Menschen, die primär migrieren wollen, einen
29 anderen Weg und hoffen auf Anerkennung als Flüchtling. Aber auch für Menschen, die nach der
30 international anerkannten Genfer Flüchtlingskonvention unzweideutig als Flüchtlinge anzuerkennen
31 wären, ist eine Anreise und ein Anerkennungsverfahren in der EU oft nicht möglich. Die restriktive
32 Politik der Europäischen Union beschränkt beide Optionen der Einreise massiv.

33 Diese Situation ist nicht nur humanitär unerträglich, sie stellt auch in grundlegender Weise
34 international garantierte Grundrechte und den universellen Anspruch auf Freiheit und Demokratie in
35 Frage. Das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit innerhalb von Nationalstaaten und aus ihnen heraus im

1 Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben. Es ist Ausdruck der Idee
2 einer freiheitlichen globalen Ordnung, in der sich die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des
3 Individuums verwirklicht.

4 Nicht erst seit dem Herbst 1989 wissen wir, dass Freizügigkeit und Demokratie zusammen gehören.
5 Das Recht zu wählen muss auch das Recht beinhalten, den Lebensmittelpunkt selbst zu bestimmen.
6 Wirkliche kollektive Selbstbestimmung braucht die Option eines individuellen Auswegs aus dem
7 gegebenen politischen Gefüge. Mauern und Stacheldrähte behindern die Verwirklichung echter
8 Demokratie. Das Recht auf Freizügigkeit ist zudem Verwirklichungsvoraussetzung für andere
9 Grundrechte, denn die Rechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit oder auf Zugang zu Nahrung
10 und Wasser sind in einigen Gegenden dieser Welt bloß leere Worte.

11 Neben diesem politischen Eigenwert hat die Bewegungsfreiheit auch sozialen und ökonomischen
12 Nutzen. Das globale Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich im historischen Kolonialismus und in
13 zeitgenössischen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen begründet liegt, könnte durch
14 Bewegungsfreiheit verkleinert werden. So kann Migration die globalen Einkommensdisparitäten
15 vermindern und dazu beitragen, dass jedeR die eigenen Fähigkeiten dort einsetzen kann, wo sie am
16 meisten gebraucht werden. Moralisch, politisch und ökonomisch ist ein Recht auf globale
17 Bewegungsfreiheit daher anzustreben.

18 Jedoch wird dieses Recht heute durch ein internationales Regime der geographischen Zonierung und
19 Zuweisung von Statusdifferenzen untergraben und seine Verwirklichung verhindert. Das
20 Zusammenwirken von Nationalitätenlogik und restriktiver Migrationspolitik scheidet Menschen in
21 Gruppen unterschiedlicher Wertigkeit und Rechte. Mögen Hochqualifizierte in den Ländern des
22 globalen Nordens manchmal noch willkommen sein und politisch Verfolgte im Einzelfall Asyl
23 erhalten, so können diejenigen, die vor Armut und Hunger fliehen, aber auch der Unfreiheit und
24 Perspektivlosigkeit starrer Gesellschaftsordnungen entkommen wollen, nicht mit einem herzlichen
25 Empfang rechnen. Sie werden oft zurückgewiesen, gedemütigt und kriminalisiert. Diejenigen, die ihre
26 Identitätsnachweise in blanker Not verloren oder aber sich ihrer willentlich entledigt haben, stehen am
27 unteren Ende der Hierarchie. Diese „sans papiers“ sind das Lumpenproletariat der Neuzeit – rechtlos,
28 schutzlos und Opfer staatlicher und privater Willkür.

29 Eine solche Menschenauswahl machen wir nicht mit. Wir kennen keine „legalen“ und „illegalen“
30 MigrantInnen. Kein Mensch ist illegal. Eine Gesellschaft ohne Grenzen bleibt unsere Vision. Wir
31 wissen, dass uns die momentanen Verhältnisse für die Verwirklichung dieses Ziels vielfältige Kämpfe
32 abverlangen werden. Aber wir schöpfen Kraft aus dem Wissen, dass universelle Freizügigkeit keine
33 utopische Illusion ohne historische Präzedenz ist. Im Inneren vieler Nationalstaaten ist Freizügigkeit
34 selbstverständlich und sie ist mittlerweile auch international erprobt. Wer etwa hätte vor 60 Jahren
35 gedacht, dass man sich in einem Großteil Europas heute weitgehend frei bewegen und niederlassen

1 darf? Gerade der normative Anspruch einer Welt ohne Grenzen verpflichtet uns, auch im Hier und
2 Jetzt nach kurz- und mittelfristigen Wegen zu suchen, die uns diesem Ziel näher bringen.

3 **Wir fordern:**

4 **Ein globales Recht auf Bewegungsfreiheit schrittweise zu verwirklichen**

5 **Das Ziel einer Welt ohne Grenzen als Maßstab an die kurz- und mittelfristigen Reformen der**
6 **Migrations- und Asylpolitik anzulegen**

7 **Vorerst Abschluss von Freizügigkeitsabkommen, um Menschen eine freie Einreise zu gewährleisten**

9 **Eine fortschrittliche europäische Migrations- und Asylpolitik**

10 Die politischen Hürden für eine globale Bewegungsfreiheit sind groß. Deswegen müssen in
11 Vorbereitung und im Sinne einer globalen Bewegungsfreiheit schon heute Maßnahmen getroffen
12 werden, die Leid verhindern und Menschen eine Perspektive geben.

13 **Legale Migration ermöglichen: Chancen schaffen**

14 Die hohe Zahl an Flüchtlingen aus Nicht-OECD-Staaten in die EU ist auch ein Spiegelbild der
15 mangelnden Möglichkeiten zur legalen Einreise. Eine quantitativ bedeutende legale Einwanderung
16 muss möglich sein. Nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern weil es weder
17 humanitär, noch sozial oder ökonomisch akzeptabel ist, zwischen einem alternden Europa und einer
18 im Schnitt jüngeren und migrationswilligen Bevölkerung in einigen Teilen Afrikas Mauern zu
19 errichten. Dabei lehnen wir eine Nützlichkeitsauswahl nach (beruflicher) Qualifikation oder anderen
20 Eigenschaften ab. Sie würde den Menschen zum Wirtschaftssubjekt reduzieren. Auch sind
21 qualifizierte Menschen in den sich entwickelnde Ökonomien wichtig um gesellschaftlichen Reichtum
22 und seine gerechte Verteilung überhaupt erst zu ermöglichen. Allerdings kann legale Migration in
23 wirtschaftlich stärkere Staaten richtig verstanden oftmals auch entwicklungsfördernd sein, weil diese
24 den Kompetenzaufbau fördert und zusätzliche Finanztransfers in sich entwickelnde Länder
25 ermöglicht.

26 Für Menschen die in Europa leben, deren Familien aber außerhalb Europas leben, muss der der legale
27 und dauerhafte Nachzug von Familienmitgliedern in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen
28 möglich sein. Die unkomplizierte und schnelle Anerkennung von Berufsqualifikationen und
29 Abschlüssen, sowie der kostenlose Zugang zu Sprach- und berufsqualifizierenden Kursen müssen
30 ebenso möglich sein, damit Zugewanderte an allen Lebensbereichen teilhaben können.

31 Auch staatsbürgerrechtlich müssen Änderungen her, die eine globale Bewegungsfreiheit vorbereiten.
32 Das allgemeine Wahlrecht für alle erwachsenen Menschen, die dauerhaft in einem Staat leben, muss
33 ebenso durchgesetzt werden, wie die grundsätzliche Möglichkeit, zwei oder mehr Staatsbürgerschaften
34 zu erwerben. Die Erlangung einer Staatsbürgerschaft darf dabei keine weiteren Hürden aufweisen, als

einen gewissen Zeitraum in einem Land gelebt zu haben. Als Zwischenschritt muss das kommunale Wahlrecht für alle unverzüglich gewährleistet werden.

Wir fordern:

Den Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten in die EU auf breiter Front

Anerkennung ausländischer Abschlüsse und

Familiennachzug umfassend erleichtern

Die Möglichkeit mehrfacher Staatsbürgerschaften und das allgemeine Wahlrecht für alle mit ständigem Wohnsitz in einem Land

Die Entbürokratisierung, sowie den Ausbau der Kapazitäten entsprechender Behörden, um jedem Menschen eine Prüfung eines Asylantrags zu garantieren.

Illegalisierung von Migration: Leid und Kriminalisierung beenden

Schätzungen zufolge leben bis zu 7 Millionen irreguläre MigrantInnen in der EU. Oft werden sie als „Illegale“ abwertet und in die Nähe von Kriminellen gerückt, eine Sichtweise die verkennet, dass Menschen niemals illegal sind, sondern Normen und rechtliche Kontexte sie zu Illegalen machen. Die Gründe für einen irregulären Status in der EU sind sehr unterschiedlich und reichen von illegaler Einreise bis hin zum Auslaufen eines vormals gültigen Aufenthaltstitels.

Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus sind meist Menschen mit keinen oder wenig Rechten. Die ständige Bedrohung staatlichen Zugriffs und Ausweisung wird oft von privatwirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung und anderer Gewalt verschärft. Insbesondere die strafrechtlich sanktionierte Meldepflicht über den illegalen Aufenthaltsstatus, die für Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer sowie andere im Rahmen ihres Berufs helfende Personen gilt, verschärft diese Situation. Die Sonderregeln sind abzuschaffen damit diese Menschen Illegalisierten genauso helfen können wie denjenigen mit regulärem Aufenthaltsstatus.

Dem rechtlosen Zustand ist schnellstmöglich zu begegnen, indem allen Menschen, die illegal in Europa leben im Rahmen einer Amnestie Straffreiheit, einen unbefristeten Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis ermöglicht wird. Darüber hinaus müssen Menschen ohne Papiere in das Programm der legalen Migration aufgenommen werden.

Flüchtlinge und Asylsuchende, Studierende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen zudem grundsätzlich einen unbegrenzten Aufenthaltstitel und eine unbegrenzte Arbeitserlaubnis erhalten, auch wenn sie (noch) nicht planen, im Zuge der regulären Migration in Europa zu bleiben.

Wir fordern:

Legalisierung von momentan illegalen Migrant_innen und die Straffreiheit von der irregulären Einreise

1 **Unbegrenzte Aufenthaltstitel von Anfang an**

2 **Keine Kriminalisierung von humanitären Helfenden**

4 **Europäischen Grenzschutz an Menschenrechten ausrichten**

5 Der fortschreitende europäische Integrationsprozess umfasst auch die Außenpolitik und die
6 Grenzsicherung der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Um den Schutz der Außengrenzen besser zu
7 koordinieren wurde 2004 die Agentur FRONTEX gegründet. Im Laufe der Zeit haben sich die
8 Aufgaben von FRONTEX kontinuierlich erweitert. Heute stellt FRONTEX eine Mischung aus
9 Grenzschutz und Geheimdienst dar, da die Agentur auch Risiken in den Grenzanlagen analysiert. Die
10 Grenzsicherung der Europäischen Union nimmt immer mehr paramilitärische Züge an. Systematische
11 Verletzungen von Menschenrechten und internationalen Verträgen sind ein wesentliches Merkmal der
12 EU-Grenzkontrollen. Darüber hinaus unterliegt FRONTEX, einer der Hauptakteure bei der
13 europäischen Grenzsicherung, keiner parlamentarischen Kontrolle und arbeitet bewusst intransparent.
14 Eine fortschrittliche und demokratische Grenzkontrolle sieht anders aus! Es darf nicht sein, dass der
15 Grenzschutz von Staaten systematisch gegen Menschenrechte und internationale Abkommen
16 verstößt.

17 Grundsätzlich ist die Europäisierung der Grenzsicherung der EU zu begrüßen, weil sie die
18 Möglichkeit bietet, überall einheitliche menschenrechtliche Standards zu etablieren. Jedoch geht der
19 Auftrag der Behörde in die falsche Richtung. Anstatt als Notrettungsinstanz und einheitliche erste
20 Anlaufstelle für ein gesamteuropäisches Migrations- und Asylsystem zu dienen, zielt FRONTEX auf
21 Flüchtlings“abwehr“ ab. Die Kritik am Vorgehen von FRONTEX, etwa unterlassene Hilfeleistung bei
22 sinkenden Flüchtlingbooten oder die Teilnahme an menschenunwürdiger Behandlung von
23 inhaftierten MigrantInnen in Griechenland, lassen sich nicht durch die Verankerung der Behörde auf
24 europäischer Ebene erklären, sondern durch diesen kategorische falschen Auftrag. Eine Stärkung und
25 bessere finanzielle Ausstattung einer auf Flüchtlingsabwehr getrimmten Behörde kann nur dann
26 tatsächlich zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage führen, wenn dieser Auftrag grundlegend
27 geändert wird. Die jüngsten Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung
28 des Menschenrechtsschutzes durch FRONTEX sind dahingehend nicht weitgehend genug, weil sie
29 keine unabhängige Überwachung gewährleisten.

30 Eine einfache Abschaffung von FRONTEX mit einem Zurück zur vollständigen nationalen
31 Sicherung der Außengrenzen ohne europäische Kontrolle und Rechtfertigungspflicht ist vor dem
32 Hintergrund offener Binnengrenzen widersinnig und nicht anzustreben, auch weil nationale
33 Grenzsicherungen oft keine humanitären Standards einhalten. Zurzeit teilt FRONTEX sich die
34 Befugnisse bezüglich des europäischen Grenzschutzes mit den Nationalstaaten. Diese Mischung lässt
35 die Grenzkontrolle insgesamt intransparent und unübersichtlich erscheinen. Wenn es gelänge, dass

FRONTEX einer vollständigen Kontrolle durch das Europäische Parlament und der Europäischen Kommission unterläge, sollten die Mitgliedsstaaten den Schritt wagen und sämtliche Befugnisse der Kontrolle der EU-Außengrenzen an FRONTEX abgeben. Dies wäre ein enormer Schritt auf dem Weg des europäischen Integrationsprozesses. Es reicht jedoch nicht aus, nur Befugnisse zwischen politisch-administrativen Ebenen zu verschieben. Gleichzeitig muss die Grenzkontrolle transparenter und demokratischer gestaltet werden. Beide Organe der Europäischen Union, Parlament, Kommission und den Rat der Europäischen Union, müssen über die konkrete Ausgestaltung der Grenzkontrollen entscheiden und deren demokratischen und transparenten Charakter überwachen. Dies bedeutet auch, dass das Parlament über die Haushaltsmittel von FRONTEX entscheiden wird. Zudem soll eine Ombudsperson konkret für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards verantwortlich sein. Dadurch würde die Möglichkeit entstehen, die Arbeit von FRONTEX offen zu legen und demokratischer zu gestalten.

Darüber hinaus muss sich auch die grundsätzliche Ausgestaltung der Grenzkontrollen ändern. Die Kontrolle der eigenen Grenzen darf keine paramilitärischen Züge annehmen. Es darf nicht sein, dass Menschen wegen ihrer Staatsangehörigkeit gewaltsam an Grenzüberschreitungen gehindert werden. Jeder Person, die Asyl ersucht oder medizinische oder anderweitige Hilfe benötigt muss der Zugang zu den entsprechenden Einrichtungen ermöglicht werden. Des Weiteren darf der Grenzschutz der EU nicht das internationale Seerecht verletzen. Dies bedeutet, dass Schiffe zur Grenzsicherung nur in den eigenen Hoheitsgewässern eingesetzt werden dürfen und nicht in internationalen Gewässern.

Dies sind nur Zwischenschritte, die jedoch eine signifikante Veränderung in den bestehenden Verhältnissen darstellen würde. Die fortschreitende Demokratisierung der europäischen Grenzkontrollen muss schlussendlich das Ziel verfolgen, eine Europa zu schaffen, dass sich als Gesamtstaat versteht und auf Grenzkontrollen verzichtet.

Wir fordern:

Auftrag von FRONTEX grundlegend ändern: Flüchtlingsschutz statt Flüchtlingsabwehr

FRONTEX unter die Kontrolle des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission und einer Ombudsperson stellen

Grenzkontrolle in die Hand der Europäischen Union geben, wenn demokratische und transparente Gestaltung gewährleistet ist

Haushaltsmittel von FRONTEX müssen durch das Europäische Parlament festgelegt und überwacht werden

Asylpolitik: Hohe und einheitliche Schutzrechte verwirklichen

1 Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen Menschen, die aufgrund ihrer Religion, ihrer
2 Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, rassistischer Diskriminierung
3 oder ihrer politischen Überzeugung Verfolgung erfahren, aufnehmen und ihnen Schutz bieten. Hierzu
4 sind sie sowohl völkerrechtlich, wie auch europarechtlich verpflichtet. Für uns Jusos bleibt der Zugang
5 der Menschen zu Asyl und einem gerechten Asylverfahren deshalb von zentraler Bedeutung. Als
6 Asylgründe müssen neben den klassischen auch die Flucht vor nichtstaatlicher Verfolgung anerkannt
7 werden, ebenso wie die Flucht von Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungerkatastrophen, von
8 Verwüstung, von anderen ökologischen Katastrophen sowie die Flucht vor geschlechtsspezifischer
9 Verfolgung und solche aufgrund der sexuellen Orientierung.

10 Die Anerkennung gleicht bisher jedoch einem Glücksspiel. Die europäischen Staaten haben zwar mit
11 der Dublin-II-Verordnung geregelt, welches Land für den jeweiligen Flüchtling zuständig ist, es gibt
12 jedoch immer noch keine einheitlichen europäischen Standards in der Asylpolitik. Durch das
13 derzeitige Dublin-II-Verfahren (auch Drittstaatenregelung genannt), das getrennt vom eigentlichen
14 Asylverfahren staatfindet, wird festgelegt, in welchem Land Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl stellen
15 können. Somit soll sichergestellt werden, dass ein Flüchtling nicht mehrfach Anträge innerhalb der
16 europäischen Union stellt (sog. „Asylum-Shopping“) oder gar ohne inhaltliche Prüfung der jeweiligen
17 Anträge von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat geschoben wird (auch bezeichnet als „refugees in orbit“).
18 Im Sinne der Schutzbedürftigkeit der AsylbewerberInnen soll also derjenige Mitgliedsstaat Schutz
19 bieten, den die Flüchtlinge als ersten „sicheren“ Staat betreten. Damit soll verhindert werden, dass
20 Mitgliedsstaaten, die aufgrund ihres Sozial- und/oder Asylsystems besonders „attraktiv“ erscheinen,
21 übermäßig belastet werden.

22 Mit dem Inkrafttreten der Dublin-II-Verordnung begann jedoch eine Entwicklung in die
23 gegensätzliche Richtung. Besonders die Länder an den südlichen EU-Außengrenzen fühlen sich heute
24 von hoher Migration und gestiegenen Zugangszahlen von Flüchtlingen überfordert oder regelrecht
25 „bedroht“. Dies ist jedoch nicht der einzige Kritikpunkt an der sogenannten „Drittstaatenregelung“.
26 Immer wieder machen Menschenrechtsorganisationen darauf aufmerksam, dass jedes Land seine
27 eigene nationale Asylpolitik betreibt; von gemeinsamen Schutzstandards oder einer einheitlichen
28 Entscheidungspraxis ist die EU weit entfernt. Die Schutzquoten zwischen den einzelnen Staaten
29 klaffen erheblich auseinander. Der Zugang zu Asyl, sowie ein menschenwürdiger Aufenthalt innerhalb
30 der Staaten der Europäischen Union darf nicht davon abhängen, welches Land zuerst betreten wird.
31 Für uns Jusos ist deshalb klar, dass die „Drittstaatenregelung“ gescheitert ist. Deshalb fordern wir die
32 Abschaffung dieser Verordnung, sowie die Einführung einheitlicher Schutzstandards und gleiche
33 Kriterien für die Erteilung von Asyl in allen Mitgliedsländern der EU! Solange die Verordnung noch
34 in Kraft ist, muss zumindest die Überstellung in Länder, die die Menschenrechte der Asylsuchenden
35 nicht gewährleisten können, vollständig unterbleiben.

1 Die Staaten der EU stehen nicht nur in der Verantwortung, schutzsuchenden Menschen
2 entsprechende Hilfestellung zu gewährleisten, sondern ebenfalls Solidarität mit den anderen
3 Mitgliedsländern zu zeigen, wenn diese sich mit einem erhöhten Anstieg von Flüchtlingen
4 konfrontiert sehen. Zu oft wird jedoch vergessen, dass Asylsuchende ebenfalls Menschen mit
5 verschiedenen Neigungen, Fähigkeiten und Wünschen sind. Nicht nur die wirtschaftlichen Standards,
6 sondern eben auch die kulturellen, sprachlichen oder auch sozialen Gründe sind ausschlaggebend für
7 die Entscheidung der AsylbewerberInnen, in welchem Land sie einen Antrag auf Asyl stellen wollen.
8 Das Leben im Exil wird für viele wesentlich erträglicher, wenn sie frei entscheiden können, wo sie
9 leben und wenn sie die Möglichkeit haben, mit Verwandten oder Freunden in Kontakt zu bleiben.
10 Wir Jusos lehnen es deshalb ab, dass AsylbewerberInnen wie Menschen zweiter Klasse behandelt
11 werden und nicht frei entscheiden können, in welchem Land sie Zuflucht suchen. Die quotierte
12 Zuteilung der AsylbewerberInnen auf Mitgliedsstaaten der EU darf deshalb keine Lösung im Sinne
13 eines sozialen und offenen Europas sein.

14 Um solidarisch im Sinne der Europäischen Union zu handeln und um eine größere politische
15 Akzeptanz der Flüchtlinge in den Ländern zu fördern, setzen wir uns jedoch für finanzielle
16 Ausgleichszahlungen während der Asylbeantragungsphase ein. Dies wäre aus unserer Sicht ein
17 gerechterer Beitrag zu einem „Solidaritätsmechanismus“ innerhalb der EU als eine weitgehend
18 willkürliche Zuteilung von AsylbewerberInnen.

19 Sobald aus AsylbewerberInnen anerkannte Flüchtlinge geworden sind, hört die Zwei-Klassen-
20 Behandlung jedoch nicht auf. Auch anerkannte Flüchtlinge, die dauerhaft in der EU leben werden,
21 genießen keine Freizügigkeit innerhalb der europäischen Union. Das heißt, sie können nicht, wie
22 andere UnionsbürgerInnen die uneingeschränkte Reise- und Arbeitsfreiheit nutzen. Dies darf jedoch
23 nicht auf Kosten der Teilhabemöglichkeiten von Flüchtlingen in den einzelnen Ländern geschehen.
24 Wir Jusos fordern deshalb: Für anerkannte Flüchtlinge müssen die gleichen Rechte wie für alle
25 UnionsbürgerInnen gelten!

26 Neben der freiwilligen Rückkehr und dem Asyl gibt es noch eine dritte dauerhafte Lösung für
27 Flüchtlinge. Das „Resettlement“, also die dauerhafte Neuansiedlung von Flüchtlingen in einem zur
28 Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollen Flüchtlingsschutz gewährt und ihnen die Möglichkeit
29 bietet, ein neues Leben aufzubauen. Bisher bieten nur einige Staaten Resettlement-Programme an,
30 durch die jedes Jahr eine festgelegte Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen wird. Die jährlich
31 angebotenen Kontingente liegen jedoch weit unter dem Bedarf. Wir fordern deshalb, dass von den
32 Staaten der EU regelmäßig Kontingente für die dauerhafte Neuansiedlung von Flüchtlingen zur
33 Verfügung gestellt werden und diese Praxis nicht länger nur fallweise und anlassbezogen stattfindet.

34 **Wir fordern:**

35 **Die Abschaffung der Drittstaatenregelung (Dublin II-Verordnung)**

1 Einheitliche Schutzstandards, Verfahren und Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen, die ein
2 hohes Schutzniveau garantieren

3 Finanzielle Ausgleichszahlungen während der Asyl-Beantragungsphase unter den verschiedenen
4 Mitgliedsstaaten

5 Freizügigkeit für anerkannte Flüchtlinge in der EU

6 Regelmäßige „Resettlement“-Kontingente

7
8 Ex-Territorialisierung der Migrationsproblematik beenden, Fluchtursachen gemeinsam bekämpfen

9 Bereits seit einigen Jahren findet sich in der europäischen Migrationspolitik die Tendenz diese nicht
10 mehr nur in oder zwischen den europäischen Staaten zu betreiben, sondern vermehrt Nachbarländer
11 einzubeziehen. Dies ist grundsätzlich ein begrüßenswerter Ansatz; ist Migration doch auch ein
12 interkontinentales Phänomen, für das auf allen Ebenen Lösungen gefunden werden müssen.
13 Problematisch ist aber die Ausgestaltung dieser internationalisierten Migrationspolitik, die oft rein an
14 europäischen Interessen ausgerichtet ist und die bekannte Abschottungspolitik weiter betreibt. Jedes
15 EU-Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen enthält inzwischen Klauseln zu Migration. Zumeist
16 wird Migration dort jedoch nur unter dem Aspekt der innereuropäischen Sicherheit behandelt. Heute
17 baut die EU in vielen Nachbarländern den nationalen Grenzschutz auf, bildet Grenzpolizei aus und
18 unterstützt den Bau ihrer Infrastruktur. Wir fordern eine Abkehr von dieser Politik!

19 Mittelpunkt dieser Migrationspolitik mit Drittstaaten stellen die Rückführungsabkommen dar, welche
20 die EU inzwischen mit zahlreichen Ländern geschlossen hat und als einzigen Zweck haben diese dazu
21 zu verpflichten ihre Staatsangehörigen, die in der EU nicht mehr gewollt werden, wieder
22 aufzunehmen. Einen besonderen Tiefpunkt erreicht diese Art der Migrationspolitik durch die
23 Bestrebungen der EU in den Rücknahmeabkommen auch dazu zu verpflichten DrittstaatlerInnen
24 rückführen zu können, bei denen höchsten die Reiseroute über das jeweilige Land, oder sogar gar
25 keine Verbindung zu dem Staat besteht, frei nach dem Sankt-Florians Prinzip. Dies ist nicht nur
26 völkerrechtlich fragwürdig, sondern auch menschenverachtend!

27 Um solche Staatsverträge abzuschließen scheut die EU in ihren Verhandlungen auch nicht vor
28 Zuckerbrot und Peitsche zurück: So werden im Gegenzug zum Beispiel Finanzhilfen oder großzügige
29 Visaerleichterungen in Aussicht gestellt und Länder damit unter Druck gesetzt den Konditionen
30 zuzustimmen. Eine Politik, die weder in ihrer Art noch in ihrer Zielsetzung den menschenrechtlichen
31 Standards entspricht, welche die EU ansonsten gerne von anderen einfordert.

32 In der aktuellen europäischen Migrationsdebatte befinden sich Vorschläge wie die Errichtung von
33 Ausreisezentren in afrikanischen Ländern, in denen Menschen vor Ort die Gelegenheit gegeben
34 werden soll sich zum Beispiel über Einwanderungsmöglichkeiten zu informieren oder Asylanträge zu

1 stellen. Zu begrüßen wäre dies, sollten die Menschen in jenen Ländern ernsthaft die Chance haben in
2 die EU zu gelangen und dadurch nicht mehr den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer oder
3 die griechische grüne Grenze antreten müssen. Stellt man dem jedoch die äußerst restriktive
4 Einreisepolitik der EU entgegen, die in den letzten Jahren durch immer höhere Hürden bei
5 Asylgewährung, Visaausstellung oder sonstigen legalen Aufenthaltstiteln gekennzeichnet ist, erscheint
6 dies äußerst fragwürdig und wird wohl kaum als realistische Hilfe für die Migrationswilligen dienen
7 können.

8 Auch die seit 2004 diskutierten Auffanglager entlang der afrikanischen Mittelmeerküste finden noch
9 immer viele Befürworter. Zweck dahinter ist die Verlagerung der Flüchtlingslager, welche sich
10 momentan auf europäischem Boden befinden und immer wieder durch ihre katastrophale humanitäre
11 Situation in die Schlagzeilen geraten, auf den afrikanischen Kontinent, um sich der Problematik selbst
12 zu entledigen und nicht länger die Verantwortung für die Menschen tragen zu müssen. Das der
13 Zustand und die Bedingungen für Flüchtlinge in diesen Ländern noch weitaus schlechter sind und
14 dort kaum rechtlicher Schutz für sie besteht, wird dabei schweigend in Kauf genommen. Klar ist, dass
15 es mit uns solche Auffanglager nie geben wird!

16 Die Europäische Union braucht endlich ein umfassendes Konzept, welches auch die Interessen der
17 Migrationswilligen beachtet. Migration ist kein sicherheitspolitisches Tätigkeitsfeld, sondern ein
18 sozialpolitisches. Dazu müssen gemeinsam mit den Nachbarländern die Ursachen der Flucht
19 bekämpft werden und Lebensbedingungen geschaffen werden, die Flucht unnötig machen. Das im
20 aktuellen Strategiepapier zur europäischen Nachbarschaftspolitik die Förderung von Demokratie,
21 Menschenrechten und Verbesserung der Lebensbedingungen eine neue hervorgehobene Rolle
22 zugestanden wird ist ein richtiger Schritt in diese Richtung. In wie fern die vorgeschlagene Errichtung
23 einer europäischen Stiftung für Demokratie Erfolge zeigen wird bleibt abzuwarten.

24 Grundsätzlich begrüßenswert ist außerdem das Inaussichtstellen von Mobilitätspartnerschaften und
25 Visaerleichterungen nach dem EU Visa Code für eine Vielzahl von Staaten, wie es in der diesjährigen
26 Mitteilung zu Migration deutlich wird. Schattenseite ist dabei jedoch, dass dies nur für Studenten,
27 Wissenschaft und Wirtschaft gelten soll. Alarmierend ist dieser sich auf EU-Ebene immer weiter
28 durchsetzende Nützlichkeitsgedanke von Migration, der sich unverblümt in Aussagen zeigt, wie: „The
29 EU's workforce is ageing and labour shortages will develop in specific areas. Our neighbourhood has
30 welleducated, young and talented workers who can fill these gaps.“ (KOM(2011) 303: 14). Natürlich
31 soll es auch jungen ausgebildeten Menschen möglich sein in die EU zu migrieren, wenn sie dies
32 tatsächlich wollen, die EU-Außenpolitik sollte sich aber an dem Ziel orientieren dies jedem Nicht-EU
33 Bürger zu ermöglichen.

34 **Wir fordern:**

1 Bekämpfung von Fluchtursachen als zentrale Aufgabe der internationalen EU-Migrationspolitik im
2 Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik

3 Ausarbeitung eines umfassenden Migrationskonzeptes unter Einbeziehung der Interessen
4 migrationswilliger Menschen

5 Keinen weiteren Abschluss und die Kündigung von internationalen Abkommen, die Länder
6 verpflichten fremde Staatsangehörige aufzunehmen

7 Abkehr von der Verbindung und Ausnutzung von EU-Sicherheitsinteressen mit anderen Bereichen
8 der EU-Außenbeziehungen wie Migrationspolitik

9 keine Auffanglager in EU-Nachbarländern

10 umfassende Visaerleichterungen allen interessierten Staaten ermöglichen

12 Fazit

13 Noch immer bietet die Vereinheitlichung der Migrations- und Asylpolitik in der EU eine große
14 Chance den menschenrechtlichen Anspruch der Union Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Zurück in
15 die Zeit der nationalen Schlagbäume wird es nicht geben. Das Verlangen nach Migration wird nicht
16 sinken. Es liegt an der Europäischen Union, ob sie weiter Massengräber an ihren Außengrenzen
17 dulden will und somit jegliche Wertgebundenheit politischen Handelns pervertiert. Oder ob sie
18 Vorreiterin wird auf dem Weg zu einer Welt, in der jeder Mensch seine eigene Heimat frei wählen
19 kann. Wir Jusos werden für ein offenes, solidarisches und humanitäres Europa streiten.

G1 Gerecht für alle. Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung

Bundesvorstand

Einleitung

Für das Wahlergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2009 war die von der SPD in den Regierungsjahren verantwortete Rentenpolitik eine der wesentlichen inhaltlichen Ursachen. Die Rentenreform im Jahr 2000 führte zu einem Paradigmenwechsel. Seither stehen im Fokus der Rentenpolitik in erster Linie stabile und niedrige Beiträge. Die bisher verfolgten Ziele der Armutsfestigkeit und der Lebensstandardsicherung traten dagegen in den Hintergrund. Lebensstandardsicherung und armutsfeste Renten wurden zuvor über Jahrzehnte alleine durch die gesetzliche, paritätisch über eine Umlage finanzierte Rente gewährleistet. Mit der Rentenreform von 2000 und der Einführung der Riesterrente wurde dies aufgegeben. Mit der Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahren entgegen anderer Versprechen im Wahlkampf verspielte die SPD einen großen Teil ihres Vertrauens in der Rente.

Die SPD inhaltlich erneuern bedeutet also auch eine Neuausrichtung der sozialdemokratischen Rentenpolitik.

Grundsätze

Für ein Leben in Würde – auch im Alter

Alle Menschen sollen – auch im Alter – ein Leben in Würde haben. Niemand soll im Alter in Armut leben müssen, niemand vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein. Das müssen die sozialen Sicherungssysteme in jedem Fall gewährleisten, unabhängig von der bisherigen Biografie. Altersarmut ist in einem so wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik Deutschland ein sozialpolitischer Skandal.

Für die meisten Menschen sind nach wie vor die gesetzlichen Rentenzahlungen die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch zukünftig ein Leben ohne Armut ermöglichen.

Gute Rente geht nur mit Guter Arbeit

Die Rente ist die Lohnersatzleistung im Alter. Sie wird durch das Erwerbseinkommen über Beiträge finanziert. Während andere Einkünfte wie z.B. Kapitaleinkommen oder Mieteinnahmen nach Renteneintritt weiterhin zur Verfügung stehen, soll durch die Rente das mit dem Renteneintritt wegfallende Erwerbseinkommen grundsätzlich ersetzt werden. Die Rente ermöglicht so, dass Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Erwerbsarbeit verdient haben, im Alter ihren Lebensstandard halten können und nicht finanziell – und damit auch oft gesellschaftlich – absteigen.

1 Zwischen der Höhe des Einkommens in der Erwerbsphase und damit den eingezahlten
2 Rentenbeiträgen und den Rentenansprüchen besteht – trotz aller Veränderungen an der Rentenformel
3 – ein unmittelbarer Zusammenhang: Wer einzahlt sammelt Anwartschaften; wer viel einzahlt, erhält
4 im Alter auch eine hohe Rente. Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Rentenversicherung ist auch
5 in diesem Äquivalenzprinzip begründet.

6 Nicht alle gesellschaftlichen Probleme lassen sich deshalb über die Rentenversicherung lösen. Wer
7 sein Erwerbsleben lang zu niedrigsten Löhnen gearbeitet hat oder lange Zeit arbeitslos war und so nur
8 wenig in die Rentenkasse einzahlen konnte, erhält später auch nur eine geringe Rente. Deshalb sind es
9 auch besonders Frauen, die im Alter in Armut leben müssen. Auch hier muss der Sozialstaat
10 eingreifen und allen Menschen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Aber Altersarmut ist nicht
11 allein ein rentenpolitisches Problem, sondern in erster Linie ein Problem des Arbeitsmarktes – was ein
12 ganzes Erwerbsleben lang falsch gelaufen ist, lässt sich nicht einfach am Schluss über die
13 Rentenversicherung lösen. Für Menschen ohne ausreichende Rentenansprüche werden wir auch in
14 Zukunft eine (steuerfinanzierte) Grundsicherung im Alter benötigen, die ein menschenwürdiges
15 Leben gewährleistet. Die mittel- und langfristig wirksamsten Instrumente gegen Altersarmut sind
16 jedoch höhere und gerechte Erwerbseinkommen, gute Arbeit und Vollbeschäftigung: Unser Ziel ist
17 nicht die Verdrängung ins Rentensystem, sondern die Integration ins Erwerbsleben.

18 Der demografische Wandel ist nicht der Tod eines Rentensystems, wenn man ihn nicht dazu macht

19 In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurde allzu oft das Gespenst des demografischen
20 Wandels heraufbeschworen, um Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen zu legitimieren.
21 Gerade in Debatten um Reformen des Rentensystems wurde häufig das Argument bemüht, die
22 Finanzierung wachsender RentnerInnengenerationen könne durch immer weniger Erwerbstätige in
23 einer alternden Gesellschaft nicht mehr geleistet werden.

24 Richtig ist zunächst, dass demografische Wandelprozesse stattfinden – allerdings ist dies kein neues
25 Phänomen, und sie sind wesentlich weniger gravierend als dargestellt. Bevölkerungsentwicklung hängt
26 von vielen Faktoren ab, neben der Geburtenrate spielen etwa auch Migrationsbewegungen eine nicht
27 zu unterschätzende Rolle. Mittelfristige demografische Prozesse sind schwer vorherzusehen, die viel
28 zitierten Horrorszenarien sind aber äußerst unwahrscheinlich.

29 Zudem werden in der Debatte viele weitere wichtige Aspekte ausgespart. Die Zahl der Erwerbstätigen
30 in einer Volkswirtschaft hängt nicht allein von der demografischen Entwicklung ab, vielmehr wird sie
31 auch durch die Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Arbeitslosenquote bestimmt. Mehr
32 Erwerbstätige in guter Arbeit, eine gerechte Verteilung innerhalb der Generationen, eine höhere
33 Lohnquote und eine höhere Frauenerwerbsquote können den Mindereinnahmen im System, die durch
34 den demografischen Wandel auftreten könnten, entgegenwirken. Und schließlich hat die

1 Lohnentwicklung wesentlichen Einfluss auf die Rentenentwicklung und die Finanzierbarkeit des
2 Rentensystems.

3 Es gibt keinen Generationen- sondern einen Verteilungskonflikt

4 Die Rente wird immer von der aktiven Erwerbsgeneration an die Rentnerinnen- und
5 Rentnergeneration gezahlt; die Jüngeren zahlen für die Älteren. Trotzdem leben nicht die Älteren auf
6 Kosten der Jüngeren: Die heutigen Rentnerinnen und Rentner haben während ihrer Erwerbsphase in
7 die Rentenversicherung eingezahlt und damit nicht nur die Renten ihrer Elterngeneration finanziert,
8 sondern auch einen Rechtsanspruch auf Rentenzahlungen erworben – und die heute Erwerbstätigen
9 zahlen ein, um selbst einen Rentenanspruch abhängig vom eigenen Einkommen zu erwerben.

10 Gerechtigkeit ist für uns Juros nie eine Frage zwischen Jung und Alt, sondern immer zwischen Arm
11 und Reich. Es geht also zuerst um die Einkommens- und Vermögensverteilung – unabhängig vom
12 Alter. Daran entscheiden sich auch die Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Wir wollen keine
13 Umverteilung von der älteren Generation zur jüngeren Generation, sondern eine Umverteilung von
14 reichen zu ärmeren Menschen und von Kapitaleinkünften zu Arbeitseinkommen. Wenn heute junge
15 Menschen zu wenig Einkommen zur Verfügung haben, liegt dies nicht daran, dass die ältere
16 Generation auf ihre Kosten lebt, sondern dass Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt
17 sind.

18 Die Rentenhöhe ist eine Verteilungsfrage – allerdings nicht zwischen den Generationen. Die Höhe
19 der heutigen Rentenzahlungen hängt unmittelbar von der Höhe der aktuellen Einkommen ab;
20 Rentensteigerungen von der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Von höheren Arbeitseinkommen
21 und gesellschaftlicher Umverteilung profitieren also sowohl die Jüngeren, heute Erwerbstätigen als
22 auch die Rentnerinnen und Rentner.

23 Das Umlagesystem ist besser als sein Ruf

24 Die Rentenzahlungen eines bestimmten Jahrgangs können immer nur aus dem erwirtschafteten
25 Volkseinkommen des jeweiligen Jahres aufgebracht werden. Dies gilt unabhängig von der
26 Finanzierung des Rentensystems – egal ob aus Beiträgen oder Steuern, ob umlagefinanziert oder
27 kapitalgedeckt.

28 Das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung wird immer wieder in Frage gestellt. Doch
29 trotz aller Kritik an der Umlagefinanzierung über Beiträge: Sie hat nach wie vor viele Vorteile und ist
30 einer kapitalgedeckten Rente oder einer steuerfinanzierten Alterssicherung deutlich überlegen.

31 Eine Umstellung des Rentensystems auf ein Kapitaldeckungsverfahren hätte zur Folge, dass die heute
32 Erwerbstätigen nicht nur weiterhin die Renten der gegenwärtigen RentnerInnengeneration, sondern
33 auch den Aufbau des eigenen individuellen Kapitalstocks finanzieren müssten – sie wären ohne
34 zusätzliche Leistungen doppelt belastet.

Die Forderung nach einer Kapitaldeckung des Rentensystems wurde lange Zeit mit wesentlich höheren erreichbaren Renditen begründet – in der Rürup-Kommission ging man gar von 4% Kapitalrendite aus. Doch solche hohen, weit über den wirtschaftlichen Wachstumsraten liegenden Renditeerwartungen lassen sich (wenn überhaupt) nur durch eine weitere Umverteilung hin zu Kapitaleinkommen realisieren. Der Vergleich mit der Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt im Übrigen nicht, dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur Altersrenten, sondern auch Erwerbsminderungsrenten ohne Risikoprüfung und Gesundheitsausschluss umfassen.

Die Finanzmarktkrise schließlich dürfte inzwischen jedem die Risiken von Anlagen am Kapitalmarkt verdeutlicht haben. Das Umlagesystem hat sich als wesentlich krisenfester bewährt.

Auch gegen eine vollständig steuerfinanzierte Rente spricht vieles: Das Prinzip der paritätischen Finanzierung und der Selbstverwaltung würden weiter ausgehöhlt, sie würde nicht mehr dem Äquivalenzprinzip folgen, sondern könnte nur eine Grundrente absichern. Vor allem aber wäre eine steuerfinanzierte Rente noch stärker von der Kassenlage und dem politischen Klima abhängig, während die beitragsfinanzierte Rente dem grundgesetzlichen Eigentumsschutz unterliegt und so staatlicher Disposition weitgehend entzogen ist. Weder eine steuerfinanzierte Grundrente als alleinige staatliche Altersabsicherung, noch eine Ablösung des Umlageverfahrens durch Kapitaldeckung stellen geeignete Instrumente zur Altersversorgung dar.

Steuerfinanzierung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben

Die aus den Beitragszahlungen der Erwerbstätigen finanzierte Rentenversicherung ist in allererster Linie eine Lohnersatzleistung für ehemals Erwerbstätige, die in die Rentenkasse eingezahlt haben. Daneben gibt es noch viele weitere, gesellschaftlich wünschenswerte Aufgaben und Ziele. Dazu zählen z.B. Rentenansprüche aus Erziehungs- und Pflegezeiten oder die Aufstockung zu niedrigerer Renten. Diese gesellschaftlichen Aufgaben dürfen nicht alleine von den Beitragszahlenden finanziert werden. Dazu muss es (weiterhin) eine Steuerfinanzierung geben. Schon heute sind die Einnahmen der Rentenkasse zu ca. einem Drittel Steuermittel.

Probleme des Rentensystems

Demographischer Wandel: Mythen und Fakten

Um den Einfluss demografischer Entwicklungen ranken sich viele Mythen, die zunächst plausibel klingen, der tatsächlichen Entwicklung aber in keinem Fall gerecht werden. Zunächst wird häufig propagiert, nur ein Umlagemodell würde voraussetzen, dass Erwerbstätige die Renten finanzieren, der Umstieg auf kapitalgedeckte Altersvorsorge wäre der einzige Weg, das demografische Problem zu lösen. Es ist dagegen eine ökonomische Wahrheit, dass in Volkswirtschaften immer die arbeitende die nicht-arbeitenden Generationen finanzieren muss. Ob dies mit einem Umlagesystem geschieht oder dadurch, dass private Anleihen am Kapitalmarkt umgesetzt werden, entlastet nicht kommende Generationen, sondern sorgt lediglich für eine Privatisierung des Risikos und eine Entsolidarisierung

1 des Systems. Im Übrigen muss die arbeitende Generation nicht etwa nur die RentnerInnengeneration
2 finanzieren, sondern auch nachwachsende Generationen bis diese ihrerseits in Erwerbsarbeit
3 einsteigen.

4 Ein weiterer Mythos ist, dass die Unterfinanzierung der Sozialsysteme vom demografischen Wandel
5 verursacht wurde und sich durch ihn verschärfen würde. Richtig ist, dass bei der aktuellen
6 Entwicklung von Erwerbsbeteiligung, Reallöhnen und Lohnquoten eine drastische Unterfinanzierung
7 der Sozialsysteme zu beobachten ist. Dies liegt aber vor allem daran, dass die Wohlstandverteilung in
8 den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dazu geführt hat, dass einerseits Einkommen immer
9 ungerechter verteilt sind, andererseits aber die hohen Einkommen nicht oder zu gering an der
10 Finanzierung der Sozialsysteme beteiligt werden. Die Lohnquote ging kontinuierlich zu Gunsten der
11 Kapitaleinkommen zurück. Die Unterfinanzierung der Sozialsysteme ist keine Verteilungsfrage
12 zwischen, sondern innerhalb der Generationen.

13 Drittens wird behauptet, dass kommende Generationen das aktuelle Leistungsniveau der
14 Rentenversicherung nicht aufrechterhalten könnten. Dagegen ist durchaus zu erwarten, dass eine
15 steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, beschäftigungsorientierte Arbeitsmarktpolitik, Migration
16 und Produktivitätssteigerungen die demografischen Effekte durchaus kompensieren könnten, wenn
17 die Wohlstandsverteilung innerhalb der Generationen verändert würde.

18 Die Debatten um demografischen Wandel und das Dogma der Beitragsstabilität haben sich in den
19 vergangenen Jahren und Jahrzehnten mit der Einführung von immer stärker greifenden
20 Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel auch konkret niedergeschlagen. Zunächst der Blüm'sche
21 demografische Faktor, seit dem Jahr 2005 dann der Nachhaltigkeitsfaktor haben die Entwicklung der
22 Rentenhöhe immer stärker von der Lohnentwicklung entkoppelt und das Prinzip der
23 Lebensstandardsicherung somit in Frage gestellt. Statt die tatsächlichen Probleme, wie etwa sinkende
24 Lohnquoten, stagnierende Reallöhne, Arbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor anzugehen oder die
25 Beitragsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbreitern, wurde unter dem Scheinargument
26 der Generationengerechtigkeit eine Rentensenkungspolitik betrieben.

27 Herabsenkung des Leistungsniveaus als politische Entscheidung

28 Die Ziele Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit des gesetzlichen Rentensystems wurden
29 spätestens mit der Einführung von Dämpfungsfaktoren und dann schließlich der dritten Säule der
30 Alterssicherung zu Gunsten einer wie auch immer gearteten Beitragsstabilität aufgegeben. Dieser
31 Wandel wurde zum einen vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der
32 Analyse, dass u.a. die hohen Lohnnebenkosten daran schuld seien, sowie zum anderen aus Angst vor
33 den Folgen des demographischen Wandels getroffen. Der Gestaltungswille, diese Ziele innerhalb der
34 gesetzlichen Rentenversicherung umzusetzen, wurde in Anbetracht dieser vermeintlichen Sachzwänge
35 aufgegeben, die ArbeitnehmerInnen dadurch einseitig belastet.

1 Im Zuge dessen ist in Anbetracht der geringeren Finanzausstattung der gesetzlichen
2 Rentenversicherung mit einer Beitragssatzobergrenze von 22% und durch die Einführung von
3 Dämpfungsfaktoren, die letztlich die Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung abkoppelten, ein
4 geringeres Rentenniveau zu erwarten. Berechnungen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Rückgriff auf
5 Daten der deutschen Rentenversicherung zeigen, dass nach einem Sicherungsniveau von
6 durchschnittlich 53% in den Jahren 1997 bis 2007 2023 mit einem Rentenniveau von etwas mehr als
7 46% zu rechnen ist,² was nicht mehr der Lebensstandardsicherung entspricht und für viele aufgrund
8 ihrer Erwerbsbiographien auch keine Armutsfestigkeit mehr verspricht.

9 Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit dieser sogenannten Brutto-Ersatzrate weit
10 unter dem OECD-Durchschnitt, der für Niedrigverdienst eine durchschnittliche Ersatzrate von
11 72,2%, bei mittlerem Verdienst von 59% und bei höherem Verdienst von 54,2% aufweist.³ Dies zeigt,
12 dass mit einem politischen Gestaltungswillen durchaus ein höheres Rentenniveau erreichbar ist,
13 jedoch muss dazu die Beitragssatzfixierung aufgegeben und die Beiträge merklich erhöht werden. Die
14 FES geht hier von einem Beitragssatz um 27%-28% aus.⁴

15 Rente mit 67 und Arbeitsmöglichkeiten für ältere Beschäftigte

16 Im Zuge der Debatte um den demographischen Wandel und die Finanzierung der
17 Rentenversicherung wurde unter der schwarz-roten Bundesregierung mit einem SPD-Arbeitsminister
18 die Rente mit 67 beschlossen, was eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab 2012 von 65
19 auf 67 zur Folge hat. Faktisch wird bereits heute das Renteneintrittsalter nicht erreicht, die
20 Beschäftigungsquote sozialversicherungspflichtiger 63jähriger liegt bei 12,5%, bei 64jährigen bei
21 lediglich 5,7%.⁵ De facto würde die Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt also zu
22 Rentenkürzungen führen, da ein vorzeitiger Renteneintritt mit monatlichen Abschlägen führt.

23 Momentan geht fast die Hälfte der Erwerbstätigen mit Abschlägen in die Rente. Die wenigsten
24 (weniger als ein Drittel) der Rentenneweintritte kommen zudem direkt aus dem Berufsleben,⁶ viele
25 haben vorher Phasen der Arbeitslosigkeit durchgemacht, was sich zusätzlich negativ auf das
26 Rentenniveau niederschlägt. Zwar zeigen Studien, dass die körperliche Belastung in den letzten 30
27 Jahren fast unverändert geblieben ist, jedoch haben die psychischen Belastungen enorm zugenommen,
28 was zusätzlich das Erreichen der Altersgrenze für den Renteneintritt erschwert. In den Bau- und
29 Baunebenberufen beträgt zum Beispiel der Anteil älterer (55-64 Jahre alt) lediglich 10%, bei den

2 Vgl. Klaus Heinrich Dedring et al.: Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente, Bonn 2009. (FES-Publikation WISO direkt), S. 15f.

3 Vgl. ebd. S. 20.

4 Vgl. ebd. S. 34.

5 Vgl. Gerhard Bäcker et al.: Rente mit 67?! Argumente und Gegenargumente, Bonn 2009, (FES-Publikation WISO direkt) S. 25.

6 Vgl. Tanja Zähle et al.: Erwerbsverläufe beim Übergang in den Ruhestand, o.O. 2009, S. 587. (aus: WSI-Mitteilungen 11/2009)

1 Büroberufen und kaufmännischen Angestellten 13,6% und in den nicht approbierten
2 Gesundheitsberufen 8,9%.⁷

3 Auf dem Arbeitsmarkt herrscht noch immer eine Altersdiskriminierung vor, so dass die
4 Beschäftigungschancen bereits ab Mitte 50 sinken. Geringe Qualifikationen verschärfen das Problem.
5 Der Bericht der Bundesregierung zu den Beschäftigungschancen Älterer spricht euphorisch von einer
6 „besonders positiven Entwicklung“⁸, weist aber gleichzeitig eine Beschäftigungsquote von 60-
7 64jährigen von 23% in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen aus.⁹

8 Untauglichkeit der Riester-Rente

9 2001 wurde unter der damaligen rot-grünen Regierung die staatlich geförderte private Alterssicherung
10 eingeführt und somit das Spektrum der staatlich geförderten Renten um die sogenannte private Säule
11 erweitert. Die Riester-Rente diente dem Ziel, auf der einen Seite den Beitragssatz zur gesetzlichen
12 Rentenversicherung zu stabilisieren, da nun nur noch die ArbeitnehmerInnen für diesen Teil der
13 Rente aufkommen sollten.

14 Diese Reformen führten nicht nur zu einer Individualisierung der Alterssicherung und somit zu einer
15 Individualisierung eines gesamtgesellschaftlichen Risikos – sondern auch zu einer einseitigen
16 Besserstellung der Arbeitgeberposition. Angesichts der geführten Standortdebatte und allen
17 Auswüchsen um Lohn(neben)kosten, scheint dies nur allzu offensichtlich Ausfluss eines neo-liberalen
18 Mainstreams gewesen zu sein. Das Versprechen hierüber das Ziel der Lebensstandardsicherung
19 billiger als im Umlageverfahren zu erreichen, hat sich als Schimäre erwiesen. Gleichzeitig sollte dem
20 erwarteten sinkenden Rentenniveau in Anbetracht demographischer Veränderungen Rechnung
21 getragen werden.

22 Von der damaligen Regierung als alternativloser Schritt verkauft, sorgte diese Reform indirekt dafür,
23 dass das sinkenden Rentenniveau eine sich selbst erfüllende Prophezeiung wurde, da dem gesetzlichen
24 Rentensystem Finanzmittel entzogen wurden. Gleichzeitig blieb die Belastung auf Seiten der
25 ArbeitnehmerInnen fast gleich, da sie alleine für die Finanzierung der privaten Rente aufkommen
26 müssen.

27 Jedoch hat die Riester-Rente in mehrerlei Hinsicht ihr selbst gestecktes Ziel verfehlt. Die Rürup
28 Kommission ging ihrer Zeit von einer Kapitalverzinsung von 4% aus. Dieses Renditeziel wurde aber
29 schlicht nur in seltenen Fällen erreicht – in der Regel bleiben die Renditeraten unter der Marke von
30 4%. Man muss also nicht einmal die aktuelle Finanzkrise in Feld führen, um auf diese eklatante
31 Fehleinschätzung hinzuweisen. Zum einen ist durch die Abhängigkeit von den Finanzmärkten und

7 Die Werte beziehen sich auf die Jahre 2003-2008. Vgl. Markus Holler et al.: Zu jung für die Rente – zu alt für den Job?, in spw 2/2011, S.27.

8 BMAS: Aufbruch in eine altersgerechte Arbeitswelt, Berlin 2010, S.5.

9 Vgl. ebd., S. 6.

1 verschiedene Änderungen der Riester-Rente die Rentabilität, d.h. der Ertrag im Verhältnis zum
2 eingesetzten Kapital, relativ gering. Beispielsweise erhält ein Mann, der von seinem 35. bis 67.
3 Lebensjahr jährlich 1200,-€ eingezahlt hat, eine garantierte private Rente von 187,-€ monatlich¹⁰ in
4 heutigen Preisen, wobei hier die staatlichen Zulagen fast vollständig durch die Fixkosten der Anbieter
5 aufgefressen werden.¹¹

6 Betrachtet man die angestrebten 22% Versicherungsbeitrag, die paritätisch von ArbeitgeberInnen und
7 ArbeitnehmerInnen zu je 11% erbracht werden und zählt die 4% des Bruttolohns der
8 ArbeitnehmerInnen, der für geförderte Riesterprodukte erbracht wird, in die Betrachtung ein, ergibt
9 sich ein ganz anderes Bild. Der faktische Beitragssatz für die Alterssicherung der ArbeitnehmerInnen
10 beträgt somit 15%, der der ArbeitgeberInnen lediglich 11%. Betrachtet man zudem, dass die
11 gewährten Steuersubventionen selbst zum größten Teil durch die Einkommensteuerpflichtigen
12 finanziert werden, ist der Umverteilungseffekt noch negativer.

13 Zudem ist dieses System gerade durch die Abhängigkeit von den Finanzmärkten nicht krisenfest. Ein
14 größerer Anteil der privaten Altersvorsorge an der Gesamtvorsorge hätte fatale soziale Wirkungen
15 nach sich ziehen können. Das umlagegestützte gesetzliche System hingegen birgt durch seine
16 Konstruktionsweise keinerlei Anlagenrisiko. Der Staat subventioniert, mittels Steuerverzicht, die
17 ArbeitnehmerInnen, die bis zu 4% ihres Bruttolohns bei der privaten Versicherungswirtschaft anlegen.
18 Dies ist nichts anderes als eine Seitenzahlung an die private Versicherungsgesellschaft, die äußerst
19 kritisch zu bewerten ist. Öffentliche rentenversicherungsträger dürfen keine dieser Produkte auflegen,
20 obwohl die dazu im Stande sind und, im Gegensatz zur privaten Konkurrenz, keinen Gewinnanteil an
21 der Anlage einbehalten müssten. Also für die ArbeitnehmerInnen günstiger wären.

22 Volkswirtschaftlich gesehen ergeben sich zudem durch den künstlichen Impuls auf die Sparquote, je
23 nach Modellrechnungen, erhebliche negative Effekte auf das Wirtschaftswachstum und
24 Beschäftigung, da die private Binnennachfrage im großen Maße geschwächt wird. Folgen die bei der
25 Einführung der kapitalgedeckten Komponenten in die Alterssicherung nicht hinreichend bedacht
26 wurden. Zudem bewirken (teil-)privatisierte, kapitalgedeckte schlicht eine Erhöhung des
27 Kapitalvolumens, welches teilweise weltweit nach renditeträchtigen Anlageformen sucht und dabei
28 immer riskantere Geschäfte eingeht. Die Konsequenz einer solchen Entwicklung konnten wir nicht
29 zuletzt in den Folgen der internationalen Finanzkrise beobachten.

30 Zudem ist mittlerweile fraglich, ob die Riesterrente überhaupt gerade für die von Niedrigstrenten
31 betroffenen Bevölkerungsgruppen eine Absicherung bietet, da davon ausgegangen wird und Studien

10 Vgl. Axel Kleinklein: Zehn Jahre Riester-Rente: Eine ernüchternde Rentabilitätsanalyse, Bonn 2011 (FES-Publikation WISO direkt)

11 Vgl. Prof. Dr. Andreas Oehler.: Alles „Riester“? Die Umsetzung der Förderidee in der Praxis, Gutachten im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e. V., o.O. 2009, S. 17.
(http://www.vzbv.de/mediapics/altersvorsorge_gutachen_oehler_12_2009.pdf)

1 dies auch belegen, dass diese aufgrund des knappen Haushaltsbudgets keine Riester-Verträge
2 abschließen und somit auch nicht in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. Insgesamt haben
3 lediglich etwas mehr als 50% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Riestervertrag, die
4 Hälfte schöpft dabei die Förderung nicht aus.¹²

5 Zudem haben gerade Einkommenschichten, die aufgrund ihrer Einkommenslage weniger auf
6 staatliche Zuschüsse angewiesen sind, Vermögensanlagen in Riester-Verträge umgeschichtet, um
7 somit die Förderung zu erhalten.

8 Damit sind die gegenläufige umverteilende Wirkung der Riester-Zulagen und somit auch die
9 Verfehlung des Ziels, das prognostiziert sinkende Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung
10 abzusichern, offensichtlich.

11 Betriebsrenten füllen die Lücke auch nicht

12 Auch wenn Betriebe zusätzliche Altersvorsorge aufbauen, können sie die oben beschriebene
13 Deckungslücke der gesetzlichen Altersvorsorge nicht aufwiegen.

14 Dies gilt einerseits bezüglich der Höhe der Betriebsrenten als auch ihrer Reichweite, da viele
15 ArbeitnehmerInnen durch ihre Erwerbsbiographie z.B. prekäre Beschäftigungsphasen, Beschäftigung
16 in Betrieben ohne das Angebot der Betriebsrenten u.ä. gar nicht auf die zweite Säule der
17 Alterssicherung zurückgreifen können. So ist das Angebot an Betriebsrenten in größeren Betrieben
18 wahrscheinlicher als in mittleren oder kleinen Betrieben, Frauen sind auch hier gegenüber Männern
19 benachteiligt und in den ostdeutschen Bundesländern findet man unabhängig von der Betriebsgröße
20 nur wenige Firmen, die Betriebsrenten anbieten.

21 Zudem ist im Gegensatz zu früher festzustellen, dass die arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente
22 erheblich an Bedeutung verloren hat, so dass größtenteils lediglich eine steuerlich begünstigte, alleinig
23 von den ArbeitnehmerInnen finanzierte Entgeltumwandlung stattfindet.¹³ Laut Bundesregierung
24 haben circa 50% der Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge¹⁴, andere Studien gehen von
25 lediglich 20% aus.¹⁵

26 Niedriglöhne und andere prekäre Arbeitsverhältnisse, unstete Erwerbsbiographien

27 Zwar ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis für viele noch immer Realität, doch ist der Anteil
28 dieser unbefristet Vollzeitbeschäftigten zwischen 1985 und 2000 von 67% auf nur noch gut 50 %
29 gesunken. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das Rentensystem.

12 Vgl. Klaus Heinrich Dedring et al.: Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente, Bonn 2009. (FES-Publikation WISO direkt), S. 17.

13 Vgl. IG Metall Vorstand: Für einen neuen Generationenvertrag, Frankfurt am Main 2009, S. 8.

14 Vgl. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2968>

15 Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/durchschnittsrente-984-euro-im-monat,1472596,3209444.html>

Auf der anderen Seite haben sich so genannte ‚atypische‘ Beschäftigungsverhältnisse deutlich ausgeweitet: Teilzeitbeschäftigung, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Niedriglöhne, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und unbezahlte Kettenpraktika bestimmen mehr und mehr das Bild. Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind meist prekäre Arbeitsverhältnisse, mit somit auch deutlich geringeren Sozialabgaben und später daher geringerem Rentenleistungsniveau für die langfristig atypisch Beschäftigten. Quer durch alle ‚atypischen‘ Beschäftigungsverhältnisse sind BerufseinsteigerInnen oder junge Beschäftigte in besonderem Maße von ihnen betroffen: Rund ein Drittel aller jungen Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung waren bereits einmal arbeitslos oder verfügten nur über einen befristeten Arbeitsvertrag. Dies macht deutlich: Atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind insbesondere für junge Beschäftigte längst Massenphänomene. Die Daten zeigen auch: Eine abgeschlossene Berufsausbildung allein schützt nicht mehr vor prekärer Arbeit.

Unstete Erwerbsbiografien und niedrige Löhne führen zwangsläufig später zu geringen Rentenzahlungen. Die heute prekär und zu Niedriglöhnen Beschäftigten sind die zukünftig von Altersarmut bedrohten.

Altersarmut von Frauen

Von dem niedrigen Rentenniveau und Niedrigstrenten sind insbesondere Frauen betroffen. Aufgrund der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich des Lohns mit einem Gender Pay Gap von nahezu 25%, den geringeren Karrierechancen, dem hohen Anteil, den Frauen an den Teilzeitbeschäftigten und atypisch Beschäftigten stellen, den Erwerbsunterbrechungen durch Arbeitslosigkeit, aber insbesondere Kindererziehungs- und Pflegezeiten, haben Frauen ein geringeres Absicherungsniveau als Männer, bei einem durchschnittlich prognostizierten Leistungsniveau knapp über 40%. Außerdem kommen Frauen wie oben bereits erwähnt, durch die geringere soziale Absicherung ihrer Tätigkeiten weniger Gelegenheit, Betriebsrenten abzusichern. Die prekäre Situation im Alter wird durch die höhere Lebensdauer von Frauen sowie ihre häufigere Betroffenheit, pflegebedürftig zu sein, verschärft.

Die durchschnittliche Rente einer Frau liegt bei knapp 60% der durchschnittlichen männlichen Rente mit etwas mehr als 520€. Der Gender Pay Gap des Arbeitsmarktes verdoppelte sich im Alter also fast.

Die Analyse der Gründe von weiblicher Altersarmut macht jedoch deutlich, dass nicht nur rentenpolitische Reformen für eine bessere Absicherung im Alter sorgen müssen, sondern vor allem ein Abbau der Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und familienpolitische Weichenstellungen, die die traditionelle Rollenverteilung nicht weiter bevorzugt oder gar fördert.

Unsere konkreten Forderungen

Wir Jusos wollen die Gesetzliche Rentenversicherung weiterentwickeln. Wir orientieren uns dabei an den Zielen der Lebensstandardsicherung und der Armutsfestigkeit. Die Rente muss wieder zu dem

werden, wofür sie ursprünglich gegründet wurde: Ein verlässliches System, das auch im Alter ein gutes Leben für alle gewährleistet. Um diese Ziele zu erreichen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

Die Rente sichert im Alter das wegfallende Einkommen aus Erwerbsarbeit, sie orientiert sich deshalb in ihrer Höhe nach dem im Erwerbsleben erzielten Einkommen. Deshalb muss jede Rentenreform auf dem Arbeitsmarkt beginnen. Wer sein Leben lang zu Niedriglöhnen arbeiten muss, wird auch in der Rente nicht viel bekommen. Deshalb ist der Kampf gegen Niedriglöhne und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses nicht nur aus arbeitsmarkt-, sondern auch aus rentenpolitischen Gründen notwendig. Dazu sind mindestens die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, die Regulierung der Leiharbeit, die Einschränkung der Minijobs und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung notwendig. Dies ist besonders für Frauen dringend notwendig. Schließlich ist Altersarmut in Deutschland vor allem auch deshalb weiblich, weil Frauen signifikant häufiger gebrochene Erwerbsbiografien aufweisen und im Niedriglohnsektor beschäftigt sind. Zusätzlich müssen sich die Reallöhne wieder deutlich stärker nach oben entwickeln. In den vergangenen Jahren sind die Einkünfte aus Gewinnen und Vermögen explodiert, die Arbeitseinkünfte sind dagegen bestenfalls stagniert. Wenn hier eine Trendwende gelingt, sichert das nicht nur ausreichende Rentenansprüche im Alter, sondern stabilisiert auch ganz kurzfristig die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung.

Wenn in der öffentlichen Debatte nunmehr sogar über die Rente mit 69 fabuliert wird, blendet dies die Tatsache aus, dass viele Menschen aus gesundheitlichen Gründen schon lange vor dem heutigen Renteneintrittsalter aus dem Erwerbsleben scheiden müssen. Und auch hier handelt es sich nicht zuallererst um ein Problem, das in der gesetzlichen Rentenversicherung geklärt werden muss. Vielmehr müssen die Unternehmen dazu gezwungen werden, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wirklich ernst zu nehmen und ein Gesundheitsmanagement zu praktizieren, das es allen Beschäftigten ermöglicht, das Renteneintrittsalter erreichen zu können. Wenn heute nur ein Fünftel der Betriebe über ein solches Gesundheitsmanagement verfügt, ist das ein Skandal. Wir fordern deshalb ein erweitertes Recht für Betriebsräte, entsprechende Programme einfordern und in der Umsetzung kontrollieren zu können. Gleichzeitig müssen die Sozialversicherungsträger verpflichtet werden, regelmäßige Kontrollen insbesondere auch in kleineren Betrieben ohne Betriebsrat durchzuführen.

Wenn heute das durchschnittliche Renteneintrittsalter aus gesundheitlichen oder anderen Gründen weit unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter von 65 liegt, dann ist und bleibt die Rente mit 67 in der beschlossenen Form nichts anderes als eine Rentenkürzung und gehört deshalb abgeschafft oder zumindest ausgesetzt. Wir Jusos haben nichts gegen eine Diskussion über das Renteneintrittsalter verbunden etwa mit einer Flexibilisierung der Altersgrenzen und einer stärkeren Bezugnahme auf die Lebensarbeitszeit. Dazu müssen aber zunächst die faktischen Voraussetzungen geschaffen werden, um zunächst einmal das heutige gesetzliche Eintrittsalter zu erreichen. Eine Flexibilisierung darf nicht zur

1 weiteren Senkung des Rentenniveaus führen. Wir machen uns deswegen dafür stark, die
2 Arbeitsverhältnisse so zu humanisieren, dass alle Menschen länger gesund leben und arbeiten können.
3 Für diejenigen, die trotzdem früher in Rente gehen müssen, wollen wir die damit bei der Rente
4 verbundenen Abschläge reduzieren.

5 Die Diskussion über die Rente mit 67 hat in den vergangenen Jahren den Blick auf das Kernproblem
6 der gesetzlichen Rentenversicherung teilweise verstellt. Wenn die derzeitige Rentenformel inklusive
7 der Dämpfungsfaktoren beibehalten wird, werden die Renten in den kommenden Jahren erheblich
8 sinken und das politisch gesteuert. Wenn – wie aufgezeigt – gerade die unteren und mittleren
9 Einkommensgruppen nicht privat vorsorgen (können) und Betriebsrenten eher die Ausnahme als die
10 Regel sind, droht vielen Menschen die Altersarmut und das Ziel der Lebensstandardsicherung wird
11 verfehlt. Wir Jusos fordern daher eine kurzfristig eine Stabilisierung der Rente auf dem derzeitigen
12 Sicherungsniveau und mittelfristig die Abschaffung aller Dämpfungsfaktoren, so dass das
13 Leistungsniveau wieder auf der Höhe vor den Reformen 2001 liegt. Uns ist klar: Das kostet Geld und
14 wir müssen das Ziel der Beitragssatzstabilität aufgeben. Dieses Ziel war aber ohnehin schon immer
15 Augenwischerei. Denn heute müssen die Beschäftigten zehn Prozent in die Gesetzliche
16 Rentenversicherung zahlen und noch einmal vier Prozent privat vorsorgen, wollen sie ihren
17 Lebensstandard sichern. Die so genannte Riester-Rente ist und bleibt damit nichts anderes als ein
18 Aufbrechen der paritätischen Finanzierung. Wir sind der Meinung: Auch die Unternehmen müssen
19 ihrer Verantwortung gerecht werden. Studien zeigen, dass auch in 20 Jahren mit einem paritätisch
20 aufgebrachtten Beitragssatz von 26 Prozent eine lebensstandardsichernde Rente möglich wäre. Für die
21 Versicherten würde sich das lohnen, hätten sie doch wieder die Sicherheit einer auskömmlichen
22 Rente. Mit einem solchen Modell würden die Beschäftigten sogar um einen Prozentpunkt entlastet.
23 Sobald die gesetzliche Rentenversicherung wieder alleine für eine auskömmliche Rente sorgt, kann
24 auch auf die ohnehin ineffiziente Subventionierung von privaten Riester-Verträgen verzichtet und das
25 Geld besser in der gesetzlichen Rentenversicherung für versicherungsfremde Leistungen genutzt
26 werden. Auch in der Entgeltumwandlung dürfen keine weiteren Verträge mehr abgeschlossen
27 werden. Die Entgeltumwandlung reduziert die Zahlungen in die Sozialversicherungssysteme sowie
28 Steuerzahlungen und entlastet vor allem Arbeitgeber von diesen Zahlungen. Die Dominanz der
29 Beitragsstabilität in den Debatten über die Zukunft der gesetzlichen Rente verstellt die Bedeutung des
30 Umlagesystems für alle Generationen. Wenn durch eine Rückkehr zur Parität und damit
31 einhergehend auch einer Abkehr von der Förderung privater Altersvorsorge die Finanzierungsbasis der
32 gesetzlichen Rentenversicherung verbreitert wird und zu Gunsten der Abschaffung der
33 Dämpfungsfaktoren die Beiträge steigen, bedeutet dies im Gegenzug für die Mehrheit der
34 Bevölkerung vor allem eines: eine stabile, zukunftsichere solidarische Altersversorgung, die den
35 individuellen Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern kann.

1 Aus Sicht der Jusos muss die gesetzliche Rentenversicherung alleine für die Erhaltung des
2 Lebensstandards sorgen. Gleichwohl begrüßen wir zusätzliche Programme in Form sogenannter
3 Betriebsrenten, die die Tarifpartner in den vergangenen Jahren verstärkt eingeführt haben. Auch wenn
4 derzeit nur die wenigsten Beschäftigten über eine Betriebsrente verfügen, bedarf es einer besseren
5 gesetzlichen Regulierung. Es muss gewährleistet sein, dass die gezahlten Arbeitgeberbeiträge ab dem
6 ersten Jahr der Zahlung in eine andere Betriebsrente mitgenommen werden können. Gerade bei
7 kleineren und mittleren Unternehmen, die selbst über noch keine Betriebsrente verfügen, muss der
8 Staat die Tarifpartner stärker bei der Einführung entsprechender Systeme unterstützen.

9 Wer aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsleben scheiden muss, muss auch zu einem
10 früheren Zeitpunkt als beim Erreichen des Renteneintrittsalters einen Anspruch auf eine
11 Rentenzahlung haben. Dies gewährleistet die derzeitige Erwerbsminderungsrente nur unzureichend.
12 Wir fordern deshalb einen erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente. Sie muss für alle
13 zugänglich sein, die faktisch keine Chance auf den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt haben. Ebenso
14 müssen die bisher praktizierten Abschläge abgeschafft werden. Wer krank ist, muss einen vollen
15 Rentenanspruch erhalten. Wir wollen aber kein neues Programm zum Beschäftigungsabbau für
16 ArbeitgeberInnen haben. Deshalb muss arbeitsmarktpolitisch garantiert werden, dass die
17 Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt über Reha-Maßnahmen und Weiterbildung auch im Alter
18 garantiert wird. Kann der Staat diese Garantie nach einer bestimmten Zeit nicht einlösen, muss der
19 Zugang zur Erwerbsminderungsrente gewährleistet sein.

20 Wir Jusos sind für flexible Übergänge in die Rente. Deshalb muss die schon bestehende Teilrente
21 verbessert und transparenter gemacht werden. Ältere Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben, ab
22 einer bestimmten Altersgrenze (z.B. ab 60) eine Teilrente in Anspruch zu nehmen und ihre
23 Arbeitszeit entsprechend zu reduzieren. Dafür aber bedarf es auch eines gesetzlichen Anspruchs auf
24 einen Teilzeitarbeitsplatz. Die dann erforderlichen Rentenabschläge müssen in dieser Zeit oder in
25 anderen Phasen des Erwerbslebens durch zusätzliche eigenständige Zahlungen ausgeglichen werden
26 können.

27 Die meisten Erwerbsbiographien verlaufen nicht mehr geradlinig, eine 40 jährige unbefristete und
28 ausreichend bezahlte Vollzeitstelle bei einem Arbeitgeber wird mehr und mehr die Ausnahme. Phasen
29 von Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen unterbrechen das Erwerbsleben.
30 Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat zudem dazu geführt, dass selbst Menschen, die ihr Leben
31 lang gearbeitet haben, im Alter auf Grundsicherung zurückfallen. Die gesetzliche Rentenversicherung
32 muss diese gebrochenen Erwerbsbiografien und Niedriglohnbeschäftigung zumindest zum Teil
33 auffangen, um auch in Zukunft dem Anspruch der Lebensstandardsicherung gerecht zu werden. Dazu
34 sollen in Zukunft Beiträge aus Erwerbstätigkeit unabhängig von der tatsächlichen Höhe der
35 Beitragszahlungen auf 0,75 Punkte aufgewertet werden. Damit erreichen wir eine Aufwertung von

1 Beiträgen aus Niedriglohnbeschäftigung und würdigen die Lebensleistung der Beschäftigten. Um
2 gebrochene Erwerbsbiografien aufzufangen, sollen zudem Jahre des ALG-I-Bezugs, der
3 Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen auf 0,75 Beitragspunkte aufgewertet werden,
4 Phasen des ALG-II-Bezugs auf 0,65 Beitragspunkte. Allerdings soll diese Absenkung von 0,75
5 Beitragspunkten auf 0,65 Beitragspunkten erst nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit erfolgen. Wir
6 erreichen damit, dass gebrochene Erwerbsbiografien die Anwartschaften aus den übrigen
7 Beitragsjahren nicht soweit abwerten, dass Menschen im Alter auf Grundsicherungsniveau
8 zurückfallen. Da es sich hierbei um gesamtgesellschaftliche Anliegen handelt, muss die Finanzierung
9 der Mindestentgeltpunkte über entsprechende Steuerzuschüsse erfolgen.

10 Die steuerfinanzierte Grundsicherung muss denjenigen Menschen, die trotz der Aufwertung der
11 Beitragszeiten keine ausreichenden Rentenanwartschaften ansammeln konnten, ein würdiges Leben
12 im Alter sichern. Sie muss deshalb deutlich angehoben werden. Gleiches gilt für die
13 Vermögensfreibeträge.

14 Die gesetzliche Rentenversicherung umfasst derzeit nur die abhängig Beschäftigten mit Ausnahme der
15 BeamtenInnen. Wir wollen die Rentenversicherung mittelfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung
16 ausbauen, in der alle Beschäftigten versichert sind. Damit schaffen wir auch die Möglichkeit für einen
17 flexiblen Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses. In einem ersten Schritt müssen wir die
18 Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren, die derzeit noch ohne ein
19 verlässliches System der Alterssicherung sind. Dies sind vor allem Selbstständige, die über einen kleinen
20 Betrieb und ein geringes Einkommen verfügen.

21

G8 Pflege solidarisch gestalten!

LV Berlin

Die Gesellschaft verändert sich. Seit den 1980er Jahren brechen Strukturen auf, die die Menschen vormals in ihren Möglichkeiten der Selbstentfaltung und der aktiven gesellschaftlichen Partizipation beschränkten – scheinbar. An vielen Stellen scheint dies eine zutreffende Beschreibung der Realität zu sein – denken wir nur an die zunehmende Beteiligung von Frauen im Erwerbsleben und an das Aufbrechen klassischer Formen der Familiensolidarität. Doch der damit einhergehende soziale und demographische Wandel stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen, die vor wenigen Jahrzehnten undenkbar gewesen sind. Im Bereich der Hilfe für pflegebedürftige Menschen tritt dieses Problem besonders offen zutage.

Anforderungen der modernen Gesellschaft

Viele Menschen entscheiden sich heute gegen die klassische Einverdiener-Familienstruktur. Sie entscheiden sich gegen eigene Kinder oder die Kinder entscheiden sich, das Haus der Eltern zu verlassen und ein eigenes Leben in einer anderen Stadt oder in einem anderen Land aufzubauen. Viele Menschen finden ihren Lebensmittelpunkt dort, wo sie für sich ein höchst mögliches Maß an Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten vorfinden. Gleichzeitig haben sie das Glück, dass sie älter werden und gesünder bleiben, als noch die Generationen davor. Trotzdem sind heute 2,37 Millionen Menschen auf die Pflege durch andere Menschen angewiesen und im Jahr 2030 werden es voraussichtlich schon über 3 Millionen Menschen sein.

Die klassische Form der Betreuung pflegebedürftiger Menschen, also die selbstorganisierte häusliche Pflege durch EhepartnerInnen, Kinder oder Verwandte stößt an den Anforderungen einer modernen Gesellschaft an ihre Grenzen. Insbesondere Frauen, die ohne hin schon unter einer Doppelbelastung in Beruf und Familie stehen (eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter in der Familienarbeit schon noch in weiter Fernen zu sein), sind mit der zusätzlichen Aufgabe der Betreuung und Pflege weiterer Angehöriger vollkommen überlastet. Die Mitarbeit der „neuen Männer“, die seit vielen Jahren herbeigerufen werden, ist bislang nicht erkennbar. Die Pflegenden, die sich mit der steigenden Lebenserwartung der Pflegebedürftigen über Jahre und Jahrzehnte dem/der Bedürftigen annehmen müssen, leiden früher oder später selbst an physischen und psychischen Erkrankungen und sind am Ende selbst auf die Hilfe anderer angewiesen.

Eine linke Politik, die sich den gesellschaftlichen Fortschritten der vergangenen Jahre verpflichtet fühlt, muss auf diese Probleme Antworten finden. Im Zentrum steht die Selbstbestimmung der/des Einzelnen, deren persönliche Freiheit nur in einer solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden kann.

1 Die gesetzliche Pflegeversicherung

2 Das zunehmende Bewusstsein, dass die Pflege bedürftiger Menschen kein individuelles Problem
3 darstellt, führte im Jahr 1994, nach über 20jähriger Diskussion, zur Einführung der sozialen
4 Pflegeversicherung (GPV) als eigenständige Säule der Sozialversicherung. Die Pflegeversicherung, die
5 von 69,77 Millionen Versicherten, also von knapp 90 Prozent der gesetzlich versicherten Bevölkerung
6 getragen wird, stellt eine gesamtgesellschaftlich getragene Hilfe für pflegebedürftige Menschen bereit.
7 *Leistungsberechtigt sind Pflegebedürftige, die dauerhaft wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen*
8 *Krankheit oder Behinderung auf erhebliche Hilfe bei der täglichen Lebensführung angewiesen sind.* Hier gilt
9 der Grundsatz, dass die ambulante vor der stationären Pflege in Anspruch zu nehmen ist. Dabei
10 können die Versicherten zwischen Sach- und Geldleistungen in der ambulanten Pflege wählen.

11 Aber auch in der Pflegeversicherung sind Selbständige, BeamtInnen und andere, schon aus der
12 gesetzlichen Krankenversicherung ausgenommene, Gruppen nicht dabei. Da es sich bei diesen
13 Menschen insbesondere um gut und besser Verdienende handelt, fehlen der GPV erheblich finanzielle
14 Mittel.

15 Die Leistungsberechtigung, oder vielmehr die Höhe der Leistungen durch die GPV, ergeben sich
16 nach den so genannten Pflegestufen, die durch den medizinischen Dienst festgestellt werden. Dabei
17 werden die Pflegebedürftigen in vier pauschale Stufen eingeteilt:

18 Pflegestufe 0: Pflegebedarf bei Demenzkranken

19 Pflegestufe I: erheblicher Pflegebedarf, einmal täglich

20 Pflegestufe II: Schwerpflegebedürftig: dreimal täglich

21 Pflegestufe III: Schwerstpflegefälle mit 24-stündigem Pflegebedarf

22 Anhand dieser Einteilung werden auch die finanziellen Mittel an die Pflegebedürftigen vergeben, die
23 aber nicht ausreichend bemessen sind. Anders als in der Krankenversicherung gilt in der GPV nicht
24 das Bedarfsprinzip. Das heißt, dass unabhängig von dem tatsächlichen Bedarf nur pauschale Geld-
25 oder Sachleistungen ausgegeben werden, die in der ambulanten Pflege in aller Regel nicht an den
26 tatsächlichen Bedarf heranreichen. Hier entstehen Finanzierungslücken, die oft durch das eigene
27 Einkommen, das Einkommen der Angehörigen oder letzten Endes durch die Sozialhilfe abgedeckt
28 werden müssen. Diese „Hilfen zur Pflege“ werden durch die Sozialämter und somit durch die
29 Kommunen aufgebracht. So wird ein Teil der finanziellen Belastungen den Kommunen übergeholfen
30 anstatt sie in der Pflegeversicherung abzubilden.

31 Ein Beispiel: Eine Pflegebedürftige Person mit Pflegestufe I muss in Berlin für das tägliche Essen
32 11,34 Euro an einen ambulanten Pflegedienst bezahlen. Das sind im Monat ca. 340 Euro. Dieser
33 Betrag kann ohne weiteres durch die 440 Euro Sachleistungen durch die GPV abgedeckt werden.
34 Doch eine betroffene Person muss zusätzlich noch weitere Leistungen wie die tägliche Körperpflege,

Mobilitätshilfe, Haushaltshilfe usw. in Anspruch nehmen. Somit erhöht sich der gesamte Betrag der zu bezahlenden Leistungen schnell auf über 1000 Euro. Die offenen 600 Euro muss der/die Betroffene aus eigener Tasche bezahlen oder von den Angehörigen bekommen. Nicht zuletzt müssen die Angehörigen, und hier trifft das wieder insbesondere die Töchter oder Schwiegertöchter, sich fortan zusätzlich um die pflegebedürftige Person kümmern, weil die finanziellen Mittel nicht ausreichend sind, für sämtliche Leistungen einen professionellen Pflegedienst zu beanspruchen.

An dem Beispiel, welches nicht frei erfunden sondern aus der Lebenswirklichkeit von 936.223 Pflegebedürftigen in Stufe I (Stand 31.12.2009) entspricht, wird sehr deutlich, dass ein menschenwürdiges und an der persönlichen Freiheit der/des Pflegebedürftigen und der Pflegenden orientiertes Leben noch in weiter Ferne ist.

Wenn die ambulante Pflege nicht mehr ausreicht, dem/der Betroffenen ein angemessenes Niveau an Pflegeleistungen zuteil werden zu lassen, da muss die betroffene Person auf vollstationäre Pflege zurückgreifen. Aber auch im Bereich der stationären Versorgung stoßen Pflegebedürftige auf erhebliche Probleme. Ein Platz in einem Pflegeheim kostet zwischen 1.650 Euro und 3000 Euro. Je nach Höhe des Entgeltes variieren auch die angebotenen Leistungen der Pflegeeinrichtung, wie z.B. die zur Verfügung stehende Zeit für eine bedürftige Person. Gehen wir wieder von einer Person aus, der Leistungen der Pflegestufe I zustehen, so bekommt diese 1.023 Euro im Monat. Selbst wenn sie jetzt die kostengünstigste Unterbringung in Anspruch nimmt, muss sie über 600 Euro an Eigenleistungen erbringen. Hat die Person besondere Anforderungen oder möchte in einer bestimmten Pflegeeinrichtung, z.B. weil Freunde in der Nähe wohnen, die 3000 Euro monatlich kostet untergebracht werden, muss sie einen Eigenbeitrag von fast 2000 Euro leisten – und hat dann noch nicht mal die eigenen Konsumbedürfnisse abgedeckt.

Der scheinbare Anreiz durch die fehlende Bedarfsdeckung der Pflegeversicherung, die kostengünstigste Unterbringung zu wählen, führt schnell zu einer Abwärtsspirale in der sich nicht nur die Qualität der Pflege, sondern auch die Arbeitsbedingungen der im Pflegesektor Beschäftigten immer weiter nach unten schrauben.

Hier muss jungsozialistische Politik ansetzen. Die persönliche Freiheit und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen dürfen nicht vom eigenen Geldbeutel abhängig sein. Hier ist die Gesellschaft als Ganzes gefragt, solidarische Lösungen zu finden und diese auch in die Tat umzusetzen.

Anforderungen an eine progressive Pflegepolitik

Bevor ein konkreter Vorschlag für die Organisation der Pflegeversicherung erfolgen kann, muss klar sein, welche Anforderungen wir an eine zukunftssichere, solidarische und umfassende Organisation der Pflege haben. Für uns Jusos muss ein gutes Pflegeversicherungssystem:

1. Gesamtgesellschaftlich getragen sein:

Die Fürsorge für pflegebedürftige Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Absicherung. Eine Privatisierung des Risikos, auf die Pflege durch andere angewiesen zu sein, darf es nicht geben. Eine umfassende, bedarfsgerechte und würdevolle Pflege zu erhalten ist ein Recht eines jeden Menschen und muss daher von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

2. Solidarisch finanziert werden:

Eine Finanzierung guter Pflege für alle, die darauf angewiesen sind, kann es nur geben, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung beteiligen. Die Bereitstellung einer umfassenden Absicherung im Pflegefall kann nur dann funktionieren, wenn ausreichend Finanzierungsmittel bereitstehen. Eine Individualisierung des Risikos lehnen wir auch bei der Pflege ab.

3. Zukunftssicher sein:

Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung steigt absehbar auch der Bedarf an Pflegeleistungen. Eine progressive Pflegepolitik stellt auch in Zukunft die Finanzierung einer guten Pflege für alle, die darauf angewiesen sind, sicher.

4. Alle Menschen absichern:

Alle Menschen, die auf die Pflege durch andere angewiesen sind, müssen von einem Pflegeversicherungssystem abgesichert werden und die Pflege erhalten, die sie benötigen. Die Qualität der Pflegeleistungen, auf die man im Bedarfsfall zurückgreifen kann, darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

5. Gute Pflege gewährleisten:

Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, müssen auf gute Pflege zurückgreifen können, die ihre Bedürfnisse ernst nimmt, ihre Würde wahrt und möglichst viel Eigenständigkeit ermöglicht. Die Pflegeleistungen müssen den tatsächlichen Pflegebedarf des Einzelnen abdecken und den Betroffenen zu einem würdevollen, eigenständigen und selbst bestimmten Leben verhelfen.

6. Gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sicherstellen:

Auch diejenigen, die die Pflege der Betroffenen leisten, müssen gute Bedingungen und soziale Absicherung vorfinden. Dazu gehören gute Rahmenbedingungen, wie ausreichend Zeit für die Pflege jedes Einzelnen und eine angemessene Dokumentation, genauso wie gute Löhne auf Basis des Mindestlohnes auf Höhe der Forderungen des DGB, angemessene Arbeitszeiten, soziale Absicherung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies muss auch für Zivil- und Freiwilligendienstleistende gelten. Wir lehnen auch jegliches Schulgeld für eine Ausbildung im Pflegebereich ab. Gerade im

Pflegebereich sind Schulgelder absurd. Sie sorgen für einen noch größeren Fachkräftemangel und sind sozial ungerecht.

7. Angehörige entlasten:

Eine progressive Pflegeversicherung begreift die Pflege darauf angewiesener Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört, dass Angehörige von Pflegebedürftigen bei der Fürsorge entlastet und bei der Vereinbarkeit ihres Lebens (inklusive ihres Berufs) mit der Pflege aktiv unterstützt werden.

8. Geschlechtergerecht sein

Familienarbeit, dazu gehört auch die Pflege Angehöriger, muss geschlechtergerecht verteilt werden. Eine progressive Pflegeversicherung verhindert, dass Pflege die tradierten Geschlechterrollen manifestiert und Frauen einseitig belastet werden.

Finanzierung der Pflegeversicherung

Um zu gewährleisten, dass der steigende Bedarf an Pflege auch in Zukunft finanzierbar bleibt, muss langfristig die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung auf breitere Beine gestellt werden. Insgesamt muss klar sein, dass das Gesamtaufkommen für Pflegeleistungen deutlich steigen muss, erstens um eine bedarfsgerechte Pflege für alle auf einem höheren Niveau zu ermöglichen und zweitens um den steigenden Bedarf an Pflege aufzufangen. Gleichzeitig muss eine solidarische Finanzierung und eine Absicherung aller Menschen sichergestellt werden.

Wir fordern daher den Umbau der Pflegeversicherung zu einer BürgerInnenversicherung. Das bedeutet zunächst, dass alle Menschen in die gesetzliche Pflegeversicherung einbezogen werden, die privaten Pflegekassen werden dadurch mittelfristig überflüssig. Beiträge zur Pflegeversicherung werden danach aus allen regulären Einkünften akquiriert, zusätzlich zu den bisher schon inkludierten Einkünften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einbezogen werden Einkünfte:

aus Selbstständigkeit

aus handwerklicher Tätigkeit

aus geringfügiger Erwerbstätigkeit

von Beamtinnen und Beamten

von Vorstandsmitgliedern von Aktiengesellschaften

von öffentlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern

von Berufsständlerinnen und Berufständlern (z.B.: ApothekerInnen, ArchitektInnen, ÄrztInnen, RechtsanwälInnen) und

aus Kapitalerträgen

1 aus Vermietung und Verpachtung

2 Wir halten an der paritätischen Finanzierung zwischen ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnen
3 fest. Bei BeamtInnen trägt der Staat als Arbeitgeber die ArbeitgeberInnenbeiträge. Selbstständige, die
4 weniger als den Durchschnittslohn einnehmen, zahlen nur den ArbeitnehmerInnenanteil, der
5 ArbeitgeberInnenanteil wird für sie aus Steuern finanziert.

6 Die paritätische Finanzierung muss in allen Bundesländern gelten. In Sachsen zahlen die
7 Arbeitnehmer 0,5% mehr, weil, nur noch dort der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag gilt. Die
8 Anzahl der Feiertage ist aber ohnehin von Bundesland zu Bundesland verschieden. Die Jusos fordern
9 daher die Abschaffung dieser Ungleichbehandlung.

10 Eine zusätzliche Verbreiterung der Beitragsbasis wird durch die langfristige Abschaffung der
11 Beitragsbemessungsgrenze erreicht. Somit werden alle anhand ihrer Leistungsfähigkeit an der
12 Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung beteiligt.

13 Auch in der Pflegeversicherung müssen zudem Finanzierungslücken durch eine stärkere steuerliche
14 Querfinanzierung ausgeglichen werden, die vielfältig organisiert werden soll. Dies führt sowohl zu
15 einer weiteren und generell gewünschten Umverteilungswirkung und stabilisiert das System darüber
16 hinaus erheblich.

17 Es gilt für alle Personen unabhängig von der Anzahl der Kinder der gleiche Beitragssatz zur
18 Pflegeversicherung. Der bisherige Beitrag für Kinderlose ist abzuschaffen. Daraus folgt, dass Kinder
19 jedoch später nicht mit ihrem Einkommen für die Pflegekosten der Eltern haftbar gemacht werden
20 können.

21 Die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, eine zusätzliche verpflichtende Säule zur
22 Finanzierung der Pflegeversicherung in Form einer privaten möglicherweise kapitalgedeckten
23 Zusatzversicherung einzuführen lehnen wir entschieden ab.

25 **Individuelle bedarfsdeckende Pflege statt individualisierter Pflegenotstand**

26 Wir Jusos wollen, dass auch im Pflegefall die Gesellschaft als Ganzes ihren Auftrag wahrnimmt,
27 soziale Absicherung für alle zu verwirklichen. Die Pflegeversicherung muss deshalb, wie die
28 Krankenversicherung bereits heute, auf das Bedarfsprinzip aufbauen, also die Leistungen, die ein
29 Pflegebedürftiger tatsächlich benötigt, erbringen. Finanzierungslücken, die beispielsweise durch das
30 eigene Einkommen oder durch Angehörige ausgeglichen werden müssen, darf es nicht geben. Dies
31 macht ein deutlich höheres Gesamtaufkommen für Pflegeleistungen nötig, das wie oben beschrieben
32 akquiriert werden soll.

33 **Ambulant vor stationär – ein Paradigma gegen die Selbstbestimmung**

1 Viele der über 2 Millionen Pflegebedürftigen wollen lieber in ihren eigenen vier Wänden bleiben,
2 selbst wenn sie auf Hilfe von außen angewiesen sind. Dies den Menschen so lange wie möglich zu
3 gewähren, ist ein wichtiger Grundsatz. Trotzdem werden durch die gegenwärtige Organisation der
4 ambulanten und stationären Pflege falsche Anreize gesetzt, die durch scheinbare
5 Wirtschaftlichkeitskriterien dafür sorgen, dass oft die Angehörigen für die Betreuung und Pflege
6 aufkommen müssen. Ein Grund dafür sind vor allem fehlende finanzielle Mittel. Hier werden
7 ambulante und stationäre Pflege gegeneinander ausgespielt.

8 Gerade deswegen lohnt es sich über einen quantitativen und vor allem qualitativen Ausbau der
9 stationären Pflegeeinrichtungen nachzudenken. Pflegebedürftige Menschen, die aus wirtschaftlichen
10 Gründen nicht in der Lage sind, eine stationäre Unterbringung in Anspruch zu nehmen, werden um
11 ihre Selbstbestimmung beraubt. Wenn das letzte bisschen Erspartes dafür aufgewendet werden
12 müsste, dieses vielleicht sogar nicht ausreicht, die stationäre Pflege zu bezahlen, dann leiden darunter
13 die Betroffenen genauso wie ihre Angehörigen. In der gegenwärtigen Situation werden die Menschen
14 alleine gelassen. Sie müssen sich entscheiden, alles Geld in eine mehr oder minder angemessene
15 Pflegeleistung zu investieren oder vom gesellschaftlichen Leben, insbesondere aus ökonomischen
16 Gründen, vollkommen ausgeschlossen zu sein.

17 Eine bessere Möglichkeit, freiwillig in eine Pflegeeinrichtung zu gehen, würde allen Betroffenen
18 helfen und ihnen ihre Entscheidungsfreiheit zurückgeben. Dazu müssten die Leistungen der GPV an
19 die Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. Das heißt konkret, dass die GPV ihren
20 Leistungskatalog, insbesondere für die stationäre Pflege, erweitern muss. Wenn die Finanzierung für
21 den oder die Einzelne/n angebrachte Pflegeleistung über dem bisherigen Satz liegt, so muss das
22 System so ausgestaltet werden, dass der Spielraum für die bedarfsgerechte Finanzierung da ist. Damit
23 dies wiederum nicht zu immer weiter steigenden Kosten der Pflegedienstleistung führt, muss der Staat
24 eine regulierende Funktion bei der Preisbildung der PflegeanbieterInnen, die aber keinesfalls negativ
25 in die Tarifaufonomie und die Lohnstruktur des Pflegesektors eingreift, ausüben. Außerdem muss sich
26 die öffentliche Hand, angesichts der immer weiter steigenden Zahl von Pflegebedürftigen Personen,
27 über den Auf- und Ausbau eines öffentlichen Pflegesektors Gedanken machen, um ein Unterangebot
28 an Pflegeplätzen, das zwangsläufig zu steigenden Preisen führt, zu verhindern.

29 **Arbeitsbedingungen im Pflegesektor**

30 Die Beschäftigten im Pflegesektor sind häufig mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen
31 konfrontiert. Wir begrüßen ausdrücklich den als allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn für
32 Pflegenden, jedoch ist dies nur ein erster Schritt in Richtung gute Arbeit. Um die Beschäftigten
33 wirksam vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu schützen, muss mehr passieren. So muss Leih-
34 und Zeitarbeit re-reguliert werden, die besonders häufig im Bereich der Pflegekräfte zum
35 Lohndumping genutzt wird. Darüber hinaus sind die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen der

1 Pflegekräfte arbeitnehmerInnenfreundlich zu gestalten, getrennte Schichten zu verbieten und der
2 Schichtbeginn familienfreundlich zu planen. Um in der ambulanten Pflege den übermäßigen
3 Zeitdruck zu verhindern, muss pro Arbeitstag eine Pufferzeit von 20 Minuten eingeplant werden.

4 Den Mitarbeiterinnen in den Pflegeberufen ist eine hinreichende vertikale und horizontale Aufstiegs-
5 und Wechselperspektive zu gewährleisten. Das heißt einerseits, dass ein umfassendes
6 Weiterbildungsangebot den Aufstieg innerhalb eines Zweiges der Pflege ermöglicht. Andererseits
7 sollte die Ausbildung der Pflegeberufe dahingehend modularisiert werden, dass alle Auszubildenden
8 die gleiche Grundausbildung erhalten und sich erst im zweiten oder dritten Lehrjahr auf einen
9 bestimmten Zweig spezialisieren. Dies ermöglicht z.B. einer Altenpflegerin einen späteren Wechsel zu
10 einer Tätigkeit als Kinderkrankenschwester wenn eine entsprechende Zusatzqualifikation erworben
11 wird.

12 Bei allen staatlichen oder teilstaatlichen Pflegeanbietern muss der Einfluss der öffentlichen Hand zu
13 Gunsten der Beschäftigten voll ausgeschöpft werden. Die Auftragsvergabe der Pflegekassen an private
14 Anbieter muss nach Kriterien der guten Arbeit erfolgen.

15 Langfristig ist zudem zu prüfen, inwieweit der Pflegesektor sich zur Etablierung eines breiten
16 öffentlichen Beschäftigungssektors eignet und auf das Zurückgreifen auf private Anbieter verzichtet
17 werden kann.

18 Wir fordern die Bündelung und die Zusammenarbeit der bestehenden Pflegeverbände, welche
19 gemeinschaftlich als Lobby für stationäre Pflegeheime und ambulante Dienste auftreten sollen.
20 Weiterhin fordern wir, dass die Pflegesätze durch ein pauschales Verfahren insgesamt deutlich
21 angehoben werden. Die Interessensvertretung der Pflegewirtschaft ist idealerweise durch die
22 Gründung einer Pflegekammer sicherzustellen.

23

G13 Ersthelferversorgung am Unfallort verbessern

LV Saar

Nach einem Unfall ist die Ersthelferversorgung ein essentieller Bestandteil in der sogenannten Rettungskette, da die ersten Minuten nach einem Unfall oft über Leben oder Tod entscheiden.

In Deutschland erlangt man meist erst beim Erwerb des Führerscheins Kenntnisse in Erster Hilfe. Hierzu schreibt die Fahrerlaubnisverordnung (FeV)¹⁶ den Besuch eines Kurses der Lebensrettenden Sofortmaßnahmen (LRSM) vor.

Die Anwesenheit an einem Kurs, welcher in vier Doppelstunden à 90 Minuten abgehandelt wird, reicht aus, um den benötigten Schein zu erhalten.

Eine Prüfung über das Gelernte ist nicht erforderlich.

Ebenso wird eine Auffrischung dabei nur als Empfehlung vorgeschlagen, ist aber gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Im Bundesdurchschnitt liegt der Besuch eines solchen Kurses 15 Jahre zurück. Hinzu kommt, dass rund 21 % der Bevölkerung über keinerlei Ersthelferkenntnisse verfügen.¹⁷

Einer Studie der Abteilung Notfallmedizin des Klinikums der Universität München¹⁸ zufolge, sind über 60 % aller Ersthelferinnen und Ersthelfer, welche einen LRSM Kurs besucht haben, nicht in der Lage eine ausreichende Erstversorgung am Unfallort zu leisten.

Vor allem bei schwerwiegenden Verletzungen, welche eine HLW¹⁹ oder die Lagerung in der Stablen Seitenlage erfordern, sinkt die Anzahl der richtigen Ausführungen.

Dies liegt häufig in der Angst vor Fehlern begründet, welche aus unzureichender Vorbereitung und schlechten Kenntnissen resultiert.

Wir fordern daher:

Ein intensives Grundseminar zu Beginn der Fahrausbildung, welches nicht auf einen Tag konzentriert, sondern zeitlich sinnvoll verteilt sein soll, in dem alle wichtigen theoretischen und

16 Paragraphen 19 ff (Stand: 07.01.2011): für die Klassen A, A1, B, BE, M, S, L und T

17 Stand: 2000

3 K. Burghofer¹ · M. Köhler^{1, 3} · E. Stolpe^{1, 2} · C.K. Lackner^{1, 2}

1 Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement, Klinikum der Universität München, München

2 Luftrettungsstation RTH Christoph 1, Städtisches Krankenhaus München-Harlaching, München

3 Klinik für Anästhesiologie – Innenstadt, Klinikum der Universität München, München

http://www.inm-online.de/pdf/forschung/2007_N_R_BUR_Erste_Hilfe.pdf

19 Herz-Lungen-Wiederbelebung

1 praktischen Informationen vermittelt werden. Das Gelernte wird als Teil der theoretischen
2 Führerscheinprüfung abgefragt.

3 Zusätzlich fordern wir die Einführung eines dreistündigen, kostenfreien Crash-Kurses, in dem das
4 Wichtigste nochmal ins Gedächtnis gerufen wird. Dieser ist jeweils im Abstand von fünf Jahren zum
5 vorangegangenen Kurs zu absolvieren²⁰ und endet mit einem Test am Ende des Kurses.

6 Darüber hinaus fordern wir, dass ein System für zuverlässige Erste-Hilfe-Ausbildung entwickelt wird.
7 Dies könnte z.B. an der Schule realisiert werden, durch jährlich für alle SchülerInnen ab der 8. Klasse
8 stattfindende Kurse, so dass jedeR SchulabgängerIn die Grundpraktiken zuverlässig erlernt hat.

9 Durch diese Maßnahmen wird die Angst vor Fehlern am Unfallort minimiert und somit die
10 Ersthelferversorgung verbessert, wodurch ein Notfall seltener zum Tod führen wird.

11 **Begründung erfolgt mündlich.**

12

20 Hierbei gilt das Ende des jeweiligen Kalenderjahres als Frist.

I1 Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit überwinden

LV NRW

Seit Beginn der 1990er Jahre sind das Internet, die Digitalisierung und die so genannten ‚neuen‘ Medien zum Motor einer neuen Aufklärung verklärt worden. Mit der Möglichkeit ohne großen Ressourcen-Aufwand zu MeinungsmacherInnen zu werden und über barrierefreie Kommunikationsmöglichkeiten sollte die Gesellschaft weiter demokratisiert und eine „fünfte“ Gewalt etabliert werden. Viele in die digitale Revolution gesteckte Erwartungen sind seitdem enttäuscht und das Ziel einer gerechteren Gesellschaft ist auch durch das Internet nicht erreicht worden. Demokratie kann erst durch digitale Prozesse und moderne Kommunikationsmittel erweitert werden, wenn auch ein hinreichender Teil der Gesellschaft einen Netzzugang und die notwendigen Kompetenzen zur Nutzung der Möglichkeiten hat.

Bei der Gestaltung der digitalen Gesellschaft dürfen wir ihre sozialen Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Im Internet spiegeln sich viele soziale Differenzen, die insgesamt in der Gesellschaft herrschen. Betrachtet man einschlägige Statistiken fällt auf, dass der typische Internetnutzer männlich, weiß, hochgebildet und unter 35 Jahren ist und somit sämtliche Stereotype und Ungleichheiten in der Online-Welt genauso wirken, wie offline. Mit der Breitbandkluft kommt noch eine weitere Ungleichheit hinzu, die große Metropolen und Ballungsgebiete von kleineren und ländlicheren Gebieten trennt. In der digitalen Gesellschaft herrschen Ungleichheiten, die nachhaltige negative Konsequenzen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben werden, wenn wir ihnen nicht politisch begegnen und auch im Internet die soziale Frage stellen. Bildungs- und einkommensschwache Schichten und der ländliche Raum werden in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt und erfahren gegenüber den Metropolregionen und sozioökonomisch gut ausgestatteten Schichten massive Nachteile in der gesellschaftlichen Teilhabe.

Die digitale Kluft hat Konsequenzen

Wenn in der modernen Demokratie immer öfter Projekte angestoßen werden, um über das Internet Bürgerbeteiligung zu sichern (Bürgerhaushalte, Diskussionsforen oder Abstimmungen), dann ist nicht länger sicher gestellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Chancen haben an diesen Projekten zu partizipieren. Internetnutzung ist ein Luxusgut, denn sie kostet ökonomische Ressourcen, die nicht für die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts aufgebracht werden kann. Bürgerinnen und Bürger ohne

1 entsprechende Ressourcen können an diesen Formen der politischen Beteiligung nicht teilhaben und
2 werden immer weiter aus dem Fokus von Politik gerückt.

3 Für die Suche nach Stellenangeboten wie für mögliche Bewerbungen sind Internetzugänge und
4 entsprechend Fähigkeiten in der Nutzung von digitaler Technik von immer größerer Bedeutung. Viele
5 Stellen werden bereits heute nur noch online veröffentlicht und/oder Bewerbungen werden nur noch
6 in digitaler Form akzeptiert. Der nächste Schritt ist erreicht, wenn weitere Stufen des
7 Bewerbungsprozesses online durchgeführt werden, um die Ressourcen der Unternehmen zu schonen
8 und gleichzeitig die technischen Kompetenzen der BewerberInnen zu testen. Ohne entsprechende
9 technische Ausstattung und Sicherheit in der Nutzung dieser Technik werden damit bestimmte
10 Gruppen systematisch von diesen Angeboten ausgeschlossen. Im Zuge der immer weiter
11 fortschreitenden Digitalisierung von Informationen droht diese Kluft sich immer weiter zu
12 vergrößern.

13 In Schulen und Hochschulen wird von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein
14 Mindestmaß an technischer Kompetenz und Infrastruktur voraus gesetzt. Hausaufgaben beinhalten
15 die eigenständige Recherche im Internet, medial unterstützte Präsentationen gehören bei Referaten zu
16 den Selbstverständlichkeiten und Seminarinhalte werden nur noch digital zur Verfügung gestellt. Wir
17 begrüßen den Einsatz von digitalen Medien in der Bildung, aber ohne entsprechende Kompetenzen
18 und/oder Infrastruktur werden SchülerInnen bereits früh von ihren besser ausgestatteten
19 KlassenkameradInnen abgehängt und Studierende mit Referaten ohne mediale Unterstützung erhalten
20 möglicherweise Punktabzüge. Schulen und Hochschulen fordern dabei Dinge ein, die sie selbst
21 aufgrund schlechter Infrastruktur nur in begrenztem Rahmen leisten und bieten. Bildungserfolg wird
22 damit auch auf technischer Seite von der individuellen ökonomischen Ausstattung von Schülern und
23 Studierenden abhängig.

24 Auch innerparteilich wird die digitale Kluft zum Problem in Zeiten, in denen zunehmend
25 Informationen und Ankündigungen über Mailinglisten und Webseites angeboten werden und
26 traditionelle Angebote wie Briefe und Telefonanrufe als zusätzlicher Aufwand wahrgenommen
27 werden. Für ehrenamtliche Arbeit in Politik und Gesellschaft können die Chancen, die in dieser
28 verbesserten technischen Infrastruktur stecken aber nur von denen genutzt werden, die über diese
29 Ressourcen verfügen. Menschen ohne PC und Internetzugang müssen ihr Engagement weiterhin mit
30 Stift und Papier organisieren und geraten so ins Hintertreffen gegenüber WettbewerberInnen, die
31 digitale Angebote schaffen.

32 Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts – und um diesen Rohstoff ist ein Wettbewerb
33 entbrannt, der die zentralen gesellschaftlichen Debatten prägt. Wenn wir weiterhin am Ziel einer
34 solidarischen digitalen Gesellschaft arbeiten wollen, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, die
35 digitale Kluft zu schließen. Wir JUSOS fordern daher eine umfassende politische Strategie, die allen

Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe an der modernen Gesellschaft bietet.

Die digitale Spaltung verhindern

Die Netzinfrastruktur in Deutschland muss flächendeckend so ausgebaut sein, dass allen Haushalten die Möglichkeit gegeben wird, einen leistungsfähigen Anschluss zu nutzen, der die Wiedergabe und Nutzung zeitgemäßer Netzinhalte ermöglicht und einen gleichen Zugang ermöglicht. Die in den vergangenen Jahren im Rahmen von LTE-Versteigerungen gesetzten Bedingungen für Provider sind zu überprüfen, so dass auch jenseits von Ballungsgebieten eine entsprechende Abdeckung und Versorgung erreicht wird. Der grundgesetzlich festgeschriebene Auftrag der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse muss auch für Breitbandzugänge, Mobilfunkabdeckung und dazugehörige Infrastruktur gelten und darf nicht nur ökonomischen Kriterien und den Interessen der Provider folgen. Breitbandversorgung muss in die Universaldienst-Regulierung aufgenommen und gesetzlich verankert werden. Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes liefert im Bereich Breitband geringe Gebühren in Ballungsgebieten auf Kosten der Infrastruktur im ländlichen Raum und lässt die Kluft weiter wachsen – hier ist ein politisches Eingreifen dringend notwendig.

Haushalten, die von staatlichen Unterstützungsleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts abhängig sind, muss die Möglichkeit gegeben werden, eine technisch angemessene Infrastruktur zur Nutzung des Internet anzuschaffen, auf einem aktuellen Stand zu halten und im Bedarfsfall zu ersetzen. Die entsprechenden Pauschalen für die Nutzung von Telekommunikations- und Informationsdiensten bedürfen einer Erhöhung, um zeitgemäße Anschlusskosten zu decken. Die Kosten für Ausstattung und ggf. notwendige technische Schulung müssen unabhängig von der Höhe der variablen Bezüge sichergestellt sein und als erstattungsfähige Kosten der Wohnungsausstattung gewährt werden, so dass keine zusätzliche Belastung für die Betroffenen entsteht. Nur so kann die gesellschaftliche Exklusion von EmpfängerInnen von staatlichen Unterstützungsleistungen gestoppt werden, die massiv vom Zugang zu Informationen abhängt.

In öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Bibliotheken, Rathäuser und Volkshochschulen) müssen frei zugängliche Internetterminals und W-Lan Access Points zur Verfügung stehen, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der barrierefreien Informationsbeschaffung zu geben. Wenn Bund, Länder und Kommunen Prozesse organisieren, die auf Online-Partizipation fußen, muss parallel eine Möglichkeit eingerichtet werden, diese Angebote auch für Menschen zugänglich zu machen, die zu Hause über keine entsprechende technische Ausstattung oder die notwendigen Kompetenzen verfügen, um eine echte BürgerInnenbeteiligung zu ermöglichen. Über Schulungsangebote an Volkshochschulen muss ein Angebot bereit gestellt werden, dass eine eigenständige und kompetente Nutzung des Internet für alle Generationen und Schichten erlernbar

1 macht. Um die Attraktivität kommunaler Angebote bei Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen, muss
2 auch hier eine entsprechende technische Ausstattung bereit gestellt werden.

3 In Schulen müssen Computer-Räume auf den aktuellen technischen Stand gebracht und gehalten
4 werden, um dort mehr tun zu können als Tabellenkalkulation und Schreibmaschinen-Kurse.
5 SchülerInnen muss die Nutzung dieser Räumlichkeiten auch außerhalb des regulären Schulunterrichts
6 (z.B. in AGs und in Freistunden) möglich sein, um das Internet und die digitale Welt eigenständig zu
7 entdecken. In allen Schultypen und Altersstufen müssen der Umgang und die Nutzung von digitalen
8 Medien zum Standard werden und dürfen nicht von den Möglichkeiten des Elternhauses abhängig
9 sein. LehrerInnen muss die Möglichkeit einer regelmäßigen digitalen Weiterbildung gegeben werden.

10 Maßnahmen in Infrastruktur und Netzzugang können ihre Wirkung nur entfalten, wenn gleichzeitig
11 die Inhalte und Services diskriminierungsfrei angeboten und abgerufen werden können.
12 Netzneutralität ohne Dienstklassen muss daher in Deutschland dringend gesetzlich verankert
13 werden. Die Aufgabe der Netzneutralität würde ein Zwei-Klassen-Internet zur Folge haben, in dem
14 der Zugang zu Informationen und Wissen von ökonomischen Faktoren bestimmt und die
15 gesellschaftliche Spaltung noch vertiefen würde. Neben der Umsetzung in der Bundesrepublik müssen
16 hier auch endlich europäische Initiativen folgen, um ein nationalstaatliches Kleinklein zu verhindern.

17 Kluge Forschungspolitik muss in die Potenziale der digitalen Wirtschaft investieren und sich verstärkt
18 mit den Chancen und Risiken für ArbeitnehmerInnen, die durch eine zunehmende Digitalisierung
19 der Arbeitswelt entstehen, auseinandersetzen. Die digitale Gesellschaft ist weiterhin eine stark
20 monopolistisch geprägte Gesellschaft, insbesondere was die Standardisierung von Software betrifft.
21 Eine politische Stärkung und ein deutliches Bekenntnis zu freier Software in der Verwaltung von
22 Bund, Ländern und Kommunen und in öffentlichen Einrichtungen würde diesen Monopolen Einhalt
23 gebieten und gleichzeitig Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit erhöhen. Durch die standardmäßige
24 Nutzung von Open-Source-Software in öffentlichen Einrichtungen würde zudem eine weitere
25 technische Barriere abgesenkt. Nur frei verfügbare und quelltextoffene Software kann gleiche
26 Voraussetzungen im Privaten wie in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen schaffen, die
27 das Wissen um die Bedingungen von Software weniger abhängig von ökonomischen Voraussetzungen
28 und Ressourcen machen würde.

29 Der Zugang zu Wissen und Informationen darf aber nicht bei der Verbesserung der Infrastruktur für
30 NutzerInnen stehen bleiben. In der digitalen Gesellschaft ergeben sich Verbreitungswege für Wissen
31 und Informationen, die bisher massiv von ökonomischen Interessen gesteuerte Zugangsmöglichkeiten
32 demokratisieren können. Insbesondere Open Access-Verfahren für Ergebnisse gesellschaftlich
33 geförderter Forschung können hier einen wichtigen Beitrag leisten und müssen ausgebaut werden. Die
34 Erstverwertung via Open Access muss zum Standard werden und darf nicht als Nebenprodukt
35 eigentlich kommerziell gesteuerter Verbreitungswege gesehen werden. Der Zugang zu Informationen,

1 Wissen und Bildung ist auch von deren Bereitstellung abhängig und ist ein entscheidendes Merkmal
2 der Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Daher ist auch der Zugang zu sogenannten
3 verwaisten und vergriffenen Werken ein Teil des Kampfes gegen die digitale Ungleichheit. Verwaiste
4 und vergriffene Werke müssen der Gesellschaft mit Hilfe digitaler Technologien zugänglich und
5 rechtssicher nutzbar gemacht werden.

6 Die solidarische digitale Gesellschaft ist demokratisch. Zu demokratischer Kultur gehört aber auch die
7 Waffengleichheit zwischen den Akteuren. Daten aus Politik und Verwaltung müssen den Menschen
8 zugänglich sein, um Entscheidungen beurteilen und sich Meinungen bilden zu können. Der Zugang
9 zu diesen Daten darf aber nicht nur Eingeweihten und ExpertInnen möglich sein, sondern ist ein
10 wesentlicher Bestandteil einer modernen und demokratischen Kultur. Open Data Portale bieten eine
11 hervorragende Möglichkeit eine Öffnung und Transparenz von Politik zu ermöglichen. Etablierte
12 Macht- und Herrschaftsstrukturen können hier aufgelöst und das Verhältnis von Herrschenden und
13 Beherrschten neu ausgerichtet werden. Besonders auf kommunaler Ebene biete sich eine
14 Weiterentwicklung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten, Online-Service-Angeboten und
15 eGovernment an.

16 Die digitale Spaltung in Abgehängte und kompetente NutzerInnen, in Outsider und Insider, gilt es zu
17 überwinden – dies nicht nur hinsichtlich des technischen Zugangs zum Netz, sondern auch in der
18 Nutzung des Netzes. Daher fordern wir endlich ein barrierefreies Netz zu realisieren, welches von
19 allen NutzerInnen, unabhängig von deren körperlichen, sozialen oder technischen Möglichkeiten
20 uneingeschränkt (barrierefrei) genutzt werden kann. Dafür sind technische und gesellschaftliche
21 Veränderung gleichermaßen notwendig. Die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV)
22 ist zu überarbeiten, an aktuelle Standards anzupassen und regelmäßig auf ihre Kompatibilität mit
23 neuen Entwicklungen zu überprüfen. Insbesondere die Einrichtungen und Körperschaften der Länder
24 müssen verpflichtet werden die BITV endlich umzusetzen. Auch nicht-staatliche Angebote sind
25 häufig nicht barrierefrei und es müssen politische Maßnahmen getroffen werden, die digitale
26 Gesellschaft in allen Dimensionen barrierefrei zu gestalten. Web-Angebote aller Art müssen
27 zukünftig barrierefrei und nach Maßgabe der BITV gestaltet werden. Dazu sind auch entsprechende
28 Schulungen von AutorInnen und InhaltenanbieterInnen notwendig. Auch sprachliche Barrieren
29 verhindern regelmäßig eine freie und gleiche Nutzung von Online-Angeboten. Web-Angebote,
30 insbesondere von Behörden öffentlichen Rechts, müssen multilingual angeboten werden. Menschen
31 nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-Ausländer) müssen Onlinedienste verstehen
32 können. Um Akzeptanz für diese Maßnahmen und die ihnen vorausgehenden tabuisierten Probleme
33 zu schaffen, kann z.B. von staatlicher Seite durch Prämien und öffentliche Förderung eine
34 Popularisierung barrierefreier Webangebote geschaffen werden.

1 Das Ziel einer solidarischen digitalen Gesellschaft scheitert aktuell noch an einer massiven
2 Ungleichverteilung von Ressourcen und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft. Diese Ungleichheit
3 zu überwinden und auch in der digitalen Gesellschaft soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, muss das
4 Ziel jungsozialistischer und sozialdemokratischer Netzpolitik werden.

5

K1 Linke Wirtschaftspolitik

Bundesvorstand

Die ökonomische Basis ist eine der zwei entscheidenden Grundlagen für die Verhältnisse, in denen wir arbeiten und eine der Grundlagen für die Verhältnisse in denen wir leben. Sie ist der wichtigste Ansatzpunkt zur Umsetzung unserer politischen Vorstellungen. Wir beschränken uns dabei nicht nur auf die Alltagspolitik und mittelfristige Projekte, sondern denken auch immer die Systemfrage mit. Dabei verstehen wir Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als ein zusammenhängendes System, das sich historisch durch die Produktivkraftentwicklung und die Auseinandersetzung verschiedener Interessen herausgebildet hat. Man kann den Kapitalismus nicht ohne die Rolle des Staates verstehen und ebenso kann nicht durch einfache Entscheidungen unser Wirtschaftssystem verändert werden. Gerade die vergangenen Jahre mit den zugespitzten Krisen haben gezeigt, wie abhängig das derzeitige Wirtschaftssystem vom staatlichen Eingreifen ist. Die Bewältigung der Krisen ist die aktuell größte Herausforderung. Unser Anspruch ist es aber nicht, zu den Verhältnissen vor der Finanzkrise 2008 zurückzukommen, sondern das Potential des Wandels in der Krise zu nutzen, um auch grundsätzliche Veränderungen herbeizuführen, wieder ein Primat der Politik durchzusetzen und die Kräfteverhältnisse zu Lasten der Kapitaleseite und zu Gunsten der Teilhabe der Menschen zu verschieben. Die zentralen Ziele sind die Verbesserung des Wohlstands der Menschen, gesellschaftlicher Fortschritt und eine gerechte und somit gleiche Verteilung dieses Wohlstands, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu vernichten. Es geht darum, Ökonomie sozial, demokratisch und nachhaltig umzugestalten. Daraus leiten sich die Ansatzpunkte unserer Strategie ab, die voneinander abhängen und sich gegenseitig bedingen – Vollbeschäftigung, ökologische Ausrichtung der Industrie, Umverteilung und Demokratisierung.

Die Erwerbsarbeit steht bei unserem Ansatz im Zentrum, nur durch menschliche Arbeit werden Werte geschaffen, sie ist die Grundlage für Versorgungssicherheit und Wohlstand. Arbeit ist die treibende Kraft um Fortschritt zu erreichen.

In einer kapitalistischen Gesellschaft ist der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital das zentrale Auseinandersetzungsfeld zur Veränderung der Gesellschaft. Wird das Kräfteverhältnis in der Arbeitswelt verschoben, hat dies Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Hier müssen unsere Vorschläge ansetzen, ansonsten kümmern wir uns oftmals um die Symptome und nicht um die Ursachen. So läuft eine Diskussion über Altersarmut, die sich nur auf das Rentensystem fokussiert und die Arbeitsmarktpolitik vernachlässigt ins Leere. Die Hauptauseinandersetzung ist allerdings die Frage, wie der Wert den die Arbeit schafft verteilt wird. Hier geht es nicht nur um Tarifpolitik, sondern zum Beispiel auch um die Frage wer zahlt Steuern und wofür werden sie verwendet. Die Erwerbsarbeit nur auf Arbeitsmarktpolitik zu beschränken ist falsch.

1 In einer arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unseren, wird über die Erwerbsarbeit nicht nur die
2 Stellung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft die Macht- und Reichtumsverteilung vermittelt,
3 sondern sie ist auch zentral für gesellschaftliche Teilhabe und Fortschritt. Durch die Teilhabe an
4 einem Prozess, der die natürlichen Lebensgrundlagen schafft und Verbesserungen der
5 Lebensbedingungen anstrebt, wird soziale Anerkennung vermittelt. Teilhabe am Arbeitsmarkt schafft
6 deshalb auch gesellschaftliche Teilhabe, Erwerbslosigkeit bedeutet dagegen Ausgrenzung.
7 Diskussionen um die Abwertung von Erwerbsarbeit stehen den Bedürfnissen von Menschen entgegen
8 und hebeln weder kapitalistische Ausbeutungsmechanismen aus, noch haben sie gesellschaftlich
9 emanzipatorisches Potential. Daher lehnen wir jedes, wie auch immer geartetes bedingungsloses
10 Grundeinkommen ab. Wir wollen, dass sich jeder Mensch im Rahmen seiner Fähigkeiten produktiv
11 daran beteiligt, die gesellschaftlich notwendige Arbeit zu erbringen. Vollbeschäftigung ist damit Ziel
12 solidarischer und progressiver Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Vollbeschäftigung ist aber auch
13 die beste Voraussetzung, um den Einfluss der ArbeitnehmerInnen zu stärken. Dies gilt es durch
14 Sozialpolitik und Ausbau der Mitbestimmung zu begleiten.

15 Es wird die Aufgabe der Jusos sein, die konkreten Projekte für das Erreichen dieses Zieles zu
16 erarbeiten und unsere Positionen zu einem geschlossenen Projekt zusammenzuführen. Um dies
17 zielgerichtet voranzutreiben, brauchen wir eine klare Richtlinie unserer Politik. Nicht nur in den
18 Diskussionen mit einigen unserer BündnispartnerInnen wird immer wieder deutlich, dass zwar
19 grundsätzliche Einigkeit über das abstrakte Ziel, die Überwindung des Kapitalismus besteht, dem aber
20 sehr unterschiedliche Grundannahmen, Politikverständnisse und Strategieansätze zu Grunde liegen.
21 Auch innerhalb der Jusos spiegeln sich diese Unterschiede wieder. Mit diesem Antrag soll die
22 Voraussetzung dafür geschaffen werden, in den nächsten Jahren an konkreten Forderungen zu
23 diskutieren und sich dabei nicht immer wieder im Grundsätzlichen zu verlieren.

24 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Ziele, die wir mit unserer Wirtschaftspolitik
25 verwirklichen wollen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle am Wohlstand und dessen Produktion
26 gerecht und selbstbestimmt beteiligt sind. Die Herausforderungen unserer Zeit kann nicht mit
27 Stückwerk begegnet werden. Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise, zunehmende
28 Verteilungsungerechtigkeit innerhalb einzelner Länder, aber auch global, Prekarisierung der
29 Arbeitswelt und der Klimawandel können nur bewältigt werden, wenn bei den Lösungsansätzen alle
30 Ebenen, von der Kommune bis hin zu den internationalen Institutionen, einbezogen werden. Wenn
31 wir wirklich etwas bewegen wollen, hilft uns allein das Ausmalen einer Wunschgesellschaft nicht
32 weiter. Wir müssen unsere Ansätze aus dem Bestehenden heraus entwickeln und über Erfolge und
33 Überzeugung Mehrheiten für ein anderes Wirtschaften gewinnen. Wir setzen auf kollektive Lösungen
34 und ein solidarisches Miteinander bei der Bewältigung der Probleme, Individuen können alleine die
35 Gesellschaft nicht verändern, uns geht es gerade um die gemeinsame Lösung der Probleme, um damit

1 die Voraussetzung für eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen. Die Bedingungen dafür sind ein
2 Bekenntnis zur Zentralität der Erwerbsarbeit, dem Primat der Politik und der staatlichen
3 Handlungsfähigkeit. Die Kerninstrumente heißen Demokratisierung aller Lebensbereiche, auch der
4 Wirtschaft, und Umverteilung von oben nach unten.

6 **Deutschlands aggressive Wirtschaftspolitik als Krisenursache!**

7 Die westlichen Industrienationen stecken in einer schweren Krise. Diese ist Folge einer
8 jahrzehntelangen Politik der Liberalisierung und Deregulierung, die mit dem Versprechen eines
9 hohen Wachstums und Wohlstandes für alle verkauft wurde, tatsächlich aber zu höherer
10 Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems und einer massiv ungleichen Einkommens- und
11 Vermögensverteilung geführt hat.

12 Zentrale Aspekte dieser Politik waren – auch unter sozialdemokratischen Regierungen weltweit – das
13 Zurückdrängen des Staates als Akteur in der Wirtschaft sowie eine Deregulierung der nationalen
14 Arbeits- und der internationalen Güter- und Finanzmärkte. Dies hat – gerade auch in Deutschland –
15 zu sinkenden Reallöhnen und in der Folge zu einer massiven Verschiebung der
16 Einkommensverteilung hin zu den KapitalbesitzerInnen geführt. Folge ist eine hohe Konzentration
17 der Vermögen bei gleichzeitig rückläufigen Renditen in der Realwirtschaft, die unter einer durch die
18 niedrigen Löhne bedingten Wachstumsschwäche leidet. Für Vermögen wurden daher Anlageformen
19 mit hohen Renditen auf den Finanzmärkten gesucht, die zunehmend riskanter ausgestaltet wurden.
20 Dies hat zu mehreren spekulativen Blasen geführt, in der Finanzkrise ab 2007 ist dieser Prozess
21 kumuliert. Die Finanzkrise wiederum hat die Eurokrise ausgelöst, aber nicht alleine verursacht.

22 Die aktuelle Politik ist geprägt von hektischem Handeln der Regierungen, um die Auswirkungen der
23 Krise zu bekämpfen, ohne dabei die tatsächlichen Ursachen anzugehen. Der marktradikale
24 Mainstream in Wirtschaftswissenschaft und Politik versucht zu vermitteln, „zu hohe“ Staatsschulden
25 von Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland oder der USA seien die zentrale
26 Ursache der Krise. Dem folgen Lösungskonzepte, die vor allem darauf ausgerichtet sind, dem Staat
27 die „Droge Geld“ zu entziehen und die Krise zu nutzen, um den Staat erneut massiv zurückzubauen.

28 Die bisherigen politischen Lösungskonzepte, gerade der schwarz-gelben Bundesregierung und der
29 EU-Kommission, folgen diesem Mainstream und versuchen, mit massiven Sparauflagen oder der
30 europaweiten Verankerung einer Schuldenbremse, der Doktrin des Staatsrückbaus zu folgen. Diese
31 Maßnahmen sind aber weder geeignet, die Wirtschaft in Europa zu stabilisieren und die
32 Finanzmärkte zu beruhigen, noch die Euro-Zone für die Zukunft sicher aufzustellen. Wenn dies
33 Pläne so fortgesetzt würden, hätte dies nur zur Folge, dass immer mehr Euro-Staaten
34 handlungsunfähig werden und der Druck auf die einzelnen Länder durch die Finanzmärkte immer

1 größer wird. Dadurch wird der Euro nicht stabilisiert, sondern werden nur noch weitere Länder in den
2 Abwärtssog geraten und damit auch wieder die Banken in eine neue Krisensituation gebracht.

3 Zentrale Ursache der „Euro-Krise“ ist die Fehlkonstruktion des Euro-Raums, bei der, neoliberalen
4 Vorstellungen von Deregulierung folgend, die Währungsunion nicht von einer Wirtschaftsunion
5 begleitet wurde. Dies hat zu massiven Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen Entwicklung
6 geführt, bei der gerade Deutschland durch eine aggressive Außenhandelspolitik die eigene Wirtschaft
7 auf Kosten schwächerer Staaten gefördert hat, was diese nun in die Krise geführt hat.

8 Kernelemente der deutschen Politik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit waren staatlich
9 eingeforderte Lohnzurückhaltung, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Gerade unter Rot-Grün
10 mit den Hartz-Gesetzen), sowie die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme (z.B. Riester-
11 Rente). Vor allem im Dienstleistungs-, aber auch im produzierenden Sektor (u.a. bedingt durch
12 Leiharbeit), ist die Lohnentwicklung im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarländern am
13 schlechtesten. Folge davon war eine schwächelnde Binnennachfrage, während gleichzeitig der Export
14 massiv gesteigert wurde. Das hat katastrophale Auswirkungen, da die anderen Mitgliedsstaaten der
15 Währungsunion Leistungsbilanzunterschiede nicht mehr mit Währungsabwertungen ausgleichen
16 konnten und damit immer größere Leistungsbilanzdefizite aufbauen mussten. Es war von vornherein
17 klar, dass es nicht gut gehen kann, wenn die größte Volkswirtschaft in einer Währungsunion diese
18 systematisch dazu nutzt, um Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen Mitgliedsländern
19 aufzubauen. Die deutsche Politik hat die Eurokrise provoziert.

20 Der Euro wurde weitgehend nur unter dem Aspekt diskutiert, die Wechselkurse zwischen den Euro-
21 Ländern abzuschaffen, damit der innereuropäische Handel ohne Wechselkursoszillationen betrieben
22 werden kann. Es ging allein darum, die Vorteile für große exportierende Unternehmen auszunutzen.
23 Die viel wichtigere Eigenschaft des Euros, nämlich Wechselkursspekulationen auf die Währung der
24 Euro-Länder zu verhindern, wurde dabei nie in den Vordergrund gestellt.

25 Lösung der Krise kann es nicht sein, das deutsche Modell der aggressiven Steigerung der
26 Wettbewerbsfähigkeit auf alle Euro-Staaten zu übertragen, wenn alle Staaten versuchen, Löhne zu
27 drücken und damit mehr zu exportieren, führt dies nicht zu einem Ausgleich der
28 Wettbewerbsunterschiede im Euroraum, sondern nur zu wirtschaftlicher Stagnation auf Grund einer
29 ausgeprägten Schwäche der Binnennachfrage.

30 Für eine Überwindung der Euro-Krise und eine dauerhaft stabile wirtschaftliche Entwicklung ist eine
31 Neuorientierung der Wirtschaftspolitik Europas und vor allem Deutschlands notwendig. Die
32 marktradikalen Vorstellungen gehören endgültig auf den Schrotthaufen der Geschichte. Die
33 Sozialdemokratie in Europa muss treibende Kraft bei der Entwicklung einer alternativen
34 Wirtschaftspolitik sein. Diese muss auf eine Stärkung der Binnennachfrage, auf der Förderung eines
35 nachhaltigen Wirtschaftswachstums, auf der Beseitigung der Ungleichgewichte im Euro-Raum und

international, auf Reallohnzuwächse und besserer sozialer Absicherung, einer stärkeren Rolle des Staates im Wirtschaftssystem – als Akteur und als Regulator – und einer Demokratisierung der Wirtschaft beruhen. Zentral ist dabei auch die Stärkung der Gewerkschaften und der Machtposition der ArbeitnehmerInnen.

Wirtschaft progressiv entwickeln

Die Herausforderung einer progressiven Wirtschaftspolitik liegt in der Verbindung einer auf materiellen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik mit den Herausforderungen, die sich aus knappen Ressourcen ergeben, sowie mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Prämissen sind dabei für uns, dass technologische und wissenschaftliche Fortschritte für alle Menschen und nicht nur für einen (besonders begüterten) Teil zur Verfügung stehen müssen. Keine Perspektive ist es daher für uns, dass zur Schonung der Ressourcen ein Teil der Bevölkerung von Fortschritt und Teilhabe abgekoppelt wird. Ziel muss es daher sein, dass die Wirtschaft materiellen Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe für Alle ermöglicht, ohne dass die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.

In einigen Debattenbeiträgen, die sich ebenfalls mit dem Ziel einer (vermeintlich) progressiven Wirtschaftspolitik befassen, wird der Blick für die Vielfältigkeit dieser Ziele aus den Augen verloren und der Blick stark auf die Schonung der Ressourcen verengt. Daraus wird dann teilweise die (verkürzte) Schlussfolgerung gezogen, die Menschen müssten schlicht auf die Erhöhung des materiellen Wohlstands und auf weitere Bedürfnisbefriedigung verzichten. Argumentiert wird, dass insbesondere in Industrienationen bereits ein ausreichendes Wohlstandsniveau erreicht sei. Dementsprechend könne bei knappen Ressourcen die Güterproduktion reduziert werden. Eine solche Herangehensweise impliziert jedoch, dass der Staat festschreibt, wann ein befriedigendes Maß an Wohlstand erreicht ist. Diese Forderung ist erstens unrealistisch, weil es nicht vorstellbar ist, wie der Staat einen generellen Verzicht auf bestimmte materielle Güter effektiv und umfassend für alle Wirtschaftsbereiche regulieren soll. Sie ist zweitens bevormundend und anmaßend insofern, dass sie allgemein definieren will, welche Bedürfnisse ein Mensch legitimer Weise haben darf. Sie ist drittens zynisch, weil sie gesellschaftlichen und menschlichen Fortschritt behindert. Auch in Industrienationen kann nämlich von einem befriedigenden Niveau an Wohlstand nicht gesprochen werden. Dies zeigt schon das Beispiel der medizinischen Versorgung, wo es wohl nie zu einem ausreichenden Maß an Wohlstand kommen kann. Die Forderung geht – viertens – von der irrigen Annahme aus, dass Wirtschaftswachstum mit Ressourcenverbrauch gleichzusetzen sei. Gerade eine schonendere Nutzung von Ressourcen führt aber dazu, dass letztlich der Arbeitsanteil in der Produktion steigt – das wiederum erzeugt ebenfalls Wirtschaftswachstum. „Verzichtsforderungen“ starten zwar mit einer

1 richtigen Erkenntnis der Ausgangssituation, kommen aber aufgrund falscher Analysen zu falschen
2 Forderungen.

3 Darüber hinaus wird gelegentlich der Versuch unternommen, Wirtschaftswachstum gegen
4 Ressourcen- und Umweltschutz auszuspielen. Daran ist zunächst richtig, dass Ressourcen- und
5 Umweltschonung äußerst wichtige Ziele sind. Auch wir Jusos orientieren uns an diesen Zielen. Falsch
6 ist aber die Annahme, dass sich hieraus ein Widerspruch ergibt. Dass eine wachsende Wirtschaft ein
7 sinnvolles politisches Ziel ist, bedeutet nicht, dass *alles*, was Wirtschaftswachstum generiert, zu
8 begrüßen ist. Natürlich gibt es viele Entwicklungen, die schädlich sind, aber dennoch Wachstum
9 erzeugen. Beispielhaft genannt seien nur der Neubau von Atomkraftwerken oder die Produktion von
10 Rüstungsgütern. Deshalb ist natürlich eine Neudefinition des Fortschrittsbegriffs ohne bloße
11 Wachstumsorientierung und eine umfassende Regulierung der Wirtschaft erforderlich, die dabei auch
12 festlegt, dass Ressourcen sparsam und effizient eingesetzt werden und die Umwelt nicht zerstört wird.
13 Falsch ist dagegen die Annahme, dass nur, weil es auch schädliches Wachstum gibt, Wachstum
14 insgesamt abzulehnen sei. Im Gegenteil: Gerade Maßnahmen, die dem Erhalt der natürlichen
15 Lebensgrundlagen dienen, werden in hohem Maße Wirtschaftswachstum produzieren. Beispielhaft
16 genannt sei hier nur die Energiewende, die in den nächsten Jahren Infrastrukturprojekte in einem
17 erheblichen Ausmaß erfordert. Ressourcen- und Umweltschutz muss also durch Regulierung
18 stattfinden.

19 Wir Jusos treten dagegen für die umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen
20 ein. Dies bedeutet auch eine Erhöhung des materiellen Wohlstands. Dabei müssen alle Menschen das
21 Recht haben, selbst über ihre Bedürfnisse zu entscheiden. Arbeitslosigkeit und ein insgesamt zu
22 geringes Lohnniveau führen aber dazu, dass die meisten Menschen nicht adäquat am Wohlstand, den
23 die Wirtschaft insgesamt produziert, beteiligt werden. Der Reichtum der Gesellschaft ist äußerst
24 ungleich verteilt. Hier bedarf es politischer Steuerung zur Umverteilung des Reichtums. Das
25 Einkommen der Masse der Menschen muss stärker wachsen als Unternehmensgewinne, um eine
26 Angleichung bzw. zumindest eine Annäherung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Umverteilung
27 bedeutet dann aber auch, dass den Reichen etwas weggenommen wird. Dabei ist dann mit massiven
28 gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu rechnen. Eine wachsende Wirtschaft schafft dabei
29 Umverteilungsspielräume. Wirtschaftswachstum kann uns deshalb strategisch dabei helfen, unsere
30 Ziele durchzusetzen.

31 Für uns Jusos ist damit klar: Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck. Wirtschaftswachstum bietet
32 aber die besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.
33 Fortschritt kann in einer wachsenden Volkswirtschaft leichter erreicht werden als in einer
34 stagnierenden. Wirtschaftswachstum und Ressourcen- und Umweltschutz schließen sich keineswegs

1 aus. Deshalb wird ein so verstandenes Wirtschaftswachstum Ziel einer progressiven Wirtschaftspolitik
2 sein.

4 **Handlungsfähiger Staat und Markt**

5 Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben staatliche Interventionen und keynesianische
6 Nachfragepolitiken ein Comeback erlebt. Die beiden Konjunkturpakete und staatliche Krisenpolitik
7 insgesamt haben in Deutschland für ein hohes Maß an Stabilität gesorgt. Die Krise hat außerdem die
8 neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte delegitimiert und
9 zu einer massiven Vertrauens- und Akzeptanzkrise des gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialmodells
10 in Deutschland geführt. Die Logik der Rendite und Shareholder orientierten Kurzfristigkeit und der
11 neoliberalen Hegemonie gilt es dauerhaft zu durchbrechen. Der Staat hat sich selbst entmachtet und
12 handelte als Agent des Finanzkapitals und nicht des Gemeinwohls. Marktversagen ist von
13 Politikversagen im Sinne fehlender Regulierung und falscher Prioritätensetzung nicht zu trennen,
14 auch deswegen brauchen wir eine aufgeklärte politische Debatte um Staat und Markt, die diese im
15 Zusammenhang und nicht getrennt betrachtet.

16 Die Lehre der Vergangenheit ist es, dass das Setzen auf Marktlogiken und Selbstheilungskräfte des
17 Marktes nicht zu mehr Gemeinwohl und gesellschaftlichen Fortschritt geführt hat. Vielmehr wurde
18 die Krisenhaftigkeit des Marktes noch verstärkt und die gesellschaftliche Ungleichheit nahm eklatant
19 zu. Widerlegte Marktgläubigkeit und die Ideologie der Entstaatlichung müssen durch ein
20 Staatsverständnis ersetzt werden, das diesen als aktiven, steuernden Akteur begreift.

21 Die Privatisierung zahlreicher Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung
22 muss beendet werden. Stattdessen brauchen wir frei zugängliche kollektive Güter wie Wasser oder
23 Bildung und gleichheitsorientierte Sozialstaatsreformprojekten wie der Bürgerversicherung, einer
24 diskriminierungsfreien Grundsicherung oder der Erwerbstätigen-versicherung. Darüber hinaus ist der
25 Staat selbst aufgrund seiner Infrastrukturorientierung und seiner hohen Beschäftigungswirkung ein
26 Wirtschaftsfaktor.

27 Der Markt produziert Krisen und Ungleichheit; er ist ökologisch blind. Dennoch kann es nicht um
28 die bloße Überwindung oder Abschaffung des Marktes als solchen gehen. Vielmehr gilt es, seine
29 dynamische Anpassungs- und Innovationsfähigkeit sowie vor allem sein Potential als effizientes
30 Instrument zur Verteilung von Gütern nutzbar zu machen. Dies kann durch einen entsprechend
31 aktiven Staat, umfassende Regulierungs- und Sanktionsmechanismen und wirtschaftsdemokratische
32 Steuerung geschehen. Außerdem wird es Aufgabe des Staates sein, in einer Pionierrolle
33 nachhaltigkeitsorientierte Wachstumssektoren mit Förderprogrammen, öffentlichen
34 Beschaffungspolitiken und regulativer Bevorzugung zum Erfolg zu verhelfen. Es gilt Strukturwandel

1 sozialpolitisch zu begleiten und gestaltend einzugreifen. Dafür setzen wir auch weiterhin auf einen
2 starken industriellen Sektor, statt nur die Potentiale von neuen Dienstleistungen auszubauen.

3 Um dies zu erreichen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Dafür wiederum ist die
4 fiskalpolitische Freiheit eine Grundvoraussetzung. Dies setzt ausreichende, verlässliche Einnahmen
5 voraus. Schuldenabbau und ausgeglichene Haushalte sind im Grundsatz erstrebenswerte Ziele, aber
6 wenn man sie bedingungslos durchsetzen will, ohne die Einnahmen zu erhöhen, bleibt nur der Weg
7 über die Ausgabenkürzung. Dies führt zu einem Abwürgen der Konjunktur und wird letztlich den
8 gegenteiligen Effekt haben. Mit der Aufnahme der sogenannten „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz
9 wird die Handlungsfähigkeit zukünftiger Bundestags- und Landesparlamentsmehrheiten und in der
10 Folge auch der Kommunen massiv eingeschränkt. Dies widerspricht unserem Demokratieverständnis.
11 Wir fordern deshalb die Abschaffung der Schuldenbremse.

12 Wenn der Staat eine aktivere Rolle übernehmen soll, ist dies nicht gleichzusetzen mit Zentralisierung.
13 Im Gegenteil: Die Kommunalpolitik ist die Ebene, auf der politische Entscheidungen am schnellsten
14 wirken und die BürgerInnen unmittelbar betreffen. Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass
15 sie nicht nur zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben in der Lage sind, sondern auch weitere soziale
16 Leistungen und die Gestaltung eines lebendigen Lebensumfeldes gewährleisten können. Auch die
17 zunehmende Debatte um Rekommunalisierung stößt auf das Hindernis der klammen Haushalte.
18 Damit Kommunen gestalten können müssen sie mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sein.

19 Eine Stärkung der Kommunen hat ebenfalls den Vorteil, dass hierüber eine stärkere demokratische
20 Gestaltung von wirtschaftlichen Entwicklungen erreicht werden kann. Dabei sind kommunale
21 Wirtschaftsbetriebe ein aktueller Ansatzpunkt. Noch heute ist – trotz der umfangreichen
22 Privatisierungen – der Großteil der Unternehmen in öffentlicher Hand kommunal. Durch diese
23 können sowohl Einnahmen erzielt, als auch die Angebote für Verbraucher besser und günstiger
24 erbracht werden. Dabei kommt es nicht auf die Stellung der öffentlichen Hand als Eigentümer an,
25 sondern auf die Ausrichtung der Unternehmensstrategie am Gemeinwohl. Dies gilt insbesondere für
26 die Energieerzeugung. Der anstehende Umbau zu regenerativen Energien muss vor allem dezentral
27 und kommunal organisiert werden, ohne dass ärmere Menschen zu stark belastet werden. Dabei geht
28 es um öffentliche Stadtwerke, Vernetzung der privaten Kleinanlagen und in Zusammenarbeit mit dem
29 Bund die Übernahme der Netze. Dadurch kann die Monopolstellung der Energiekonzerne verdrängt
30 werden. Die Übernahme von EnBW durch Land und Kommunen kann ein gutes Beispiel für die
31 Anlagen der anderen drei Energiekonzerne sein. Das immer rigider wertende europäische
32 Regelungsregime verhindert tendenziell kommunale Eigenbetriebe. Auf diese Weise wird aber nicht –
33 wie behauptet – der Markt gestärkt. Vielmehr werden häufig für oligopolisierte Unternehmen
34 Absatzmöglichkeiten erzwungen, indem den Kommunen verboten wird, eine bestimmte Leistung

1 selbst anzubieten. Diese EU-Politik trägt planwirtschaftliche Züge zugunsten privater
2 Wirtschaftsunternehmen und wird von uns abgelehnt.

3 Mit einem bei den Kommunen oder Kommunalverbänden angesiedelten öffentlichen
4 Beschäftigungssektor könnten noch weitere wünschenswerte Aufgaben erfüllt und zusätzliche
5 Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein starker öffentlicher Beschäftigungssektor kann Arbeitslosigkeit
6 bekämpfen und strukturpolitische Anreize setzen. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor darf dabei
7 nicht zu einer reinen Arbeitsbeschaffungsmaschinerie werden. Potentiale für öffentliche
8 Beschäftigungssektoren sind zum Beispiel die Pflege- und Gesundheitsbranche. Ziel eines
9 progressiven öffentlichen Beschäftigungssektors ist die Übernahme von Aufgaben, die ohnehin
10 staatlich bezuschusst werden, aber bisher über freie Träger zu Dumpinglöhnen mit privaten Profiten
11 oder gar nicht erbracht werden. Dies ist insbesondere für das Verhältnis des öffentlichen
12 Beschäftigungssektors zum klassischen öffentlichen Dienst wichtig. Grundlage müssen gute
13 Arbeitsbedingungen und tarifliche Entlohnung sein. Dies kann sowohl über direkte kommunale
14 Unternehmungen oder auch in selbstorganisierten Gemeinschaftsunternehmen organisiert werden, die
15 wenn nötig staatlich unterstützt werden.

17 **Stärkung der Gewerkschaften**

18 Zu aller erst kommt es in der Lohnfrage darauf an, in welcher Lage sich die Gewerkschaften - unsere
19 natürlichen Partner - befinden, Lohnanstiege durchzusetzen. Es muss uns Jusos immer bewusst sein,
20 dass die Lohnfrage die erste Verteilungsfrage ist. Entscheidend dafür sind Organisationsgrade und die
21 Flexibilität von Beschäftigungsverhältnissen. Es ist nicht neu, dass Leiharbeit und befristete
22 Beschäftigung das Potential für Gewerkschaften, Mitglieder zu organisieren, massiv verschlechtern.
23 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen durch neue Regulierung zurückgedrängt und der
24 Sozialstaat auf die neuen Lebensrealitäten angepasst werden. Flexibilität muss erheblich teurer sein als
25 ein Normalarbeitsverhältnis. Das gilt auch für neu aufgekommene atypische Beschäftigung wie
26 Werksverträge. Viele Unternehmen verfügen über keine betriebliche Mitbestimmung, was die
27 Organisation von Beschäftigten für die Gewerkschaften vor Ort nahezu unmöglich macht. Versuche
28 von Beschäftigten in Betrieben, in welchen kein Betriebsrat existiert, einen solchen zu gründen, hat
29 schon vielfach zu Kündigung der Betroffenen geführt und gleichzeitig den Druck auf den Rest der
30 Belegschaft erhöht, sich zu emanzipieren. Solchen skandalösen Vorgängen soll Einhalt geboten
31 werden, indem ab der Initiative für eine Betriebsratsgründung bis zur Existenz eines Betriebsrats eine
32 die Kündigung von allen Mitarbeiterinnen für diesen Zeitraum nicht möglich ist. Darüber hinaus
33 sollen Gewerkschaftsangestellte unangekündigtes Zutrittsrecht zu Betrieben bekommen, um so den
34 Kontakt zu Beschäftigten herstellen zu können, die in Unternehmen arbeiten, in welchen es keinen
35 Betriebsrat gibt. Dies sind zwei Beispiele, um durch politische Maßnahmen die Rolle der

Gewerkschaften wieder zu stärken. Dies alleine wird nicht ausreichen, eine Umkehrung der Kräfteverhältnisse kann nur im Zusammenspiel von Politik und Gewerkschaften gelingen.

Demokratisierung der Wirtschaft

Es ist unser Anspruch, alle Lebensbereiche zu demokratisieren, dazu gehört auch das Wirtschaftssystem. Dafür ist das oft genannte, aber selten ausgeführte Schlagwort Wirtschaftsdemokratie zentral. Meistens erschöpfen sich Diskussionen darüber in Ansätzen der makroökonomischen Steuerung, der Regulierung der Finanzmärkte und der Ausweitung der Mitbestimmung. Sicherlich sind dies alles unverzichtbare Elemente zur Demokratisierung unseres Wirtschaftssystems, allerdings wird dies zum einen nicht genügen, und zum anderen haben derzeit diese Ansätze sehr wenig Aussicht auf Durchsetzung.

Um einen Richtungswandel hin zu mehr Wirtschaftsdemokratie zu schaffen, muss in vielen Bereichen gehandelt werden. Neben den oben beschriebenen Ansätzen, der Marktsteuerung, Stärkung des öffentlichen Sektors mit einer starken Rolle der kommunalen und regionalen Ebene und der Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte gehört zur Demokratisierung der Wirtschaft auch die Einführung und Stärkung alternativer Unternehmensformen.

Gerade der Ansatz arbeitnehmergeführter Unternehmen im Genossenschaftsmodell wieder für weitere Bereiche zu etablieren, sollte Ziel von Förderpolitik sein. Heute gibt es Genossenschaften de facto nur noch im Banken- und Wohnungsbereich. Besonders der „Exklusivvorteil der Mitglieder“ im Gegensatz zu prekären Arbeitsverhältnissen, ob als Beschäftigte oder in der Selbstständigkeit, macht dieses Modell interessant. Im Sektor der sozialen Dienstleistungen, aber auch bei Teilen des Handwerks oder bei sozialen, kulturellen oder ökologischen Projekten können genossenschaftliche Kooperationen eine Alternative in sicherer Beschäftigung bilden. Dies alles bewirkt zwar noch keinen grundsätzlichen Wandel und kann alleine nicht genügen, weshalb für uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten klar ist, dass diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen nur eine mittelfristige Lösung darstellen können. Langfristig bleibt unser Ziel eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in der sich der Markt an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Die notwendige Demokratisierung aller Lebensbereiche kann es im Kapitalismus nicht geben, weswegen wir für ein demokratisches und sozialistisches Wirtschaftssystem kämpfen. Demokratie als gesellschaftliche Notwendigkeit – Sozialismus als konsequente Demokratie!

K2 Europa gerecht für alle. Die Zukunft des Euroraums solidarisch gestalten.

Bundesvorstand

Die europäische Integration hat 60 Jahre lang zu Frieden und Wohlstand beigetragen. Geschaffen aus den Schrecken des europäischen Nationalismus ist sie bis heute die weitgehendste politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen Nationalstaaten und weist über jene hinaus. Weltweit gilt die Europäische Union als Vorbild für regionale Integration. Trotz aller Defizite gerade im sozialen Bereich ist dieser Ruf berechtigt.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, von vielen zu Recht als die bisher höchste Stufe der Integration zwischen europäischen Staaten bezeichnet, hat viele Vorteile: Der größere Währungsraum stabilisiert gegen Spekulationen, der Wegfall der Wechselkursschwankungen erleichtert den Handel und die länderübergreifend einheitliche Währung schafft Vorteile für VerbraucherInnen und TouristInnen. Jedoch krankt der Euro seit seiner Gründung am Fehlen einer komplementären Wirtschafts- und Sozialunion einerseits und einer politischen Union andererseits. Diese Kritik am Euro und seinen Institutionen hat die gesellschaftliche Linke schon seit dessen Gründung geäußert. Noch nie ist sie aber so weitgehend anerkannt worden wie heute, da der Euroraum in der tiefsten Krise seit seiner Gründung steckt.

Es braucht ein anderes Europa, ein Europa, das wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit miteinander vereint. Mit kurzfristigen Hilfspaketen allein ist diese Kursänderung nicht zu haben. Die Verfasstheit des Euroraums insgesamt muss fundamental geändert werden, damit der Euroraum und das europäische Projekt noch eine Zukunft haben.

Die Eurokrise und die institutionelle Verfassung der Europäischen Währungsunion

Die Eurokrise ist zwar eine Konsequenz der großen Finanzmarktkrise, die 2008 in den USA begonnen hat – sie ist aber auch eine Krise, die in den Institutionen des Euroraums angelegt ist. Die „Disziplinierung“ der Regierungen durch die Finanzmärkte zuzulassen ist eine der wesentlichen Grundpfeiler des Euroraums. Der Liberalisierung und Integration der Finanzmärkte, die Zentralisierung der Geldpolitik und der Verzicht auf eine Koordinierung der Fiskal- und Lohnpolitik der Mitgliedsstaaten haben zu wachsenden Auslandsschulden der heutigen Krisenländer geführt und den Finanzmärkten die Möglichkeit gegeben, potenziell jedes Land der Eurozone in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben.

Das zentrale Problem der Krisenländer sind nicht die staatlichen Defizite und Schulden, sondern die in den letzten Jahren stark gestiegenen Defizite und Schulden der ganzen Volkswirtschaft – neben

dem Staat auch den Unternehmen und den Haushalten - gegenüber dem Ausland. Die Defizite aller Sektoren der Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland werden als Leistungsbilanzdefizite bezeichnet.

Nur im Fall Griechenlands waren diese Defizite in den Jahren vor der Krise wesentlich durch die Defizite des Staates begründet. In Irland und Spanien haben die Auslandsschulden vor allem wegen der privaten Defizite von Haushalten und Unternehmen zugenommen. Beide Länder haben die auf staatliche Defizite fixierten Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts systematisch eingehalten und ihre staatlichen Schuldenquoten sogar reduziert: Die Regierungen beider Länder erzielten in den Jahren vor der Krise regelmäßig Überschüsse im Staatshaushalt, die staatliche Schuldenstandsquote in Irland lag noch im Jahr 2007 unter 30% des Bruttoinlandsprodukts, und in Spanien unter 40% (in Deutschland lag sie bei etwa 60%).

Obwohl beide Länder noch unmittelbar vor der Krise von der EU-Kommission und von den europäischen Finanz- und Wirtschaftsministern als Musterbeispiele für eine Fiskalpolitik im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt bezeichnet wurden, sind sie heute hart von der Eurokrise getroffen. Der Grund liegt darin, dass die sich aufgrund der realen Auf- und Abwertungen in der Eurozone und die dadurch entstehenden Leistungsbilanz-Defizite in diesen Ländern privatwirtschaftliche Kreditblasen gebildet haben, die über Auslandsverschuldung finanziert wurden. Als diese mit der globalen Finanzkrise ab 2008 platzten, mussten die Staaten den Unternehmen und Haushalten beispringen, indem sie Banken retteten, den angeschlagenen Immobiliensektor stützten und die ausfallende private Nachfrage durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme stabilisierten. Erst dies hat zum starken Anstieg der Staatsverschuldung geführt, die nun durch SpekulantInnen angegriffen wird.

Durch das vollkommene Ausblenden der Leistungsbilanzentwicklungen und der privaten Auslandsverschuldung waren sowohl die VertreterInnen der Europäischen und internationalen Organisationen als auch ‚die Finanzmärkte‘ gegenüber der sich abzeichnenden Krise innerhalb des Euro-Währungsgebietes lange blind. Erneut hat sich gezeigt, dass unregulierte Finanzmärkte eben keine effizient funktionierenden Märkte sind, sondern durch irrationale Übertreibungen Fehlentwicklungen noch befeuern.

Bereits die globale Finanzkrise ab 2008 hat gezeigt, wie wenig effizient die Finanzmärkte funktionieren. Im Zuge der Eurokrise insbesondere ab 2010 sind dann die Renditen der Staatsanleihen in den Ländern mit hohen Auslandsschulden massiv gestiegen, weil Anleger ihre Gelder aus diesen Ländern plötzlich abgezogen haben. Auf den Finanzmärkten wurde nun gegen die Staatsanleihen von Regierungen spekuliert, deren Schulden stark gestiegen waren, weil sie für die Folgen der zuvor von den Finanzmärkten maßgeblich beförderten Überschuldung des Privatsektors aufkommen mussten. In Griechenland wurde die Spekulation weiter angeheizt, als bekannt wurde,

1 dass die ehemalige Regierung die Statistiken zur Staatsverschuldung gefälscht hatte. Zudem ist es der
2 griechischen Regierung seit langem nicht gelungen, ein funktionierendes Steuersystem aufzubauen.

3 Mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben die teilnehmenden Staaten die
4 bewusste politische Entscheidung getroffen, wichtige geldpolitische Optionen wie
5 Geldmengensteuerung, Festsetzung von Zinssätzen und Kontrolle des Außenwerts der Währung an
6 eine europäische Institution abzutreten. Da die europäischen Krisenländer die Souveränität über ihre
7 Währung verloren haben, sind sie darauf angewiesen, dass die anderen Mitglieder des Euroraums
8 und/oder die Europäische Zentralbank – über die sie nur begrenzte Kontrolle haben – ihnen die
9 Mittel zur Bedienung ihrer Schulden zur Verfügung stellen. Die EZB hat in der Eurokrise durch den
10 Ankauf von Staatsanleihen und große Flexibilität bei der Refinanzierung von Banken einen
11 wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung geleistet, den die Regierungen der Eurozone nicht erbracht
12 haben. Sie hat damit die restriktive, rein auf Preisstabilität fixierte Politik der Vorkrisenzeit, die die
13 ungleichen Entwicklungen im Euro-Raum und damit das Entstehen der Krise begünstigt hat,
14 korrigiert. Jede Äußerung von Verantwortlichen, die an der Bereitstellung der notwendigen Mittel
15 zweifeln lassen, verschärfen die die Krise in letzter Instanz. Das Agieren der schwarz-gelben
16 Bundesregierung, die sich diesbezüglich mehrfach und teilweise zeitgleich diametral widersprochen
17 hat, war ein Krisenkatalysator par excellence.

18 Würden die Euro-Mitgliedsländer und die EZB öffentlich erklären, dass alle Schulden der
19 Krisenländer garantiert werden und damit die Zahlungsfähigkeit der Krisenländer unter allen
20 Umständen aufrecht erhalten wird, müssten die Anleger auf den Finanzmärkten nicht mehr um
21 Verluste fürchten. Das würde zum Ende der Spekulation und zum sofortigen Fall der Renditen in den
22 Krisenländern führen. Die Politik könnte ihre verlorene politische Souveränität wieder erlangen und
23 Zeit gewinnen, die fundamentalen Ungleichgewichte im Euroraum durch einen klugen
24 Wirtschaftspolitik und institutionelle Reformen anzugehen.

25 *Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum beheben*

26 Auch wenn alle Schulden der Euroraummitglieder garantiert würden, würden die ökonomischen
27 Ungleichgewichte durch die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit weiterhin bestehen bleiben.
28 Die Auslandsschulden würden wegen der Leistungsbilanzdefizite weiterhin wachsen. Nichts führt
29 daher daran vorbei, dass die Leistungsbilanzdefizite (und damit natürlich auch die
30 Leistungsbilanzüberschüsse) in der Eurozone geschlossen werden müssen. Dafür müssen die
31 Krisenländer aber positive Wachstumsaussichten haben. Da in diesen Ländern die Staaten ihre
32 öffentlichen Einnahmedefizite abbauen müssen und durch die gemeinsame Währung keine
33 Abwertung möglich ist, müssen die Wachstumsimpulse vor allem von außen kommen. Das bedeutet
34 vor allem für die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen - und hier vor allem Deutschland -

1 verstärkte Anstrengungen. Damit würde einerseits der Euroraum stabilisiert und andererseits
2 Dumpingstrategien zu Lasten der Beschäftigten verhindert.

3 Dabei ist es zentral, einen wesentlichen buchhalterischen Zusammenhang nicht aus dem Blick zu
4 verlieren: Überschussländer wie Deutschland können nur dann Leistungsbilanzüberschüsse erzielen –
5 also vor allem mehr exportieren als importieren – wenn andere Länder Leistungsbilanzdefizite
6 verzeichnen. Soll es ernsthaft darum gehen, den Krisenländern innerhalb des Euro die Chance zur
7 Verringerung ihrer Leistungsbilanzdefizite und damit ihrer Auslandsschulden zu geben, haben die
8 Überschussländer keine andere Wahl, als ihre Überschüsse im gleichen Maße abzubauen. Soll der
9 Euroraum weiterhin Bestand haben, führt an der solidarisch organisierten symmetrischen
10 Reduzierung der Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Währungsunion schlicht kein Weg
11 vorbei.

12 Dass es zu den steigenden Leistungsbilanzdefiziten und damit steigenden Auslandsschulden der
13 heutigen Krisenländer gekommen ist, hat mehrere Gründe.

14 Erstens haben sich die Wettbewerbsfähigkeit einiger Länder und damit ihre Exportchancen
15 verschlechtert. Ein wichtiger Grund hierfür ist das im Vergleich zu anderen Euroraum-Ländern
16 deutlich stärkere Wachstum der nominalen Lohnstückkosten. Der andere Grund war die propagierte
17 Theorie allein auf Dienstleistungen zu setzen und die Industrie abzubauen.

18 Zweitens hat Deutschland mit systematischer Lohnzurückhaltung die eigene Wettbewerbsfähigkeit
19 zum Nachteil der anderen Eurostaaten verbessert. Der Leistungsbilanzüberschuss wurde auch durch
20 die Reallohnverluste der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen finanziert. Von der
21 Exportorientierung Deutschlands haben eben nicht alle profitiert. Obwohl es im Vorfeld der
22 Euroeinführung Warnungen gab, Leistungsbilanzdifferenzen könnten zu großen Problemen führen
23 wurde dies in Deutschland ignoriert. Folge dieser Politik war unter anderem, dass Deutschland das
24 Inflationsziel der EZB unterschritt.

25 Drittens haben die privaten Finanzmärkte trotz der auseinanderlaufenden Wettbewerbsfähigkeit die
26 Leistungsbilanzdefizite der heutigen Krisenländer ohne Zögern finanziert. Bis zur Krise sind die
27 Zinsen auf staatliche und private Anleihen aller Euroraumländer fast gleich gewesen. Die privaten
28 Finanzmärkte haben also die Risiken aus der immer größeren Auslandsverschuldung und der
29 unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit nicht gesehen oder nicht sehen wollen – sie
30 profitierten von diesem System.

31 Viertens sind die heutigen Krisenländer seit der Euroeinführung schneller gewachsen als der
32 Euroraum in seiner Gesamtheit, so dass sie stetig mehr Waren und Dienstleistungen importiert als
33 exportiert haben, was sie mit ausländischen Krediten finanziert haben.

34 *Krisenabwehr, soziale und außenwirtschaftliche Stabilitätspakte und institutionelle Reformen für ein*
35 *langfristig erfolgreiches Europa*

1 Der Euroraum muss dringend stabilisiert und reorganisiert werden. Die Alternative ist der
2 Zusammenbruch des Euroraums, der zu fatalen Verwerfungen ökonomischer, sozialer und auch
3 politischer Art in ganz Europa würde. Es ist aber auch nicht zu akzeptieren, dass die gegenwärtige
4 Eurokrise, die in erster Linie durch Verwerfungen im Privatsektor und durch die Ineffizienz
5 deregulierter Finanzmärkte verursacht wurde, nun dazu führt, dass allerorts Kürzungen in den
6 öffentlichen Ausgaben für Beschäftigung, Bildung, Soziales und allgemein die Öffentliche
7 Daseinsvorsorge vorgenommen werden. Staatliche Sparprogramme in allen Ländern des Euroraums
8 würden die soziale Ungleichheit weiter erhöhen und zu einer gesellschaftlichen Spaltung führen, die
9 leicht außer Kontrolle geraten könnte. Mit der Ausweitung der Schuldenbrems auf die Eurozone wird
10 diese Abwärtsspirale nur verschärft und verstetigt. Es muss daher einen Mix geben aus kurzfristiger
11 Krisenreaktion, mittelfristigem Umbau des Euroraums und langfristiger politischer Union. Und wir
12 brauchen dringend eine Umverteilungspolitik, die im ersten Schritt die negative Umverteilung durch
13 die Finanz- und Wirtschaftskrise umkehrt.

14 Kurzfristig sind die Rettungspakete für Griechenland, der Europäische
15 Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilisierungs-Mechanismus (ESM)
16 zu unterstützen und müssen zu wirksamen Kriseninstrumente weiterentwickelt werden. Dazu bedarf
17 es der hinreichenden Aufstockung der Mittel des EFSF und des ESM. Der Rettungsschirm darf über
18 die Ausgabe von Krediten an Krisenländer keine Gewinne erwirtschaften. Kredite mit einem 3%
19 höheren Zinssatz, als ihn der EFSF am Markt aufgenommen hat, wie an Irland, darf es nicht mehr
20 geben. Die Rückzahlungszeiträume müssen deutlich länger werden, um den Krisenländern langfristig
21 Stabilität zu bieten. Hier wurden durch die Überarbeitung des EFSF einige richtige Schritte erreicht.

22 Ihre institutionelle Ausgestaltung muss trotz der Notwendigkeit schneller Bereitstellung von
23 Liquidität im Krisenfall die Haushaltsrechte demokratisch legitimierter Parlamente hinreichend
24 berücksichtigen, etwa über die Einbindung der zuständigen Ausschüsse.

25 Gleichzeitig müssen aber auch die demokratischen Rechte in den Krisenländern geschützt werden.
26 Deshalb geht es in die falsche Richtung die Kredite an die Bedingung zu knüpfen orthodoxe
27 Sparprogramme aufzulegen. Mit Hilfe der bisherigen Sparprogramme wurde der Staat in vielen
28 Ländern auf ein Minimum zurückgedrängt. Die Staatsfeindlichkeit der neoliberalen Ideologie setze
29 sich im Zuge der Diskussion über die Konsolidierung der Haushalte wieder durch. Staatlichen
30 Gestaltungsspielraum wird es für viele Krisenländer auch nach der Krise nicht geben. Wir lehnen
31 Sparprogramme die dem Staat weitreichende Gestaltungsspielräume entziehen ebenso ab, wie
32 Sparprogramme welche die Ungleichheit zwischen arm und reich vergrößern. Wir lehnen jegliche
33 Diskussionen über Sparkommissare von außen mit Durchgriffsrecht oder automatische Sanktionen ab.
34 Gerade in der Krise braucht die Politik Gestaltungsmacht.

1 Hier gibt es bisher auf Europäischer Ebene keine Diskussion und die Forderungen der EU gehen in
2 die andere Richtung. Initiativen, wie die erneute Klage gegen das VW-Gesetz gehen in die falsche
3 Richtung. Damit folgt die EU-Kommission weiter einer liberalen Strategie. Das VW-Gesetz sichert
4 Mitbestimmung und Arbeitsplätze; es muss erhalten bleiben!

5 Daneben ist die Einführung von Eurobonds dringend geboten, also solcher europäischer Anleihen,
6 deren Zinsen den (gewichteten) Durchschnittsbonitäten der Eurostaaten entsprechen. Diese Bonds
7 könnten einen Teil der öffentlichen Schulden der Euroländer vergemeinschaften und somit
8 Spekulationen gegen die Staatsanleihen einzelner anfälliger Länder erschweren.

9 Wir fordern die Schaffung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen. Es ist nicht
10 hinzunehmen, dass private Banken zu Zentralbankzinssatz Geld leihen können und dieses verteuert
11 weiter an Staaten leihen, allerdings ihre toxischen Papiere aktuell bei der EZB als Sicherheit
12 hinterlegen können. Eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen soll dann in Sondersituationen
13 und konjunkturell schwierigen Zeiten den Staaten direkt zu günstigen Konditionen Geld leihen
14 können.

15 Wir brauchen dringend Wachstumsimpulse auf europäischer Ebene, die den Krisenländern die
16 Möglichkeit geben, aus dem Teufelskreis von Verschuldung und Rezession auszubrechen. Dafür wäre
17 es nötig, das gerade die Überschussländer und insbesondere Deutschland Investitionen auf den Weg
18 bringen.

19 **V1:**

20 Kurz vor dem G-20 Gipfel hat die Europäische Union Griechenland ein weiteres Rettungspaket
21 angeboten, dass einen Schuldenschnitt beinhaltet. Die Ankündigung des griechischen Präsidenten
22 über das Paket eine Volksabstimmung abzuhalten, wurde von Ausland mit besten Falls mit
23 Unverständnis aufgenommen. In dieser Krisensituation wäre Stabilität das oberste Ziel, so die
24 Kritiker, das Ergebnis einer Volksabstimmung wäre nicht vorherzusehen, dies würde die Märkte
25 beunruhigen. Damit würde die Krise nur noch größer. Auf der anderen Seite beinhaltet das Paket
26 große Einschnitte in den Haushalt und jede Regierung hat das Recht das Volk über Entscheidungen
27 von so einer großen Tragweite abstimmen zu lassen. Am Ende zog der griechische Präsident seinen
28 Vorschlag nach einer Volksabstimmung zurück und legte sein Amt einige Tage später zu Gunsten
29 einer großen Koalition zurück. In der Öffentlichkeit blieb der Eindruck dass die Politik gegenüber der
30 Macht der Märkte machtlos ist. Dies spiegelt sich auch in den neuen Regierungen in Italien und
31 Griechenland wieder, die sich beide damit rühmen vor allem auf Experten von außen zu setzen, als auf
32 Partei-Politiker. Große Teile der Bevölkerung haben die Hoffnung aufgegeben, dass die Politik die
33 Finanzmärkte wirklich in die Schranken weist, sondern hoffen darauf, dass die Schuldenkrise
34 möglichst gut verwaltet wird.

1 Ob der vorgeschlagene Schuldenschnitt in Griechenland wirklich kommt, ist zum jetzigen Zeitpunkt
2 vollkommen unklar. Eines ist aber schon klar, die Auswirkungen auf Griechenland dürften sich in
3 Grenzen halten. Dieser Schuldenschnitt ist kein Befreiungsschlag für Griechenland, egal wie man die
4 Auswirkungen eines wirklichen Schuldenschnitts einschätzt. Allerdings ist schon jetzt absehbar, dass
5 dadurch die Staatsfinanzierung für alle europäischen Staaten nicht sicherer geworden ist. Seit der
6 Verkündung hat es für andere Staaten schlechtere Ratings gegeben, damit müssen sie sich zu immer
7 höheren Zinsen am Markt refinanzieren und geraten damit in Finanzierungsschwierigkeiten. Dies
8 kann den Euro als Ganzes gefährden.

9 Einen Schuldenschnitt für Griechenland, der einer staatlichen Teilinsolvenz gleich käme und somit
10 die Zinsen auch für andere Krisenländer in die Höhe schnellen ließe, lehnen wir ab. Er würde die
11 griechische Wirtschaft vollends zum Erliegen bringen und auch den privaten Bereich jegliche
12 Möglichkeit nehmen neue Impulse zu setzen. Wenn die derzeitigen Regierungen in Europa nicht
13 willens sind, Griechenlands Solvenz zu erhalten, wird auch jedes Versprechen, nach dem
14 Schuldenschnitt zu helfen unglaubwürdig. Ein Schuldenschnitt hätte nicht nur katastrophale
15 Auswirkungen auf die Situation, sondern würde immer weitere Staaten und Banken mit nach unten
16 reißen. Die Finanzmärkte können nur beruhigt, und damit die Finanzierungsmöglichkeiten über den
17 Finanzmarkt erhalten werden, wenn es endlich ein starkes Bekenntnis zum Erhalt des Euros und aller
18 seiner Mitgliedsstaaten gibt. Jede weitere Unsicherheit heizt die Spekulationen gegen einzelne Länder
19 nur weiter an. Ein Schuldenschnitt birgt aber auch die Gefahr eine erneute Bankenkrise zu
20 verursachen und damit auch die starken Länder wieder erheblich zu belasten. Davor schützten auch
21 die bisherigen Abschreibungen und Aufkäufe der EZB nicht, da es nicht auf die realen Bestände in
22 den Büchern der einzelnen Banken ankommt, sondern schon alleine das gegenseitige Misstrauen und
23 die Befürchtung weiterer Staatspleiten ausreicht um eine Kettenreaktion auszulösen. Dies hat die
24 Finanzkrise 2007 gezeigt. Darüber hinaus würden durch Schuldenschnitt auch nicht diejenigen
25 getroffen, die gegen den Euro oder Griechenland spekuliert haben. Die Finanzmärkte müssen auf
26 einem generellen Weg, unabhängig von ihren Beteiligungen in Griechenland mit zur Finanzierung
27 herangezogen werden.

28 Mittelfristig muss die Fiskalpolitik in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und insbesondere
29 in Deutschland in den nächsten Jahren expansiv ausgerichtet werden, um die wachstumshemmenden
30 Effekte der restriktiveren Fiskalpolitik in den Krisenländern abzumildern. Hiermit würde Deutschland
31 bereits mittelfristig im eigenen Interesse und zugunsten der Stabilität des Euroraums seine einseitige
32 Abhängigkeit vom Außenhandel reduzieren und zum Abbau der außenwirtschaftlichen
33 Ungleichgewichte beitragen. Die Finanzierung erhöhter staatlicher Ausgaben sollte dabei
34 vorzugsweise über gezielte Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen erfolgen. Dies

1 sollte im Sinne eines symmetrischen Abbaus von Ungleichgewichten gleichzeitig die Defizitländer im
2 Abbau ihrer Defizite unterstützen.

3 Ein außenwirtschaftlicher Stabilitätspakt für den Euroraum muss diesen symmetrischen Abbau
4 institutionell absichern. Er würde analog zum Stabilitäts- und Wachstumspakt arbeiten und
5 verbindliche Obergrenzen für Leistungsbilanzdefizite und –überschüsse festlegen. Dazu beinhaltet er
6 verbindliche Zeitpläne zur symmetrischen Anpassung von Überschuss- und Defizitländern
7 und wirksame Mechanismen bei Verstoß gegen die Obergrenzen. Zur Unterstützung der
8 Leistungsbilanzangleichung muss der makroökonomische Dialog zur besseren Koordinierung der
9 Lohn- und Fiskalpolitik aufgewertet werden. Weiterhin braucht es vermehrte Investitionen durch die
10 Europäische Investitionsbank und die Struktur- und Regionalfonds zur Unterstützung des
11 Aufholprozesses von Regionen mit Wettbewerbsproblemen. Das Mandat der EZB ist so zu
12 verändern, dass als mindestens gleichrangiges Ziel der Geldpolitik neben der Preisstabilität eine
13 synchrone wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone zu ermöglichen ist.

14
15 Hingegen lehnen wir eine Verschärfung des staatsschuldenorientierten Stabilitäts- und
16 Wachstumspakts, wie sie die aktuellen Beschlüsse („Sixpack“) des Europäischen Parlaments und Rates
17 der EU beinhalten, ab. Damit werden die prozyklischen Wirkungen des Paktes verstärkt und
18 Krisenländer zusätzlich belastet. Auch den Versuchen, den Euroländern eine Schuldenbremse nach
19 deutschem Vorbild aufzuzwingen, erteilen wir eine klare Absage.

20 Blickt man auf die Folgen, welche die versehentliche Abwertung Frankreichs durch die
21 Ratingagenturen hatte und die Versuche den Europäischen Rettungsschirm zu Fall zu bringen, über
22 eine Abwertung Frankreichs, dann wird deutlich, dass wir mittelfristig eine demokratisch kontrollierte
23 europäische Ratingagentur brauchen. Nur die Bewertungen von Ratingagenturen die demokratisch
24 kontrolliert und ihre Bewertungskriterien transparent offen legen sollen für die Erfüllung gesetzlicher
25 Vorschriften herangezogen werden dürfen. Dies gilt sowohl für staatliche Pensionsfonds die ab einer
26 bestimmten Bewertung verkaufen müssen, als auch für Bilanzierungsvorschriften.

27 Um die Dumpingstrategien einzelner Euroländer zu verhindern, die die Ungleichgewichte in der
28 Eurozone befördern, brauchen wir einen sozialen Stabilitätspakt für die EU. Dieser bestehend
29 mindestens aus Mindestanforderungen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der sich
30 am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn orientiert sowie Mindestanforderungen für die nationalen
31 Sozialausgaben in Abhängigkeit von der nationalen Wirtschaftsleistung, für die nationalen
32 Bildungsausgaben und für die Einnahmen aus verschiedenen Steuerarten, insbesondere auf hohe
33 Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne. Außerdem brauchen wir automatischen
34 Stabilisatoren wie eine europäische Basisarbeitslosenversicherung oder ein größeres EU-Budget um
35 asynchrone Konjunktursprünge in den Eurostaaten abzufedern. Die Einführung einer EU-weiten

1 Finanztransaktionssteuer für die Bewältigung der Finanzkrise könnte dazu ebenso beitragen wie zur
2 weltweiten Armutsbekämpfung und zum Klima- und Umweltschutz

3 Langfristig müssen zudem neue institutionelle Vorkehrungen zur Überwindung der sozialen und
4 gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte getroffen werden, damit der Euroraum ein tragfähiges
5 Wirtschaftsmodell entwickelt. Ein solches Wirtschaftsmodell erfordert eine Anpassung des
6 ordnungspolitischen Handlungsrahmens der Tarifpartner in der Eurozone und eine aufeinander
7 abgestimmte Fiskalpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten. Um dies langfristig zu ermöglichen, reicht
8 es nicht aus, dass einzelne Regierungen sich hier (freiwillig) koordinieren, weil die einzelnen Staaten
9 unterschiedliche Interessen verfolgen. Wettbewerb und Konkurrenz widersprechen aber grundsätzlich
10 einer freiwilligen Koordinierung, die konstruktive Kooperation erfordert. Deshalb müssen langfristig
11 auch die Strukturen so verändert werden, dass eine aufeinander abgestimmte Finanz- und
12 Wirtschaftspolitik begünstigt wird.

13 Dazu ist es nötig, Entscheidungen verbindlich auf europäischer Ebene zu treffen. Dafür ist es nicht
14 ausreichend, dass nur Entscheidungskompetenzen verlagert werden, ohne dass die Institutionen
15 angepasst werden. Notwendig ist es auch, dass zusätzlich die europäischen Entscheidungsgremien
16 demokratisiert werden. Im Zentrum dieser Demokratisierung steht für uns das europäische Parlament.
17 Es soll volles Budget- und Initiativrecht erhalten und muss gestärkt werden.

18 Nie war der Zeitpunkt dafür so günstig wie heute. Durch ein abgestimmtes europäisches Vorgehen
19 können wir in der Zukunft schnell und effektiv auf mögliche Krisen reagieren oder ihr Aufkommen
20 im Vorhinein verhindern.

21 Eine solche Strategie ist nicht ohne fundamentale Änderungen in der Verfasstheit der Europäischen
22 Union und ihrer Verträge zu bekommen. Das Projekt der europäischen Integration auf eine neue
23 Ebene zu heben kann auch nicht aus der Portokasse bezahlt werden. Es wird beträchtliche Summen
24 kosten und wird die Staatlichkeit der Mitgliedsstaaten und der EU grundlegend verändern. Über
25 sechzig Jahre nach Gründung der Montanunion ist dies der wahre Lackmustest für ein solidarisches,
26 föderales Europa, das gesamtwirtschaftliche Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet und
27 selbstzerstörerische nationale Egoismen überwindet. Europa gerecht für alle zu gestalten ist die
28 Alternative zu seinem Zerfall.

29

K3 Öffentliche Investitionen: Wir wissen, was wir tun.

LV NRW

Staatliche Investitionspolitik hat in der Diskussion meist ein hohes Potenzial für einen rein ideologischen Schlagabtausch. Obwohl wir Jusos natürlich auch eine klare ideologische Grundhaltung gegenüber staatlichen Investitionen haben, ist Ziel dieses Antrags zu diskutieren, welche staatlichen Investitionen aus unserer Sicht zwingend notwendig sind, um positive Wohlfahrtseffekte zu erzielen und auch um die Akzeptanz von Steuern zu heben.

Wir meinen: Nur, wenn immer wieder deutlich gemacht wird, was mit öffentlichen Geldern passiert und warum es notwendig ist, wichtige Investitionen zu tätigen, wird sich die Einstellung zur Erhebung von Steuern verbessern und auch nachhaltiger mit öffentlichen Geldern gewirtschaftet werden.

Der vorbeugende Sozialstaat

Verschiedene SozialdemokratInnen, unter anderem Hannelore Kraft, haben inmitten einer krisenhaften Zeit von insolventen Staaten und hyperventilierenden Märkten eine klare Haltung zu den finanziellen Pflichten und Aufgaben des Staats eingenommen. Sie vertreten eine Position, die wir Jusos begrüßen. Ganze Staaten drohen sich derzeit tot zu sparen, wenn soziale Leistungen und öffentliche Investitionen gnadenlos zusammengestrichen werden. An dieser Stelle darf auch nicht vergessen werden, was eine solch rigide Politik für den jüngeren Teil der Gesellschaft bedeutet. Es wird massiv mit der Bildung und Zukunft der jungen Generation gespielt, weshalb wir Jusos uns auch klar mit den friedlichen Protestierenden in Spanien und Griechenland solidarisieren!

Die Idee des vorsorgenden Sozialstaats wird derzeit in manchen Bundesländern mutig und entschlossen in die breite öffentliche Diskussion gebracht. Das Thema wurde jedoch weder neu erfunden, noch aus der Not heraus als Begründung für Politik heran gezogen. Dem vorsorgenden Sozialstaat liegt der Gedanke zugrunde, dass Sozialpolitik sich nicht darauf beschränken darf, die Auswirkungen sozialer Notlagen Einzelner auszugleichen, sondern vor allem dafür sorgen muss, die Entstehung solcher Notlagen vorsorgend und im Sinne der gesamten Gesellschaft zu vermeiden. Hierbei werden selbstverständlich die Bereiche Bildung, Erziehung, Gesundheitsvorsorge, Wirtschaft und andere Lebensbereiche eingeschlossen.

Während des letzten Jahres wurde die Diskussion um diesen Themenbereich besonders heftig und öffentlichkeitswirksam im Bundesland NRW innerhalb zwischen rot-grüner Koalition und schwarz-gelber Opposition geführt. Es wurden viele Positionen ausgetauscht und interessante Studien

1 angefertigt, welche die Haltung der Jusos bestärken. Eine vielbeachtete Studie bei der Prognos AG²¹,
2 welche die sozialen Folgekosten eindrucksvoll bilanziert und klar macht, wie viel Geld durch
3 durchdachte Investitionen kurz-, mittel- und langfristig eingespart werden kann, wird besonders
4 deutlich. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass mittel- bis langfristig ein Einsparpotenzial von 7,89
5 Mrd. Euro pro Jahr alleine im Bundesland Nordrhein-Westfalen ausgeschöpft werden kann. Zudem
6 würden ohne entsprechende Investitionen jährlich 15,38 Mrd. Euro (bestehend aus 7,7 Mrd. Euro
7 Nettoerwerbseinkommen der Betroffenen, 3,3 Mrd. Euro Einkommenssteuer und 4,45 Mrd. Euro
8 Sozialversicherungsbeiträgen) aufgrund fehlender Berufsabschlüsse verloren gehen. Die Studie rät
9 dringend zur Vermeidung sozialer Folgekosten und rät zu präventiven Strategien, also auch wichtigen
10 Investitionen. Auch Prof. Dr. Stefan Sell, Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und
11 Sozialwissenschaften, kommt in einem Vortrag „Präventive Bildungs- und Sozialpolitik und ihre
12 finanzpolitischen Implikationen“²² zu ähnlichen Schlüssen. Er rät dazu früher zu investieren, damit
13 spätere Reparaturen überflüssig werden: „Sukzessive Umschichtung der Ausgaben von den end-of-
14 pipe-Maßnahmen hin zu den frühen Interventionen“. Dabei weist er auch daraufhin, dass während
15 der Übergangszeiträume eine Doppelfinanzierung der Investitionen und Reparaturen nötig ist. Sogar
16 eine von der CDU in Auftrag gegebene Studie, die eigentlich eine Gegenposition beziehen sollte und
17 dies auch teilweise tut, kommt zu dem Schluss: „Grundsätzlich ist der Ansatz, präventiver
18 Sozialpolitik einen Vorrang gegenüber reaktiven Maßnahmen einzuräumen, sinnvoll. Sowohl aus
19 menschlichen als auch aus rein ökonomischen Gesichtspunkten ist die ex-ante-Verhinderung einer
20 Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen einem meist sehr teuren, langwierigen und häufig
21 äußert persistenten ex-post-Eingriff grundsätzlich vorzuziehen.“²³

22
23 Bereits Herbert Wehner hat in einer Rede von 1978 gesagt, „dass die präventive Funktion der
24 Sozialpolitik ausgebaut werden muss“. Der Sozialstaat solle nicht bloß als „Sanitätskolonne ‚mit dem
25 Pflasterkasten der Entwicklung hinterherlaufen“. Sowohl im Berliner Programm als auch im
26 Hamburger Programm legt die SPD Wert darauf, dass Sozialpolitik vor allem auch einen
27 vorbeugenden Charakter haben soll. Somit trifft ein klares Bekenntnis zur vorbeugenden Sozialpolitik
28 aus investitionspolitischer Sicht nicht nur den Nerv der Zeit, sondern zeigt auch unsere politische
29 Herkunft. Wir Jusos bekennen uns ausdrücklich zur Idee des vorsorgenden Sozialstaats, solange die
30 Präventionspolitik nicht gegen die reaktive Sozialpolitik ausgespielt wird. Für uns ist
31 selbstverständlich, dass Sozialleistungen nicht mit der Begründung gekürzt werden dürfen, dass sich
32 mittelfristig mit Präventionspolitik mehr sparen lässt.

21 Prognos AG: Soziale Prävention – Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Basel 2011.

22 Sell, Prof. Dr. Stefan: Präventive Bildungs- und Sozialpolitik und ihre finanzpolitischen Implikationen. Vortrag bei den „Gelsenkirchener Gesprächen“ der NRWSPD. Gelsenkirchen 2011.

23 Raffelhüschen, Bernd/ Benz, Tobias: Der Ausbau präventiver Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Freiburg 2011.

Der Investitionsbegriff

Der Begriff „Investition“ ist ein häufig missverständener und auch missbrauchter Begriff. Gerade in der politischen Debatte reicht es nicht aus, nur Investitionen in Sachkapital wie Gebäude unter diesen Begriff zu fassen. Auch wichtige staatliche Ausgaben z.B. im Bereich der Bildung, aber auch der präventiven Sozialpolitik sind insoweit Investitionen, als sie den Staat kurzfristig zwar Geld kosten, langfristig aber teils erhebliche Kosten einsparen. Allerdings wäre es eine Verkürzung der Aufgaben von Bildung und Sozialpolitik, diese nur als 'Investitionen in Humankapital' zu betrachten. Einer solchen Formulierung liegt ein Menschenbild zu Grunde, das den Menschen nur als ökonomisch verwertbaren Produktionsfaktor betrachtet; dieses Menschenbild lehnen wir ausdrücklich ab.

Dessen ungeachtet gilt aber wie schon formuliert, dass Ausgaben für Bildung und Sozialpolitik für den Staat genauso wie 'klassische' Investitionen eine 'Rendite' in Form später eingesparter Kosten abwerfen können. Deshalb ist es ausdrücklich falsch, wenn Konservative und Liberale für derartige Ausgaben eine Neuverschuldung kategorisch ausschließen. Wer so argumentiert, unterlässt im Zweifel wichtige staatliche Ausgaben, die später zu erheblich mehr Kosten staatliche Eingriffe erzwingen.

Zukunftsfelder zur Erhöhung eines langfristigen Wachstumspotenzials

Wichtige Zukunftsfelder für den Einsatz von staatlichen Investitionen liegen praktisch auf der Hand und werden auch gerne in Sonntagsreden beschwört. So zahlen sich Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zwar erst in einem langfristigen Wirkungshorizont aus, sind jedoch für die Informationsgesellschaft Vorbedingung. Von 1995 bis 2000 konnten in den USA 70 Prozent des zusätzlichen Wirtschaftswachstums auf Investitionen in IKT zurückgeführt werden.²⁴ Und natürlich zahlen sich auch Investitionen im Bereich Nachhaltigkeit doppelt aus: Auch wenn es für uns Juros in erster Linie ein Gebot der Vernunft und Menschlichkeit ist, unseren Klima und Umwelt zu schützen, so zahlt es sich dennoch auch wirtschaftlich aus. Schließlich belaufen sich unter der Prämisse des Nichthandelns die zu erwartenden weltweiten Kosten des Klimawandels auf bis zu 20 Prozent des globalen Bruttonationalprodukts (BNP); wohingegen Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen mit 1 Prozent des weltweiten BNP zu Buche schlagen. Zudem werden durch diese Investitionen weitere Wachstumspotenziale im Bereich der Forschung und Innovation freigesetzt.²⁵

Investitionen im Bildungssektor größte Aufgabe sozialer Prävention

²⁴ Wochenbericht des DIW unter <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/97609/09-19-1.pdf>

²⁵ Stern, N.: The Stern Review: The Economics of Climate Change. Cambridge MA 2006, www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm.

1 Bildung darf nicht vorrangig unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit diskutiert werden.
2 Jedem Menschen den Zugang zu bestmöglicher Bildung zu gewährleisten, ist ein zentraler
3 sozialpolitischer Auftrag, weil Bildung die Grundlage für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft und
4 für die Herausbildung der Persönlichkeit bildet.

5 Dessen ungeachtet hat eine Verbesserung des Bildungssystems natürlich auch positive ökonomische
6 Folgewirkungen. Auch hier wird die Debatte häufig verkürzt. Richtig ist aber, dass eine allgemeine
7 Erhöhung des Bildungsniveaus den Wandel der Erwerbsgesellschaft hin zu immer höher qualifizierten
8 Tätigkeiten unterstützt und damit z.B. dem sogenannten 'Fachkräftemangel' entgegenwirkt. Damit
9 wird wirtschaftliches Wachstum ermöglicht, was für den Staat höhere Einnahmen bedeutet, die eine
10 Art 'Rendite' für die Ausgaben ins Bildungssystem darstellen.

11 So zeigte die Studie der Prognos AG zur Bilanzierung von sozialen Folgekosten deutlich, dass eine
12 Erhöhung der AbiturientInnen-Quote auch das spätere Einkommen und somit natürlich auch die
13 Einnahmen des Staats aus Steuern deutlich ansteigen. Auch der viel zitierte Fachkräftemangel, der
14 von Prognos bis zum Jahr 2030 mit 730.000 Personen angesetzt wurde, würde zu dramatischen
15 Steuereinbußen von 6 Milliarden Euro führen. Zunächst wäre vor allem die Erhöhung der
16 AkademikerInnen-Quote notwendig, um dies zu verhindern, darüber hinaus aber auch die Erhöhung
17 der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

18 Neben diesen für uns wenig überraschenden Erkenntnissen der Prognos-Studie, die uns aber natürlich
19 dennoch auch in unseren bisherigen Beschlussfassungen zu diesem Thema bestärken, möchten wir
20 neben den direkten Effekten, die staatliche Investitionen im Bildungsbereich erzielen, auch die
21 indirekten Effekte, die weit über den Bildungssektor hinaus gehen, betonen.

22 Die Universitäten Köln und Münster haben beispielsweise ihre WirtschaftswissenschaftlerInnen
23 beauftragt, die Wirtschaftskraft ihres wissenschaftlichen Betriebs zu analysieren. Wissenschaft und
24 Forschung sind neben der Innovations- und Ausbildungsfunktion auch für direkte wirtschaftliche
25 Effekte für die Stadt und die Region Köln verantwortlich. Die Wirtschaftskraft der Kölner
26 Wissenschaft beträgt rund 1,25 Mrd. Euro pro Jahr. Die Nachfragewirkung der wissenschaftlichen
27 Einrichtungen beläuft sich dabei auf zirka 600 Mio. Euro Nachfrage, die der Studierenden auf rund
28 620 Mio. Euro sowie die durch wissenschaftliche Kongresse hervorgerufene Nachfragewirkung auf
29 rund 30 Mio. Euro. Die Verteilung der Wirtschaftskraft bzw. Nachfragewirkung auf einzelne
30 Branchen in der Region ergibt folgendes Bild: Rund 400 Mio. Euro Nachfragewirkung wird im
31 Wohnungswesen hervorgerufen, weitere rund 300 Mio. Euro im Einzelhandel und rund 150 Mio.
32 Euro im verarbeitenden Gewerbe. Die übrigen rund 400 Mio. Euro Nachfrageverteilen sich auf

1 weitere Branchen. Das durch die wissenschaftlichen Einrichtungen hervorgerufene
2 Gewerbesteueraufkommen beträgt allein für die Stadt Köln über 11 Mio. Euro pro Jahr.²⁶

3 Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Analyse der Universität Münster. Die Studie berücksichtigt
4 allerdings weniger die Nachfragewirkung, als die wirtschaftliche Bedeutung der Studierenden in der
5 Stadt Münster. Die von den Studierenden und ihren Besuchern getätigten Ausgaben fließen den
6 jeweiligen ZahlungsempfängerInnen (so z. B. Gastronomie oder Einzelhandel) als Umsatzerlöse zu.
7 Diese setzen die Erlöse für den Kauf von Vorprodukten bzw. Vorleistungen ein, bezahlen ihre
8 Angestellten und konsumieren einen Teil, was wiederum zu Beschäftigung und erneutem Konsum
9 führt. Somit vervielfachen sich die ursprünglichen autonomen Ausgaben durch die innerhalb der
10 städtischen Wirtschaft bestehenden Kreislaufbeziehungen. Es ergibt sich ein Gesamteffekt in Höhe
11 von 3.332 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Münster. Diese Arbeitsplätze werden allein durch die
12 Ausgaben der Studierenden und ihrer Besucher geschaffen.²⁷

13 Somit sind Investitionen im Bildungsbereich nicht nur von einem langfristigen Wirkungshorizont
14 geprägt, sondern haben auch kurzfristig einen messbar positiven Wohlfahrtseffekt für die
15 Gesamtgesellschaft. Insgesamt ist für uns Jusos hiermit eine solide und gute Begründung für eine
16 deutliche Erhöhung öffentlicher Investitionen im Bildungsbereich gegeben, wenn auch diese
17 Investitionen zwischenzeitlich durch Kredite finanziert werden müssten.

19 **Beispiel Kommunen: Politische Handlungsfähigkeit sichern**

20 Neben den inhaltlichen guten Gründen für Investitionen sehen wir auch politisch gute Gründe für
21 Investitionen innerhalb des vorsorgenden Sozialstaats. Zuletzt fehlte den Kommunen zunehmend
22 politische Handlungsfähigkeit. Diskussionen um die Kürzungen im kulturellen und sozialen Bereich
23 konnten schließlich nicht mehr sachorientiert geführt werden. Der reine Mangel musste verwaltet
24 werden, der Bewegungsspielraum, um derartige Kürzungen zu verhindern war praktisch gleich Null.
25 Und dennoch können Bürgerinnen und Bürger von der Politik zu Recht erwarten, dass sich die
26 Parteien in ihrem politischen Handeln unterscheiden und ihre Handlungsfähigkeit erhalten.
27 Sukzessive muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder hergestellt werden, damit die Politik
28 wieder in die Lage versetzt wird nachhaltige Investitionen zu tätigen.

29 Handlungsfähige Kommunen sind aber vor allem auch deshalb von hervorragender Bedeutung, weil in
30 den Kommunen ein beachtlicher Prozentsatz der präventiven Maßnahmen geleistet werden muss oder
31 müsste. Vor Ort gewinnt der vorsorgende Sozialstaat weitestgehend sein Gesicht und seine Akzeptanz
32 und hier können Fehlentwicklungen und Folgekosten reduziert werden. Gerade in den Kommunen

26 Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, unter <http://www.portal.uni-koeln.de/2870.html>

27 van Suntum, Lurweg, Spieker: Student Relations – Die ökonomische Bedeutung der Studierenden für die Stadt Münster

1 bedarf es umfassenden Konzepten, beispielsweise muss eine schlüssige Präventionskette von der
2 Betreuung der Eltern vor der Geburt ihres Kindes, bis zum Berufseintritt des Nachwuchses vorhanden
3 sein. So werden die sozialen Folgekosten minimiert und die Chancen der Menschen verbessert
4 vollumfänglich an der Gesellschaft zu partizipieren. Deshalb müssen Kommunen ausfinanziert
5 werden, damit sie nachhaltig investieren können.

6
7 Für die eigenständige Finanzierung der Kommunen war es zentral, dass die SPD im Bund den Erhalt
8 der Gewerbesteuer durchgesetzt hat. Diese muss langfristig zu einer Wertschöpfungssteuer
9 weiterentwickelt werden, um den Kommunen eine vom Konjunkturverlauf unabhängige
10 Finanzierung zu gewährleisten. Auch weitere kommunale Steuern wie die Grundsteuer müssen so
11 weiterentwickelt werden, dass sie höhere Einnahmen für die Kommunen generieren, ohne eine
12 unerwünschte Verteilungswirkung (z.B. über einen Anstieg der Mietpreise) zu verursachen. Die
13 Länder sind aufgefordert, die kommunalen Finanzausgleichssysteme finanziell so auszustatten und so
14 auszugestalten, dass die Kommunen entsprechend ihrer Bereitstellung von Infra- und Sozialstruktur
15 auch gegenüber dem Umland ausfinanziert sind. Die Länder und der Bund müssen die steuerlichen
16 Verteilungsschlüssel der Gemeinschaftssteuer zugunsten der Kommunen verändern. Außerdem muss
17 die zunehmende Übertragung von Aufgaben im sozialen Bereich ohne entsprechende Erhöhung der
18 Finanzausstattung der Kommunen (z.B. beim SGB II) beendet werden.

19 20 **Infrastruktur ausfinanzieren, statt von Substanz leben**

21 Die Infrastruktur ist ein absolut wichtiger Bestandteil der Bundesrepublik. Sie trägt dazu bei, dass das
22 Gemeinwesen funktionieren kann, sorgt für Mobilität, Kommunikation und Wohlstand. Wir sagen,
23 dass man Investitionen in Bildung als mindestens genauso wichtig bewerten muss, wie Investitionen in
24 Infrastruktur. Nichts desto trotz sind infrastrukturelle Maßnahmen wichtig. Verrottende öffentliche
25 Gebäude, kaputte Straßen und Wege – wer die Infrastruktur eines Landes verkommen lässt spart
26 kurzfristig möglicherweise Ausgaben. Doch langfristig ist dieses kurzsichtige Verhalten eine
27 Versündigung an der Gesamtgesellschaft. Wichtige und vor allem in der Entstehung teure, aber
28 wertvolle Infrastruktur, muss dringend erhalten und ausgebaut werden. Jeder Tag, den Investitionen
29 und Sanierungen von Infrastrukturmaßnahmen verschleppt werden, bedeutet das Leben auf Kosten
30 der Substanz unserer Gesellschaft. Und bedeutet vor allem einen Sanierungsstau, der immer größer
31 wird. So werden die Kosten für einzelne Projekte immer größer, je länger man mit
32 Instandsetzungsmaßnahmen wartet. Irgendwann kommt möglicherweise nur noch ein Abriss und
33 Neubau eines Gebäudes oder einer Brücke in Frage. Das treibt die Kosten dann zusätzlich in die
34 Höhe und hat mit präventiver Finanzpolitik gar nichts zu tun. Es herrscht jetzt schon dringender
35 Handlungsbedarf. Alleine in Nordrhein-Westfalen müssen beispielsweise in den nächsten 10 Jahren

1 auf den Autobahnen und Bundesstraßen rund 300 Brücken saniert oder teilweise neu gebaut werden,
2 wie das Verkehrsministerium am 4. Juli²⁸ veröffentlichte. Solche Projekte sind für die Mobilität und
3 Verkehrssicherheit und übrigens auch für die Versorgung mit Gütern, unabdingbar.

4 **Zur Akzeptanz von Steuern**

5 In Nordeuropa ist die Akzeptanz von Steuern unter den Bürgerinnen und Bürger eine merklich andere
6 als in der Bundesrepublik. Die skandinavischen Länder erreichen ihre eindrucksvolle
7 Wirtschaftsleistung mit relativ hohen Steuerlasten. Die Steuern als Anteil am Bruttoinlandsprodukt
8 sind 56 % höher als in Deutschland, mit Sozialabgaben immer noch 12 % höher. Die Lohnsteuer einer
9 Einzelperson ohne Kinder als Anteil am Bruttoeinkommen ist durchschnittlich 8 % höher.²⁹ In
10 Schweden, Dänemark oder Finnland zahlen Spitzenmanager, Investmentbanker und andere
11 Hochbezahlte mehr als 50 Prozent Einkommensteuer. Trotzdem wächst die Wirtschaft. Die
12 Arbeitslosigkeit ist niedrig. Die Unternehmen schreiben gute Gewinne. Und nirgendwo sonst in der
13 westlichen Welt ist der Abstand zwischen oben und unten so gering. Zusätzlich ist auch die Existenz
14 von Steuern unter Bürgerinnen und Bürgern unumstritten – auch, weil staatliche Ausgaben sichtbar in
15 anerkannte gesellschaftliche Aufgaben fließen, wie flächendeckender Kinderbetreuung und guter
16 Bildung.

18 **Weitere Forderungen vor diesem Hintergrund**

19 Wir fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, überall offensiv dafür zu werben, dass die dringend
20 benötigten Steuermehreinnahmen durch entsprechende Steuererhöhungen für Investitionen in dem
21 hier beschriebenen Sinne eingesetzt werden. Wir benötigen erheblich mehr Geld für Bildung,
22 Soziales, Kommunen und Infrastruktur. Wir fordern das Eintreten für die Idee des vorsorgenden
23 Sozialstaats auf allen Ebenen. Die Jusos haben sich immer für einen starken und handlungsfähigen
24 Staat und für eine Umverteilung von oben nach unten eingesetzt. Gerade in wirtschaftlich unsicheren
25 Zeiten sehen wir uns mehr denn je in unserem Ansatz bestätigt, staatliche Investitionen in
26 Infrastruktur und Bildung unabhängig von staatlichen Einnahmen vorzunehmen, um die Zukunft der
27 jungen Generation zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

28 Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW vom
4.07.2011

29 <http://www.jjahnke.net/skan.html>

M1 Chancengleichheit und Teilhabe – Integrationspolitik bei den Jusos

Bundesvorstand

Was „Integration“ für uns bedeutet?

In der Bundesrepublik leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Jedes dritte Kind entstammt aus einer Familie, die nach 1950 zugezogen ist. Gleichzeitig werden in der Bundesrepublik täglich Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert – sozial und strukturell. Teile der Mehrheits- oder auch Dominanzgesellschaft reagieren auf die vermeintlich „Andersartigen“ mit Skepsis, im schlimmsten Fall mit körperlicher Gewalt und rassistischer Hetze.

Dabei ist „Migrationshintergrund“ nicht nur eine statistische Einordnung. Entscheidend für die öffentliche Zuordnung ist nicht so sehr, ob jemand selbst oder die Eltern nach Deutschland migriert sind. In öffentlichen Debatten wird der „Migrationshintergrund“ meist nur dann erwähnt, wenn die Person oder ihre Vorfahren aus muslimisch geprägten Ländern oder dem Mittelmeerraum kommen. Gerade diese Gruppen sind im Alltag besonders benachteiligt, und in erster Linie Adressaten der Aufforderung, sich „kulturell“ der „Mehrheitsgesellschaft“ anzupassen.

Wir wollen dagegen keine oktroyierte Integrationspolitik, die Forderungen an einzelne Menschen stellt, die angeblich von einer „deutschen Leitkultur“ abweichen. Aus dem Grundsatz der gleichen Freiheitsrechte für alle ergibt sich für uns auch das Recht, dass Menschen ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Zudem: „Die“ eine Kultur „der“ Mehrheitsgesellschaft gibt es in Deutschland nicht. Offensichtlich ist, dass die soziale Stellung, persönliche Einstellungen und Verhaltensweisen eines Menschen, ihn wesentlich stärker beeinflussen als die ethnische Herkunft oder die Religionszugehörigkeit.

Hinzu kommt: Definiert man die „Leitkultur“ schlicht mit der durch das Grundgesetz beschriebene Verfassungsordnung, so wird es banal. Die fast absolute Mehrzahl der Menschen in diesem Land respektiert die Verfassung und hält sich an die allgemeinen Gesetze – unabhängig vom ethnischen Hintergrund. Das ständige Herumreiten auf der Frage nach der Gesetzes- und Verfassungstreue von MigrantInnen wirkt hier ausgrenzend, stigmatisierend und verletzend.

Zudem haben die meisten Menschen mehrere Identitäten zugleich – sei es als FacharbeiterIn, LiebhaberIn und Fußballfan oder als MuslimIn, ProtestantIn, DeutscheR, StudentIn, HeimwerkerIn und noch als vieles mehr. Niemand muss sich zwangsläufig entweder als „DeutscheR“ oder „TürkIn“ fühlen. Und selbst wenn, so sagt dies noch nichts darüber aus, welche konkreten gesellschaftlichen Einstellungen sich daraus ergeben.

1 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichgestellt und solidarisch miteinander leben,
2 die gleichen Rechte und Freiheiten haben – ungeachtet ihrer sozialen, geografischen oder ethnischen
3 Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Diese Freiheitsrechte für alle
4 Menschen zu gewährleisten, bedeutet die Verpflichtung zu politischem Handeln, um eine Gleichheit
5 an Rechten und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten aller zu erreichen.

6 Wir wollen uns deshalb bewusst von einer Diskussion abgrenzen, die nur die MigrantInnen als
7 Adressaten von „Maßnahmen zur Integration“ versteht. Für uns ist vielmehr klar: In erster Linie muss
8 die Mehrheitsgesellschaft sich von der Idee der einseitigen Integration in eine wie auch immer geartete
9 „deutsche Kultur“ verabschieden. Auch wird ein „Zusammenwachsen“ nur dann gelingen, wenn
10 Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in diesem Land gewährleistet
11 sind! Auch begrifflich machen wir das deutlich, indem wir in der politischen Debatte den Begriff
12 ‚Integrationspolitik‘ durch ‚Teilhabe- und Partizipationspolitik‘ ersetzen wollen.

14 **Rassismus und Leitkultur – zur aktuellen Debatte**

15 Dem steht eine öffentliche Debatte gegenüber, die sich vor allem auf die angeblich fehlende
16 „Integrationsfähigkeit“ „des“ Islams konzentriert. Im Kern handelt es sich bei der
17 Integrationsdiskussion damit um eine auf türkei- und arabischstämmige Menschen bezogene Debatte.
18 Vorurteile und Diffamierungen, die aktuell den Islam treffen wie beispielsweise der Vorwurf der
19 Rückständigkeit und der angeblichen Unvereinbarkeit mit „westlich-abendländischen Werten“ – was
20 auch immer das sein mag – wurden früher bereits auf TürkInnen abgeladen.

21 Ähnlich fragwürdig sind auch die Diskussionen über „Parallelgesellschaften“. Dass in manchen
22 Stadtteilen mehr Menschen mit Migrationshintergrund leben als in anderen, ist eine Banalität.
23 „Parallelgesellschaft“ soll dann sein, wenn Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund
24 sich nur noch in Zusammenhängen aufhalten, in denen alle anderen denselben ethnischen
25 Hintergrund haben. Nur – auch dies ist banal – entscheidend dafür, wo jemand wohnt und mit wem
26 jemand den Alltag verbringt, ist in erster Linie, zu welcher sozialen Schicht jemand gehört. Probleme
27 in Stadtteilen entstehen in erster Linie aufgrund Armut und sozialer Ausgrenzung, und das betrifft die
28 Menschen dort unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

30 **Zum Stand der Integrationsdebatte in der SPD**

31 Die Sozialdemokratie war in den Integrationsdebatten der letzten Jahrzehnte zu zaghaft: Zwar haben
32 sich SozialdemokratInnen in Stadtteilen und Betrieben an vielen Stellen für die Belange von
33 Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt. Mit Heinz Kühn stellt die SPD im Jahr 1978

1 zudem den ersten Ausländerbeauftragten einer Bundesregierung. Trotzdem wurde zu keinem
2 Zeitpunkt das Thema Integration selbstbewusst und positiv besetzt in der Öffentlichkeit vertreten.
3 Noch immer finden sich auf allen Funktionsebenen der SPD zu wenige GenossInnen mit
4 Migrationshintergrund. Die Debatte um das Sarrazin-Buch zeigte zudem, wie tief auch Teile der
5 Partei von der aktuellen Integrationsdebatte beeinflusst sind. Die SPD droht damit ihre führende
6 Rolle bei der Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund zu verlieren.

8 **Politik für Teilhabe und Chancengleichheit**

9 **Integration und Bildung**

10 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden immer noch auf allen Ebenen des
11 Bildungssystems diskriminiert und benachteiligt. Die Jusos haben es sich zum Ziel gesetzt, das
12 Aufstiegsversprechen zu erneuern. Wir erachten Bildung als wichtigen, aber nicht als einzigen
13 Schlüssel für den sozialen Aufstieg. Wir fordern ein Bildungswesen, dass einer vermeintlichen
14 „Leitkultur“ und einer unterstellten „Integrationsunwilligkeit“ ein „humanistisches System mit
15 Teilhabegarantie“ entgegenstellt. Wir fordern eine bessere Einbindung von Kindern mit
16 Migrationshintergrund in den Kitaalltag und deshalb eine Kitapflicht bei konsequenter
17 Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten und Kindergärten für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr. In der
18 Kindertagesstätte knüpfen sie soziale Kontakte, dort werden auch soziale Kompetenzen gefördert.
19 Dort soll schon früh möglichen Sprachdefiziten durch gezielte Förderung entgegengewirkt werden.
20 Die duale ErzieherInnenausbildung muss ausgebaut werden, um ein Höchstmaß an praktischer
21 Erfahrung zu ermöglichen. Parallel dazu sollte ein neuer Studiengang mit hohen Praxisanteilen
22 entwickelt und etabliert werden. Sowohl in der Ausbildung, wie auch im Studium muss die Erlernung
23 von didaktisch-methodischen Prinzipien des kulturbezogenen Lernens klarer Bestandteil sein.

24 Deutschland missachtet das Recht auf Bildung weiterhin konsequent. So wird Kindern ohne regulären
25 Aufenthaltstitel, Asylbewerbern oder Jugendlichen mit Duldung nach wie vor die umfassende
26 Inanspruchnahme der Bildungsangebote erschwert oder unmöglich gemacht. Dies widerspricht der
27 UN Kinderrechtskonvention. Kindern und Jugendlichen dürfen aufgrund ihres rechtlichen Status
28 keine Zukunftschancen verbaut werden, sie müssen frühzeitig gefördert werden und vollständigen
29 Zugang zum hiesigen Bildungssystem erhalten. Die Jusos fordern daher die vollständige Öffnung
30 deutscher Bildungsinstitutionen für Kinder ohne regulären Aufenthaltstitel.

31 Gerade in der Schule zeigt sich die spezifische Benachteiligung noch einmal sehr deutlich. Das
32 dreigliedrige Schulsystem mit seiner sehr frühen Selektion, führt immer wieder dazu, dass Kinder mit
33 Migrationshintergrund auf dem Bildungsweg abgehängt werden: 40,5 % der Kinder mit
34 Migrationshintergrund besuchen eine Hauptschule (ohne Migrationshintergrund: 14,8%); nur 21,2 %
35 besuchen ein Gymnasium (44,7 %). 17,5 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen die

1 Schule ohne Abschluss (7,2%). Kinder mit Migrationshintergrund werden zudem wesentlich häufiger
2 auf Sonderschulen verwiesen. Dies hat auch gravierende Folgen für ihre Chancen auf dem
3 Arbeitsmarkt und führt dazu, dass viele ohne Ausbildung in die Perspektivlosigkeit gedrängt werden.

4 Wir fordern ein längeres gemeinsames Lernen von Anfang an und zwar für alle Kinder. Das
5 dreigliedrige Schulsystem muss in ganz Deutschland abgeschafft und Gesamtschulen mit ganztägigen
6 Betreuungsangeboten ausgebaut werden. Außerdem fordern wir für jedeN das Recht auf einen
7 Schulabschluss, d.h. dass es für jedeN die Absicherung geben muss, einen Schulabschluss jederzeit
8 kostenfrei nachholen zu können.

9 Doch nicht nur an den Rahmenbedingungen sondern auch in den Schulen selbst muss sich einiges
10 ändern. So darf es nicht schon zu einer Segregation bei der Einteilung in Schulklassen kommen.
11 Klassen in denen einerseits 90 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben und es andererseits
12 Klassen mit 90 % ohne Migrationshintergrund gibt können nicht akzeptiert werden. Außerdem
13 fordern wir mehr SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen, die wie auch LehrerInnen, in
14 ihrer Ausbildung didaktisch-methodische Prinzipien des kulturbezogenen Lehrens und Lernens
15 erwerben müssen.

16 Sprachwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es Menschen die bereits eine Sprache
17 selbstverständlich sprechen, einfacher fällt, eine weitere Sprache zu erlernen. Sprachförderung darf
18 jedoch nicht nur in abgesonderter Form stattfinden, sondern muss integraler Bestandteil eine jeden
19 (Fach-) Unterrichts sein. Hierbei muss der Ansatz sein, die deutschen sowie die ersprachlichen
20 Sprachfähigkeiten zu fördern. Deshalb fordern wir den Ausbau der ersprachlichen Förderung, es
21 muss die Möglichkeit geben die eigene Erstsprache im Unterricht zu erlernen. Mehrsprachigkeit ist
22 eine Bereicherung und sollte auch als eine solche anerkannt werden, daher sollten sie die Möglichkeit
23 haben, ihre Erstsprache in die Hochschulreife einzubringen.

24 Die Anerkennung und Förderung der Mehrsprachigkeit schließt auch eine konsequente finanzielle
25 und personelle Förderung von Deutsch als Zweitsprache ein (DaZ). Die DaZ-Förderung muss bereits
26 in der Kita einsetzen und darf gerade in der Schule mit Blick auf das Beherrschen der Bildungs- bzw.
27 Schulsprache nicht fehlen.

28 Junge Menschen benötigen schon früh Identifikationsfiguren. Etwa jedes dritte Kind in Deutschland
29 hat einen Migrationshintergrund, doch nur ca. 3% aller LehrerInnen. Dabei könnten gerade diese eine
30 solche Funktion übernehmen, in dem sie einerseits die Ansprüche ihrer SchülerInnen besser verstehen
31 können und gleichzeitig, als Positivbeispiel wahrgenommen werden können. Deshalb fordern wir
32 Länder, Schulen und Hochschulen dazu auf, mehr SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund zu
33 einem Lehramtsstudium zu motivieren, beispielsweise durch Kampagnen und bei gleicher
34 Qualifikation bevorzugt LehrerInnen mit Migrationshintergrund einzustellen.

1 MigrantInnen sind noch immer in Schulbüchern unterrepräsentiert. Die Personen- und
2 Gesellschaftsdarstellungen in den Schulbüchern spiegeln die gesellschaftlichen Realitäten häufig nicht
3 wieder und damit wird den SchülerInnen eine verzerrte Wahrnehmung vermittelt. Deswegen fordern
4 wir, dass MigrantInnen in Schulbüchern entsprechend ihrer Präsenz in der Gesellschaft dargestellt
5 werden.

6 Auch an den Hochschulen, stellen Studierende mit Migrationshintergrund gerade mal 11% der
7 gesamten Studierendenschaft. Auch hier muss es eine stärkere Förderung geben. Durch Kampagnen
8 in und außerhalb der Schule, muss ein Studium auch für Personen aus sozialschwachen Familien, aus
9 denen Kinder mit Migrationshintergrund immer noch sehr oft stammen, attraktiv dargestellt werden.
10 Außerdem muss die Studienförderung wieder umfassender und ein elternunabhängiges BAföG
11 endlich eingeführt werden, um so zumindest die finanziellen Hürden, die ein Studium möglicherweise
12 verhindern, abzuschwächen.

13 **Arbeitsmarkt**

14 Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Einstieg in den Arbeitsmarkt für jeden Jugendlichen. Hier
15 folgen schon die ersten Hürden für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die es zu überwinden gilt.
16 Selbst bei gleichen schulischen Leistungen erhalten Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener
17 eine Ausbildungsstelle als andere. Diese doppelte Diskriminierung speist sich nicht zuletzt aus
18 bestehenden Vorurteilen. Deshalb ist es gerade auch auf dem Ausbildungsmarkt erforderlich, dass
19 insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund gleiche Chancen auf einen Ausbildungsplatz
20 erhalten. Dies liegt auch daran, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich
21 schlechtere Bildungschancen und damit auch vermehrt schlechtere oder keine Bildungsabschlüsse
22 besitzen. Da die Anforderungen an die formalen Qualifikationen der BewerberInnen in den letzten
23 Jahren stets gestiegen sind, folgt hieraus ein großes Problem für diese Gruppe.

24 Als Lösungsansatz wird aktuell versucht mit einem „berufsvorbereitenden Jahr“ und/oder der
25 „Einstiegsqualifizierung“ (EQ) diese, meistens aus sozial schwächeren Milieus, über Umwege in eine
26 betriebliche Ausbildung zu bringen. Doch diesen Optimalfall erreichen die wenigsten und falls doch,
27 führt diese zum größten Teil in die Erwerbslosigkeit oder atypische Beschäftigungsverhältnisse, da sie
28 als minderwertig angesehen wird. Allein im Jahr 2010 sind mehr als 320.000 Jugendliche in den
29 Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen des so genannten Übergangssystems gelandet. Wir müssen
30 endlich den Wildwuchs der Warteschleifen lichten und durch ein transparentes, anschlussfähiges
31 Ausbildungssystem ersetzen, dass allen Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie auf dem ersten
32 Arbeitsmarkt bietet.

33 Richtig ist sicherlich, dass der Übergang von der Schule in den Beruf auch dadurch erschwert wird,
34 dass die Eltern oft nicht mit dem deutschen Schul- und Berufsbildungssystem vertraut sind. Zudem

1 fehlen meist persönliche Beziehungen zu Betrieben oder Ausbilderinnen und Ausbildern, die oft bei
2 der Suche nach einer Lehrstelle behilflich sind.

3 Oft fehlt zudem der Blick dafür, welche Berufe eigentlich zu den eigenen Fähigkeiten und Wünschen
4 am besten passen würden. Schon in der Schule ist daher darauf zu achten, dass die Berufsberatung für
5 den Übergang in den Beruf passend ist, und jungen Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich
6 die ganze Bandbreite der interessanten Tätigkeiten präsentiert.

7 Auch ist die Erwerbslosenquote unter Menschen mit Migrationshintergrund bei gleichem
8 Bildungsstand wesentlich höher als der gesamtgesellschaftliche Durchschnitt. Wer einen nicht
9 „deutsch“ klingenden Nachnamen hat, hat es schon bei der Vorauswahl unter den Bewerbungen
10 schwer. Deswegen begrüßen wir die Entwicklung hin zu einer anonymisierten Bewerbung.

11 Zugleich lässt sich beobachten, dass auch im Bereich der gut qualifizierten Menschen mit
12 Migrationshintergrund die Erwerbslosigkeit höher ist als unter Angehörigen der
13 Mehrheitsgesellschaft. Hier lässt sich nicht mehr davon sprechen, dass der Grund für die schlechte
14 Stellung auf dem Arbeitsmarkt auf den mangelnden schulischen und oder beruflichen Qualifikationen
15 beruht. Näher liegender ist hier vielmehr, von grundlegenden Diskriminierungen auf dem
16 Arbeitsmarkt auszugehen.

17 Ebenfalls problematisch ist die oft fehlende Anerkennung von Schul-, Berufs-, oder
18 Hochschulabschlüssen aus dem Ausland. Mehrere hunderttausend Menschen in Deutschland können
19 aus diesem Grund ihre erlernten Qualifikationen nicht im Beruf anwenden: Aufgrund des in einigen
20 Branchen bereits virulenten Fachkräftemangels handelt es sich nicht nur um ein soziales Problem für
21 die betroffenen Menschen, sondern auch ein volkswirtschaftliches Problem.

22 Gerade Menschen mit Migrationshintergrund sind zudem überproportional in schlecht bezahlten
23 Tätigkeiten sowie in der Leiharbeit beschäftigt. Die richtige Forderung nach einem gesetzlichen
24 Mindestlohn sowie der Einschränkung der Leiharbeit vor allem durch das Prinzip des „equal pay“
25 würde gerade Menschen mit Migrationshintergrund besonders zu gute kommen.

26 Die Arbeitsagenturen müssen gemeinsam mit freien Trägern verstärkt auf Unternehmen zugehen und
27 Vorurteile abbauen! Wir fordern Kampagnen der Arbeitsagenturen mit verstärkter Einbeziehungen
28 der Migrantenselbstorganisationen, die Vorurteile bei Unternehmen abbauen, und dafür sorgen, dass
29 die Herkunft des Menschen oder seiner Vorfahren keine Rolle bei der Entscheidung über die
30 Jobvergabe spielt!

31 Außerdem sollen die Arbeitsagenturen verstärkt Ausbildungsplätze in von MigrantInnen betriebenen
32 Unternehmen akquirieren! So kann die Bilingualität der MigrantInnen viel stärker genutzt werden,
33 beispielsweise von Firmen bei Geschäftsbeziehungen zu den Herkunftsländern der Migranten bzw.
34 von deren Vorfahren.

1 Die Teilhabe der Migranten wollen und müssen wir auch im öffentlichen Dienst sicherstellen. Wenn
2 wir mal über den Tellerrand hinweg schauen, werden wir sehen, dass Migranten bei Polizei,
3 Feuerwehr, in der Verwaltung und im Schuldienst, in Frankreich und England den Alltag prägen und
4 bei uns dagegen immer noch eine Seltenheit sind. Wenn wir sagen, dass 20 % der Bevölkerung einen
5 Migrationshintergrund hat, so müssen wir auch realisieren, dass sich diese Vielfalt der Bevölkerung
6 auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln sollte. Polizei, Schulen und Ämter müssten
7 nachdrücklicher um Auszubildende und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund werben.

9 **Empowerment von Migrantinnen**

10 Migrantinnen werden in Deutschland zweifach diskriminiert: als Migrantin und als Frau. Bei gleichen
11 Bildungsabschlüssen ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen mit Migrationshintergrund und
12 einem Hochschulabschluss doppelt so hoch wie unter Frauen ohne Migrationshintergrund. Unter
13 jungen Frauen mit Migrationshintergrund ohne akademischen Abschluss ist die Situation noch
14 dramatischer. Die spezifischen sozioökonomischen Lebensverhältnisse von Migrantinnen sind für
15 deren Zukunftschancen entscheidend. Migrantinnen finden sich überproportional oft in
16 unterprivilegierten Gesellschaftsschichten wieder.

17 Hinzu kommen zum Teil spezifische Macht- und Gewaltverhältnisse zwischen den Geschlechtern.
18 Hier wird die ökonomische (und oftmals rechtliche) Abhängigkeit von Migrantinnen zementiert; und
19 hauptsächlich auf tradierte Geschlechterrollen mit der Frau als Mutter und dem Mann als Ernährer
20 der Familie festgeschrieben.

21 Wer will, dass Frauen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, muss die realen Möglichkeiten
22 dafür schaffen! Die beruflichen Beschäftigungs- und Aufstiegschancen für Frauen mit
23 Migrationshintergrund müssen verbessert werden! Dies kann nur über einen Abbau von
24 Diskriminierungen vor allem am Arbeitsmarkt gelingen. Frauen, die im Wege der
25 Familienzusammenführung nach Deutschland kommen, müssen eine eigenständige und vom Status
26 des Ehemanns unabhängige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an erhalten.

28 **Diskriminierungen konsequent bekämpfen**

29 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat seinen Namen bis jetzt nicht verdient. Es bleibt
30 nicht nur hinter den Erwartungen, sondern auch hinter den Erfordernissen für eine offene und
31 tolerante Gesellschaft zurück. Deshalb hat die EU-Kommission Deutschland zu Recht mit einer
32 Klage beim Europäischen Gerichtshof gedroht. Das AGG muss endlich europarechtskonform
33 gemacht und nicht noch weiter beschnitten werden. Die Mär von der "erdrückenden Bürokratie",
34 welche immer wieder von Neoliberalen und Konservativen artikuliert wird, lehnen wir strikt ab! Ganz

im Gegenteil muss es u.a. durch die Einführung eines Verbandsklagerechts weiterentwickelt werden. Politisch müssen darüber hinaus mehr Anstrengungen unternommen werden, in unserer Gesellschaft eine stärkere Akzeptanz für Anti-Diskriminierungspolitik zu etablieren.

Zusammenleben im Stadtteil

Das Erscheinungsbild verschiedener Stadtteile bzw. Bezirke führt häufig dazu, dass Menschen ohne Migrationshintergrund in angeblich „bessere“ Gegenden wechseln. Dies erschwert MigrantInnen die Integration, da hier kein interkultureller Austausch mehr stattfinden kann. Wir fordern daher eine Aufwertung dieser Stadtteile durch bauliche Maßnahmen und Ausbau von Grünanlagen. Dies dient dem Austausch. Durch eine derartige Aufwertung wird der Stadtteil auch wieder attraktiv für Menschen, die es für gewöhnlich eher in andere Stadtteile oder Städte zieht.

Neben der baulichen Stadtteilaufwertung sind Begegnungsstätten in den Stadtteilen eine weitere Möglichkeit, um Integration zu fördern, z.B. in Form eines Cafes oder Treffpunkts mit diversen Angeboten, wie einer Kinder- und Hausaufgabenbetreuung durch ältere MitbürgerInnen mit oder ohne Migrationshintergrund. Derartige Begegnungsstätten sollten mit multikulturellem Personal ausgestattet sein, um die genannten Sprachbarrieren und andere Hemmnisse, wie insbesondere Vorurteile, abzubauen.

Auch über das Leben im Alter müssen sich Kommunen verstärkt Gedanken machen. Viele Angehörige der ersten Einwanderergeneration kommen jetzt in das Rentenalter. Oft können herkömmliche Alten- oder Pflegeheime nicht die Ansprüche der SeniorInnen mit Migrationshintergrund gerecht werden. Gerade SeniorInnen mit muslimischen Glauben haben eigene Bedürfnisse. Wir fordern, dass sich die Alten- und Pflegeheime auf diese SeniorInnen einstellen und das Essen speziell zubereiten, Nasszellen entsprechend gestalten, Gebetsräume zur Verfügung stellen und die Hinweisschilder auf verschiedene Sprachen anbringen. Sinnvoll ist auch das Personal für dieses Klientel zu sensibilisieren und zu schulen.

Integrationsprojekte müssen auf lange Zeit angelegt werden, und die Finanzierung darf nicht abbrechen. Soziale Strukturen zu zerschlagen, ist in den Folgekosten erheblich dramatischer als präventive Maßnahmen. Gute Programme vor Ort, welche bereits existieren, sind beispielsweise das Programm Soziale Stadt oder Stadtumbau West. Förderprogramme des Landes oder Bundes, welche sowohl die bauliche Benachteiligung aufgreifen, wie auch soziale Aspekte in benachteiligten Stadtteilen. Ein zentraler Bestandteil ist die Beteiligung der BürgerInnen vor Ort. Oft fehlt es an

1 grundlegenden Dingen wie wohnortnahe Versorgung oder mangelnde Freizeit- und Kulturangebote.
2 Klar ist: Wohnraum muss durch sozialen und öffentlichen Wohnungsbau bezahlbar bleiben und
3 dadurch die Ausgewogenheit im Stadt- oder Ortsteil erhalten oder etablieren und die Verdrängung
4 von sozial Schwächeren verhindert werden. Auch städtebaulich kann man da viel machen, vorsorgen,
5 dass wir bei der Belegung von Sozialwohnungen Ghattobildung vorbeugen und nicht sogar noch selbst
6 befördern.

8 **Medien und MigrantInnen**

9 Gerade die Medien haben in den aktuellen integrationspolitischen Debatten keine gute Rolle gespielt:
10 Statt in aller Nüchternheit die Vielfalt der Lebensrealitäten von Menschen mit und ohne
11 Migrationshintergrund in Deutschland zu zeigen, dominierte eine reißerische Berichterstattung. Auch
12 als eigenständige Akteure – sei es als JournalistInnen, ProduzentInnen oder SchauspielerInnen –
13 kommen Menschen mit Migrationshintergrund zu selten vor; wenn, dann oft abonniert auf
14 Integrationsthemen oder die Filmrolle der Migranten vom Dienst. Einen echten Spiegel der
15 Gesellschaft bilden die Medien so nicht.

16 Daher fordern wir: Mehr Repräsentanz von MigrantInnen in den Medien für eine ausgeglichene
17 Berichterstattung! Hier sind gerade die öffentlich-rechtlichen Sender gefordert, mit gutem Beispiel
18 voranzugehen. Ergänzend dazu fordern wir mehr journalistische Förderprogramme für MigrantInnen.
19 Die in den letzten Jahren entstandenen Medien und Projekte von Migrantinnen und Migranten sind
20 als Teil der deutschen Medienlandschaft ernst zu nehmen und zu beachten.

21 Wir fordern, zudem dass die Lebensrealität der Einwanderungsgesellschaft auch in der
22 Journalistenausbildung ankommt. In Zusammenarbeit u.a. mit Migrantenselbstorganisationen soll mit
23 den Journalistenverbänden und den Ausbildungsstätten für Journalisten ein Konzept entwickelt
24 werden, wie angehenden Journalisten ein differenzierter und klischeefreier Zugang zu den Themen
25 Migration und Integration ermöglicht werden kann.

26 Politikerstatements tragen zur Verschärfung der Lage bei oder entschärfen diese. Gerade
27 sozialdemokratische PolitikerInnen sind dazu aufgerufen, durch Wortwahl und einen sensiblen
28 Umgang mit dem Thema Integration sowie den Anliegen der MigrantInnen zu einem
29 gesellschaftlichen Klima beizutragen, in dem pauschale Vorurteile abgebaut und Anerkennung für
30 MigrantInnen geschaffen werden.

32 **Politische Partizipation als Grundlage für Integration**

33 Die Möglichkeit zur politischen Teilhabe ist eine grundlegende Bedingung für die gesellschaftliche
34 Teilhabe und Integration von Menschen. Wir setzen uns für die politische Teilhabe aller Menschen

1 und auf allen Ebenen ein. Dazu gehört neben der demokratischen Beteiligung an Wahlen und
2 Abstimmungen auch die gleichberechtigte Partizipation in Vereinen, Verbänden und Parteien. Denn
3 Menschen beteiligen sich an politischen Prozessen – völlig unabhängig von ihrem persönlichen
4 Hintergrund – dann, wenn sie wissen, dass sie politische Veränderungen mitgestalten können.

5 Grundbedingung ist ein einfacher Zugang für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, zur
6 deutschen Staatsangehörigkeit. Wir wollen deshalb die bestehenden Hürden zur Erlangung der
7 deutschen Staatsbürgerschaft abschaffen. Dazu gehört als erster Schritt die Abschaffung der sog.
8 Optionspflicht. Wir fordern die Einführung der mehrfachen Staatsbürgerschaft. Die bestehenden
9 „Einbürgerungstests“ diskriminieren eine bestimmte Menschengruppe in Deutschland und tragen zur
10 Abschreckung bei. Die Staatsbürgerschaft darf nicht von der erfolgreichen Vorbereitung auf einen
11 Multiple-Choice-Test abhängig gemacht werden. Wir fordern deshalb die Abschaffung der
12 „Einbürgerungstests“!

13 Wir setzen uns darüber hinaus für ein aktives und passives Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden
14 Menschen ein. Dies umfasst Kommunalwahlen, Wahlen zu den Landesparlamenten, Wahlen zum
15 Bundestag, Wahlen zum Europaparlament sowie Volksabstimmungen und Volksentscheide.

16 Die politische Teilhabe erstreckt sich allerdings nicht lediglich auf aktives und passives Wahlrecht.
17 Menschen mit Migrationshintergrund müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt
18 sein – dies gilt auch für Verbände, Vereine und Parteien.

19 Die SPD hat bei der Bundestagswahl insbesondere bei WählerInnen mit Migrationshintergrund
20 deutlich an Stimmen verloren. Während vor wenigen Jahren noch etwa 80% der Wahlberechtigten
21 mit Migrationshintergrund die SPD wählten und sie damit unangefochten an der Spitze lag, hat die
22 Sozialdemokratie auch in dieser Zielgruppe deutlich an Rückhalt verloren.

23 Als Ursachen dieses verlorenen Rückhaltes innerhalb der *community* ist einerseits die fehlende
24 inhaltliche Themensetzung, zum anderen die nicht erfolgte Ansprache durch politische
25 Identifikationsfiguren zu nennen. Gleichzeitig hat die SPD nach integrationspolitischen Erfolgen in
26 der rot-grünen Regierungszeit in der Großen Koalition einer Verschärfung der
27 Einbürgerungskriterien, insbesondere beim Nachzug von EhegattInnen aus der Türkei, nicht
28 widersprochen. Damit hat sie das Vertrauen vieler WählerInnen verloren.

29 Wir Jusos fordern eine inhaltliche Offensive innerhalb der SPD, um Menschen mit
30 Migrationshintergrund wieder ein politisches Zuhause zu bieten. Die offensive Thematisierung
31 zentraler Fragen wie die doppelte Staatsbürgerschaft, das Wahlrecht, gleiche Bildungschancen für alle,
32 die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie der Wegfall von Einbürgerungshürden muss in der
33 Oppositionsarbeit der kommenden Monate und Jahre von der SPD deutlich und vernehmbar
34 herausgestellt werden.

1 Die SPD ist gefordert, das Thema Integration von der Parteispitze her personell wie auch inhaltlich
2 sichtbarer zu machen, und damit auch die örtlichen Ebenen dazu zu animieren, mehr Menschen mit
3 Migrationshintergrund einen Zugang zur SPD zu bieten.

5 **MigrantInnenselbstorganisationen in Deutschland als politische Partner**

6 Die Partizipation von MigrantInnen an der politischen Entscheidungsfindung ist eine wichtige
7 Herausforderung. MigrantInnenselbstorganisationen (MSO) sind hier ein wichtiger Baustein. Aus
8 diesem Grund müssen wir die Arbeit der MSO stärken und politisch aufwerten – sowohl innerhalb
9 der SPD als auch in Regierungsverantwortung in der Kommune, Land oder Bund.

10 MSO können durch ihre Strukturen verlässliche Bündnispartner vor Ort sein, wenn wir sie als
11 gleichwertige PartnerInnen anerkennen. Integrationspolitik darf nicht über die Köpfe der
12 MigrantInnen gestaltet werden, sondern mit ihnen zusammen. MSO können so zum einen eine
13 wichtige Brückenfunktion zwischen MigrantInnencommunities innerhalb der Gesellschaft
14 wahrnehmen, und zum anderen Impulsgeber für politische Entscheidungen sein. MSO können daher
15 auch ein weiterer wichtiger Bündnispartner für Jusos und SPD vor Ort sein.

16 Das Spektrum der MSO ist in den letzten Jahren immer vielschichtiger geworden. Daher ist klar: Als
17 Jusos und als SPD wählen wird unsere eigenen Bündnispartner politisch aus: Dies gilt für MSO
18 ebenso wie für Vereine der Mehrheitsgesellschaft. Eine Zusammenarbeit mit faschistischen
19 Organisationen wie beispielsweise den türkischen „Grauen Wölfen“ ist ausgeschlossen! Für die SPD
20 muss eine differenzierte Betrachtung und die Handhabung klarer Richtlinien für die Partei zum
21 Gebrauch erstellt werden, um die Bewertung der verschiedenen Gruppierungen vornehmen zu können
22 und radikalisierte und faschistische Gruppen klar abzugrenzen.

23 Wir Jusos unterstützen die Arbeit und das Engagement der MigrantInnenselbstorganisationen in der
24 Gesellschaft und fordern eine ausreichende finanzielle Unterstützung dieser Strukturen und eine
25 Förderung der Angebote. Sie sind Teil der Verbände- und Initiativenlandschaft der Bundesrepublik.

27 **Unsere Perspektive: „Alle anders – alle gleich!“**

28 MigrantInnen dürfen nicht mit ihren vermeintlichen Defiziten als Objekte sozialdemokratischer
29 Fürsorge, sondern müssen als gleichberechtigte Akteure für sozialdemokratische Politik angesprochen
30 werden. Die SPD wird ihren Anspruch, linke Volkspartei zu bleiben, nur erfüllen können, wenn es
31 gelingt, wieder breiter in der Gesellschaft – und gerade auch in den Milieus von Menschen mit
32 Migrationshintergrund – verankert zu sein.

33 Wir stehen für eine Integrationspolitik, die die Gleichheit aller Menschen und die Solidarität
34 zwischen allen Menschen in den Mittelpunkt stellt!

1 „Alles anders – alle gleich!“ – so lautet unsere Vision von gesellschaftlichem Zusammenleben!

2

M5 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) – Für einen menschenwürdigen Umgang mit AsylbewerberInnen

LV Bayern

Das Asylbewerberleistungsgesetz muss unverzüglich abgeschafft werden. Dieses Gesetz, das seit seiner Einführung 1993 unverändert ist, diskriminiert AsylbewerberInnen und stuft sie zu Menschen zweiter Klasse herab, indem sie u.a. nur 61,8% der Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, die Hartz IV-Empfänger zur Existenzsicherung erhalten, genauer 224,97 €. Anstatt die ohnehin geringen Mittel an die AsylbewerberInnen auszuzahlen, wird der Großteil des Geldes in Form von Sachleistungen gewährt. Dies sind hauptsächlich Essenspakete, die den kulturellen Gepflogenheiten der AsylbewerberInnen nicht im Ansatz entsprechen. Ein erwachsener Mensch erhält somit im Monat in Bayern 40,90 € als „Taschengeld“ in bar. Hygieneartikel und Kleidergutscheine werden ebenfalls nur nach dem Sachleistungsprinzip vergeben (letzere zudem nur zwei Mal jährlich). Daher fordern wir, die Bezüge zumindest auf das Hartz IV-Niveau anzuheben, AsylbewerberInnen sind keine Menschen zweiter Klasse!

Des Weiteren wird die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU) angeordnet, die sich größtenteils in einem katastrophalen Zustand befinden; eine Auszugserlaubnis wird nur in den seltensten Fällen erteilt. Besonders perfide erscheint die Formulierung des § 7 der Bayerischen Asyldurchführungsverordnung (BayDVAsyl), nach dem die Unterbringung im Sammellager „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ soll. Noch dazu haben die AsylbewerberInnen oft mit Vorurteilen gegenüber AusländerInnen zu kämpfen, was ihnen die Wohnungssuche erschwert. Wir fordern daher, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften abzuschaffen, und im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus genügend öffentlich-geförderten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, um eine menschenwürdige Unterbringung von AsylbewerberInnen zu garantieren.

Einen weiteren Missstand des AsylbLG stellt die Residenzpflicht dar, welche besagt, dass AsylbewerberInnen nicht den ihnen zugewiesenen Landkreis verlassen dürfen. Sie verhindert soziale Kontakte und eine menschenwürdige Lebensgestaltung der AsylbewerberInnen, sowie die Teilhabe am öffentlichen Leben in der Gesellschaft. Die Straffälligkeit von AsylbewerberInnen ist hauptsächlich in Verstößen gegen die Residenzpflicht begründet, wodurch Menschen unnötig kriminalisiert werden.

1 Wir fordern auch die Abschaffung des grundsätzlichen Arbeitsverbotes, mit welchem
2 AsylbewerberInnen belegt werden. Arbeitserlaubnisse werden nur unregelmäßig erteilt, und selbst
3 wenn sie erteilt werden, haben es die AsylbewerberInnen auf dem Arbeitsmarkt schwer, denn
4 ausländische Abschlüsse und Qualifikationen werden nur selten anerkannt. Damit werden die
5 AsylbewerberInnen in einen Teufelskreis getrieben: Allzu oft wird ihnen später ihre Arbeitslosigkeit
6 im Rahmen von Abschiebungsverfahren zum Verhängnis. Abgesehen davon ist Arbeit ein wichtiger
7 Faktor der Persönlichkeitsentfaltung und ein Menschenrecht. Die ohnehin meist gut bis sehr gut
8 ausgebildeten AsylbewerberInnen können die schrecklichen Erlebnisse, die ihnen oft widerfahren
9 sind, am besten durch eine eigenständige Erwerbstätigkeit überwinden. Jedenfalls ist es nicht
10 zielführend, die Menschen in ihrer viel zu kleinen Unterkunft zum monate- bis jahrelangen Nichtstun
11 zu verdammen. Daher fordern wir Jusos die flächendeckende Erlaubnis für AsylbewerberInnen, Arbeit
12 aufzunehmen und eine Anerkennung gleichwertiger im (EU-) Ausland erworbener Abschlüsse und
13 Qualifikationen.

14 Der Spracherwerb ist für die erfolgreiche Integration in eine fremde Gesellschaft essentiell. Den
15 AsylbewerberInnen werden jedoch keine Deutschkurse zur Verfügung gestellt, nur im Rahmen von
16 privaten sozialen Einrichtungen können sie je nach Angebot in der jeweiligen Gemeinde teilweise
17 etwas Deutsch lernen. Lediglich Kinder sind von dieser Regelung ausgenommen und dürften die
18 Schule besuchen. Wir Jusos fordern aber Sprach- und Weiterbildungskurse für alle
19 AsylbewerberInnen, um die Weichen für eine gelungene Integration in unsere Gesellschaft möglichst
20 früh zu stellen.

21 Viele AsylbewerberInnen müssen schreckliche Erlebnisse verarbeiten. Sie kommen aus Regionen, in
22 denen oftmals Krieg, Verfolgung, Vergewaltigungen, Menschenrechtsverletzungen und Brutalität den
23 Alltag bestimmen. In den Gemeinschaftsunterkünften werden sie mit diesen Erfahrungen weitgehend
24 alleine gelassen. Es fehlt an medizinisch und psychologisch geschultem Personal, das psychischen
25 Krankheiten und Traumata entgegenwirken könnte. Medizinische Besuche sind nur im Notfall
26 zugelassen, was jedoch nicht dem Bedarf an medizinischer und psychologischer Versorgung gerecht
27 wird. Diesen Missstand gilt es ebenfalls unverzüglich zu beheben, eine Aufnahme der
28 AsylbewerberInnen in die gesetzliche Krankenversicherung wäre eine Möglichkeit.

29
30 Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und in Artikel 16a unseres Grundgesetzes festgeschrieben.
31 Die Asylgesetzgebung muss grundlegend überarbeitet werden; nicht nur politische oder sexuelle
32 Verfolgung dürfen als Asylgrund gelten. Menschen, die das Schlimmste erlebt haben, haben einen
33 Anspruch darauf, in unserer Gesellschaft Zuflucht zu suchen. Daher fordern wir Jusos einen
34 menschenwürdigen Umgang mit AsylbewerberInnen, die notwendigen genannten Verbesserungen
35 und die Abschaffung des *per se* diskriminierenden AsylbLG. Stattdessen sollen alle in Deutschland

- 1 lebenden Menschen nach einheitlichen Regelungen behandelt werden. Eine demokratische
- 2 Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.
- 3

N7 CCS- und CCR verhindern einen nachhaltig orientierten ökologischen Fortschritt

BZ Braunschweig

Die SPD hat in Ihrer Regierungszeit den Weg weg vom Fossilen Zeitalter hin zum Zeitalter der erneuerbaren Energien eingeschlagen. Nun gilt es, diesen konsequent umzusetzen!

In den letzten Jahren hat die Klimaschutzdebatte um eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen an Bedeutung gewonnen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die europaweit vereinbarte CO₂-Reduktion um 40 Prozent bis 2030 und eine weitere Reduktion um 80 bis 100 Prozent bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Dies ist unserer Meinung nach alternativlos und notwendig.

In der aktuellen öffentlichen Debatte werden die Technologien von CCS (Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid) als Heilbringer für die CO₂-Reduktion gepriesen. Dennoch trägt die CCS -Technologie nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung bei, sondern bestenfalls wird die Emission von CO₂ in die Atmosphäre verringert. Somit wird die Ursache des Problems, also die CO₂-Produktion bei der Energieerzeugung, durch die CCS-Technologie nicht gelöst sondern verschleiert. Wir befürchten, dass das CCS-Prinzip ein Hemmnis sein wird, die festgesteckten Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

Deshalb fordern wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten:

1. Wir JungsozialistInnen lehnen grundsätzlich die Abscheidung und Speicherung von CO₂ auf Basis des Prinzips der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung wird die Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!

Wir begrüßen die Ablehnung des CCS-Antrages der konservativ-liberalen Bundesregierung im Bundesrat und fordern deshalb alle SPD-Gliederungen auf, auch im zukünftigen Regierungshandeln, dieses Prinzip zu wahren.

Grundsätzlich muss es um ein Prinzip der CO₂-Vermeidung sowie der Steigerung der Energieeffizienz gehen und nicht darum, den hohen CO₂-Verbrauch durch Scheinlösungen zu verdecken.

2. Wir wollen keine Demonstrationsanlagen – und zwar bundesweit. Der im Bundesrat abgelehnte Gesetzesvorschlag bezog sich nicht auf klar abgrenzbare Demonstrationsvorhaben sondern ermöglicht de facto den großflächigen Einsatz der CCS-Technologie. Für uns JungsozialistInnen sind die Risiken, die einerseits mit einer CCS-Erprobung und andererseits mit dem großflächigen Einsatz (laut schwarz-gelbem Gesetz) verbunden sind, zu wenig erforscht und unzureichend kalkulierbar, was auch für die Testphase gilt. Beispielsweise ist die Haftungsfrage für Schäden an Grundeigentum und etwaige Einspruchsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften ungeklärt.

Eine Alternative zu CCS stellt CCR, also die Abscheidung und das Recycling von Kohlendioxid, dar. Bei diesem Verfahren wird das CO₂ in einem neuen Produkt gebunden. Eine Leckagegefahr besteht bei diesem Prozess nur sehr bedingt. Allerdings kann auch dieses stofflich gebundene CO₂ früher oder Später wieder in die Erdatmosphäre gelangen, nämlich dann, wenn der Lebenszyklus des aufnehmenden Produkts dem Ende entgegen geht. Deswegen ist CCR keine Lösung für den vermeidbaren CO₂-Ausstoß im Rahmen der Energieproduktion. Eine Ausnahme könnten flexible Gaskraftwerke sein. CCR darf dabei ausdrücklich nicht dazu führen, dass der weitere Ausstoß von CO₂ bei der Energieproduktion mit CCR legitimiert wird.

3. Für uns ist die Alternative längst klar: Neben der Steigerung der Energieeffizienz sowie einer Reduzierung des Energieverbrauchs müssen wir vermehrt in den Markt erneuerbarer und neuer Technologien investieren, um einen ökologischen, perspektivischen und sozial verträglichen Ausstieg aus dem atomaren und fossilen Zeitalter einzuleiten.

4. Wir bekennen uns klar zu unserem Industriestandort, der im Bereich der Forschung sowie im technologischen und industriellen Fortschritt einen Spitzenwert einnimmt. Investitionen in Innovationen im Bereich alternativer und ressourcensparender Produktionsprozesse sowie in die Energieeffizienzsteigerungen im Netz, bei der Energieerzeugung sowie bei Energieverbrauchern müssen getätigt werden, um eine CO₂-Vermeidung zu erwirken. Ein Förderschwerpunkt muss dabei bei Energieintensiven Industriezweigen liegen. Gleichzeitig müssen für Industrie, Handwerk und Gewerbe verbindliche Regelungen gefunden werden, damit diese ihren CO₂-Ausstoß reduzieren. Selbstverpflichtungen sind uns nicht genug.

5. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Bundesweit wird etwa die Hälfte des Stroms aus Stein- oder Braunkohle gewonnen. Hierzu brauchen wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindlich gesetzlich geregelte und ökologisch und

1 ökonomisch vertretbare Auslaufregelung für die Verbrennung fossiler Rohstoffe – wie Stein- und
2 Braunkohle sowie Erdöl und -gas – zur Energiegewinnung.

3 6. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Verbrennung fossiler Rohstoffe für einen
4 Überbrückungszeitraum derzeit noch unvermeidbar ist. In dieser Überbrückungszeit müssen in
5 Zukunft alle bisher genehmigten Stein- und Braunkohlekraftwerke in Kombination mit Kraft-
6 Wärme-Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung umgerüstet werden,
7 um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu erhöhen.

8

9 Ein Neubau von Kraftwerken zum Ersatz von alten und ineffizienten Kraftwerken oder zur
10 Abdeckung des Energiebedarfs in der Übergangszeit muss den höchsten Effizienzanforderungen
11 entsprechen. Dafür sind auch hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke in Kombination mit Kraft-
12 Wärme-Kopplung geeignet.

13

O1 Die SPD: Programmatischer, Offener, Weiblicher, Jünger

Bundesvorstand

I Wo wir stehen

Wir Jusos sind überzeugt: Die SPD muss sich erneuern. Auch organisatorisch. Dies war eine Schlussfolgerung von uns aus dem katastrophalen Bundestagswahlergebnis. Neben der augenscheinlichen Niederlage bei der Bundestagswahl wurden auch so mehr und mehr Umstände und Gegebenheiten deutlich, die viele Mitglieder nicht mehr zufrieden stellen konnten. Dies wiederum hatte verschiedene Gründe, stellvertretend sei die mangelnde Beteiligung bei verschiedenen wichtigen Entscheidungen in der Vergangenheit genannt, wodurch das Gefühl entstand, man könne die Politik der eigenen Partei nicht mehr mitgestalten. Das führte dann durchaus zu Austritten und zu Frustration bei den Aktiven. Auch das war letztlich ein Grund für die Wahlniederlage bei der letzten Bundestagswahl, weil manche Mitglieder die Entscheidungen der Partei nicht als ihre eigenen betrachteten.

Insofern ist eine Weiterentwicklung der demokratischen Mittel der SPD eine wichtige Aufgabe, um die Identifikation der Mitglieder mit „ihrer“ SPD zu erhöhen. Doch auch weitere Gründe spielen hier eine gewichtige Rolle, beispielsweise die Beobachtung, dass demokratische Beteiligung oder Ehrenamt in der Bundesrepublik zunehmend punktuell und themenorientiert stattfinden. Es ist für viele, vor allem junge Menschen, eher reizvoll sich zu einem bestimmten Thema zu engagieren oder in einem bestimmten eingegrenzten und überschaubaren Zusammenhang. Auch Senioren gehören zunehmend zu der Gruppe, die sich nach dem Beruf einen Platz suchen, wo sie sich gesellschaftlich, aber klar definiert einbringen können. Zudem ist zu beobachten, dass für punktuelles Engagement, wie beispielsweise in Nichtregierungsorganisationen (engl. NGOs), Frauen sehr affin sind. Aus diesen Gründen ist die Öffnung der Partei für Nicht-Mitglieder und die themenbasierte Mitarbeit wichtig für das Selbstverständnis und das Fortbestehen der SPD. Richtig also, dass wir die Initiative ergreifen und hier in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik voran gehen. Wir begrüßen auch deshalb den nun angestoßenen Prozess zur Parteireform.

Nicht alles, was sich bewährt hat, muss über Bord geworfen werden, aber alles muss auf den Prüfstand! Nicht Besitzstandwahren und der Erhalt von eigenen Funktionen darf im Vordergrund stehen, sondern der grundlegende Wille zur Veränderung. Dem muss eine gründliche, ehrliche und vor allem auch breit geteilte Analyse der Lage unserer Partei zu Grunde liegen. Eins muss aber klar sein: Die notwendige strukturelle Reform darf die inhaltliche Erneuerung weder ersetzen noch verdrängen. Wir müssen unser Profil auch inhaltlich deutlicher schärfen. Die beste Organisation hilft

1 nichts, wenn sie inhaltsleer und beliebig ist. Das trifft auf die SPD im Sommer 2011 leider an vielen
2 Stellen zu. Leider sind in der Vergangenheit Inhalte teilweise in den Hintergrund gerückt oder
3 wurden in kleinen Zirkeln entschieden. Das ist für uns nicht akzeptabel. Doch es ist leider nach wie
4 vor so. Die Menschen müssen wieder wissen wofür die SPD steht und wir benötigen deutliche
5 Positionen für unsere linke Politik. Solange dies nicht so ist und solange darüber nicht die Partei breit
6 entscheidet und somit die Entscheidungen auch breit vertreten kann, kann keine Parteireform die
7 SPD wieder zur alten Stärke zurückbringen. Wir betonen also, dass wir uns hinter der
8 Strukturdiskussion zur Parteireform nicht verstecken dürfen und werden. Vielmehr liegt unser
9 Hauptaugenmerk auf den politischen Inhalten. Nur in der Gleichzeitigkeit von struktureller und
10 inhaltlicher Erneuerung kann die Chance liegen, die SPD wieder stark zu machen. Wir Jusos wollen
11 mit diesem Papier unsere Kritik an den bestehenden Strukturen deutlich machen und
12 Lösungsvorschläge für eine strukturelle Veränderung aufzeigen.

13
14 Die SPD hat seit 1998 rund 250.000 Mitglieder verloren und ist damit um ein Drittel geschrumpft.
15 Das liegt zum einen in der generellen Abkehr vieler Menschen vom Engagement in Parteien. Die
16 Menschen sind damit nicht unpolitisch geworden. Sie bringen sich aber manchmal lieber punktuell für
17 eine Sache (und nicht für eine Person) ein. Dies liegt vor allem an den gesellschaftlichen
18 Rahmenbedingungen, insbesondere an einer Entgrenzung von Arbeit und Freizeit. Aber auch, dass
19 viele Menschen Parteien generell nicht mehr daran glauben, dass die Politik ihre Probleme löst. Die
20 gesunkenen Mitgliedszahlen können aber bei der SPD vor allem eindeutig auch auf politische
21 Sachentscheidungen zurück geführt werden. Insbesondere durch die Sozialreformen in der rot-grünen
22 Regierungszeit haben viele die Partei verlassen. Dabei war und ist besonders bedenklich, dass uns viele
23 Bündnispartner aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften etc. den Rücken gekehrt haben. Damit
24 hat die SPD auch die Verankerung in vielen gesellschaftlichen Milieus verloren, eine Verankerung, die
25 wir jetzt wieder mühsam suchen müssen.

26 Bei allem negativen Trend gilt aber: Die SPD hat noch rund eine halbe Million Mitglieder, die sich in
27 der Partei mal mehr und mal weniger ausgeprägt einbringen wollen, die begeistert werden können –
28 oder auch enttäuscht. Dabei gilt: Die Begeisterung und das Engagement für die Sache der SPD ist
29 nicht in erster Linie ein strukturelles sondern vor allem auch ein inhaltliches Problem. Vielen fehlt die
30 sozialdemokratische Erzählung, die Leitlinie für das eigene Engagement, der Grund für das Streben
31 nach einer gemeinsamen Sache.

32 Viele unserer Ortsvereine und Unterbezirke haben sich in den vergangenen Jahren von bundes- und
33 landespolitischen Themen zunehmend zurückgezogen. Oftmals finden nur noch oder hauptsächlich
34 kommunal- oder regionalpolitische Themen eine Beachtung. Das kommt nicht von ungefähr. Gerade
35 in der Regierungszeit wurde die Meinung der Partei oft überhört oder teilweise das Gegenteil von

1 dem betrieben, was in den Ortsvereinen und Unterbezirken Konsens war. Die Basta-Politik wirkt bis
2 heute nach. Viele fragen sich, ob es einen Sinn hat, sich mit überregionalen Fragen zu befassen. Denn
3 bis heute gibt es keine geeignete Feedback-Kultur in der Partei. Wer etwa einen Antrag an den
4 Bundesparteitag stellt, findet diesen im Antragsbuch in der Regel mit dem kurzen Verweis der
5 Erledigung oder Überweisung durch die Antragskommission wieder. Eine Antwort was mit seinem
6 Antrag passiert ist, erhält auch nicht jeder.

7 Gerade auf den höheren Ebenen der Partei bestehen neben den gewählten Gremien auch immer
8 wieder informelle Zirkel. Uns ist klar: So etwas wird es in der Politik immer wieder geben. Wenn aber
9 wie in der Vergangenheit mit diesen Zirkeln Parallelstrukturen geschaffen werden, die die Funktion
10 der gewählten Gremien konterkarieren und entscheidende Beschlüsse medial verkünden, bevor sie die
11 Partei auch nur diskutieren konnte, sind wichtige Teile innerparteilicher Demokratie nicht mehr in
12 Kraft. Die Politik der Partei darf nicht im Regierungsapparat, in der Fraktion oder in Kleinschritten der
13 ‚Spitzenleute‘ entschieden werden. Die gewählten Gremien müssen auch in einer ‚Mediendemokratie‘
14 die Möglichkeit haben, über die Ausrichtung unserer Politik mitzuentcheiden. Die ständig
15 zunehmende Verknüpfung von Sach- und Personalentscheidungen ist in der Tat auf der einen Seite
16 von Medien gemacht. Sie wird aber immer häufiger auch als Machtmittel eingesetzt. Aus unserer
17 Sicht bedeutet dies, wer Sachthemen mit seiner Person und seiner weiteren Arbeit verknüpft,
18 diskreditiert sich selbst.

19 Jede Parteireform muss berücksichtigen, dass die SPD strukturell äußerst heterogen aufgestellt ist. In
20 einigen Teilen der Republik ist keine flächendeckende Vertretung mehr möglich, teilweise gibt es aber
21 auch noch Gegenden, in denen mehrere tausend Mitglieder in einem Unterbezirk oder Kreisverband
22 sind. Und auch wenn die Befragung der Ortsvereine einige Trends aufgezeigt hat, so gilt nicht jeder
23 positive oder negative Trend gleich für alle Ortsvereine und Unterbezirke gleichermaßen. Jede
24 Parteireform muss deswegen darauf achten, dass gut funktionierende Strukturen nicht zerschlagen
25 werden und der Heterogenität der Partei Rechnung getragen wird.

26 Die SPD ist keine Partei der jüngeren und mittleren Generationen. Gerade für diese Gruppen sind
27 die bestehenden Parteistrukturen oftmals partizipationshemmend. Sie kosten viel Zeit, die man in
28 einer Phase der Orientierung, der Bildung, des Berufseinstiegs oder der Familiengründung oftmals
29 nicht hat. Auch das Wohnortprinzip macht für viele das Engagement schwierig. Hat man sich einmal
30 in seinem Ortsverein orientiert, steht vielleicht auch schon der nächste Umzug an. Und bei der
31 Überlassung von Verantwortung auch an jüngere Parteimitglieder zeigt sich eine Zweiteilung der
32 Partei: Muss in den mitgliederstarken Regionen noch die klassische „Ochsenschweif“ hinter sich gebracht
33 werden, ist es in anderen Regionen die Überlastung durch zu schnelle Vereinnahmung durch die
34 Partei. Dadurch verlieren wir viele Menschen für die aktive Mitarbeit. Und wir versäumen es, auch in
35 den Parlamenten von der kommunalen bis zur Bundesebene alle Altersgruppen hinreichend zu

berücksichtigen. Damit verlieren wir auch an Ausstrahlungskraft. Gerade junge Menschen vermissen auch RepräsentantInnen ihrer Generation in der SPD.

Die Strukturen und Arbeitsweisen der SPD sind auch immer noch oftmals frauenfeindlich. Die männliche Dominanz in der Partei ist trotz der bestehenden Quote quasi ungebrochen. An allen Stellen, wo die Quote nicht greift oder umgangen werden kann, wird dies praktiziert. Chauvinistisches Verhalten gehört leider immer noch vielerorts zum ‚guten Ton‘. Nur selten werden die eigenen Arbeitsweisen und Methoden auf ihre Geschlechtergerechtigkeit überprüft, viele Rituale wirken eher abschreckend. Es mag zwar ein allgemeiner gesellschaftlicher Zustand sein, dass sich in den Parteien weniger Frauen als Männer engagieren. Es ist aber kein Zustand, auf dem sich die SPD ausruhen kann.

Wir Jusos haben in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Vieles von dem, was die Partei anstrebt, praktizieren wir schon seit langem. Wir haben seit mehreren Jahren steigende Mitgliederzahlen, jeder zweite Neueintritt in die SPD ist im Juso-Alter. Wir haben die Türen offen für alle jungen Menschen – Mitglied oder nicht – die mit uns die Gesellschaft mitgestalten wollen. Wir passen unsere Arbeitsformen so an, wie sie vor Ort benötigt werden. Und wir probieren auch immer wieder neue Arbeitsweisen aus. Als einziger linker Jugendverband sind wir bundesweit vertreten. Dabei soll und muss es bleiben.

II Unsere Zielrichtung

Eine Reform macht man nicht um der Reform willen. Man verändert Parteistrukturen nicht, um einfach irgendetwas etwas zu verändern und damit als reformwillig und –fähig zu wirken. Sondern man orientiert sich an Zielen. Wir Jusos verbinden mit dieser Parteireform folgende drei grundlegende Ziele:

Die SPD muss Mitglieder-und Programmpartei sein. Sie lebt von ihren Mitgliedern. Wir wollen eine Partei, in der lebendig diskutiert wird, von der kommunalen bis zur Bundesebene. Eine Partei, die kontroverse Debatten nicht als ärgerliche Notwendigkeit sondern als Chance zur demokratischen Weiterentwicklung der Gesellschaft sieht. Eine Partei, die stolz auf ihr Programm ist und es in die Realität umsetzen möchte. Eine Partei, in der hunderttausende Menschen für die gemeinsame Sache streiten und in der diese gemeinsame Sache und nicht einzelne Personen im Vordergrund stehen.

Die SPD muss mitten in der Gesellschaft stehen. Sie muss auf allen Ebenen den Kontakt zur Gesellschaft halten. Wir wollen eine Partei, die im aktiven Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit anderen Verbänden und Organisationen und sozialen Bewegungen steht. Die die Anliegen der Menschen ernst nimmt und versucht, ihre Sorgen und Probleme in den Parlamenten

1 und Regierungen aufzugreifen. Und eine Partei, in der auch Menschen, die noch nicht Mitglied der
2 SPD sind Lust haben, mitzuarbeiten.

3 Die SPD muss weiblicher und jünger werden. Sie muss ein möglichst breites Bild der Gesellschaft
4 abgeben – nach innen und nach außen. Wenn die SPD für die Gleichstellung von Mann und Frau
5 kämpft, muss die Partei bei sich selbst beginnen. Wir brauchen mehr weibliche Mitglieder und wir
6 brauchen mehr Frauen in Verantwortung. Wenn die SPD auch Politik für die jüngere Generation
7 machen möchte, muss sie deren Meinung ernst nehmen, ihre Strukturen für eine leichtere Mitarbeit
8 verändern und den Anteil junger Menschen in Verantwortung erhöhen. Sie darf junge Menschen
9 dafür aber auch nicht im Regen stehen lassen, sondern muss sie auch auf ihrem Weg unterstützen.

11 Bei allen diesen Zielen gilt aber: Die Parteireform kann nur vor Ort gelingen. Sie ist auch kein
12 einmaliger Akt. Nur, wenn wir auf allen Ebenen immer wieder unsere Arbeitsweisen hinterfragen und
13 neu justieren, können wir auf der Höhe der Zeit bleiben. Die anstehenden Beschlüsse auf dem
14 Bundesparteitag können daher nur der Anfang sein. Sie können einen Rahmen bilden, mit dem die
15 Partei auf allen Ebenen erneuert werden kann. Wir Jusos werden dabei an der Spitze der Bewegung
16 stehen, wenn die Reform in die oben skizzierte Zielrichtung geht.

18 III Unsere konkreten Vorschläge

19 Wer die Mitglieder- und Programmpartei SPD stärken, die Anbindung an die Gesellschaft erhöhen
20 und die Sozialdemokratie weiblicher und jünger machen möchte, muss zu Veränderungen auch in der
21 Parteiorganisation bereit sein. Unsere konkreten Vorschläge arbeiten sich nicht an den Vorlagen der
22 Parteispitze ab. Wir greifen einzelne Stellen auf und bewerten diese, wollen aber auch eigene
23 Vorschläge in die Debatte einbringen.

25 Strukturelle Erneuerung und Verbesserung der Partei

26 Wir wollen die *Bundesparteitage* auf 1.000 Delegierte vergrößern und damit demokratisieren. Von den
27 fünf größeren Parteien hat die SPD hinsichtlich der Delegiertenzahl den kleinsten Parteitag. Das
28 führt aber regelmäßig zu einer Unterrepräsentanz von Nicht-Berufspolitikern. Ein Parteitag darf nicht
29 zu einer Funktionärs-Konferenz verkommen. Dies erfordert auch einen Kulturwechsel bei den
30 Delegiertenwahlen. Die Wahrnehmung eines Delegiertenmandats darf nicht an finanziellen Gründen
31 scheitern. Deshalb dürfen auf Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene für Parteitage und
32 Delegiertenkonferenzen der Partei sowie aller Arbeitsgemeinschaften von den Delegierten bzw.
33 nachrückenden Ersatzdelegierten keine Teilnahmegebühren erhoben werden. Fahrtkosten und eine
34 gegebenenfalls nötige Unterkunft müssen voll erstattet werden. Bei der Terminierung der Parteitage

1 ist zudem darauf zu achten, dass auch SchülerInnen, Auszubildende, Studierende und
2 ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit der Teilnahme haben. Außerdem fordern wir die schon
3 bestehende Möglichkeit, den *Arbeitsgemeinschaften Delegierte* zuzugestehen, zu nutzen. Auch damit
4 sind weitere gesellschaftliche Zielgruppen automatisch beim Parteitag vertreten. Zudem fordern wir,
5 dass die Antragskommission abgeschafft wird. Bis zu einer Abschaffung der Antragskommission
6 fordern wir den SPD-Bundesvorstand auf, in den Geschäftsordnungen zukünftiger SPD-
7 Bundesparteitage klare Regeln für die Antragskommission insbesondere mit folgendem Inhalt
8 vorzusehen:

- 9 - die Antragskommission darf nur dann Abstimmungsempfehlungen aussprechen, wenn diese eine
10 qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder auf einer Sitzung der
11 Antragskommission erreicht haben
- 12 - die Abstimmungsempfehlungen werden den Delegierten schriftlich und begründet zur Kenntnis
13 gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt
- 14 - konkrete Textänderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt
- 15 - auf Bundesparteitagen erhält zuerst der Antragssteller das Wort, die Antragskommission
16 gegebenenfalls im Anschluss.

17 Das verhindert in der Schnellebigkeit der Parteitage Verwirrung und falsch verstandene
18 Abstimmungsprozesse. Die sinnvollen Aufgaben der Antragskommission, wie beispielsweise die
19 Vermittlung zwischen zwei Antragsstellerinnen, um den Ablauf des Parteitages zu verbessern, können
20 beispielsweise von einem verbreiterten Präsidium übernommen werden. Wir brauchen einen
21 diskursiven und damit lebendigen Parteitag und keine Show-Veranstaltungen. Werden eindeutige
22 Beschlüsse des Parteitages missachtet, befinden wir uns auf dem schnellsten Weg von der Mitglieder-
23 und Programmpartei zur Honoratioren- und Fraktionspartei. Um die Nachverfolgbarkeit von
24 Anträgen zu verbessern fordern wir außerdem bei Parteitagen auf allen Ebenen eine
25 Beschlusskontrolle als kurzer Tagesordnungspunkt zu etablieren. Oft werden Anträge nicht beim
26 Parteitag behandelt, sondern laufen automatisch aufgrund fehlender Zeit in die Parteiräte. Oder aber
27 sie werden überwiesen an Vorstand, Parteirat, oder Fraktionen. Oder es werden Beschlüsse gefasst, die
28 konkret Gremien zu Handlungen auffordern. Die Realität sieht aber in allen Fällen oft so aus, dass
29 Beschlüsse oder Anträge versanden. In den Fraktionen beispielsweise kommt oft nichts an. Deshalb
30 muss das Präsidium und der Vorstand der jeweiligen Ebene, wo ein Parteitag stattfindet, dafür Sorge
31 tragen, dass alle Beschlüsse und Überweisungen auch entsprechend weitergetragen und behandelt
32 werden. Beim nächsten Parteitag ist den Delegierten eine Ergebnisliste schriftlich auszuhändigen und
33 kurz zu erläutern, wie mit welchen Anträgen oder Beschlüssen umgegangen wurde. Der Parteitag
34 erhält zudem die Möglichkeit durch erneute Beschlüsse Versäumnisse bei der Umsetzung von
35 Beschlüssen oder Behandlung von Anträgen anzumahnen.

1 Wir sind uns bewusst, dass Parteitage als Vollversammlungen auf Unterbezirks- und
2 Kreisverbandsebene nicht zwangsläufig ein besseres demokratisches Mittel darstellen. Es kann zu
3 verzerrenden Mobilisierungswettläufen kommen, Vorteile durch Netzwerke und Geld sind vorstellbar.
4 Außerdem greifen jegliche Quotenregelungen und viele andere partizipationssichernde Maßnahmen
5 bei einer Vollversammlung nicht. Außerdem kann es vorkommen, dass zu einer Vollversammlung
6 weniger Mitglieder kommen, als zu einem Delegiertenparteitag. Dennoch gibt es Gliederungen, bei
7 denen Vollversammlungen funktionieren. Deshalb muss es möglich sein Parteitage in Unterbezirken
8 und Kreisverbänden als Mitglieder- beziehungsweise Vollversammlungen stattfinden zu lassen.

9 Wir wollen die Parteispitze demokratisieren. Wir fordern, das *Präsidium* abzuschaffen und den
10 *Parteivorstand* und *Parteirat* aufzuwerten. Dies gilt auch für untergeordnete Gliederungen. Derzeit
11 existieren drei Gremien, die die gleichen Sachverhalte beraten. Dabei ist eine klare Dominanz des
12 kleinsten Gremiums, des Präsidiums zu beobachten. Die beiden anderen Gremien werden häufig auf
13 Statisten-Rollen zurück gedrängt. Deshalb wollen wir einen Parteivorstand, der die tagespolitischen
14 Beschlussfassungen erledigt, eine Parteispitze, die dessen Arbeit vor- und nachbereitet und einen
15 Parteirat als kleinen Parteitag mit Beschlussrecht, der zwischen den Bundesparteitagen als höchstes
16 Gremium die grundlegenden Beschlüsse tätigt. Den Parteirat als einziges Spitzengremium, in dem
17 auch nicht BerufspolitikerInnen sitzen, halten wir für unverzichtbar. Dafür soll der Arbeitsparteitag
18 zwischen den Bundesparteitagen entfallen.

19 Außerdem brauchen wir einen Innovationsfond, damit innerhalb der Partei vorbildliche Projekte zur
20 Weiterentwicklung und Beteiligung in der Partei ausprobiert und finanziert werden können. Die
21 finanziellen Mittel für diesen Fonds dürfen aber nicht an anderer Stelle fehlen, oder beispielsweise
22 Gliederungen gegeneinander ausgespielt werden.

23 Wir wollen den Mitgliedern mehr Mitspracherechte geben. *Mitgliederentscheide* müssen deshalb
24 vereinfacht werden. Die Quoren müssen sinken und damit die realistische Möglichkeit eines
25 Mitgliederentscheides geben. Außerdem machen wir uns dafür stark, ein Mitgliederbegehren künftig
26 auch online zu ermöglichen. Wir können uns außerdem vorstellen, auch Nichtmitglieder im Rahmen
27 von *BürgerInnenbefragungen* an inhaltlichen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

28 Die bestehenden *Arbeitsgemeinschaften* leisten eine unverzichtbare Zielgruppenarbeit für die Partei. Sie
29 sind es, die die Anliegen ihrer Zielgruppe in die Partei einspeisen können und damit – manchmal auch
30 quer zur Parteilinie – eine Identifikation dieser Zielgruppen mit der SPD ermöglichen. Sie dürfen in
31 ihrem Bestand nicht gefährdet werden und sollten erweiterte Rechte, beispielsweise ein
32 Anwesenheitsrecht in Fraktionsvorbesprechungen, erhalten. Bei Bundesparteitagen sollen
33 Arbeitsgemeinschaften zusätzlich zum Rede- und Antragsrecht auch eigenständige Delegierte
34 entsenden. Dementsprechend muss die Anzahl der Bundesparteitagsdelegierten nach gleichem
35 Schlüssel für die Vertreter_innen der AGen erhöht werden. Wir begrüßen es allerdings, neben den

1 Arbeitsgemeinschaften die Gründung von *Themenforen* als neue flexible Form der Arbeit zu
2 ermöglichen. Sie und die Arbeitsgemeinschaften sind eine große Chance, gerade Menschen mit
3 weniger zeitlichen Ressourcen in die Arbeit einzubinden und abseits der klassischen Gremienarbeit
4 ein rein inhaltliches Angebot zu bieten. Diese müssen allerdings auf den jeweiligen Ebenen in der
5 Partei verankert werden, damit sie einen direkten Ansprechpartner haben und nicht in der Luft
6 hängen. Über eine solche Verankerung kann auch eine demokratische Legitimierung erfolgen.
7 Menschen, die sich bereit erklären ein Themenforum zu tragen, werden ermuntert, für dessen
8 Einrichtung zu werden und mit einem Antrag dessen Einrichtung bei dem jeweiligen Vorstand oder
9 der Delegierten/Vollversammlung zu beantragen. Die Themenforen haben Antrags- und Rederecht
10 auf den jeweiligen Parteitag der Gliederungsebenen. Eigene Themenforen-Delegierte für
11 Parteitage, wie vom Parteivorstand vorgeschlagen, lehnen wir aber entschieden ab, denn der Ort der
12 demokratischen Auseinandersetzung um die richtigen Positionen ist die SPD. Für Nichtmitglieder,
13 die um ihre Position kämpfen wollen, ist der Eintritt in die SPD dann der konsequente Schritt. Die
14 Themenforen müssen zudem die nötige finanzielle Ausstattung erhalten und einen
15 Fahrtkostenzuschuss für diejenigen Menschen anbieten, die sich eine Mitarbeit sonst nicht leisten
16 können. Die Foren sollen auf Landes- und Bundesebene auch Online organisiert werden und arbeiten.
17 Sie können ebenfalls regional und kommunal eingerichtet werden. Außerdem fordern wir „Tage der
18 Arbeitskreise“ oder Themenforen, bei denen auf entsprechender Ebene die Themenforen parallel
19 tagen, um den Austausch zu fördern und für gute Anschlussfähigkeit für neue Interessierte zu sorgen.
20 Diese Themenforen sollten allerdings auch als Möglichkeit begriffen werden mehr externe Expertise
21 abzurufen und so auch Expertinnen und Experten langfristig für die SPD zu gewinnen, oder aber
22 zumindest dafür zu sorgen, dass Fachleute gehört und ernst genommen werden. Das kann
23 gewährleisten, dass sie die Positionen der SPD auch extern vertreten, weil sie an der Entstehung
24 mitgewirkt haben.

25 Wir wollen niedrige Hürden für die Mitarbeit in unserer Partei. Die *Gastmitgliedschaft* bzw. Nur-Juso-
26 Mitgliedschaft hat sich bei den Jusos seit Jahren als Konzept bewährt. Wir schlagen vor, diese
27 Gastmitgliedschaft auf alle Arbeitsgemeinschaften und Themenforen auszuweiten, so dass die
28 Gastmitglieder innerhalb der entsprechenden AGen und Foren volle Rechte haben und zukünftig
29 auch in Delegiertenschlüssel mit einberechnet werden. Unser Ziel bleibt dabei natürlich der Wechsel
30 in die Parteimitgliedschaft. Die bisherige Praxis des „Eintritt in die SPD oder Ausschluss bei den
31 Jusos“ nach vier Jahren hat sich aber als unbrauchbar erwiesen. Gastmitglieder treten nicht zu einem
32 fixen Zeitpunkt, sondern aus Überzeugung in die SPD ein. Und die hängt von vielen
33 Rahmenbedingungen ab. Wir begrüßen deshalb die vorgeschlagenen Änderungen bei der Nur-Juso-
34 Mitgliedschaft, die eine Entfristung sowie die Einberechnung der Nur-Jusos in den
35 Delegiertenschlüssel vorsehen. Dafür ist ein symbolischer Mitgliedsbeitrag von einem Euro pro
36 Monat eine parteirechtliche Notwendigkeit. Das akzeptieren wir aber angesichts der qualitativen

1 Verbesserungen bei der Nur-Juso-Mitgliedschaft. Wir werden in den kommenden beiden Jahren
2 gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken bei der Umsetzung dafür sorgen, dass eine
3 Mitgliedschaft nie an finanziellen oder organisatorischen Hürden scheitert. Dafür entwickeln wir
4 flexible Lösungen.

5 Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD gefordert (sic!), sich auch ohne Parteibuch Projekt-
6 Themen- oder Kampagnenbezogen mit der SPD zu engagieren. Wir halten sie monatlich auf dem
7 Laufenden, was in ihrem Umkreis passiert, was ihre SPD vor Ort plant und wo in nächster Zeit eine
8 Demo oder eine Informationsveranstaltung stattfinden wird. Dies könnte durch einen klassischen E-
9 Mail-Newsletter realisiert werden.

10 Wir wollen, dass *Personalentscheidungen* und abschließende Beschlussfassungen über Partei- und
11 Wahlprogramme *exklusive Rechte der Mitglieder* bleiben. Wer die Programmpartei möchte, benötigt
12 auch für öffentliche Ämter Personen, die für das Programm stehen und es in die Realität umsetzen
13 wollen. Wenn dagegen KandidatInnen für öffentliche Ämter auch von Nichtmitgliedern eine eigene
14 Legitimation auch für ihr eigenes Programm erhalten, kann dies zu erheblichen Konflikten und zur
15 Abkehr von der Idee der Programmpartei führen. Ob bei Personalentscheidungen auf allen Ebenen
16 dagegen die *Mitglieder direkt* oder über Delegierte wählen, ist eine Frage, die in jedem einzelnen Fall
17 auf der jeweiligen Ebene selbst geklärt werden muss. Nur die Delegierten eines Parteitags können aber
18 ihr Stimmrecht abgeben, ein Vorstand darf deshalb nicht allein über die Direktwahl entscheiden. Es
19 ist richtig, hierfür ein einheitliches und verbindliches Verfahren zu finden. Sofern aber – wie diskutiert
20 – ausschließlich die Vorsitzenden der jeweiligen Ebene direkt, die restlichen Vorstandsmitglieder aber
21 weiterhin über die Parteitage gewählt werden, entsteht eine weitere Hierarchieebene mit einer
22 deutlichen Stärkung der oder des Vorsitzenden. Das lehnen wir ab. Vielmehr muss gelten: Es muss ein
23 einheitliches Verfahren für alle Vorstandsmitglieder gelten. Aus praktischen Gründen sind daher
24 gerade auf der örtlichen und regionalen Mitgliedervollversammlungen einer Briefwahl vorzuziehen,
25 wenn alle Mitglieder über den Vorstand mitentscheiden können sollen.

26 Wir unterstützen den Vorschlag, bei der nächsten Bundestagswahl *40 Prozent der Wahlkreise an Frauen*
27 zu geben. Das reicht aber nicht aus, um die Partei weiblicher zu machen. Wir müssen auch unsere
28 Strukturen ändern. Denn gerade bei Einzelwahlen sind es häufig männliche Bewerber, die sich
29 durchsetzen. Deshalb sollte den Gliederungen die Möglichkeit geschaffen werden, auch *Doppelspitzen*
30 einzuführen. Darüber hinaus fordern wir den Einsatz quotierter ErstrednerInnenlisten auf allen
31 Ebenen und in allen Gremien, um die Dominanz einiger weniger in Debatten zu brechen. Die
32 Frauenquote von mindestens 50 Prozent für sämtliche Wahlämter innerhalb der Partei halten wir für
33 unerlässlich, um die Arbeitsformen und die Prozesse innerhalb der SPD zu verbessern.

34 Wir wollen, dass die Partei in den Parlamenten auf allen Ebenen auch von jüngeren Menschen
35 repräsentiert wird. Eine eigene ‚Jugendquote‘ lehnen wir als zu starres und unflexibles Instrument ab.

1 Vielmehr müssen bei jeder Wahl eigene Zielmarken definiert werden. Für die Bundestagswahl 2013
2 fordern wir, dass *40 KandidatInnen unter 40* in aussichtsreichen Wahlkreisen und Listenplätzen
3 kandidieren können. Damit ist es aber nicht getan: Wir erwarten auch eine professionelle
4 Unterstützung durch das Willy Brandt Haus für diese jungen KandidatInnen. Wir brauchen aber auch
5 für alle anderen jungen Mitglieder, die früh in einem öffentlichen oder in einem Parteiamt
6 Verantwortung tragen, bessere kostenfreie oder –günstige Bildungsmöglichkeiten.

7 Wir wollen starke und lebendige Unterbezirke und Kreisverbände. Eine systematische Stärkung der
8 Regioarbeit hilft vor allem mitgliederschwachen Kreisverbänden und Unterbezirken, für die der
9 Aufwand eines Engagements auf Landes- oder Bundesebene wegen der räumlichen Distanz zu groß
10 ist. Wir fordern, dass der Parteivorstand Konzepte entwickelt, um Regios, bzw. Unterbezirksverbünde
11 zu stärken, um schlagkräftige Netzwerke auf lokaler Ebene zu ermöglichen.

12 Die Ortsvereine sind wichtige Orte des Parteilebens. Die Ortsvereinsbefragung hat weitestgehend ihre
13 Vitalität gezeigt, aber auch, dass dies von Ort zu Ort sehr unterschiedlich ist. Da wo Ortsvereine nicht
14 mehr arbeitsfähig sind muss darüber nachgedacht werden Ortsvereine zusammenzulegen. Dies scheint
15 uns beispielsweise zweckmäßig, wenn ein ordentliches Vereinsleben mit regelmäßigen
16 Mitgliederversammlungen und Vorstandswahlen nicht mehr möglich ist und so Parteimitglieder ihre
17 Mitgliedsrechte nicht ausüben können. Grundsätzlich ist es wichtig, dass Personalentscheidungen
18 maßgeblich von der Gesamtpartei getroffen werden. Zudem muss die kontinuierliche Mitarbeit in der
19 SPD auch für diejenigen Menschen möglich sein, die sehr mobil sind und häufig ihren Wohnsitz
20 wechseln müssen. Sie können sich nicht auf Dauer an einen Ortsverein binden. Zwar bieten
21 Themenforen und Arbeitsgemeinschaften eine Beteiligungsmöglichkeit, doch wir streben zudem den
22 virtuellen Ortsverein, als anerkannte Struktur an. Es muss möglich sein sich im Internet über eine
23 feste Struktur vernetzen zu können und Anträge zu verfassen.

24 Außerdem fordern wir die Stärkung der Hauptamtlichkeit in dem Sinne, dass die MitarbeiterInnen
25 und ReferentInnen der Partei als wichtiger Rückhalt der Partei betrachtet werden und die
26 Hauptamtlichkeit aus-, statt abgebaut wird, um so beispielsweise auch dort arbeitsfähige Strukturen zu
27 garantieren, wo die SPD das Problem hat, dass sie keine breite Mitgliederstruktur hat.
28 Hauptamtlichkeit bedeutet auch Hilfe zur Selbsthilfe für Ehrenamtliche. Wichtig ist uns, dass es die
29 Möglichkeit gibt zentral Beschwerden und Wünsche an die Partei zu richten. Auch organisatorische
30 Dinge, wie die Aktualisierung von Wohnorten in den Mitgliedsunterlagen können zentral geregelt
31 werden. Außerdem soll es ein Servicetelefon auf Bundesebene geben, wo alle Menschen und speziell
32 Mitglieder auch ein breites Informationsangebot zu Veranstaltungen, Beteiligungsformen uvm.
33 Zugreifen können. Umgekehrt müssen MitarbeiterInnen in den Unterbezirken und Kreisverbänden
34 die Zeit haben sich intensiv um die jeweilige Gliederung zu kümmern. Wir brauchen politische
35 ReferentInnen, auch und gerade in der Fläche. Auch Bildungsarbeit muss so verstärkt dezentral

ermöglicht werden. Um die Transparenz in der Partei zu erhöhen fordern wir zudem, dass alle Stellenausschreibungen für alle Parteimitglieder offen und einfach zugänglich sind. Damit aie auch in Zukunft diese Arbeit gut und an den Bedürfnissen der Aktiven orientiert durchführen können, brauchen sie ihren Qualifikationen und Erfahrungen entsprechende Arbeitsverträge, die sich am öffentlichen Tarifsysteem orientieren. Guter Lohn für Gute Arbeit muss das Prinzip für die Anstellung bei der SPD sein. Dies gilt auch für Praktika und als Wahlkampfpraktika getarnte Aushilfsjobs.

Die Zusammenarbeit mit BündispartnerInnen muss erhalten und ausgebaut werden. Das hat uns stark gemacht und damit haben viele Gliederungen gute Erfahrungen gemacht. Viele Organisationen teilen unsere Ziele, gerade hier muss die Zusammenarbeit gestärkt werden, um einerseits schlagkräftiger die Gesellschaft verbessern zu können und andererseits für die Sozialdemokratie zu werben. Allerdings müssen wir uns auch deutlich von solchen Organisationen abgrenzen und gegen diese einstehen, welche die Werte der Demokratie und der Sozialdemokratie mit Füßen treten. In diesem Zusammenhang müssen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse überprüft werden, damit die SPD sich gegen rechtsextreme Tendenzen deutlich abgrenzt.

Die SPD muss Strukturen schaffen, die es allen Mitgliedern ermöglichen, in ihrer alltäglichen Arbeit die europäische Ebene mitzudenken. Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- oder Umweltschutzpolitik sind immer auch von europäischen Interessen beeinflusst. Daher muss es ein wichtiges Anliegen der SPD sein, dass diese Aspekte selbst in der Parteiarbeit vor Ort diskutiert werden und dass der Gestaltungsanspruch nicht auf der Bundesebene endet. Daher fordern wir, dass Politik auf europäischer Ebene aus den Hinterzimmern und weg von punktuelltem Austausch geführt wird und einen festen Platz in der Parteiorganisation bekommt. Über formale Gestaltungsangebote wie z.B. Prüfsteine bezüglich europäischer Aspekte, Vorschläge für Verfahrens- und Arbeitsregeln ab der Unterbezirksebene oder auch gezielte Bildungsmaßnahmen für Aktive mit Verantwortung sind hier denkbar. Und auf allen Ebenen der Partei bieten sich heute Möglichkeiten, den Austausch mit Genossinnen und Genossen aus anderen europäischen Ländern zu pflegen, um eigene Positionen zu überprüfen. Auch die Themenforen müssen in ihrem Politikbereich mit der europäischen Ebene umgehen.

Wir haben am Anfang dieses Papiers deutlich gemacht, dass eine Satzungsänderung nicht per se zu mehr Beteiligung und einer Demokratisierung führt. Wir müssen in diesem Prozess auch unsere politische Kultur deutlich hinterfragen. Wir müssen Räume schaffen in denen wir offen diskutieren können, weshalb an vielen Stellen die Medien auszuladen sind. Allerdings bestehen wir auch darauf, dass Diskussionen zur Positionsbildung zuerst stattfinden, dann Beschlüsse gefasst werden und diese dann letztlich durch das Spitzenpersonal öffentlich vertreten werden. Eine Aufoktroierung von Positionen durch vorschnelle Äußerungen der Parteispitze lehnen wir ab. Es muss zudem klar sein in welchem Gremium Entscheidungen getroffen werden. Wir müssen grundlegend das Verhältnis

1 zwischen Partei und Fraktion klären und dies nicht nur auf Bundesebene. Aus unserer Sicht ist die
2 Partei der Ort um neue Ideen zu diskutieren und zu beschließen und die Fraktionen der Ort um sie
3 umzusetzen. Dies war während der Regierungsbeteiligung der SPD oftmals anders.

4 5 Bildungsarbeit als Qualifikationsmöglichkeit und Nutzenfaktor mitdenken

6 Zur Parteireform gehört es auch, dass wir unsere Angebote der Bildungsarbeit kritisch hinterfragen.
7 Sicherlich haben wir bereits heute vielfach gute Bildungsangebote, von denen FunktionsträgerInnen
8 profitieren und die sich teilweise offen an Mitglieder richten. Doch diese Angebote sind regional sehr
9 unterschiedlich und werden auch unterschiedlich häufig offeriert. Außerdem gibt es auch Mängel, die
10 beseitigt werden müssen. Das betrifft die Bewerbung der vorhandenen Angebote, aber auch die
11 Palette der Angebote in manchen Bereichen an sich. Die Partei hat die Aufgabe selbst die
12 Weiterbildung ihrer Mitglieder zu gewährleisten und muss intensiv dafür sorgen, dass die Nachfrage
13 nach Bildungsangeboten in der Partei steigt und die Mitglieder sich gerne und intensiv weiterbilden,
14 auch um fortan ihre Meinungen besser in die Partei einbringen und dort vertreten zu können.

15 In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Partei regelmäßig die vorhandenen Bildungsangebote
16 zusammenstellt und breit bei den Mitgliedern bewirbt (das sollte in Kooperation der verschiedenen
17 Ebenen passieren und gebündelt an die jeweils im Einzugsgebiet wohnenden Mitglieder verschickt
18 werden). Denn viele Mitglieder hören nie von verschiedenen Angeboten, obwohl sie diese vielfach
19 interessant fänden oder es bei ihnen sogar eine Initialzündung zur aktiveren Mitarbeit hervorrufen
20 würde. Wir müssen gewährleisten, dass nicht die Funktion darüber entscheidet, ob man
21 Bildungsangebote mitbekommt und an ihnen partizipieren kann oder nicht. Denn umfassende
22 Bildungsarbeit ist der Schlüssel für eine aktive, fachkundige, arbeitsfähige und informierte Partei.
23 Außerdem können breite Bildungsangebote auch ein Anreiz sein in der SPD Mitglied zu werden. Alle
24 müssen wissen, dass sie in unseren Reihen die Möglichkeit auf Qualifikation für den politischen
25 Bereich und darüber hinaus haben. Um die Teilnahme an Parteiangeboten auch planbar zu machen,
26 müssen alle Parteitermine die absehbar sind weit im Voraus geplant und veröffentlicht werden. Das
27 betrifft sowohl Parteitage, als auch Seminare und weitere Termine, wie Regionalveranstaltungen oder
28 BürgerInnenforen.

29 Zudem müssen wir unser bisheriges Bildungsangebot hinterfragen und ausbauen.

30 - Konzepte und Bildungsangebote müssen prinzipiell bereits dort beginnen, wo Interessierte für
31 die SPD begeistert werden sollen. Also müssen auch Menschen Angebote erhalten, die SPD-affin
32 sind, aber noch nicht eingetreten sind.

33 - Der Bereich der Neumitgliederseminare muss ausgebaut werden. Sie müssen regelmäßig
34 stattfinden.

1 - Wichtig ist, regelmäßige Seminarangebote – in inhaltlichen Fragen und auch für die
2 politischen und persönlichen Fertigkeiten – auch den ehrenamtlich Engagierten unserer Partei zu
3 unterbreiten.

4 - Darauf aufbauend benötigen wir Schulungen für FunktionärInnen in Ortsvereinen,
5 Unterbezirken und Kreisverbänden.

6 - Wir brauchen zusätzlich ein breit angelegtes Bildungsprogramm für die gesamte Partei, um
7 Möglichkeiten für weniger frauenfeindliche Arbeitsformen aufzuzeigen. Dazu gehören für uns
8 einerseits flächendeckende Anti-Sexismus-Trainings und Gender-Mainstreaming-Seminare, die
9 männlich geprägten Strukturen und Mechanismen sowie Ansätze zur Veränderung aufzeigen.
10 Andererseits müssen vor Ort Arbeitsformen entwickelt werden, die unsere Strukturen öffnen und uns
11 für alle Menschen attraktiv macht.

12 - Auch ein Angebot für SpitzenfunktionärInnen und MandatsträgerInnen, welche die Partei
13 vielfach nach außen vertreten, gehört zur Gesamtpalette dazu. Wir brauchen auch für alle jungen
14 Mitglieder, die früh in einem öffentlichen Amt oder Parteiamt Verantwortung tragen, bessere
15 kostenfreie oder –günstige Bildungsmöglichkeiten.

16 Insgesamt muss eine fundierte Personalentwicklung und eine Bildung der Mitglieder breit stattfinden.
17 Der Fokus muss dabei auf der Weiterbildung der gesamten Partei liegen. Es müssen inhaltliche
18 Seminare angeboten werden, aber auch organisatorische, sowie solche, welche individuelle Fähigkeiten
19 weiterentwickeln, beispielsweise Rhetorik. Auch spezielle Förderprogramme (Shadowing, Mentoring,
20 Frauennetzwerke) für Frauen sind nach wie vor nötig. Zudem plädieren wir für
21 Patenschaftsprogramme für Neumitglieder, damit neue Genossinnen oder Genossen sich nicht von
22 den Gepflogenheiten in der Partei abgeschreckt fühlen. Die Paten müssen dabei nicht einmal große
23 Positionen inne haben, sie sollen sich nur darum kümmern, dass sich die Neumitglieder wohl fühlen
24 und die wichtigsten Fragen beantwortet werden. Außerdem muss es bei jeder Gliederung
25 Mitgliederbeauftragte geben. Desweiteren fordern wir eine „Task Force Veranstaltungshilfe“, also die
26 Befähigung von vielen Mitgliedern dazu, dass diese dann vor Ort und in ihrem Umfeld dabei
27 behilflich sein können, wenn Gliederungen Veranstaltungen organisieren wollen. Denn die
28 Attraktivität von Veranstaltungen hat vielfach auch etwas damit zu tun, wie sorgsam und professionell
29 diese vorbereitet sind.

30 Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Mitglieder einer Partei ihr höchstes Gut sind. Aus diesem
31 Grund muss die Qualifikation der Mitglieder ein wichtiges Interesse der SPD sein und auch Teil
32 dieser umfassenden Reform.

33
34 Kommunikation muss zukünftig stimmen

1 Eines möchte niemand mehr hören: Das war ein Kommunikationsproblem. Oder: Wir haben nur
2 versäumt das richtig zu erklären. Kein Mitglied, kein SPD-affiner Mensch, keine Bürgerinnen und
3 Bürger dürfen mit derartigen Aussagen abgekanzelt werden. Das führt zu Misstrauen gegenüber der
4 SPD. Es ist die Aufgabe des Spitzenpersonals unserer Partei, aber wo möglich auch die Aufgabe aller
5 Mitglieder, ein Augenmerk auf gute Kommunikation zu legen. Natürlich können Fehler immer
6 vorkommen, aber es darf nicht oft und vor allem nicht mit System passieren. Die Kommunikation von
7 Inhalten gehört zu den Inhalten selbst. Es muss zur Politik, zumal zur sozialdemokratischen, immer
8 dazugehören, dass zu allererst Inhalte in der Partei besprochen werden und diese dann anschließend
9 auch gut erklärt werden können. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht dem Trugschluss
10 aufsitzen, dass Mitglieder der Partei oder der Gesellschaft nicht intelligent genug wären, politische
11 Zusammenhänge auch zu begreifen. Diese weit verbreitete Annahme leistet Politikverdrossenheit
12 Vorschub und beleidigt die Intelligenz weite Teile der Gesellschaft.

13 Zweifelsohne trägt nicht nur die Politik die Verantwortung an dieser Problematik. Die Welt ist durch
14 moderne Kommunikation und komplexe Zusammenhänge erheblich schnelllebiger und komplexer
15 geworden. Da ist es manchmal schwer Gehör zu finden und komplexe Zusammenhänge darzustellen.
16 Hinzu kommt, dass Medien vielfach „kleine Häppchen“ liefern wollen. Parlamentarische
17 Auseinandersetzungen, ausgiebige Interviews und Erläuterungen waren früher erheblich häufiger in
18 der Berichterstattung zu finden.

19 Damit muss die SPD intern, wie extern umgehen. Sie muss auf einen guten Mix von althergebrachten
20 und neuen Kommunikationsmitteln setzen und dabei darauf achten, dass sie alle Teile der Gesellschaft
21 und der Mitglieder erreicht.

22 Das bedeutet für die interne Kommunikation unter anderem:

23 Alle Möglichkeiten der neuen Medien, beispielsweise Blogs, E-Mails, Internetvideos, Newsletter und
24 der sozialen Netzwerke müssen ausgenutzt werden. Das bedeutet keine schicke Show, es bedeutet alle
25 Informationen müssen transparent und zügig allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. In
26 diesem Zusammenhang fordern wir parteiöffentliche Protokolle von den inhaltlichen Teilen von
27 Vorstandssitzungen, Parteiräten und Parteitage auf allen Ebenen. Informationszugang darf aber auch
28 nicht Informationsüberfrachtung bedeuten. Deshalb muss die Partei die bereits möglichen
29 Systematiken ergreifen, um Informationen zielgerichtet an diejenigen zu senden, die diese haben
30 wollen. Hier können wir uns thematische Themenverteiler vorstellen und die Abfrage der Mitglieder,
31 welche Informationen sie haben wollen. Dort müssen die Mitglieder zwischen dem Erhalt aller
32 Informationen bis hin beispielsweise zu thematisch, regional, ebenenbezogen, oder gremienbezogen
33 eingegrenzten Infopaketen wählen können. Zudem ist es wichtig zu betonen, dass bei digitalen
34 Medien die Kommunikation beidseitig funktionieren muss, das bedeutet niemand in der SPD sollte
35 digitale Kommunikation noch als schnelles Verlautbarungsorgan begreifen. Vielmehr bietet sie die

1 Chance auch direkte Rückfragen zu stellen oder Diskussionen zu führen. Das muss intensiv genutzt
2 werden. Auch im Zusammenhang mit Parteitage oder Mitgliederversammlungen sollten die
3 digitalen Möglichkeiten nicht vergessen werden. Wir müssen auf Beschluss-Wikis setzen, wo alle
4 Beschlüsse der letzten Jahre und Jahrzehnte digital schnell gefunden und abgerufen werden können.
5 Auch Diskussionsplattformen im Umfeld der Parteitage sind nötig, genauso wie Antragssoftware,
6 welche die Beratungen erleichtert und Live-Streams und Ticker, die von den Parteitage berichten.
7 Doch vergessen wir bitte trotz der vielen Vorteile der digitalen Kommunikation nicht die Gruppen,
8 die aus finanziellen oder technischen Gründen keinen oder keinen geregelten Zugang zu digitalen
9 Informationen haben, oder das Medium Internet nicht beherrschen. Auch diesen darf keinesfalls ein
10 Nachteil entstehen. Deshalb hat die Partei in der Vergangenheit zwar Briefsendungen, vermutlich
11 auch aus Kostengründen, zurückgefahren, doch ein gewisses Maß an Informierung ist auch auf diesem
12 Wege geboten. Man muss die Mitglieder zumindest wählen lassen (am besten in einer postalischen
13 Abfrage), ob sie Informationen zukünftig digital oder gedruckt erhalten wollen. Die Kosten der daraus
14 entstehenden innerparteilichen Demokratie müssen wir gemeinsam tragen, um eine breite
15 Informierung der Mitglieder zu gewährleisten.

16
17 Der Gedanke der Inklusion muss Einzug in die Parteistrukturen halten. Publikationen der Partei
18 müssen daher auch konsequent in einer Sprache erscheinen, die unseren Ansprüchen an Inklusion
19 umfassend gerecht wird. Darüber hinaus müssen Wege gefunden werden, um auch blinden und
20 gehörlosen Menschen die Mitarbeit in der SPD auf allen Ebenen zu ermöglichen.

21
22 Doch auch das ist nicht alles. Denn Kommunikation funktioniert in zwei Richtungen. Dies mag im
23 digitalen Bereich grundsätzlich möglich sein, reicht jedoch nicht aus. Nichts ersetzt die Diskussion
24 von Angesicht zu Angesicht. Deshalb müssen Informations- aber vor allem
25 Diskussionsveranstaltungen mit der Partei weiter ausgebaut werden. Wer möchte, dass die Partei
26 gemeinsam Inhalte überzeugt vertritt und sich Mitglieder mit „ihrer“ SPD identifizieren, der muss
27 umfassende Angebote anbieten, die Beteiligung nicht nur vorgaukeln und Nachfragen und Gespräche
28 ermöglichen. Daran müssen alle Mitglieder und wo möglich auch Externe teilnehmen können.

30 Lebensgefühl SPD

31 Viele Genossinnen und Genossen denken wehmütig an Zeiten zurück, als die SPD als modern und
32 „angesagt“ galt. Wer sagt, dass diese Zeiten vorbei sind? Natürlich gehört es zur Ehrlichkeit dazu zu
33 erkennen, dass viele andere Organisationen eine höhere Attraktivität, Zustimmung und
34 Identifikationskraft haben, als die SPD. Doch das ist nichts, was einfach mit uns passiert, dem wir

1 nicht entgegenwirken können. Vielmehr ist dieser Eindruck und teilweise auch Fakt in höchstem
2 Maße selbstverschuldet. Es gehört genauso zur Parteireform auch diesem Problem offensiv zu
3 begegnen. Das bedeutet weder, dass wir uns zu einer Spaß-Partei entwickeln sollen, noch bedeutet es,
4 dass wir nicht deutliche Positionen beziehen müssten. Doch wir müssen uns darauf besinnen, was die
5 SPD ausmacht. Und dazu gehört es, dass wir in allen Bereichen Positionen haben, diese vertreten
6 müssen und auch bereit sind dies gegen Widerstände zu tun. Wir müssen es schaffen glaubwürdig und
7 selbstbewusst zu sein, ohne dabei eine Arroganz auszustrahlen, dass wir beratungsresistent wären und
8 ohne verbittert zu wirken. Wir müssen die Meinungen und Positionen von Externen Laien und
9 Fachleuten genau hören und in unsere Positionsfindungen einfließen lassen. Obwohl das
10 selbstverständlich klingt ist es oftmals nicht der Fall. Denn ebenso wie innerparteilich gibt es auch
11 darüber hinaus oft nur eine Scheinbeteiligung, welche die Leute schnell durchschauen.

12 Außerdem müssen wir die Partei dringend öffnen. Das geht über Strukturänderungen, wie sie oben
13 beschrieben werden, doch es bedarf auch einer tatsächlichen räumlichen Öffnung, um dies zu
14 untermalen und zusätzliches Interesse an der SPD zu wecken. Deswegen fordern wir, dass die
15 Parteihäuser zu Orten der Begegnung erweitert werden. Das bedeutet, dass die Parteihäuser
16 Anlaufstellen für Mitglieder, aber auch für Nicht-Mitglieder sein müssen und es wo möglich auch
17 räumliche Umgestaltungen geben muss, um Begegnung zu ermöglichen. Beispielsweise können durch
18 eine Präsenzbibliothek, gemütliche Räumlichkeiten zum Lesen und für lockere Gesprächsrunden,
19 Sitzungsräume die - mit Moderationsmaterialien ausgestattet - zunehmend für Diskussionen mit
20 Externen verwendet werden können und einem Werkraum zur Vorbereitung von Aktionen oder
21 Transparenten das bisweilen verbreitete Bild der „miefigen“ Parteihäuser und -strukturen zerstreuen.

22 Und was hindert uns vor allem daran die sicherlich oft unerfreulichen, komplexen und in langen und
23 arbeitsreichen Prozessen erarbeiten Inhalte mit Überzeugung positiv zu vertreten? Das ist kein
24 Plädoyer Dinge zu beschönigen. Aber wir alle und speziell unser Spitzenpersonal müssen aufhören
25 dauernd zu betonen, wie schwer alles ist und wie arbeitsreich der Alltag ist. Das ist zwar sicher richtig,
26 aber niemand wurde gezwungen sich in der SPD zu engagieren. Vielmehr sollten wir es als Privileg
27 betrachten dieses Ehrenamt oder Hauptamt ausführen zu können. Wir können in einer komplexen,
28 schnelllebigen und oft anstrengenden Welt nicht erwarten, dass wir Mitleid oder überhöhte
29 Anerkennung von anderen bekommen, so bitter das manchmal auch ist. Vielmehr muss der Habitus,
30 der Politikerinnen und Politikern oft innewohnt und oftmals die dauernd arbeitende, alles
31 durchschauende und bedenkentragende Person skizziert, etwas aufgebrochen werden. Wenn wir
32 seriös, inhaltlich fundiert und selbstbewusst unsere Inhalte vertreten, dies aber mit einer gewissen
33 Portion Leichtigkeit schaffen, wird das dem Glauben an die Sozialdemokratie und Politik allgemein,
34 aber auch die Attraktivität der SPD wieder erhöhen.

1 Gemeinsam werden wir es schaffen!

2 Die SPD beruft sich auf eine 150jährige Tradition. Manche Unkenrufe sahen diese Tradition nach
3 der verlorenen Bundestagswahl schon enden. Das hat uns geholfen den Ernst der Lage besser zu
4 durchdringen und zu erkennen, dass die Fähigkeit zur Erneuerung, die der SPD innewohnt, dringend
5 abgerufen werden muss. Doch wenn wir gemeinsam die Kraftanstrengung vollbringen uns zu erneuern
6 und vor allem unsere Inhalte zur Grundlage unserer Politik machen, dann ist die SPD zukunftsfähig
7 und wird die politische Landschaft in der Bundesrepublik weiter maßgeblich mitbestimmen. Doch das
8 muss umfassend in allen Bereichen und vor allem tatsächlich passieren. Konzepte zu beschließen und
9 dann in die Schublade zu legen hilft der SPD nicht mehr weiter. Doch wenn wir gemeinsam nach
10 unseren Überlegungen handeln und diese mit guten, progressiven Inhalten unterfüttern, die
11 schließlich im Vordergrund stehen und den Menschen vermittelt, dass die SPD eine linke Volkspartei
12 ist, dann werden wir fortbestehen und auch wieder deutlich erstarken.

13

14 Wir Jusos haben uns in der Vergangenheit organisatorisch und inhaltliche in diesen Prozess
15 eingebracht. Bei der organisatorischen Parteireform konnten wir dabei viele Erfolge erzielen. Auf
16 unseren Vorschlag hin wird das Präsidium abgeschafft. Die Aufwertung des alten Parteirats zum
17 neuen Parteikonvent hat maßgeblich Ideen von uns aufgenommen. Auch die Vergrößerung des
18 Bundesparteitages oder die Einführung von Themenforen ist nicht zuletzt uns Jusos zu verdanken.
19 Die Juso-Mitgliedschaft ist zukünftig entfristet und Nur-Jusos werden endlich in die
20 Delegiertenschlüssel mit einberechnet. Die Hürden für Mitgliederentscheide sind gesenkt worden.
21 Wir haben einige gute Schritte nach vorne gemacht. Jetzt heißt es, dabeibleiben und die Änderungen
22 auch mit Leben füllen. Jetzt heißt es vor allem: inhaltlich nachziehen und die SPD politisch auf neue
23 Füße stellen.

24

S2 Abschaffung der Maklerprovision für

Wohnungssuchende

LV Bayern

Forderung: Abschaffung der Maklerprovisionen für private Wohnungssuchende, wenn diese nicht selbst einen Makler für eine Wohnungssuche beauftragt haben.

Begründung: Wohnungssuchende, die privat eine Wohnung mieten oder kaufen möchten, werden sehr oft gezwungen zur üblichen Mietkaution, die man wieder zurück erhält, eine Maklerprovision in Höhe von einer bis zu mehreren Monatsmieten zu bezahlen. Damit können sich viele Bürgerinnen und Bürger bestimmte Wohnungen nicht leisten, da sie zusätzlich noch bis zu mehrere tausend Euro Provision für die Vermittlung einer Wohnung durch eine/n MaklerIn aufbringen müssen, die/den sie selbst nicht einmal beauftragt haben. Diese Unsitte im deutschen Maklerwesen muss endgültig abgeschafft werden, in dem das Gesetz der Regelung zur Wohnungsvermittlung geändert wird.

Maklerprovisionen werden damit nur noch vom AuftraggeberInnen, in diesem fall der/dem VermieterIn übernommen. Somit wird es für die Wohnungssuchenden fairere Chancen geben, Wohnungen zu mieten (oder zu kaufen), da nicht nur der, der sich die Provision leisten kann, die Chance hat, eine Wohnung zu bekommen.

S3 Gleiches Recht für Alle!

LV Rheinland-Pfalz

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten treten ein, für eine gerechte und pluralistische Gesellschaft. Deshalb fordern wir:

Streikrecht und gleiches Arbeitsrecht für alle!

Das hart erkämpfte Recht, sich Gewerkschaften anzuschließen ist den „kirchlichen ArbeitnehmerInnen“ untersagt. Betriebsräte sind im kirchlichen Arbeitsrecht nicht zugelassen, da das Betriebsverfassungsgesetz innerhalb der entsprechenden Institution nicht greift. Das kirchliche Arbeitsrecht lässt keine Streiks zu. Diese Tatsachen wiegen deshalb besonders schwer, weil Institutionen in kirchlicher Trägerschaft nicht zu Tarifverträgen verpflichtet werden können.

Das Recht der beiden Großkirchen zur „unterschiedlichen Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung“ wird im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im §9 garantiert. Allerdings darf nur dann unterschiedlich behandelt werden, wenn „[eine Bestimmte Religion oder Weltanschauung] nach der Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellt“. Das heißt, dass trotz dieses Gesetzes eine Reinigungskraft nicht wegen ihres Kopftuches, ihrer Scheidung, Homosexualität, etc. entlassen werden darf. Die Tätigkeit kann hier keine bestimmte Weltanschauung voraussetzen.

§9 AGG

„1) Ungeachtet des § 8 ist eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder der Weltanschauung bei der Beschäftigung durch Religionsgemeinschaften, die ihnen zugeordneten Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder durch Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, auch zulässig, wenn eine bestimmte Religion oder Weltanschauung unter Beachtung des Selbstverständnisses der jeweiligen Religionsgemeinschaft oder Vereinigung im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht oder nach der Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellt.

(2) Das Verbot unterschiedlicher Behandlung wegen der Religion oder der Weltanschauung berührt nicht das Recht der in Absatz 1 genannten Religionsgemeinschaften, der ihnen zugeordneten Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder der Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, von ihren Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses verlangen zu können.“

1,3 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in kirchlichen Einrichtungen nach kirchlichem Arbeitsrecht. Und das bedeutet oftmals zu schlechteren Arbeitsbedingungen und für wesentlich weniger Geld als beispielsweise Beschäftigte, die in anderen Kliniken, KiTas und Altenpflegeeinrichtungen die gleiche Arbeit tun. Damit muss Schluss sein.

Dem entsprechend fordern wir für diese Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen die gleichen gewerkschaftlichen Rechte wie für alle anderen ArbeitnehmerInnen. Der „Dritte Weg“ des kirchlichen Arbeitsrechts muss abgeschafft werden. Das Recht zum Streik ist zu gewährleisten. Mit der Benachteiligung muss Schluss sein! Mit den vordemokratischen Zuständen muss Schluss sein!

Kirchensteuer hinterfragen, Leistungen sicherstellen.

Die steuerrechtliche Sonderstellung von Religionsgemeinschaften muss hinterfragt und wenn möglich abgeschafft werden. Hierzu ist vor allen Dingen zu klären, wie und ob die Aufgaben der Kirchen im weitesten diakonischen Sinne (Pflegeheime, Jugendheime, KiTas, etc.) reibungslos, gegebenenfalls mit Unterstützung des Staates weitergeführt werden können. Es darf nicht passieren, dass ArbeitnehmerInnen der angesprochenen Einrichtungen ihren Arbeitsplatz verlieren, oder fehlende Einnahmen durch die Kirchensteuer zu einer Privatisierung von Bildung und Pflege führen.

Die wegfallenden Gelder durch die Kirchensteuer, müssen kompensiert werden über eine öffentliche Finanzierung und es müssen Wege gefunden werden, die etwaigen Mittel, welche die Kirchen teilweise in der Vergangenheit noch zugezahlt haben (bspw. das Bereitstellen von Räumen, die Zugabe von Geldmitteln aus Sammlungen, etc.) im Dialog mit den Kirchen sicherzustellen, bzw. zu kompensieren. Eine umfassende und gute Bildung und Pflege vor staatlichem Hintergrund ist dabei unser Ziel. Hierzu wird der Bundesvorstand beauftragt ein schlüssiges Konzept vorzulegen, in dem auch die historischen Staatsleistungen (Konkordate), der §9 AGG, die staatliche Erfassung der Religionszugehörigkeit sowie weitere kirchliche Privilegien auf den Prüfstand gestellt werden.

1 **Für freie Wissenschaft und Forschung – gegen weltanschauliche Einflussnahme!**

3 Konkordatslehrstühle abschaffen, theologische Fakultäten kritisch überprüfen!

5 Wir Jusos treten ein für eine freie Wissenschaft und Forschung an staatlichen Bildungseinrichtungen.
6 Deshalb fordern wir:

8 **Die Abschaffung aller bestehender Konkordatslehrstühle**

10 Alle bestehenden Konkordatslehrstühle sind durch Bundes- und Landesgesetzgebung abzuschaffen,
11 die Schaffung neuer Konkordatslehrstühle ist zu verbieten. Entsprechende Verträge mit der
12 katholischen Kirche sind, soweit dies für die Umsetzung der Forderung erforderlich ist,
13 aufzukündigen.

15 Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre hat Verfassungsrang. In Artikel 5, Absatz 3 des
16 Grundgesetzes heißt es:

18 „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von
19 der Treue zur Verfassung.“

21 Diese Vorgabe ist eindeutig. Nach Artikel 1, Absatz 3 des Grundgesetzes, gilt das Grundgesetz als
22 unmittelbar geltendes Recht:

24 „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als
25 unmittelbar geltendes Recht.“

27 Vertragliche Vereinbarungen zwischen der katholischen Kirche und den betroffenen Ländern die
28 Konkordatslehrstühle betreffend sind daher verfassungsrechtlich äußerst bedenklich.

30 Konkordatslehrstühle diskriminieren im Weiteren nicht-katholische, zumindest skeptische
31 Wissenschaftler. Professuren an staatlichen Hochschulen sind öffentliche Ämter. Der Zugang zu
32 solchen Ämtern darf niemanden aus weltanschaulichen Gründen verweigert werden, dies wird vom
33 Grundgesetz in Artikel 33, Absätze 2 und 3 garantiert:

1
2 „(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang
3 zu jedem öffentlichen Amte.

4
5 „(3) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern
6 sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen
7 Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem
8 Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.“

9
10 Konkordatslehrstühle widersprechen weiterhin eklatant dem Trennungsgebot des Grundgesetzes,
11 siehe dazu Artikel 137 I WRV/Artikel 140 GG:

12
13 „Es besteht keine Staatskirche“

14
15
16 **Die Begrenzung des Einflusses der Kirchen auf die theologischen Fakultäten an *staatlichen***
17 **Hochschulen**

18
19 Das Mitspracherecht der Kirchen bei der Besetzung von Professuren an den theologischen Fakultäten
20 staatlicher Hochschulen ist abzuschaffen. Ebenso abzuschaffen ist das Verfahren der
21 Lehrbeanstandung, durch das die Kirchen Staatsbeamten die Lehrbefugnis für das jeweilige
22 theologische Fach an staatlichen Hochschulen wieder entziehen können.

23
24 Solange ein konfessions- und kirchengebundener Religionsunterricht an öffentlichen Schulen besteht,
25 hat der Staat für die Ausbildung des Lehrpersonals zu sorgen. Dem Grundgesetz entsprechend muss
26 das in Kooperation mit der Kirche geschehen. Diese Kooperation rechtfertigt in gewisser Weise
27 theologische Fakultäten. Ist der Religionsunterricht jedoch, wie von den Jusos gefordert, abgeschafft,
28 entfällt dieser Rechtfertigungsgrund für die Existenz konfessionsgebundener theologischer Fakultäten
29 an staatlichen Hochschulen. Priester dürfen nicht an staatlichen Hochschulen ausgebildet werden.
30 Dies stellt auch einen vom Grundgesetz garantierten Schutz der Religionsgemeinschaften dar.

1 Die derzeitige Situation widerspricht eklatant dem Trennungs- und Neutralitätsgebot des
2 Grundgesetzes (Artikel 137 I WRV/Artikel 140 GG), sowie der Freiheit von Wissenschaft und
3 Lehre. Siehe dazu die Artikel 5 und 33 des Grundgesetzes, sowie weiterhin Artikel 3 Absatz 3:

4
5 „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner
6 Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt
7 oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

8
9 Auch Artikel 4, Absatz 1:

10
11 „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen
12 Bekenntnisses sind unverletzlich.“

13
14 Die Existenz konfessionsgebundener theologischer Lehrstühle an staatlichen Hochschulen ist generell
15 sehr fragwürdig, da sie eindeutig der Trennung von Staat und Kirche widerspricht. Weiterhin
16 widerspricht sie Artikel 5 des Grundgesetzes, da sie von den betreffenden HochschullehrerInnen
17 „Loyalität“ gegenüber der kirchlichen Lehrmeinung verlangt. Dies ist nicht vereinbar mit den heute
18 allgemein anerkannten Wissenschaftskriterien, wie z.B. Zweifel als Erkenntnisprinzip,
19 Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse durch die Vernunft etc.

20 Konfessionsgebundene Theologie ist deshalb nicht als Wissenschaft im Sinne dieser
21 Wissenschaftskriterien zu betrachten.

22 Auch Befürworter theologischer Fakultäten in ihrer jetzigen Form sprechen in diesem
23 Zusammenhang von „Glaubenswissenschaft“.

24
25 Die Existenz von konfessionsgebundenen theologischen Fakultäten an staatlichen
26 Hochschulen erhält ihre Rechtfertigung durch den derzeit noch
27 existierenden konfessionsgebundenen Religionsunterricht, da der Staat, insofern er
28 einen solchen Unterricht anbietet, auch das benötigte Lehrpersonal ausbilden muss.

29
30 **Zur weiteren Erläuterung und Begründung:**

31 **Zu 1. :**

32 Konkordatslehrstühle sind Lehrstühle an staatlichen Hochschulen in nicht-theologischen
33 Fachbereichen, wie beispielsweise Philosophie, Geschichte, Pädagogik, Soziologie und

Politikwissenschaft, bei deren Besetzung die katholische Kirche ein Mitspracherecht hat. Konkordatslehrstühle existieren vor allem in Bayern aber auch in NRW(Bonn), BW(Freiburg) und RLP (Mainz). Konkordatslehrstühle wurden begründet durch, wie der Name es schon sagt, Konkordate mit dem Heiligen Stuhl. Zu nennen wäre zB. das Bayernkonkordat von 1924, Anpassungen gab es 1968 und 1974, es wurden jeweils neue Konkordatslehrstühle eingerichtet. Der katholischen Kirche wird bei der Besetzung dieser Lehrstühle ein Mitspracherecht eingeräumt, das so genannte „Nihil Obstat“- in der Praxis bedeutet dies, dass kein Wissenschaftler, der der Lehre der katholischen Kirche grundsätzlich skeptisch gegenübersteht, einen solchen Lehrstuhl besetzen kann. Ein deutlicherer Eingriff in die Freiheit der Lehre und der Wissenschaft, die Freiheit des Bekenntnisses oder Nicht-Bekenntnisses sowie die Freiheit der Hochschulen ist schwer denkbar. Hier besteht dringender Handlungsbedarf im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte Aller.

Zu 2.:

Nirgendwo tritt die Verflechtung zwischen dem Staat und den beiden christlichen Großkirchen so deutlich hervor wie bei den konfessionsgebundenen theologischen Lehrstühlen an staatlichen Hochschulen. Um es kurz zu machen: Die Kirche bestimmt die Lehre, der Staat bezahlt. Nicht nur ReligionslehrerInnen werden ausgebildet, sondern auch Priester und PastorInnen. Auf Dauer kann dies in einer pluralen Gesellschaft, in einem weltanschaulich neutralen Staat nach Grundgesetzborgabe nicht hingenommen werden. Die Forderung nach einem Verbot kirchlicher Einflussnahme bei der Benennung von ProfessorInnen und bei der Frage der Lehrbeanstandung ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Gegen Zensur von Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit!

Forderung nach Abschaffung des so genannten „Gotteslästerungsparagraphen“ § 166 StGB

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten treten für eine freie, demokratische und pluralistische Gesellschaft ein. Deshalb fordern wir:

Die ersatzlose Streichung des § 166 StGB

§ 166 StGB stellt eine Bevorzugung religiöser Menschen dar und verhindert religionskritische Kunst oder Meinungsäußerung.

Die Abschaffung des § 166 StGB, der in seiner ursprünglichen Fassung aus dem 19. Jahrhundert stammt, öffnet in keiner Weise die Grenzen zur Störung des so genannten „öffentlichen Friedens“. Vielmehr trüge die Streichung des Paragraphen zur Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft bei und würde eine Möglichkeit zu Repression und Zensur abschaffen.

Menschen die einer Weltanschauungsgemeinschaft zugehörig sind, wie auch diese Gemeinschaften selbst, dürfen von einem weltanschaulich neutralen Staat nicht anders behandelt werden als Nichtreligiöse. Des Weiteren wird jedem Menschen gesetzlicher Schutz garantiert, unabhängig von Weltanschauung oder Bekenntnis. Eine Möglichkeit zur Störung des „öffentlichen Friedens“ würde durch die Abschaffung keineswegs geschaffen.

Straftatbestände, wie zum Beispiel:

Beleidigung, § 130 StGB:

„Die Beleidigung wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe und, wenn die Beleidigung mittels einer Tätlichkeit begangen wird, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, § 111 StGB:

„(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zu einer rechtswidrigen Tat auffordert, wird wie ein Anstifter (§ 26) bestraft.

(2) Bleibt die Aufforderung ohne Erfolg, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe. Die Strafe darf nicht schwerer sein als die, die für den Fall angedroht ist, daß die Aufforderung Erfolg hat (Absatz 1); § 49 Abs. 1 Nr. 2 ist anzuwenden.“

Der Volksverhetzungsparagraph §130 StGB geht indes noch weiter und schützt explizit religiöse Gruppen:

1
2 „(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

3
4 1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder
5 Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder

6
7 2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung
8 beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

9
10 wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

11
12 (2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

13
14 1. Schriften (§ 11 Abs. 3), die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine
15 nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt-
16 oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen,
17 dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich
18 gemacht oder verleumdet werden, [...]“.

19
20 Wir berufen uns auf Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Meinungsäußerung, der Kunst,
21 der Wissenschaft und der Lehre garantiert. War die Intention der Neufassung des Paragraphen die
22 Vereitelung möglicher Konflikte zwischen Religionsgemeinschaften, so wird er heute fast
23 ausschließlich zur Zensur religionskritischer Publikationen und Kunst gebraucht. Immerhin ist heute
24 der „öffentliche Friede“ rechtlich geschützt und nicht mehr das Bekenntnis.

25
26 Sei es das Verbot von Theaterstücken oder Musicals, beispielsweise das bekannt gewordene - und bis
27 heute verbotene - Stück „Das Maria-Syndrom“ von Michael Schmidt-Salomon oder die Zensur von
28 Stunksitzungen in Köln in den Jahren 1993 und 2006, es ist nicht einzusehen weshalb
29 Religionsgemeinschaften durch Repression und Zensur gegen kritische Andersdenkende rechtlich
30 vorgehen können.

31
32 Weitere Begründung zu den einzelnen Forderungen, erfolgt, sofern erforderlich, mündlich.

V4 Verkehrslärm

LV Schleswig-Holstein

Die Bundeskonferenz möge erstens beschließen:

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgendes einzusetzen:

Die Mittel im Bundeshaushalt für die Ausweitung von Maßnahmen des passiven Lärmschutzes an Schienenwegen sind zu erhöhen. Mittelfristig sind Geräuschemissionen von Schienenwegen durch strengere Grenzwerte und aktiven Lärmschutz einzugrenzen.

Begründung:

Das Bundesverkehrsministerium hat im letzten Jahr das zweite nationale Verkehrslärmschutzpaket vorgestellt. Darin wird die Ausweitung von passivem Lärmschutz an Schienenwegen fortgesetzt. Die fortschreitende Lärmkartierung des Eisenbahnbundesamtes zeigt gleichzeitig die katastrophale Situation an Schienenwegen auf. Bis zu 75 db(A) außen sind von den Anwohnern hinzunehmen.

Zur Info: Ein normales Fenster dämmt um ca. 25 db(A), bei also übrigen 50 db(A) ist Schlaf nicht ohne ständiges Aufwachen möglich und damit ungesund, führt auf Dauer zu Konzentrationsschwäche, Anfälligkeit für Krankheiten u.v.m.

Ein Schallschutzfenster dämmt um ca. 35 db(A) geschlossen. Bei 40 db(A) liegt auch die obere Grenze für gesunden Schlaf. Die meisten Menschen Wachen bei ca. 30 – 40 db (A) auf.

Glücklicherweise sind auch die o.g. 75 db(A) die obere Grenze. Zum Schluss sei noch drauf hingewiesen, dass es sich auch bei geschlossenem Fenster für viele Menschen schlecht schlafen lässt. Hier ist der Einbau von Belüftungssystemen vorgesehen.

Aufgrund des zunehmenden Verkehrslärms, insbesondere des Schienenlärms durch höhere Zugfolgen und zunehmenden Güterverkehr, der überwiegend nachts abgewickelt wird, sinkt sogar für den Schienenlärm die Akzeptanz der Bevölkerung.

Wir stehen weiterhin für eine konsequente Verlagerung insbesondere des Güterverkehrs, auf die Schiene, aber auch für ÖPNV. Das durchzusetzen bedarf aber der Akzeptanz der Bevölkerung und uns muss klar sein, dass dieses Vorhaben die gezeigten Nebenfolgen hat. Dafür müssen wir nun rasch Verantwortung in angemessenem Maß übernehmen. Der Plan des BMV, erst im Jahr 2020 fertig zu sein, ist nicht energisch genug (obgleich mir die im Lärmschutzpaket aufgemachte Rechnung ohnehin fehlerhaft vorkommt).

Einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz gibt es derzeit nur bei einer wesentlichen Änderung der Anlage. Weitergehend sollte dieser derzeit mit Blick auf den Haushalt auch nicht sein. Als

- 1 Gegenleistung muss dann aber das Konzept durch freiwillige Leistungen des Staates ausgebaut werde,
- 2 um insbesondere die Brennpunkte rasch abzuarbeiten.
- 3 Wir brauchen mehr Verkehr auf der Schiene, das muss es uns wert sein.
- 4

INI 1 SPD konsequent erneuern – für einen Politikwechsel

Bundesvorstand

2009 wurde die SPD für ihre Regierungspolitik abgestraft. Nach der Bundestagswahl war klar, dass die SPD sich in zentralen Fragen inhaltlich erneuern und Entscheidungen aus der Regierungszeit korrigieren muss. Mit dem Bundesparteitag 2009 hat die Partei diesen Prozess in Angriff genommen, der beim anstehenden Bundesparteitag 2011 vorerst abgeschlossen werden soll. Wir Jusos haben uns in diesen Prozess intensiv eingebracht; viele Vorschläge des Parteivorstands gehen in die richtige Richtung. Die SPD muss – auch in Abgrenzung von Schwarz-Gelb – für einen echten Politikwechsel und wieder für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. Nur kosmetische Korrekturen und vieldeutige, interpretierbare Kompromisse reichen dazu nicht aus.

Auf dem Bundesparteitag stehen Entscheidungen in drei zentralen Politikfeldern an: In der Steuer- und Finanzpolitik, in der Gesundheitspolitik sowie bei der Alterssicherung.

Für eine echte Trendwende in der Steuerpolitik

Die zahlreichen Steuersenkungen haben dazu geführt, dass die staatliche Handlungsfähigkeit massiv bedroht ist. Viele Kommunen haben inzwischen keinerlei finanzielle Spielräume. Der Staat nimmt in Folge der Steuerreformen jedes Jahr über 50 Mrd. Euro weniger ein. Der deutsche Staat hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem!

Die Steuern wurden vor allem für hohe Einkommen, Vermögen, Kapitaleinkünfte und Unternehmensgewinne gesenkt. In der Steuerpolitik ist dringend eine Trendwende nötig, die Steuersenkungen müssen korrigiert werden. Auch wenn wir uns weitergehende Schritte gewünscht hätten: Die Vorschläge des Parteivorstands zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer gehen in die richtige Richtung.

An mindestens zwei Stellen sind beim Bundesparteitag aber auf jeden Fall noch Änderungen nötig:

Wir fordern:

die Beibehaltung der sogenannten „Reichensteuer“ als dreiprozentigen Aufschlag auf den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 125.000 / 250.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen.

1 die Rückkehr zur synthetischen Besteuerung. Die Abgeltungssteuer gehört abgeschafft.

3 Gesundheitspolitik

4 Im Gesundheitssystem besteht inzwischen in vielen Bereichen faktisch eine Zwei-Klassen-Medizin.
5 Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wurde in den letzten Jahren
6 kontinuierlich reduziert, die Zuzahlungen für PatientInnen stiegen. Gleichzeitig sorgt das
7 unsolidarische Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung dafür, dass sich die
8 Besserverdienenden im Gesundheitssystem der gesellschaftlichen Solidarität entziehen können.

10 Mit der Bürgerversicherung hat die SPD einen Reformvorschlag, der in der Bevölkerung auf breite
11 Zustimmung stößt und zur Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin beitragen kann: Alle
12 Einkommen sollen zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden und alle
13 Bürgerinnen und Bürger erhalten die bestmögliche Gesundheitsversorgung.

15 Um dies aber konsequent umzusetzen, sind am bisherigen Vorschlag des Parteivorstands mindestens
16 die folgenden Änderungen nötig:

18 Wir fordern:

19 die Erweiterung des Leistungskatalogs: Ziel muss es sein, dass diejenigen, die krank sind, ihre Kosten
20 erstattet bekommen. Dazu sind für uns mindestens die vollständige Übernahme von Zahnersatz,
21 Prothesen, Verhütungsmittel, Sehhilfen/Brillen sowie Leistungen für Kinder notwendig.

22 die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung. Dazu müssen die Praxisgebühr und alle
23 Zuzahlungen, die einseitig die Versicherten belasten, abgeschafft werden.

24 die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze - langfristig. In einem ersten Schritt muss die
25 Beitragsbemessungsgrenze aber auf jedem Fall auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht werden.
26 Gleiches gilt für die Pflegeversicherung.

27 die Einbeziehung anderer Einkommensarten und zwar im gerechten Verhältnis zu den Sozialabgaben
28 auf Löhne und Gehälter.

30 Rentenpolitik

31 Die von der SPD verantwortete Rentenpolitik war eine der inhaltlichen Hauptgründe für die
32 Wahlniederlage 2009. Die SPD setzte in den Regierungsjahren einen Paradigmenwechsel in der

1 Rentenpolitik durch: Die zuvor konsensualen Ziele Armutsfestigkeit und Lebensstandardsicherung
2 wurden zu Gunsten niedriger Beitragssätze aufgegeben.

3
4 Durch die zahlreichen Rentenreformen (vor allem Riester und Rente mit 67) gewährleistet das
5 Rentensystem inzwischen absehbar für einen großen Teil der Menschen weder eine armutsfeste Rente
6 noch die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Eine private Vorsorge ist keine Alternative, sie ist
7 ineffizient, risikoreich und für viele Beschäftigten schlicht nicht finanzierbar.

8
9 Erste Korrekturen an ihrer Rentenpolitik hat die SPD bereits vorgenommen, weitere Änderungen
10 sind jedoch dringend erforderlich:

11
12 Wir fordern:

13 die gesetzliche Rentenversicherung muss armutsfeste Renten und die Lebensstandardsicherung
14 gewährleisten. Wir fordern die Abschaffung aller Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel, so dass
15 das Rentenniveau wieder auf der Höhe vor 2001 liegt.

16 die Rücknahme der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, da auch in den
17 nächsten Jahren nicht mindestens die Hälfte der 60-64jährigen eine sozialversicherungspflichtige
18 Beschäftigung (ohne 400-Euro-Jobs) haben wird.

19 dass die gesetzliche Rentenversicherung auch gebrochene Erwerbsbiografien und
20 Niedriglohnbeschäftigung zumindest zum Teil auffangen muss. Dazu schlagen wir vor, Beiträge
21 unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Beitragszahlungen, bei Kindererziehung und Pflege sowie
22 bei Arbeitslosigkeit aufzuwerten, um so die Lebensleistung der Beschäftigten zu würdigen und ein
23 Absinken auf Grundsicherungsniveau zu verhindern.

INI 2 Nazi-Verbrechen aufklären, Nazis bekämpfen!

Bundeschvorstand, LV Berlin

In Deutschland wird regelmäßig Gewalt durch Nazis ausgeübt. Aus menschenfeindlichen Motiven heraus werden täglich Menschen angegriffen, teilweise sogar ermordet. Noch mehr Menschen wurden durch die Gewalt verunsichert und verängstigt. Die zufällige Entdeckung des Jenaer Neonazi-Netzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat gezeigt, dass systematische, zielgerichtete und brutale Gewalt von Nazis in den letzten Jahren nahezu unbehelligt ausgeübt wurde und vermutlich weiter ausgeübt werden wird. Dies schockiert uns zutiefst! Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Diese mussten nicht nur den Verlust ihnen nahestehender Menschen verkraften. Sie mussten es darüber hinaus ertragen, dass Politik, Polizei und Medien die Opfer beschuldigten, in kriminelle Geschäfte verwickelt gewesen und somit selbst für ihren Tod selbst verantwortlich zu sein. Vorverurteilungen durch die Ermittlungsbehörden blendeten die politische Motivation dieser Taten völlig aus. Mitgefühl und ein unbedingter Wille zur Aufklärung der Verbrechen hätte ihnen zugestanden. Dieses Verhalten ist unentschuldigbar.

Der in Teilen der Medien und der Politik gebrauchte Begriff „Dönermorde“ für diese Taten ist unpassend und schürt erneut Vorurteile. Wer solche Begriffe verwendet, unterstützt damit die Intention der TäterInnen!

Die jetzt bekannt gewordenen Taten des Nazi-Netzwerks zeigen ein bisher unbekanntes Ausmaß an Nazi-Gewalt. Gewalttätige Übergriffe von Nazis sind in Deutschland aber kein unbekanntes Phänomen. Allein in Ostdeutschland gab es im Jahr 2010 nach Angaben der Opferberatungsprojekte in den ostdeutschen Bundesländern 730 Gewalttaten von Nazis. Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch höher. Seit 1990 sind zudem nach Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung 182 Menschen von Nazis getötet worden. Vor diesem Hintergrund ist es heuchlerisch, wenn auf die systematische Gewalt von Nazis mit Überraschung reagiert wird. Wer das bisher nicht wusste, wollte es nicht wissen.

Nazi-Gewalt gegen linke Projekte – Solidarität mit den Falken

Ein Beispiel für Nazi-Gewalt sind die Anschläge gegen das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Berlin-Neukölln. Es wurde auch nun schon zum zweiten Mal in diesem Jahr in Brand gesetzt. Große Teile der Einrichtung wurden zerstört. Noch eine Nacht zuvor hatte eine Kindergruppe in dem Haus übernachtet. Es handelt sich also nicht "nur" um Brandstiftung; es wurden auch Menschenleben riskiert. Die TäterInnen wurden noch nicht ermittelt. Für die Falken bedeutet dies einen immensen materiellen Schaden, denn keine Versicherung kommt für alle Schäden auf, zumal auch viele Materialien zerstört wurden, die in mühevoller Eigenarbeit entstanden sind. Hinzu kommt der immaterielle Schaden: Wer sich in Berlin bei den Falken (oder in anderen linken Projekten oder Organisationen) engagiert, muss sich offensichtlich bedroht fühlen. Gewalttätige Überfälle sind kein Einzelfall. Immer wieder gibt es gezielte Verbrechen gegen Personen, die sich links engagieren, ohne dass die Taten aufgeklärt werden. Wir Jusos verurteilen diese Gewalttaten. Die Falken Berlin haben unsere volle Solidarität. Wir dürfen uns von Nazi-Gewalt nicht einschüchtern lassen. Wir müssen zusammenstehen und uns gegenseitig im gemeinsamen Kampf gegen Nazi-Gewalt unterstützen.

Konsequenzen ziehen

Die nun aufgedeckten Verbrechen zeigen aber noch mehr: Politik, Verfassungsschutzbehörden und die Polizei tragen die Verantwortung dafür, dass die Verbrechen des Neonazi-Netzwerks nicht verhindert oder zumindest frühzeitig aufgeklärt wurden, dass menschenverachtende Einstellungen in unserer Gesellschaft teilweise zunehmen und entsprechende Strukturen nicht effektiv bekämpft werden.

Die Versäumnisse der letzten Jahre müssen dringend aufgearbeitet und die Fehler beseitigt werden. Daher fordern wir die lückenlose Aufklärung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und dem Agieren der Sicherheitsbehörden. Schon jetzt ist offensichtlich: Verfassungsschutz und Polizeibehörden haben auf allen Ebenen versagt.

Verfassungsschutz abschaffen

Wir dürfen es nicht zulassen, dass Behörden weiterhin blind sind für bestimmte, nämlich rassistische Tatmotive. Ein Verfassungsschutz, der das Problem nicht löst, sondern verschärft, muss abgeschafft werden. Der Verfassungsschutz hat sich zunehmend zu einer eigenständigen Organisation entwickelt, die eigene Interessen besitzt, autonome Ziele verfolgt und augenscheinlich nicht ausreichend

1 kontrolliert wird. Weder kann er seine Ziele effektiv verfolgen, noch kann sein Handeln demokratisch
2 kontrolliert werden. Wo in die Persönlichkeitsrechte von Menschen eingegriffen wird, ist dies aber
3 zwingend erforderlich.

4 Deshalb müssen die Aufgaben des Geheimdienstes unter Beachtung des Trennungsgebots
5 grundlegend überdacht und so weit wie möglich anderen, besser legitimierten staatlichen Behörden
6 zugewiesen werden. Das bedeutet, dass Kriminalitätsbekämpfung und die dafür notwendigen
7 Ermittlungen ausschließlich Aufgabe der Polizei sein darf.

8 Politische Bildung darf keine Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden sein. Das heißt auch, dass
9 Aufklärungs- und Bildungsarbeit in erster Linie den Schulen sowie der Bundeszentrale und den
10 Landeszentralen für politische Bildung obliegen. Eine Neuausrichtung von Lehrplänen, mehr Mittel
11 für die jeweiligen Institutionen und eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit sind hier erforderlich.

14 *V-Leute-System abschaffen*

16 Seit vielen Jahren finanziert der Staat die Strukturen von Nazis, indem sie die Partei NPD über die
17 öffentliche Parteienfinanzierung fördert. Nun hat sich aber gezeigt, dass die Informationen dieser V-
18 Leute offenbar wenig bringen. Natürlich informieren sie munter über die Tätigkeiten der NPD und
19 anderer Organisationen, die mit vom Staat bezahlten V-Leuten zersetzt sind. Aber offenbar hat
20 niemand zu irgendeinem Zeitpunkt Hinweise auf die Existenz einer Terrorzelle gegeben. Dass
21 niemand davon wusste, ist kaum vorstellbar. Dass drei Leute jahrelang polizeilich gesucht im
22 Untergrund leben, funktioniert nur bei einem breiten Netzwerk an Unterstützer_innen. Diese V-
23 Leute sind also offensichtlich weitgehend nutzlos. Aber noch schlimmer: Wie nun immer mehr
24 bekannt wird, werden an die V-Leute Gelder in einem erheblichen Umfang gezahlt. Diese Gelder
25 werden dann zum Aufbau faschistischer Strukturen genutzt. Wir fordern deshalb eine Abschaffung
26 des V-Leute-Systems.

28 *Mehr Geld für antifaschistische Projekte*

30 Versagt hat aber auch die Politik. Sie kann sich nicht ihrer Verantwortung entziehen. Sie trägt nicht
31 nur die politische Verantwortung für die ihnen unterstellten Behörden, sie hat immer wieder aktiv
32 eine Stimmung erzeugt, die dazu geführt hat, dass die Augen vor rechter Gewalt verschlossen werden.
33 Eklatantes Beispiel ist Bundesministerin Kristina Schröder, die seit ihrem Amtsantritt unerlässlich vor
34 den Gefahren eines sog. "Linksextremismus" warnt. Sie hat es zu verantworten, dass die Gelder für

1 antifaschistische Projekte gekürzt wurden, um Geld für den Kampf gegen einen vermeintlichen
2 "Linksextremismus" bereit stellen zu können. Damit und durch die Einführung der
3 „Extremismusklausel“ hat sie alle antifaschistischen Projekte durch ihre konservative Symbolpolitik
4 unter Generalverdacht gestellt. Dies begünstigt latenten Rassismus in der Gesellschaft umso mehr.
5 Deshalb sind wir gegen jegliche Extremismustheorie und fordern, die Extremismusklausel ersatzlos
6 zurückzunehmen.

7
8 Stattdessen ist es notwendig, mehr Mittel für Projekte gegen Rassismus, Nationalismus und
9 Antisemitismus zur Verfügung zu stellen. Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen
10 menschenverachtende Einstellungen in unserer Gesellschaft, vor allem entsprechende
11 Landesprogramme in der gesamten Bundesrepublik. Opferverbände sind zu stärken, politisch
12 motivierte Taten als solche zu identifizieren.

13 14 *NPD-Verbot und Gesamtstrategie gegen Nazis und menschenfeindliche Gesinnungen*

15
16 Zugleich sind die Voraussetzungen für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren schaffen. Ein NPD-
17 Verbot kann jedoch nur ein Baustein sein im Gefüge einer Gesamtstrategie es ersetzt nicht die
18 Auseinandersetzung über rassistische, nationalistische und antisemitische wie antimuslimische
19 Einstellungen und beseitigt vor allem nicht rechte Gewalt.

20 Politik muss zugleich darauf achten, nicht selbst diskriminierende Vorurteile zu schüren, wie dies in
21 der Migrations- und Integrationspolitik oft üblich ist.

INI 3 Solidaritätserklärung

LV Niedersachsen

Zeitgleich zu unserem Bundeskongress rollt wieder ein Castortransport ins Wendland. Er bringt 11 Behälter mit hochradioaktivem Atommüll, trotzdem durch Messungen am Zwischenlager in Gorleben mehrfach überhöhte Strahlenwerte nachgewiesen worden sind. Eine große Zahl von Polizistinnen und Polizisten wird den Transport in das Zwischenlager in Gorleben geleiten. Demgegenüber steht ein bunter und friedlicher, gesellschaftlich breit getragener Protest. Von der Großdemonstration bis hin zu Blockaden auf der Schiene und auf der Straßenstrecke. Das Wendland wird auch dieses Jahr wieder zu einem Ort des breiten gesellschaftlichen Widerstandes von zehntausenden Demonstrierenden gegen ein Endlager in Gorleben und die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Wir wollen eine möglichst schnelle Abschaltung aller Atomkraftwerke und wir stehen klar an der Seite vieler Initiativen, die sich gegen ein Endlager in Gorleben aussprechen. Durch die ständigen Atommülltransporte ins so genannte „Zwischenlager“ Gorleben werden schleichend Fakten geschaffen. Das Zwischenlager darf nicht auf diese Art und Weise zum Endlager werden. Die Bürgerinnen und Bürger im Wendland wollen endlich eine ehrliche und ergebnisoffene Endlagersuche im gesamten Bundesgebiet, und zwar jetzt!

Die Standortentscheidung für Gorleben war ihrer Zeit nicht geologisch begründet, sondern politisch motiviert. Gerade weil im Rahmen des überfälligen Anstoßes einer bundesweiten Endlagersuche der Standort Gorleben nicht ausgeschlossen worden ist stellen wir fest: Gorleben ist kein sicheres Endlager! Deswegen sagen wir: Gorleben soll leben!

Auch dieses Jahr wird der SPD Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg wieder ein Camp an der Transportstrecke veranstalten. Das Camp soll Versorgung sicherstellen. Kulturelle Veranstaltungen und Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern von Bundes-, Landes-, und Kommunalebene werden auch nicht zu kurz kommen. Viele Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland und Abgeordnete werden anwesend sein, das Camp als Ausgangspunkt für Protest nutzen und für Diskussionen zur Verfügung stehen.

Wir erklären uns solidarisch mit den Genossen und Genossinnen im Camp, als auch mit Bündnispartner und Bündnispartnerinnen und den Demonstrierenden im Wendland und fordern ein Ende der Erkundung Gorlebens!

INI 4 Wir fordern: Traineestellen der Bundestagsfraktion angemessen vergüten!

LV NRW

Die Traineestellen der SPD-Bundestagsfraktion müssen den Anforderungen an die Qualifikation der Trainees entsprechend vergütet werden. Wir fordern eine monatliche Vergütung von mindestens 2500 Euro brutto.

Begründung:

Die SPD Bundestagsfraktion sucht für das Jahr 2012 bis zur Bundestagswahl 2013 Trainees, die mit einem Bruttogehalt von 2000 Euro entlohnt werden sollen. Ihre Arbeitszeit soll dabei 40 Stunden in der Woche betragen, Präsenz in Berlin ist Pflicht. Die Voraussetzung, die genannt werden, um eine solche Traineeestelle zu bekommen, ist ein Masterabschluss oder ein äquivalenter Abschluss. Ein solcher Studienabschluss ermöglicht es jungen Menschen in der Regel ein Einstiegsgehalt zu bekommen, welches dem TVÖD 13 entspricht (für eine Vollzeitstelle ca. 3000 Euro brutto). Dass die Trainees trotz ihrer hohen Qualifikation mit einem deutlich geringeren Gehalt auskommen sollen, können wir als Jusos nicht hinnehmen.

Wir müssen mit gutem Beispiel voran gehen! Die SPD setzt sich für faire Löhne und gerechte Bezahlung ein. Um glaubwürdig zu erscheinen müssen wir diese Forderungen zu allererst auch bei uns selbst umsetzen.

INI 5 „Staatstrojaner abschaffen – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen – Grundrecht auf digitale Privatsphäre gewährleisten“

LV Saar

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:
zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag

Wir Jusos sprechen uns konsequent gegen den Einsatz von Software zur Überwachung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger aus. Wir lehnen deshalb auch den Einsatz einer Software, die „nur“ zur Überwachung der informationstechnischen Kommunikation verwendet werden soll, ab. Zum Einen, weil unter Experten immer noch bezweifelt wird, ob es überhaupt technisch möglich ist eine Software zu programmieren, die den verfassungsmäßigen Anforderungen genügt. Zum Anderen, weil dieser vom CCC aufgedeckte Missbrauch eindeutig belegt, dass Behörden die Ihnen zur Verfügung gestellten Maßnahmen offensichtlich über den legalen Bereich hinaus ausreizen und dagegen keine wirksamen Kontrollmechanismen bestehen.

Deshalb fordern wir ein sofortiges Ende der Nutzung und ein Bekenntnis zum Verzicht auf zukünftige Nutzung des Staatstrojaners durch sämtliche staatliche Behörden.

Das Internet ist, auch aus der Sicht der Jusos, kein rechtsfreier Raum und genau deshalb müssen die für den Trojaner-Skandal verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Es kann und darf nicht sein, dass Behörden mehrere Jahre gegen eindeutige und absichtlich zum Schutz der Bürger_innen formulierte Grundrechte verstoßen und ohne Konsequenzen davon kommen.

Es muss außerdem in Erwägung gezogen werden, ob nicht auch gegen die Herstellerfirma der Software „DigiTask“ ein Verfahren eingeleitet wird, da diese sich unter Umständen dem Verstoß gegen §202c StGB „Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten“ schuldig gemacht hat. Dies muss geprüft werden und darf nicht unter den Tisch fallen!

Kontrolle, Überwachung und Zensur stehen für ein grundsätzliches Misstrauen des Staates gegenüber seinen Bewohner_innen und vor allem im fundamentalen Gegensatz zur Freiheit des Menschen!

Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass staatliche Bespitzelung mehr Schaden als Nutzen bringt!

Wir setzen uns deshalb auch weiterhin für ein freies, selbstbestimmtes Leben und somit auch für ein zensur- und überwachungsfreies Internet ein!

Begründung:

27.02.2008 – Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Am 27.02.2008 benannte das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil zu den sog. „Online-Durchsuchungen“ zum ersten Mal explizit das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Dieses, im Umgangssprachlichen auch als „IT-Grundrecht“ bezeichnete, stellt heute den wichtigsten Pfeiler zum Schutz der Privatsphäre bei Nutzung digitaler, informationstechnischer Systeme dar.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stützt sich bei Begründung des Computer-Grundrechts auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 I i. V.m. Art. 1 I GG, stellt aber auch die Subsidiarität zu den Grundrechten aus Art. 10 und Art. 13 GG, so wie der informationellen Selbstbestimmung heraus. Eine Einschränkung des grundrechtlichen Schutzniveaus ist daher nur in einem sehr begrenzten Rahmen rechtmäßig: So heißt es im oben genannten Urteil „Art. 10 I GG ist hingegen der alleinige grundrechtliche Maßstab für die Beurteilung einer Ermächtigung zu einer „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“, wenn sich die Überwachung ausschließlich auf Daten aus einem laufenden Telekommunikationsvorgang beschränkt. Dies muss durch technische Vorkehrungen und rechtliche Vorgaben sichergestellt sein.“ Konkret bedeutet diese Formulierung, dass eine Infiltrierung eines informationstechnischen Systems zur Überwachung von verschlüsselter Kommunikation erlaubt wird, wenn technisch in diesem Fall sichergestellt ist, dass die verwendete Software keine weiteren Funktionen, wie beispielsweise das Nachladen von Modulen zur Aufzeichnung der Tastatureingaben oder das Aktivieren der Webcam eines Rechners, besitzt.

Seit diesem Urteil wurde laut Hans-Peter Uhl (CSU) eine solche Software zur Durchsetzung der „Quellen-TKÜ“ in bis zu 100 Fällen angewandt. Ob diese jedoch den verfassungsmäßigen Anforderungen entsprach ist mehr als zweifelhaft.

08. Oktober 2011 – Befund des CCC

Am 08. Oktober 2011 veröffentlichte der Chaos Computer Club (CCC) einen rund 20 Seiten umfassenden Bericht, in dem eine ausführliche Analyse einer Software erfolgt, die offensichtlich zur Quellen-TKÜ von verschiedenen Behörden angewandt worden ist.

1 Die erschreckende Erkenntnis des Berichts ist , dass die Software neben der, wenn auch mit hohen
2 Hürden versehenen theoretisch legalen „Quellen-TKÜ“, einen weitaus größeren Funktionsumfang
3 besitzt, als sie verfassungsrechtlich besitzen dürfte.

4 So gibt es eine „versteckte“ Funktion, die es ermöglicht jegliche Art von Software nachzuladen, sprich
5 Module auf dem infizierten Rechner zu installieren. Damit ist die explizit vom BVerfG geforderte
6 Absicherung gegen andere Funktionen als die zulässige „Quellen-TKÜ“ eindeutig und bewusst
7 umgangen worden. Den Ersteller_innen der Software musst ihr verfassungsrechtlich verbotenes
8 Verhalten durchaus bewusst gewesen sein, da diese „Nachlade“-Funktion nicht direkt ersichtlich,
9 sondern in Bruchstücke zerlegt im Code „versteckt“ war.

10 Neben dieser, eindeutig verfassungswidrigen Funktion, gibt es außerdem mehrere Sicherheitslücken
11 innerhalb der Software, die wiederum einen Verwendung im Sinne des Urteils des BVerfG verhindert.
12 Hier wäre beispielsweise die nur sehr schlecht oder zum Teil sogar unverschlüsselte Kommunikation
13 zwischen Trojaner und Server zu nennen.

14
15 Nachdem Seitens der Regierung zuerst jeglicher Einsatz der Software dementiert wurde, kamen nach
16 und nach Details an die Öffentlichkeit, die auf einen eindeutigen und auch bewussten Verstoß gegen
17 die vom BVerfG formulierten Anforderungen hinweisen.

18
19 Die Debatte um den Einsatz der „Quellen-TKÜ“-Software nahm im Laufe der Zeit noch groteskere
20 Züge an, in der auch die CDU/CSU, z.B. durch die Ausführungen des innenpolitischen Sprechers der
21 CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Uhl in gewisser Hinsicht die Masken fallen ließ.

22
23 „Wir wollen keinen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger überwacht und kontrolliert.“

24 Beschluss Antrag F1, Juso Bundeskongress 2010

25
26 „Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.“

27 Thomas de Maizière (CDU) ehem. Bundesinnenminister

28 Mit seinen Äußerungen, der CCC hätte „dem Chaos in seinem Namen alle Ehre gemacht“ hat
29 Friedrich seine Haltung zu dem Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
30 informationstechnischer Systeme sehr gut zum Ausdruck gebracht. Anstatt sachlich auf Kritik
31 einzugehen, diffamiert er die Organisation, die dafür gesorgt hat, dass ein unrechtmäßiges staatliches
32 Handeln öffentlich gemacht wurde. Es wurde sogar laut über strafrechtliche Konsequenzen gegenüber
33 dem CCC nachgedacht. Die Reaktionen der weiteren verantwortlichen Gremien und Akteure/

- 1 Actricen nach der Veröffentlichung des Berichts des CCC waren bezeichnend für die Ignoranz
- 2 sowohl des Innenministeriums als auch des BKA gegenüber Urteilen des Bundesverfassungsgerichts.
- 3
- 4 „Der Code implementiert Werte oder zerstört sie. Er ermöglicht Freiheit, oder er vernichtet sie.“
- 5 Lawrence Lessig